J. W. Stalin

Werke

2

1907 - 1913

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1952

INHALT

1909

1910

1912

1913

VORWORT

Die im zweiten Band der Werke J. W. Stalins enthaltenen Schriften wurden vorwiegend in der Periode vom zweiten Halbjahr 1907 bis zum Jahre 1913 geschrieben, also vor der Verbannung des Genossen Stalin in das Gebiet von Turuchansk, wo er bis Februar 1917 blieb. Diese Schriften umfassen hauptsächlich zwei Perioden der revolutionären Tätigkeit des Genossen Stalin, die Bakuer und die Petersburger Periode.

Die in das erste Halbjahr 1907 gehörenden Schriften sind der Taktik der Bolschewik in der ersten russischen Revolution gewidmet („Vorwort zur georgischen Ausgabe der Broschüre K. Kautskys, Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution“, der Artikel „Der Wahlkampf in Petersburg und die Menschewiki“ und andere). Die in dieser Zeit geschriebenen Artikel wurden in den georgischen bolschewistischen Zeitungen „Tschweni Zchowreba“ und „Dro“ gedruckt. In russischer Sprache werden sie zum ersten Mal veröffentlicht.

In den seit Juni 1907 - in der Periode, wo sich die revolutionäre Tätigkeit des Genossen Stalin vorwiegend in Baku abspielte - entstandenen Schriften wird der Kampf der Bolschewik; gegen die Liquidatoren-Menschewiki, der Kampf für die Erhaltung und Festigung der illegalen revolutionären marxistischen Partei beleuchtet („Die Parteikrise und unsere Aufgaben“, „Resolutionen, beschlossen vom Bakuer Komitee am 22. Januar 1910“, „Briefe aus dem Kaukasus“). Den Fragen der Führung der revolutionären Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sind die Artikel gewidmet: „Was besagen unsere Streiks der letzten Zeit?“, „Die Erdölindustriellen über den ökonomischen Terror“, „Die Beratung und die Arbeiter“ und andere. Den Ergebnissen des V. Parteitages der SDAPR ist die Schrift „Der Londoner Parteitag der SDAPR (Aufzeichnungen eines Delegierten)“ gewidmet. Die in den zweiten Band aufgenommenen Artikel J.W. Stalins aus dieser Periode wurden in den Zeitungen „Bakinski Proletari“, „Gudok“ und „Sozialdemokrat“ veröffentlicht.

Mit dem zweiten Halbjahr 1911 beginnt die Petersburger Periode der revolutionären Tätigkeit des Genossen Stalin (1911 bis 1913). An der Spitze des Russischen Büros des ZK leitete Genösse Stalin die Arbeit der Partei in Rußland, die auf die Verwirklichung der Beschlüsse der Prager Parteikonferenz gerichtet war. In diese Zeit gehören Schriften, die hauptsächlich dem neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung und den Aufgaben der bolschewistischen Partei im Zusammenhang mit den Wahlen zur IV. Reichsduma gewidmet sind. Zu ihnen gehören: das Flugblatt „Für die Partei!“, die Artikel „Ein neuer Abschnitt“, „Sie arbeiten gut...“, „In Gang gekommen!...“, „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“, „Der Wille der Bevollmächtigten“, „Die Wahlen in Petersburg“ und andere. Die Artikel wurden in den Petersburger Zeitungen „Swesda“ und „Prawda“ veröffentlicht.

Im zweiten Band ist auch die bekannte Schrift J.W. Stalins „Marxismus und nationale Frage“ (1913) enthalten, in der die bolschewistische Theorie und das Programm zur nationalen Frage entwickelt werden.

Der Artikel „Über die national-kulturelle Autonomie“, den Genösse Stalin in der Turuchansker Verbannung schrieb, und eine Anzahl anderer Schriften sind bis auf den heutigen Tag noch nicht aufgefunden worden.

Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B)

1907

VORWORT ZUR GEORGISCHEN AUSGABE DER BROSCHÜRE K. KAUTSKYS „TRIEBKRÄFTE UND AUSSICHTEN DER RUSSISCHEN REVOLUTIONEN“[1]

Der Name Karl Kautskys ist kein neuer Name. Man kennt ihn seit langem als einen würdigen Theoretiker der Sozialdemokratie. Kautsky ist jedoch nicht nur von dieser Seite her bekannt, er ragt auch als solider und gründlicher Untersucher taktischer Fragen hervor. In dieser Beziehung hat er sich nicht nur unter den europäischen Genossen, sondern auch bei uns großes Ansehen erworben. Dies kann auch nicht wundernehmen, denn heute, wo die taktischen Meinungsverschiedenheiten die Sozialdemokratie Rußlands in zwei Fraktionen spalten, wo die gegenseitige Kritik häufig die Sache verschärft, indem sie in Gezänk übergeht, wo die Aufhellung der Wahrheit äußerst erschwert wird, ist es von großem Interesse, einen so unvoreingenommenen und erfahrenen Genossen zu hören, wie K. Kautsky es ist. Eben aus diesem Grunde haben sich unsere Genossen mit solchem Eifer darangemacht, Kautskys taktische Artikel „Die Reichsduma“, „Der Moskauer Aufstand“, „Die Agrarfrage“, „Die russische Bauernschaft und die Revolution“, „Die Judenpogrome in Rußland“ u. a. zu studieren. Unvergleichlich größere Aufmerksamkeit aber haben die Genossen der vorliegenden Broschüre entgegengebracht, und zwar deshalb, weil hier alle diejenigen Hauptfragen berührt werden, die die Sozialdemokratie in zwei Fraktionen teilen. Die Sache ist die, dass sich Plechanow, der sich kürzlich an die ausländischen Genossen wandte, um unsere aktuellen Fragen zu klären, auch an Kautsky, wie sich herausstellt, mit den gleichen Fragen gewandt und ihn ebenfalls um eine entsprechende Antwort gebeten hat worauf Kautsky, wie aus seinen Worten zu ersehen ist, mit der vorliegenden Broschüre geantwortet hat. Es versteht sich, dass hiernach die Genossen der erwähnten Broschüre umso größere Aufmerksamkeit entgegenbringen mussten. Es ist klar, dass diese Broschüre für uns von umso größerer Bedeutung ist.

Es wird deshalb sehr nützlich sein, wenn wir uns die Fragen unserer Meinungsverschiedenheiten wenigstens in allgemeinen Zügen in Erinnerung rufen und nebenbei die Ansichten Kautskys über diese oder jene Fragen klarstellen.

Auf wessen Seite steht Kautsky, wen unterstützt er, die Bolschewiki oder die Menschewiki?

Die erste Frage, die die Sozialdemokratie Rußlands in zwei Teile spaltet, ist die Frage nach dem Gesamtcharakter unserer Revolution. Dass unsere Revolution eine bürgerlich-demokratische und keine sozialistische ist, dass sie mit der Zerstörung des Feudalismus, und nicht der des Kapitalismus, abschließen muss - das ist allen klar. Es fragt sich jedoch, wer diese Revolution leiten und wer die unzufriedenen Elemente des Volkes um sich vereinigen wird, die Bourgeoisie oder das Proletariat? Wird das Proletariat der Bourgeoisie nachtraben, wie das in Frankreich der Fall war, oder wird die Bourgeoisie dem Proletariat folgen? So steht die Frage.

Die Menschewiki erklären durch den Mund Martynows, unsere Revolution sei eine bürgerliche, sie sei eine Wiederholung der französischen Revolution, und da die französische Revolution als bürgerliche Revolution von der Bourgeoisie geführt wurde, so müsse auch unsere Revolution von der Bourgeoisie geführt werden. „Die Hegemonie des Proletariats ist eine schädliche Utopie...“ „Das Proletariat muss der extremen bürgerlichen Opposition folgen“ (siehe Martynows „Zwei Diktaturen“).

Die Bolschewiki dagegen sagen: Allerdings ist unsere Revolution eine bürgerliche, aber das bedeutet durchaus nicht, dass sie eine Wiederholung der französischen Revolution ist, dass sie unbedingt von der Bourgeoisie geführt werden muss, wie das in Frankreich der Fall war. In Frankreich stellte das Proletariat eine wenig klassenbewusste und nicht organisierte Kraft dar, weshalb die Hegemonie in der Revolution der Bourgeoisie Verblieb. Bei uns dagegen stellt

das Proletariat eine verhältnismäßig klassenbewusstere und organisiertere Kraft dar, weshalb es sich nicht mehr mit der Rolle eines Anhängsels der Bourgeoisie begnügt und als die revolutionärste Klasse an die Spitze der heutigen Bewegung tritt. Die Hegemonie des Proletariats ist keine Utopie, sie ist eine lebendige Tatsache, das Proletariat vereinigt in der Tat die unzufriedenen Elemente um sich. Wer ihm nun rät, „der bürgerlichen Opposition zu folgen", der bringt das Proletariat um seine Selbständigkeit, der verwandelt das Proletariat Rußlands in ein Werkzeug der Bourgeoisie (siehe Lenins „Zwei Taktiken").
Welche Ansicht hat K. Kautsky über diese Frage?
„Oft erinnern sie (die Liberalen) sich der großen französischen Revolution. Nicht immer mit Recht. Die Verhältnisse des heutigen Rußland sind vielfach ganz andere als die des Frankreich von 1789" (siehe Kapitel 3 der Broschüre) ... „Der Liberalismus Rußlands ist ganz anderer Art als der Westeuropas, und schon darum ist es durchaus verfehlt, die große französische Revolution einfach als Muster der jetzigen russischen hinzustellen. Die führende Klasse in den revolutionären Bewegungen Westeuropas war das „Kleinbürgertum, vor allem das der Großstädte." (Siehe Kapitel 4) ... „Das Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen, das heißt der Revolutionen, deren Triebkraft die Bourgeoisie bildete, ist abgeschlossen, auch für Rußland. Auch dort bildet das Proletariat nicht mehr ein Anhängsel und Werkzeug der Bourgeoisie, wie das in den bürgerlichen Revolutionen der Fall war, sondern eine selbständige Klasse mit selbständigen revolutionären Zielen" (siehe Kapitel 5).
So spricht K. Kautsky vom Gesamtcharakter der russischen Revolution, so versteht Kautsky die Rolle des Proletariats in der gegenwärtigen russischen Revolution. Die Bourgeoisie kann die russische Revolution nicht führen - folglich muss als Führer der Revolution das Proletariat auftreten.
Die zweite Frage unserer Meinungsverschiedenheiten lautet: Kann die liberale Bourgeoisie wenigstens der Verbündete des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution sein?
Die Bolschewiki sagen, dass sie das nicht kann. Allerdings spielte die liberale Bourgeoisie in der französischen Revolution eine revolutionäre Rolle, aber dies war der Fall, weil sich dort der Klassenkampf nicht so verschärft hatte, weil das Proletariat wenig klassenbewusst war und sich mit der Rolle eines Anhängsels der Liberalen begnügte, während sich bei uns der Klassenkampf außerordentlich verschärft hat, das Proletariat viel klassenbewusster ist und sich mit der Rolle eines Anhängsels der Liberalen nicht abfinden kann. Dort, wo das Proletariat bewusst kämpft, hört die liberale Bourgeoisie auf, revolutionär zu sein. Eben deshalb suchen die vom Kampf des Proletariats erschreckten kadettischen Liberalen Schutz unter den Fittichen der Reaktion. Eben deshalb kämpfen sie mehr gegen die Revolution als gegen die Reaktion. Eben deshalb werden die Kadetten[2] eher ein Bündnis mit der Reaktion gegen die Revolution als mit der Revolution schließen. Jawohl, unsere liberale Bourgeoisie und ihre Verteidiger, die Kadetten, sind Verbündete der Reaktion, sie sind „aufgeklärte" Feinde der Revolution. Ganz anders steht die Sache mit der bäuerlichen Armut. Die Bolschewiki sagen, dass nur die ärmste Bauernschaft dem revolutionären Proletariat die Hand entgegenstrecken wird und nur sie ein festes Bündnis mit dem Proletariat für die ganze Periode der gegenwärtigen Revolution schließen kann. Eben sie muss vom Proletariat gegen die Reaktion und die Kadetten unterstützt werden. Und wenn diese beiden Hauptkräfte miteinander ein Bündnis schließen, wenn die Arbeiter und die Bauern einander unterstützen, dann ist auch der Sieg der Revolution gesichert. Ohne dies ist der Sieg der Revolution unmöglich. Eben deshalb unterstützen die Bolschewiki auf der ersten Stufe der Wahlen die Kadetten weder in der Duma noch außerhalb der Duma. Eben deshalb unterstützen die Bolschewiki sowohl bei den Wahlen als auch in der Duma nur die revolutionären Vertreter der Bauern gegen die Reaktion und die Kadetten. Eben deshalb schließen die Bolschewiki die breiten Volksmassen nur um den revolutionären Teil der Duma, und nicht um die gesamte Duma zusammen. Eben deshalb unterstützen die Bolschewiki nicht die Forderung nach

Ernennung eines Kadettenkabinetts (siehe Lenins „Zwei Taktiken“ und „Der Sieg der Kadetten“).

Ganz anders urteilen die Menschewiki. Allerdings schwanke die liberale Bourgeoisie zwischen der Reaktion und der Revolution, aber letzten Endes werde sie sich ihrer Meinung nach dennoch der Revolution anschließen, werde sie dennoch eine revolutionäre Rolle spielen. Weshalb? Weil die liberale Bourgeoisie in Frankreich eine revolutionäre Rolle gespielt habe, weil sie in Opposition zu den alten Zuständen stehe und sie folglich gezwungen sein werde, sich der Revolution anzuschließen. Nach der Meinung der Menschewiki dürfe man die liberale Bourgeoisie und Ihre Verteidiger, die Kadetten, nicht Verräter an der jetzigen Revolution nennen, sie seien Verbündete der Revolution. Das ist der Grund, weshalb die Menschewiki sie sowohl bei den Wahlen als auch in der Duma unterstützen. Die Menschewiki behaupten, der Klassenkampf dürfe niemals den allgemeinen Kampf überschatten. Eben aus diesem Grunde fordern sie die Volksmassen auf, sich um die gesamte Duma, und nicht bloß um Ihren revolutionären Teil, zusammenzuschließen, eben aus diesem Grunde unterstützen sie mit allen Kräften die Forderung nach Ernennung eines Kadettenkabinetts, eben aus diesem Grunde sind die Menschewiki bereit, das Maximalprogramm in Vergessenheit geraten zu lassen, das Minimalprogramm zu beschneiden und die demokratische Republik abzulehnen, um nur ja nicht die Kadetten von sich abzustoßen. Vielleicht wird mancher Leser alles dies für eine Verleumdung der Menschewiki halten und von uns Tatsachen verlangen. Hier sind die Tatsachen.

Folgendes schrieb vor kurzem der bekannte menschewistische Literat Malischewski:

„Unsere Bourgeoisie will nicht die Republik, folglich kann es bei uns eine Republik gar nicht geben...“, so dass „...im Resultat unserer Revolution eine konstitutionelle Ordnung, keineswegs aber eine demokratische Republik entstehen muss.“ Deshalb rät Malischewski den „Genossen“, den „republikanischen Illusionen“ zu entsagen (siehe „Perwy sbornik“[3], S. 288, 289).

Dies zum ersten.

Am Vorabend der Wahlen schrieb der menschewistische Führer Tscherewanin:

„Es wäre eine Absurdität und ein Wahnsinn für das Proletariat, den Versuch zu machen, wie manche das vorschlagen, gemeinsam mit der Bauernschaft den Kampf sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Bourgeoisie, den Kampf für eine mit Machtvollkommenheit ausgestattete und vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung aufzunehmen.“ Wir, sagt er, streben jetzt ein Abkommen mit den Kadetten und ein Kadettenkabinett an (siehe „Nasche Delo“[4] Nr. 1).

Dies zum zweiten.

Das alles wurde aber nur geschrieben. Einem anderen Führer der Menschewiki, Plechanow, war das noch nicht genug, er wollte das Geschriebene in die Tat umsetzen. Als in der Partei eine erbitterte Diskussion über die Frage der Wahltaktik geführt wurde, als alle fragten, ob auf der ersten Stufe der Wahlen ein Abkommen mit den Kadetten zulässig wäre, hielt Plechanow sogar ein Abkommen mit den Kadetten für unzureichend und begann, einen direkten Block, eine zeitweilige Verschmelzung mit den Kadetten zu predigen. Man erinnere sich der Zeitung „Towarischtsch“[5] vom 24. November (1906), in der Plechanow seinen kleinen Artikel veröffentlichte. Ein Leser des „Towarischtsch“ fragt Plechanow: Ist eine gemeinsame Plattform der Sozialdemokraten mit den Kadetten möglich, und falls sie möglich ist, „welches könnte die gemeinsame Wahlplattform sein...?“ Plechanow antwortet, eine gemeinsame Plattform sei notwendig und eine solche Plattform müsse „die mit Machtvollkommenheit ausgestattete Duma“ sein. „Eine andere Antwort gibt es nicht und kann es nicht geben“ (siehe „Towarischtsch“ vom 24. November 1906). Was bedeuten die Worte Plechanows? Sie haben nur den einen Sinn, dass die Partei der Proletarier, d. h. die Sozialdemokratie, sich während der Wahlen faktisch der Partei der Unternehmer, d. h. den Kadetten, anschließen soll, gemeinsam mit ihnen Agitationsschriften an die Arbeiter herausgeben soll, faktisch auf die

Losung einer vom ganzen Volke getragenen Konstituierenden Versammlung, auf das sozialdemokratische Minimalprogramm verzichten soll und statt dessen die kadettische Losung einer mit Machtvollkommenheit ausgestatteten Duma aufstellen soll. In Wirklichkeit ist das ein Verzicht auf unser Minimalprogramm den Kadetten zuliebe und zur Hebung des eigenen Ansehens in ihren Augen.

Dies zum dritten.

Was jedoch Plechanow nicht genügend kühn gesagt hat, das hat ein dritter Führer der Menschewiki, Wassiljew, mit bemerkenswerter Kühnheit ausgesprochen. Man höre:

„Zunächst mag die ganze Gesellschaft, mögen alle Bürger... eine konstitutionelle Macht aufrichten. Ist diese Macht einmal eine Volksmacht geworden, so kann das Volk entsprechend seiner Gruppierung nach Klassen und Interessen ... zur Entscheidung aller Fragen schreiten. Dann ist der Kampf der Klassen und der Gruppen nicht nur angebracht, sondern auch notwendig... Jetzt dagegen, im gegebenen Augenblick, ist er mörderisch und verbrecherisch...“ Deshalb müssten sich die verschiedenen Klassen und Gruppen „eine Zeitlang von allen ihren ‚allerbesten Programmen’ trennen und sich zu einer einzigen konstitutionellen Partei verschmelzen ...“ „Mein Vorschlag zielt auf eine gemeinsame Plattform ab, als deren Basis die Herstellung eines elementaren Fundaments für eine mit Machtvollkommenheit ausgestattete Gesellschaft dient, die allein die entsprechende Duma liefern kann ...“ „Der Inhalt dieser Plattform... ist ein vor der Volksvertretung verantwortliches Kabinett..., die Freiheit des Wortes und der Presse...“ usw. (siehe „Towarischtsch“ vom 17. Dezember 1906). Was die vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung und überhaupt unser Minimalprogramm anbelangt, so muss man sich nach der Meinung Wassiljews von alldem „trennen“...

Dies zum vierten.

Allerdings ist ein vierter Führer der Menschewiki, Martow, nicht einverstanden mit dem Menschewik Wassiljew, den er für seinen vorstehend erwähnten Artikel hochmütig abkanzelt (siehe „Otkliki“[6]). Dafür aber spricht sich Plechanow sehr lobend über Wassiljew aus, der Plechanows Meinung nach „ein unermüdlicher und beliebter sozialdemokratischer Organisator der Schweizer Arbeiter“ ist- und der „der russischen Arbeitersache viele Dienste leisten wird“ (siehe “Mir Boshi“[7], Juni 1906). Welchem von diesen beiden Menschewiki soll man glauben: Plechanow oder Martow? Außerdem, hat nicht Martow selbst vor kurzem geschrieben: „Die Fehde zwischen Bourgeoisie und Proletariat stärkt die Position der Selbstherrschaft und hemmt dadurch den Erfolg der Volksbefreiung“? (Siehe Elmar, „Das Volk und die Reichsduma“, S. 20.) Wer wüsste nicht, dass diese unmarxistische Ansicht eben die wahre Grundlage des von Wassiljew vorgebrachten liberalen „Vorschlags“ ist?

Wie man sieht, sind die Menschewiki von dem „revolutionären Charakter“ der liberalen Bourgeoisie so hingerissen, setzen sie so viele Hoffnungen auf ihren „revolutionären Charakter“, dass sie ihr zuliebe bereit sind, das ganze sozialdemokratische Programm in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wie denkt K. Kautsky über unsere liberale Bourgeoisie, wen hält er für den wahren Verbündeten des Proletariats, was sagt er über diese Frage?

„Auch dort (d. h. in der jetzigen russischen Revolution) bildet das Proletariat nicht mehr ein Anhängsel und Werkzeug der Bourgeoisie, wie das in den bürgerlichen Revolutionen der Fall war, sondern eine selbständige Klasse mit selbständigen revolutionären Zielen. Wo aber das Proletariat in dieser Weise auftritt, hört die Bourgeoisie auf, eine revolutionäre Klasse zu sein. Die russische Bourgeoisie, soweit sie überhaupt liberal ist und eine selbständige Klassenpolitik treibt, hasst wohl den Absolutismus, hasst aber noch mehr die Revolution... und soweit sie nach politischer Freiheit verlangt, so geschieht dies vor allem deswegen, weil sie darin das einzige Mittel zu finden glaubt, der Revolution ein Ende zu machen. Die „Bourgeoisie gehört also nicht zu den Triebkräften der heutigen revolutionären Bewegung Rußlands ... Eine solide Interessengemeinschaft für die ganze Zeit des revolutionären

Kampfes besteht aber nur zwischen dem Proletariat und der „Bauernschaft. Sie muss die Grundlage der ganzen revolutionären Taktik der Sozialdemokratie Rußlands abgeben ... Ohne die Bauern können wir in Rußland so bald nicht siegen“ (siehe Kapitel 5).
So spricht Kautsky.
Wir glauben, Kommentare sind überflüssig.
Die dritte Frage unserer Meinungsverschiedenheiten lautet; Worin besteht das Klassenwesen des Sieges unserer Revolution oder, mit anderen Worten, welche Klassen müssen in unserer Revolution den Sieg davontragen, welche Klassen müssen die Macht erobern?
Die Bolschewiki behaupten, dass, da die Hauptkräfte der gegenwärtigen Revolution das Proletariat und die Bauernschaft sind und da ihr Sieg ohne gegenseitige Unterstützung unmöglich ist, gerade sie die Macht erobern werden, und deshalb der Sieg der Revolution die „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft bedeuten wird (siehe Lenins „Zwei Taktiken“ und „Der Sieg der Kadetten“).
Die Menschewiki dagegen lehnen die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ab, sie glauben nicht, dass das Proletariat und die Bauernschaft die Macht erobern werden. Ihrer Meinung nach muss die Macht in die Hände der kadettischen Duma gelangen. Demzufolge unterstützen sie mit außergewöhnlicher Begeisterung die kadettische Losung eines verantwortlichen Kabinetts. Somit schlagen die Menschewiki uns an Stelle der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft die Diktatur der Kadetten vor (siehe Martynows „Zwei Diktaturen“ sowie die Zeitungen „Golos Truda[8], „Nasche Delo“ u.a.).
Welche Ansicht hat K. Kautsky über diese Frage? Über diesen Punkt sagt Kautsky direkt: „In der Interessengemeinschaft zwischen dem industriellen Proletariat und der Bauernschaft liegt die revolutionäre Kraft der russischen Sozialdemokratie begründet und die Möglichkeit ihres Sieges“ (siehe Kapitel 5). Das heißt, die Revolution wird nur in dem Falle siegen, wenn das Proletariat und die Bauernschaft gemeinsam für den gemeinsamen Sieg kämpfen werden - die Diktatur der Kadetten ist antirevolutionär.
Die vierte Frage unserer Meinungsverschiedenheiten lautet: In einer Zeit revolutionärer Stürme wird selbstverständlich eine so genannte provisorische revolutionäre Regierung entstehen - ist die Beteiligung der Sozialdemokratie an der revolutionären Regierung zulässig?
Die Bolschewiki sagen, dass die Beteiligung an einer solchen provisorischen Regierung nicht nur vom Standpunkt der Prinzipien zulässig ist, sondern auch in praktischer Beziehung notwendig sein wird, und zwar damit die Sozialdemokratie dort, in der provisorischen revolutionären Regierung, die Interessen des Proletariats und der Revolution in gebührender Weise vertritt. Wenn das Proletariat im Kampf auf der Straße gemeinsam mit den Bauern die alte Ordnung zertrümmert, wenn es gemeinsam mit ihnen sein Blut vergießt, so ist es natürlich, dass es auch gemeinsam mit ihnen in die provisorische revolutionäre Regierung eintreten muss, um die Revolution zu den erwünschten Resultaten zu führen (siehe Lenins „Zwei Taktiken“).
Die Menschewiki dagegen lehnen die Beteiligung an der provisorischen revolutionären Regierung ab - dies sei für die Sozialdemokratie unzulässig, dies gezieme einem Sozialdemokraten nicht, dies werde das Proletariat zugrunde richten (siehe Martynows „Zwei Diktaturen“). Was sagt über diesen Punkt K. Kautsky?
„Allerdings ist es sehr wohl möglich, dass im Fortgange der Revolution der Sieg der sozialdemokratischen Partei zufällt...“ Dies bedeutet jedoch nicht, dass „die jetzige Revolution Rußlands bereits zur Einführung einer sozialistischen Produktionsweise führt, auch wenn sie zeitweilig die Sozialdemokratie ans Ruder bringen sollte“ (siehe Kapitel 5).
Wie man sieht, ist nach der Ansicht Kautskys die Beteiligung an einer provisorischen revolutionären Regierung nicht nur zulässig, sondern kann es sogar so kommen, dass die Sozialdemokratie allein „zeitweilig ans Ruder“ gebracht wird.
Das sind Kautskys Ansichten über die wichtigsten Fragen unserer Meinungsverschiedenheiten.

Wie man sieht, sind der große Theoretiker der Sozialdemokratie Kautsky und die Bolschewiki völlig miteinander einig.
Das bestreiten auch die Menschewiki nicht, selbstverständlich mit Ausnahme einiger „abgestempelter“ Menschewiki, die wahrscheinlich Kautskys Broschüre nicht einmal zu Gesicht bekommen haben. Martow z. B. erklärt direkt: „In seiner letzten Schlussfolgerung ist Kautsky mit Genossen Lenin und seinen Gesinnungsfreunden einverstanden, die die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft verkünden“ (siehe „Otkliki“ Nr. 2, S. 19).
Dies bedeutet aber, dass die Menschewiki mit K. Kautsky nicht einverstanden sind, oder, richtiger gesagt, dass Kautsky mit den Menschewiki nicht einverstanden ist.
Wer ist also mit den Menschewiki einverstanden, und mit wem schließlich sind die Menschewiki einverstanden?
Über diese Frage lassen wir die Geschichte sprechen. Am 27. Dezember (1906) fand in Soljanoi Gorodok (in Petersburg) eine Diskussionsversammlung statt. In der Diskussion erklärte der Kadettenführer P. Struve folgendes: „Ihr alle werdet Kadetten werden ... Die Menschewiki nennt man bereits Halbkadetten. Plechanow halten viele für einen Kadetten, und wirklich, vieles von dem, was Plechanow jetzt sagt, können die Kadetten begrüßen, es ist nur schade, dass er dies nicht gesagt hat, als die Kadetten allein standen“ (siehe „Towarischtsch“vom28. Dezember 1906).
Da sieht man, wer mit den Menschewiki einverstanden ist.
Was wäre daran Erstaunliches, wenn auch die Menschewiki sich mit ihnen einverstanden erklärten und den Weg des Liberalismus beschritten?...

10. Februar 1907.

Nach dem „Wortlaut der Broschüre.
Unterschrift: Koba.
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

DER WAHLKAMPF IN PETERSBURG UND DIE MENSCHEWIKI

Nirgends hat es eine solche Verschärfung des Wahlkampfes gegeben wie in Petersburg. Nirgends gab es solche Zusammenstöße zwischen den Parteien wie in Petersburg. Sozialdemokraten, Volkstümler, Kadetten, Schwarzhunderter, Bolschewiki und Menschewiki in der Sozialdemokratie, Trudowiki[9], Sozialrevolutionäre und Volkssozialisten unter den Volkstümlern, linke und rechte Kadetten in der Kadettenpartei - sie alle führten einen erbitterten Kampf...

Dafür ist die Physiognomie der Parteien nirgends so klar zutage getreten wie in Petersburg. So musste es auch sein. Der Wahlkampf ist eine lebendige Tat, und man kann die Parteien nur in der Tätigkeit kennen lernen. Es ist klar, dass die Physiognomie der Kämpfenden umso deutlicher zutage treten musste, je erbitterter der Kampf geführt wurde.

In dieser Beziehung ist die Haltung der Bolschewiki und der Menschewiki während des Wahlkampfes von großem Interesse.

Ihr erinnert euch wahrscheinlich der Redereien der Menschewiki. Noch vor den Wahlen erklärten sie, Konstituierende Versammlung und demokratische Republik seien überflüssiger Ballast, man brauche vor allem eine Duma und ein Kadettenkabinett, weshalb es eines Wahlabkommens mit den Kadetten bedürfe. Andernfalls würden die Schwarzhunderter siegen.

Hören wir, was der menschewistische Führer Tscherewanin am Vorabend der Wahlen schrieb: „Es wäre eine Absurdität und ein Wahnsinn für das Proletariat, den Versuch zu machen, wie manche das vorschlagen, gemeinsam mit der Bauernschaft den Kampf sowohl gegen die Regierung als auch gegen die Bourgeoisie, den Kampf für eine mit Machtvollkommenheit ausgestattete und vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung aufzunehmen“ (siehe „Nasche Delo“ Nr. 1).

Ein anderer Führer der Menschewiki, Plechanow, sagte ja und amen zu Tscherewanins Auffassung, auch er lehnte die vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung ab und schlug an ihrer Stelle „eine mit Machtvollkommenheit ausgestattete Duma“ vor, die zu einer „gemeinsamen Plattform“ für die Kadetten und die Sozialdemokraten werden sollte (siehe „Towarischtsch“, 24. November 1906).

Der bekannte Menschewik Wassiljew sagte ganz offen, dass der Klassenkampf „im gegebenen Augenblick mörderisch und verbrecherisch“ sei, dass die verschiedenen Klassen und Gruppen „sich eine Zeitlang von allen ihren ‚allerbesten Programmen’ trennen und sich zu einer einzigen konstitutionellen Partei verschmelzen“ müssten (siehe „Towarischtsch“, 17. Dezember 1906).

So sprachen die Menschewiki.

Die Bolschewiki verurteilten von allem Anfang an eine derartige Stellungnahme der Menschewiki. Sie sagten, dass Sozialisten ein Abkommen mit den Kadetten nicht ansteht - die Sozialisten müssen im Wahlkampf selbständig auftreten. Auf der ersten Stufe der Wahlen sind Abkommen nur als Ausnahme zulässig, und auch dann nur mit solchen Parteien, die die vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung, die Konfiskation aller Ländereien, den Achtstundentag usw. zur Losung des Tages machen. Die Kadetten aber lehnen alles das ab. Die „Schwarzhundertergefahr“ ist eine Erfindung der Liberalen, um manchen naiven Menschen Angst einzujagen. Die Schwarzhunderter können die Duma nicht „in Besitz nehmen“. Die Menschewiki wiederholen die Worte der Liberalen, wenn sie von der „Schwarzhundertergefahr“ reden. Dafür existiert eine „Kadettengefahr“, und diese stellt eine wirkliche Gefahr dar. Unsere Pflicht ist es, alle revolutionären Elemente um uns zu scharen und den Kampf gegen die Kadetten zu führen, die mit der Reaktion ein Bündnis gegen die Revolution schließen. Wir müssen gleichzeitig einen doppelten Kampf führen: sowohl gegen die Reaktion als auch gegen die liberale Bourgeoisie und ihre Verteidiger. So sprachen die Bolschewiki.

Da kam nun der Tag der Eröffnung der Petersburger sozialdemokratischen Konferenz[10]. Hier, auf dieser Konferenz, mussten sich dem Proletariat zwei Taktiken präsentieren: die Taktik eines Abkommens mit den Kadetten und die Taktik des Kampfes gegen die Kadetten... Jetzt, auf dieser Konferenz, musste das Proletariat über alles, was die Bolschewiki und die Menschewiki bisher gesagt hatten, zu einem Urteil gelangen. Die Menschewiki witterten jedoch, dass ihrer eine Niederlage harre, sie fühlten, dass die Konferenz ihre Taktik verurteilen werde, und so beschlossen sie, die Konferenz zu verlassen, mit der Sozialdemokratie zu brechen. Um des Abkommens mit den Kadetten willen begannen die Menschewiki die Spaltung. Sie wollten durch einen Schacher mit den Kadetten „ihre Leute" in die Duma hineinbringen.
Die Bolschewiki verurteilten diese charakterlose Tat entschieden. Sie wiesen mit Ziffern in der Hand das Fehlen einer „Schwarzhundertergefahr" nach. Sie unterzogen die Sozialrevolutionäre und Trudowiki einer schonungslosen Kritik und riefen sie offen dazu auf, sich gegen die Konterrevolution und die Kadetten um das Proletariat zu scharen.
Während die Bolschewiki die revolutionären Elemente um das Proletariat vereinigten, während sie unentwegt die unversöhnliche Taktik des Proletariats verwirklichten - führten die Menschewiki, hinter dem Rücken der Arbeiter, Verhandlungen mit den Kadetten.
Die Kadetten aber neigten sich allmählich nach rechts. Stolypin lud den Kadettenführer Miljukow „zwecks Verhandlungen" zu sich. Die Kadetten beauftragten Miljukow einmütig, im „Namen der Partei" Verhandlungen mit der Reaktion zu führen. Es ist klar, dass die Kadetten ein Abkommen mit der Reaktion gegen die Revolution wollten. Zur gleichen Zeit erklärte ein anderer Kadettenführer, Struve, offen: „Die Kadetten wollen ein Abkommen mit dem Monarchen zwecks Erlangung einer Verfassung" (siehe „Retsch"[11], 18. Januar 1907). Es war augenscheinlich, dass die Kadetten ein Bündnis mit der Reaktion eingingen.
Die Menschewiki aber führten dennoch Verhandlungen mit den Kadetten, sie suchten dennoch ein Bündnis mit ihnen. Die Ärmsten! Es ging Ihnen nicht in den Kopf, dass sie durch den Abschluss eines Abkommens mit den Kadetten ein Abkommen mit der Reaktion eingingen!
Unterdessen begannen die von den Behörden gestatteten Diskussions-Versammlungen. Hier, in diesen Meetings, stellte es sich klar heraus, dass die „Schwarzhundertergefahr" eine Phantasie ist, dass der Hauptkampf zwischen den Kadetten und den Sozialdemokraten geführt wird und dass derjenige, der ein Abkommen mit den Kadetten eingeht, die Sozialdemokratie verrät. Die Menschewiki sind in den Meetings nicht mehr zu sehen: Sie versuchten zwei- oder dreimal, für die Kadetten einzutreten, blamierten sich aber unverkennbar und verdrückten sich. Die Schleppenträger der Kadetten - die Menschewiki - haben bereits ihren Kredit verloren. Die Diskussionsarena verblieb den Bolschewiki und den Kadetten. Der Kampf zwischen ihnen füllte die Meetings aus. Die Sozialrevolutionäre und Trudowiki lehnen Verhandlungen mit den Kadetten nb. Die Volkssozialisten schwanken. Die Bolschewiki treten an die Spitze lies Wahlkampfes.
Wo waren zu dieser Zeit die Menschewiki?
Sie verhandelten mit den Kadetten über drei Deputiertensitze. Das ist unwahrscheinlich, aber es ist Tatsache, und unsere Pflicht ist es, offen die Wahrheit zu sagen.
Die Bolschewiki erklären: Nieder mit der Hegemonie der Kadetten! Die Menschewiki dagegen lehnen diese Losung ab und ordnen sich dadurch der Hegemonie der Kadetten unter, traben hinter ihnen her.
Unterdessen erfolgen die Wahlen in der Arbeiterkurie. Es stellt sich heraus, dass die Arbeiter in den menschewistischen „Bezirken fast überall Sozialrevolutionäre zu „Bevollmächtigten gewählt haben. „Wir können nicht für die Paktierer mit den Kadetten stimmen, die Sozialrevolutionäre sind immerhin besser als sie", so sprachen, wie sich herausstellt, die Arbeiter. Die Arbeiter nennen die Sozialdemokraten Liberale und ziehen es vor, den

bürgerlichen Demokraten, den Sozialrevolutionären, zu folgen! Dahin hat der Opportunismus der Menschewiki geführt!
Die Bolschewiki fahren fort, ihre unversöhnliche Taktik zu befolgen, und fordern alle revolutionären Elemente auf, sich um das Proletariat zu scharen. Die Sozialrevolutionäre und die Trudowiki schließen sich offen der bolschewistischen Losung an: Nieder mit der Hegemonie der Kadetten! Die Volkssozialisten brechen mit den Kadetten. Es wird für alle offensichtlich, dass ein Abkommen zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialrevolutionären und Trudowiki auf keinen Fall die Stimmen so weit zersplittern wird, dass die Schwarzhunderter siegen. Siegen müssen entweder die Kadetten oder die äußersten Linken - die „Schwarzhundertergefahr“ ist eine Phantasie.
Unterdessen stellten die Kadetten die Verhandlungen mit den Menschewiki ein. Anscheinend war die Sache vorbeigeglückt. Die Bolschewiki dagegen schlössen ein Abkommen mit den Sozialrevolutionären, Trudowiki und Volkssozialisten, sie isolierten die Kadetten und leiteten eine allgemeine Offensive gegen die Reaktion und die Kadetten ein. In Petersburg wurden drei Wahllisten veröffentlicht: die der Schwarzhunderter, der Kadetten und der äußersten Linken. So wurden, entgegen den Menschewiki, die Worte der Bolschewiki von den drei Listen zur Wahrheit.
Vom Proletariat abgelehnt, von den Kadetten mit leeren Händen nach Hause geschickt, von den Sozialrevolutionären und Trudowiki dem Gelächter preisgegeben, von der Geschichte blamiert, strecken die Menschewiki die Waffen und stimmen für die Liste der äußersten Linken, gegen die „Kadetten. Die Wiborger Bezirkskommission der Menschewiki erklärt offen, die Menschewiki würden für die äußersten Linken, gegen die Kadetten, stimmen.
Dies bedeutet aber, dass die Menschewiki das Vorhandensein einer „Schwarzhundertergefahr“ nicht mehr anerkennen, dass sie das Abkommen mit den Kadetten verworfen und die bolschewistische Losung unterstützt haben: Nieder mit der Hegemonie der Kadetten!
Dies bedeutet ferner, dass die Menschewiki ihre Taktik verworfen und die Taktik der Bolschewiki offen anerkannt haben.
Dies bedeutet schließlich, dass die Menschewiki aufgehört haben, hinter den Kadetten herzutrotten, und jetzt hinter den Bolschewiki herzutrotten begonnen haben.
Schließlich fanden die Wahlen statt, und siehe da, in Petersburg ist kein einziger Schwarzhunderter gewählt worden!
So bewährte sich die bolschewistische Taktik in Petersburg.
So erlitten die Menschewiki eine Niederlage.

„Tschweni Zchwreba“ (Unser Leben)[12] Nr. 1,
18. Februar 1907
Artikel ohne Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen „Übersetzung aus dem Georgischen.

SELBSTHERRSCHAFT DER KADETTEN ODER SELBSTHERRSCHAFT DES VOLKES?

Wer soll während der Revolution die Macht in die Hände nehmen, welche Klassen sollen im gesellschaftlichen und politischen Leben ans Ruder kommen? - Das Volk, das Proletariat und die Bauernschaft! - antworteten die Bolschewiki, und so antworten sie auch jetzt. Ihrer Meinung nach ist der Sieg der Revolution die Diktatur (Selbstherrschaft) des Proletariats und der Bauernschaft zwecks Erringung des Achtstundentages, Konfiskation der gesamten Gutsbesitzerländereien und Herstellung demokratischer Zustände. Die Menschewiki lehnen die Selbstherrschaft des Volkes ab und haben bisher keine direkte Antwort auf die Frage gegeben, wer denn die Macht in die Hände nehmen soll. Jetzt aber, wo die Menschewiki offenkundig zu den Kadetten abgeschwenkt sind, erklären sie schon kühner, die Kadetten und nicht das Proletariat und die Bauernschaft müssten die Macht ergreifen. Man höre:

„Die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist... ein Paradoxon“ (eine Ungereimtheit) ... Dies ist „eine Hinneigung zu Sozialrevolutionären Ansichten“ (siehe das menschewistische Organ „Na Otscheredi“[13] Nr. 4, S. 4/5, Artikel Potressows).

Zwar sagt der hervorragende Marxist K. Kautsky klar, dass die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft notwendig ist, aber wie könnte sich K. Kautsky mit Potressow messen: Weiß doch jeder, dass Potressow ein wahrer Marxist ist, Kautsky aber nicht!

Ein anderer Menschewik fügt hinzu:

„Die Losung eines verantwortlichen Kabinetts wird zur Losung des Kampfes um die Macht, des Kampfes für den Übergang der Macht aus den Händen der Bürokratie in die Hände des Volkes“ (ebenda, S. 3, Artikel Kolzows).

Wie man sieht, soll nach Meinung Kolzows die Losung eines verantwortlichen Kabinetts zur Losung des Kampfes des Volkes werden, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft sollen eben unter dieser Losung kämpfen und sollen nicht für die demokratische Republik, sondern für ein Kadettenkabinett ihr Blut vergießen.

Das also ist es, was die Menschewiki Eroberung der Macht durch das Volk nennen!

Man denke nur: Es stellt sich heraus, die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sei schädlich, die Diktatur der Kadetten aber sei nützlich! Wir wollen, sagen sie, nicht die Selbstherrschaft des Volkes, sondern die Selbstherrschaft der Kadetten!

Ja, ja! Nicht umsonst werden die Menschewiki von den Volksfeinden, den Kadetten, gelobt! ...

„Dro“ (Die Zeit)[14] Nr. 2,
13. März 1907.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

DAS PROLETARIAT KÄMPFT, DIE BOURGEOISIE SCHLIESST EIN BÜNDNIS MIT DER REGIERUNG

„Die preußische Bourgeoisie... war (zum Unterschied von der französischen Bourgeoisie des Jahres 1789) zu einer Art von Stand herabgesunken ..., von vornherein zum Verrat gegen das Volk und zum Kompromiss mit dem gekrönten Vertreter der alten Gesellschaft geneigt...“ So schrieb K. Marx über die preußischen Liberalen. Und wirklich, die Revolution hatte sich noch nicht richtig entfaltet, als die deutschen Liberalen bereits einen Kuhhandel mit der „obersten Gewalt“ begannen. Und diesen Kuhhandel schlössen sie bald ab, um dann gemeinsam mit der Regierung gegen die Arbeiter und Bauern ins Feld zu rücken. Man weiß, wie ätzend und treffend Karl Marx diesen doppelsinnigen Charakter der Liberalen entlarvt hat:

„... ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, egoistisch nach beiden Seiten, und sich ihres Egoismus bewusst, revolutionär gegen die Konservativen, konservativ gegen die Revolutionäre, ihren eigenen Stichworten misstrauend, ... eingeschüchtert vom Weltsturm, den Weltsturm explodierend, - Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen, gemein, weil sie nicht originell war, originell in der Gemeinheit, - schachernd mit ihren eigenen Wünschen, ohne Initiative, ... ohne weltgeschichtlichen Beruf, - ein vermaledeiter Greis ... – ohn’ Aug! ohn’ Ohr! ohn’ Zahn, ohn’ alles - so fand sich die preußische Bourgeoisie nach der Märzrevolution am Ruder des preußischen Staates“ (siehe „Neue Rheinische Zeitung“)[15]

Etwas Ähnliches findet jetzt bei uns statt, im Gang der russischen Revolution.

Die Sache ist die, dass unsere Bourgeoisie sich ebenfalls von der französischen Bourgeoisie des Jahres 1789 unterscheidet. Unsere liberale Bourgeoisie hat noch rascher und noch direkter als die deutsche Bourgeoisie erklärt, dass sie „ein Abkommen mit der obersten Gewalt eingehen wird“, gegen die Arbeiter und Bauern. Die Partei der liberalen Bourgeoisie, die so genannten Kadetten haben längst begonnen, hinter dem Rücken des Volkes geheime Verhandlungen mit Stolypin zu führen. Welchen Zweck verfolgten diese Verhandlungen, worüber hatten die Kadetten mit dem „standrechtlichen“ Minister zu verhandeln, wenn sie nicht in Wirklichkeit die Interessen des Volkes verraten? Über diesen Punkt haben französische und englische Zeitungen vor nicht sehr langer Zeit geschrieben, die Regierung und die Kadetten seien ein Bündnis miteinander eingegangen, um die Revolution zu bändigen. Die Bedingungen dieses geheimen Bündnisses sind die folgenden: Die Kadetten sollen auf ihre oppositionellen Forderungen verzichten, dafür wird die Regierung einigen Kadetten Ministerposten geben. Die Kadetten stellten sich beleidigt - das sei eine Unwahrheit. Aber dann trat es zutage, dass dies eben doch die Wahrheit ist, dann trat es zutage, dass die Kadetten ein Bündnis mit den Rechten und der Regierung bereits geschlossen haben. Wovon spricht die letzte Abstimmung in der Duma, wenn nicht vom Bündnis der Kadetten mit der Regierung? Man erinnere sich der Tatsachen. Die Sozialdemokraten bringen den Antrag ein, eine Kommission wegen der hungernden Bauern einzusetzen. Sie wollen, dass das Volk das Werk der Hilfe für die Hungernden, unter Umgehung der Deputierten und Bürokraten, selber in die Hand nehme und auch selber die „heroischen Taten“ der Gurko-Lidwa[16] entlarve. Das ist gut, das ist wünschenswert, weil alles dies die Verbindung der Deputierten mit dem Volk stärkt, weil alles dies dem dumpfen Murren des Volkes bewussten Charakter verleiht. Es ist klar, dass derjenige, der wirklich den Interessen des Volkes dient, den Antrag der Sozialdemokraten als ein dem Volke nützliches Mittel unbedingt unterstützen würde. Nun wohl, wie aber verfuhren die Kadetten, unterstützten sie die Sozialdemokraten? Nein! Einmütig brachten sie gemeinsam mit den Oktobristen[17] und Schwarzhundertern den Antrag der Sozialdemokraten zu Fall. Die Verwirklichung eures Antrages wird eine Volksbewegung auslösen, deshalb ist er schädlich - so antwortete der Kadettenführer Wessen den Sozialdemokraten (siehe „Parus“[18] Nr. 24). Ich bin vollauf mit Ihnen einverstanden, meine

Herren Kadetten, Sie haben recht - so zollte Stolypin den Kadetten seine Anerkennung (ebenda). Das Ergebnis war, dass nur die Sozialrevolutionäre, die Volkssozialisten und die meisten Trudowiki die Sozialdemokraten unterstützten.

Somit teilte sich die Duma in zwei Lager: das Lager der Feinde der Volksbewegung und das Lager der Anhänger der Volksbewegung. Zu dem ersten gehören die Schwarzhunderter, die Oktobristen, Stolypin, die Kadetten u. a. Zu dem zweiten gehören die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre, die Volkssozialisten, die meisten Trudowiki u. a.

Was bedeutet das anderes, als dass die Kadetten ein Bündnis mit der Regierung bereits eingegangen sind?

Wie man sieht, bewährt sich die Taktik der Bolschewiki, die Misstrauen gegen die Verräter des Volkes, die Kadetten, sät und zum Kampfe gegen sie auffordert.

Aber damit nicht genug. Die Sache ist die, dass sich die erwähnten, von den französischen und englischen Zeitungen verbreiteten Gerüchte restlos bestätigen. Die hauptstädtischen Zeitungen melden in den letzten Tagen aus „glaubwürdigen Quellen“, dass der Kuhhandel der Kadetten mit der Regierung bereits abgeschlossen sei. Man erfährt, dass die Bedingungen dieses Kuhhandels, man denke nur, sogar in den Einzelheiten aufgeklärt sind. Allerdings leugnen die Kadetten das, aber dies sind nur Pharisäertum und nichts weiter. Man höre:

„Aus glaubwürdigsten Quellen meldet ‚Sewodnja’[19]*, dass Stolypins gestrige Dumarede den Kadetten und Oktobristen keineswegs überraschend gekommen ist. Einen ganzen Tag lang haben der Ministerpräsident, Kutler . . . und Fjodorow, der das rechte Zentrum vertrat, Vorverhandlungen darüber geführt. Das entscheidende Abkommen zwischen diesen Personen kam in der Redaktion des ‚Slowo’[20] zustande, wo auch Graf Witte eintreffen wollte... In allgemeinen Zügen läuft das Abkommen auf folgendes hinaus: 1. Die Kadetten brechen offen jede Verbindung mit den Linksparteien ab und nehmen in der Duma eine streng zentrale Stellung ein. 2. Die Kadetten verzichten auf einen Teil ihres Agrarprogramms und nähern es dem Programm der Oktobristen an. 3. Die Kadetten bestehen zeitweilig nicht auf der Gleichberechtigung der Nationalitäten. 4. Die Kadetten unterstützen eine äußere Anleihe. Als Gegenleistung wurde den Kadetten versprochen: 1. Sofortige Legalisierung der Kadettenpartei. 2.... Den Kadetten werden die Ministerposten für Bodenordnung und Landwirtschaft, Volksaufklärung, Handel und Industrie sowie Justiz angeboten. 3. Eine teilweise Amnestie. 4. Eine Unterstützung des kadettischen Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Standgerichte“ (siehe „Parus“ Nr. 25).*

So steht die Sache.

Während das Volk kämpft, während die Arbeiter und Bauern ihr Blut vergießen, um die Reaktion niederzuschlagen, schließen die Kadetten ein Bündnis mit der Reaktion, um die Volksrevolution zu bändigen!

Da sieht man, was für Leute die Kadetten sind!

Da sieht man, wofür sie die Duma „aufsparen“ wollen!

Da hat man den Grund, warum sie den Entwurf der Sozialdemokraten über die Einsetzung einer Kommission wegen der Hungernden nicht unterstützten!

So bricht die menschewistische These vom Demokratismus der Kadetten zusammen.

So bricht die menschewistische Taktik der Unterstützung der Kadetten zusammen: hiernach die Kadetten unterstützen heißt die Regierung unterstützen!

Es bewahrheitet sich die Ansicht der Bolschewik;, dass uns in einem ernsten Augenblick nur die bewussten Vertreter der Bauern, wie z. B. die Sozialrevolutionäre u. a., unterstützen werden.

Es ist klar, dass auch wir sie gegen die Kadetten unterstützen müssen.

Oder gedenken die Menschewiki vielleicht, die Kadetten auch weiter zu unterstützen?...

„Dro“ (Die Zeit) „Nr. 6, 17. März 1907.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen
Übersetzung aus dem Georgischen.

DEM GENOSSEN G.TELIJA ZUM GEDENKEN[21]

Es ist in unseren Parteikreisen Sitte geworden, verstorbenen Genossen übermäßiges Lob zu spenden. Das Verschweigen der schwachen Seiten und die Übertreibung der positiven Seiten ist eine kennzeichnende Besonderheit der gegenwärtigen Nekrologe. Das ist natürlich eine unvernünftige Sitte. Wir wollen dieser Sitte nicht folgen. Wir wollen über den Genossen G. Telija nur die Wahrheit sagen, wir wollen den Leser mit Telija bekannt machen, wie er in Wirklichkeit war. Und da sagt uns die Wirklichkeit, dass Genösse G. Telija als fortgeschrittener Arbeiter und als Parteiarbeiter ein bis zu Ende makelloser und für die Partei unschätzbarer Mann war. Alles, was die Sozialdemokratische Partei am treffendsten charakterisiert - Wissensdurst, Unabhängigkeit, unentwegtes Vorwärtsgehen, Standhaftigkeit, Fleiß, sittliche Kraft -, alles das verband sich in der Person des Genossen Telija. Telija verkörperte in sich die besten Züge des Proletariers. Das ist keine Übertreibung. Seine kurze Biographie wird uns das gleich zeigen.

Genösse Telija gehörte nicht zu den „Gelehrten“. Als Autodidakt meisterte er die Kunst des Lesens und Schreibens und wurde klassenbewusst. Nachdem er die Ortschaft Tschagani (Telija war aus der Ortschaft Tschagani, Bezirk Kutais, gebürtig) verlassen hatte, trat er als Hausdiener bei einer Familie in Tiflis in Dienst. Hier lernte er auch Russisch sprechen und wurde ein leidenschaftlicher Bücherfreund. Doch wurde er schnell des Dienerberufs überdrüssig, und bald trat er in die Tischlerei der Eisenbahnwerkstätten ein. Diese Werkstätten leisteten Genossen Telija einen großen Dienst. Sie waren seine Schule, hier wurde er zum Sozialdemokraten, hier stählte er sich und wurde ein standhafter Kämpfer, hier tat er sich auch als fähiger und klassenbewusster Arbeiter hervor.

In den Jahren 1900 und 1901 ragte Telija bereits unter den fortgeschrittenen Arbeitern als geachteter Führer hervor. Seit der Demonstration von 1901 in Tiflis[22] kannte Genösse Telija keine Erholung mehr. Flammende Propaganda, Schaffung von Organisationen, Teilnahme an verantwortlichen Versammlungen, beharrliche Arbeit an der Selbstaneigung einer sozialistischen Bildung - dem allen widmete er seine ganze freie Zeit. Die Polizei verfolgte ihn, sie suchte ihn „mit der Laterne in der Hand“, aber das verdoppelte nur seine Energie und seine Kampflust. Der Inspirator der Demonstration von 1903 (in Tiflis)[23] war Genosse Telija. Obgleich die Polizei ihm auf den Fersen war, erhob er die Fahne und hielt eine Rede. Nach dieser Demonstration ging er dann völlig in die Illegalität über. Von diesem Jahre an begann er im Auftrage der Organisation verschiedene Städte Transkaukasiens „zu bereisen“. In dem gleichen Jahr begab er sich im Auftrage der Organisation nach Batum, um eine illegale Druckerei einzurichten. Auf dem Bahnhof in Batum wurde er aber mit der Ausrüstung dieser Druckerei verhaftet und nach einiger Zeit in das Kutaiser Gefängnis geschickt. Mit diesem Augenblick begann eine neue Periode in seinem „unruhigen“ Leben. Die anderthalb Jahre Gefängnishaft gingen an Telija nicht spurlos vorüber. Das Gefängnis wurde zu seiner zweiten Schule. Durch ständiges Lernen, durch Lesen sozialistischer Bücher und Beteiligung an den Diskussionen vermehrte er seinen Wissensschatz bedeutend. Hier bildete sich auch endgültig jener unbeugsame revolutionäre Charakter in ihm heraus, um den ihn viele seiner Genossen beneideten. Aber das gleiche Gefängnis drückte ihm auch den Stempel des Todes auf, das gleiche Gefängnis traf ihn mit der tödlichen Krankheit (der Schwindsucht), die unseren besten Genossen ins Grab gebracht hat.

Telija kannte den verhängnisvollen Zustand seiner Gesundheit, doch nicht das beunruhigte ihn. Ihn beunruhigte nur eines - „müßiges Dasitzen und Untätigkeit“. „Wann werde ich je den Tag erleben, wo ich mich nach meinem Willen ungebunden entfalte, aufs neue die Volksmassen sehe, mich an ihre Brust schmiege und ihnen zu dienen beginne?“ - davon träumte der ins Gefängnis gesperrte Genösse. Sein Traum sollte in Erfüllung gehen. Anderthalb Jahre später überführte man ihn in das „kleine“ Kutaiser Gefängnis, von wo er sofort floh, um in Tiflis aufzutauchen. Zu dieser Zeit ging in der Partei die Spaltung vor sich.

Genösse Telija schloss sich damals den Menschewiki an, aber er ähnelte durchaus nicht jenen „abgestempelten“ Menschewiki, die den Menschewismus für den „Koran“, sich für Rechtgläubige und die Bolschewiki für Giaurs halten. Telija ähnelte auch denjenigen „fortschrittlichen“ Arbeitern nicht, die sich als „Sozialdemokraten von Geburt“ hinstellen und, obgleich völlige Ignoranten, so albern schreien: Wir brauchen keine Kenntnisse, wir sind Arbeiter. Eine kennzeichnende Eigenheit Telijas war es gerade, dass er den fraktionellen Fanatismus ablehnte, von ganzem Herzen die blinde Nachahmung verachtete und alles mit seinem Verstand ergründen wollte. Eben deshalb stürzte er sich nach seiner Flucht aus dem Gefängnis sofort auf die Bücher: „Protokoll des II. Parteitages“, Martows „Belagerungszustand“, Lenins „Was tun?“ und „Ein Schritt vorwärts“. Man musste den ausgemergelten, gelb gewordenen Telija gesehen haben, der, beharrlich über den Büchern hockend, lächelnd sagte: „Wie ich sehe, ist es gar nicht so leicht zu entscheiden, ob man Bolschewik oder Menschewik sein soll; solange ich diese Bücher nicht durchstudiert habe, solange ist mein Menschewismus auf Sand gebaut.“ Nachdem also Genösse Telija die notwendige Literatur studiert und sich in die Streitigkeiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki hineingedacht hatte, hat er alles abgewogen und erst dann gesagt: „Ich, Genossen, bin Bolschewik; wie mir scheint, übt derjenige, der nicht Bolschewik ist, unzweifelhaft Verrat am revolutionären Geist des Marxismus.“

Hierauf wurde er ein Apostel des revolutionären Marxismus (Bolschewismus). Auf Beschluss der Organisation begab er sich im Jahre 1905 nach Baku. Einrichtung der Druckerei, Organisierung der Arbeit der Bezirksorganisationen, Beteiligung an der leitenden Organisation, Einsendung von Artikeln für „Proletariatis Brdsola“[24] - hiermit beschäftigte sich Genösse Telija in Baku. Bei dem bekannten Hochgehen verhaftete man auch ihn, aber auch hier „entwischte“ er und eilte wieder nach Tiflis. Nachdem er eine Zeitlang in der Tifliser leitenden Organisation gearbeitet hatte, beteiligte er sich an der gesamtrussischen Konferenz der Bolschewiki in Tammerfors im Jahre 1905. Interessant sind seine Eindrücke von dieser Konferenz. Mit großen Hoffnungen blickte er auf die Zukunft der Partei und pflegte mit glänzenden Augen zu sagen: Ich werde meine letzten Kräfte für diese Partei nicht schonen. Doch das Unglück lag ja eben darin, dass er sich gleich nach seiner Rückkehr aus Rußland ins Bett legen musste und nicht mehr aufstand. Erst jetzt begann er eine ernsthafte literarische Tätigkeit. Während seiner Krankheit schrieb er: „Was wir brauchen“ (siehe „Achali Zchowreba“[25]), „Alte und neue Tote“ (eine Antwort an Artsch. Dshordshadse), „Anarchismus und Sozialdemokratie“ (Die letzten beiden Broschüren konnten nicht gedruckt werden, da sie während einer Haussuchung von der Polizei beschlagnahmt wurden), „Weshalb man uns Blanquisten nennt“ u. a.

In den letzten Tagen schrieb er uns, er bereite eine Broschüre über die Geschichte der kaukasischen Sozialdemokratie vor, aber der unbarmherzige Tod riss dem unermüdlichen Genossen die Feder vorzeitig aus der Hand.

Das ist das Bild des kurzen, aber von Stürmen erfüllten Lebens des Genossen Telija.

Erstaunliche Fähigkeiten, unerschöpfliche Energie, Unabhängigkeit, liefe Liebe zur Sache, heroische Unbeugsamkeit und Apostelbegabung - das ist es, was Genossen Telija charakterisiert.

Nur in den Reihen des Proletariats trifft man Menschen wie Telija, nur das Proletariat bringt Helden wie Telija hervor, und das Proletariat wird auch bestrebt sein, an der verfluchten Ordnung Rache zu nehmen, der unser Genosse - der Arbeiter G. Telija - zum Opfer gefallen ist.

„Dro“ (Die Zeit) „Nr. 10,
22. März 1907.
Unterschrift: Ko...
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

DAS FORTGESCHRITTENE PROLETARIAT UND DER FÜNFTE PARTEITAG

Die Vorbereitung zum Parteitag geht zu Ende.[26] Allmählich zeichnet sich das Kräfteverhältnis der Fraktionen ab. Es ergibt sich, dass die Industriegebiete zum größten Teil die Bolschewiki unterstützen. Petersburg, Moskau, das Zentrale Industriegebiet, Polen, das Ostseegebiet, der Ural - hier genießt die Taktik der Bolschewiki Vertrauen. Der Kaukasus, das Transkaspische Gebiet, der Süden Rußlands, einige Städte in den Einflussgebieten des „Bund"[27], die Bauernorganisationen der „Spilka"[28] - hier schöpfen die Genossen Menschewiki ihre Kräfte. Der Süden Rußlands ist das einzige Industriegebiet, wo die Menschewiki Vertrauen genießen. Die übrigen Stützpunkte des Menschewismus sind zum größten Teil Zentren der Kleinproduktion.

Es ergibt sich, dass die Taktik der Menschewiki hauptsächlich die Taktik der rückständigen Städte ist, wo man die Entfaltung der Revolution und das Wachstum des Klassenbewusstseins scheel ansieht.

Es ergibt sich, dass die Taktik der Bolschewiki hauptsächlich die Taktik der fortgeschrittenen Städte, der Industriezentren ist, wo man auf die Vertiefung der Revolution und auf die Entwicklung des Klassenbewusstseins die Hauptaufmerksamkeit richtet...

Es gab eine Zeit, wo die Sozialdemokratie Rußlands nur eine Handvoll Mitglieder hatte. Damals trug sie intelligenzlerischen Charakter und war nicht imstande, dem Kampf des Proletariats ihren Stempel aufzudrücken. Damals betrieben nicht mehr als ein paar Personen die Parteipolitik, die Stimme der proletarischen Parteimassen war kaum vernehmbar… Ganz anders heute. Heute steht vor uns eine großartige Partei – die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands -, die an die 200000 Mitglieder in ihren Reihen zählt, dem Kampf des Proletariats ihren Stempel aufdrückt, die revolutionäre Demokratie ganz Rußlands um sich sammelt und den „Mächtigen dieser Welt" Angst einjagt. Und diese großartige Partei ist umso großartiger und hervorragender, als das Steuer Ihrer Leitung von der Parteimasse und nicht von ein paar „aufgeklärten Personen" geführt wird. Das ist am besten während der Dumawahlen zutage getreten, als die Parteimasse den Vorschlag des „autoritativen" Plechanow beiseite warf und nicht willens war, eine „gemeinsame Plattform" mit den Kadetten zu haben. Allerdings nennen die Genossen Menschewiki unsere Partei trotzdem eine Intellektuellenpartei, aber das geschieht wahrscheinlich deshalb, weil die Partei in ihrer Mehrheit nicht menschewistisch ist. Wenn jedoch die deutsche sozialdemokratische Partei, die bei 18 Millionen Proletariern nur 400000 Mitglieder zählt, wenn diese Partei das Recht hat, sich eine proletarische Partei zu nennen - so ist die sozialdemokratische Partei Rußlands, die bei 9 Millionen Proletariern in Rußland 200000 Mitglieder hat, gleichfalls berechtigt, als eine proletarische Partei betrachtet zu werden ...

Somit ist die sozialdemokratische Partei Rußlands auch noch dadurch groß, dass sie eine wahrhaft proletarische Partei ist, die ihren Weg in die Zukunft beschreitet und sich den Einflüsterungen ihrer alten „Führer" gegenüber kritisch verhält.

In dieser Hinsicht sind die letzten Konferenzen in Petersburg und Moskau kennzeichnend.

Auf beiden Konferenzen gaben die Arbeiter den Ton an, neun Zehntel der Gesamtzahl der Delegierten waren dort wie hier Arbeiter. Beide Konferenzen lehnten die veralteten und unangebrachten „Direktiven" der „alten Führer" vom Schlage Plechanows ab. Beide Konferenzen erkannten mit lauter Stimme die Notwendigkeit des Bolschewismus an. Damit haben Moskau und Petersburg der menschewistischen Taktik ihr Misstrauen ausgesprochen, haben sie die Hegemonie des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution als notwendig anerkannt.

Durch den Mund Petersburgs und Moskaus spricht das gesamte klassenbewusste Proletariat. Moskau und Petersburg sind führend für die übrigen Städte. Von Moskau und Petersburg gingen während der Aktionen vom Januar und Oktober die Direktiven aus, sie führten die

Bewegung in den ruhmreichen Dezembertagen. Kein Zweifel, dass sie auch das Signal zu dem bevorstehenden revolutionären Ansturm geben werden. Petersburg und Moskau aber halten sich an die Taktik des Bolschewismus. Die Taktik des Bolschewismus ist die einzig proletarische Taktik - das sagen die Arbeiter dieser Städte dem Proletariat Rußlands…

„Dro“ (Die Zeit) Nr. 25,
8. April 1907.
Artikel ohne „Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

EIN DURCHEINANDER...

Die „Publizisten" der „Lachwari"[29] können ihre Taktik immer noch nicht bestimmen. In Nr. l schrieben sie: Wir unterstützen nur die „progresiven Schritte" der Kadetten, aber nicht die Kadetten selbst. Wir bemerkten, dass dies ein ergötzlicher Sophismus ist, da die Menschewiki für die in die Duma zu wählenden Kadetten, und nicht bloß für ihre „Schritte", gestimmt haben; sie haben die Kadetten als solche in die Duma hineingebracht, und nicht nur ihre „Schritte"; sie haben einen Kadetten als solchen zum Vorsitzenden der Duma machen helfen, und nicht nur seine „Schritte" - was die Tatsache der Unterstützung der Kadetten durch die Menschewiki handgreiflich bestätigt. Dies ist so klar, die Menschewiki haben von der Unterstützung der Kadetten so viel gesprochen, dass die Leugnung dieser Tatsache nur Gelächter hervorgerufen hat...

Jetzt sind sie ein klein wenig „nachdenklich" geworden und behaupten etwas anderes: Zwar „haben wir bei den Wahlen die Kadetten unterstützt" (siehe „Lachwari" Nr. 3), aber das war nur bei den Wahlen, dafür unterstützen wir in der Duma nicht die Kadetten, sondern nur ihre „Schritte", während ihr, so sagen sie, dagegen „die Taktik in der Duma nicht von der Taktik bei den Wahlen unterscheidet". Erstens ist eine „Taktik" sehr lächerlich, die dich nur in der Duma vor Dummheiten bewahrt, dir aber während der Wahlen Dummheiten eingibt. Zweitens, ist es etwa nicht die Wahrheit, dass die Menschewiki für einen Kadetten als Dumavorsitzenden gestimmt haben? Zu welcher Taktik muss man die Stimmabgabe für einen kadettischen Vorsitzenden zählen: zur „Taktik in der Duma" oder zur Taktik außerhalb der Duma? Wir glauben, dass man Golowin in der Duma zum Vorsitzenden der Duma gemacht hat, und nicht auf der Straße zum Vorsitzenden der Straße.

Es ist klar, dass die Menschewiki auch in der Duma die gleiche Taktik befolgten wie außerhalb der Duma. Diese Taktik ist die Taktik der Unterstützung der Kadetten. Wenn sie das jetzt bestreiten, so deshalb, weil sie ein Opfer des Durcheinanders geworden sind.

Die Kadetten unterstützen heißt nicht, den Kadetten einen Namen machen, andernfalls macht ihr auch den Sozialrevolutionären einen Namen, indem ihr sie unterstützt, erklärt „Lachwari". Diese „Lachwaristen" sind doch Spaßvögel! Es will ihnen also nicht in den Kopf, dass jede Unterstützung von Seiten der Sozialdemokratie derjenigen Partei, die sie unterstützt, einen Namen macht! Deshalb haben sie auch so freigebig mit Versprechungen über jede erdenkliche „Unterstützung" um sich geworfen ... Jawohl, liebe Genossen, durch die Unterstützung der Sozialrevolutionäre macht die Sozialdemokratie in den Augen des Volkes den Sozialrevolutionären einen Namen, und eben deshalb ist eine solche Unterstützung nur als Ausnahme und als Mittel zur Herbeiführung einer Niederlage der Kadetten zulässig. Die Unterstützung der Sozialrevolutionäre ist durchaus kein Ideal, sie ist ein unvermeidliches Übel, das ausgenutzt wird, um den Kadetten Zügel anzulegen. Ihr dagegen unterstützt gerade jene selben Kadetten, die die Arbeiter und Bauern verkaufen, vor denen die Sozialrevolutionäre den Vorzug haben, dass sie sich der Revolution anschließen...

„Die Kadetten haben, sagen wir, das allgemeine Wahlrecht gefordert. Das ist also ein großes Übel, denn es ist eine kadettische Forderung" (ebenda).

Sind das aber Spaßvögel! Seht ihr wohl, das allgemeine Wahlrecht ist also eine „kadettische Forderung"! Die Tifliser Menschewiki wissen also nicht, dass das allgemeine Wahlrecht keine kadettische Forderung, sondern eine Forderung der revolutionären Demokratie ist, die die Sozialdemokratie am konsequentesten vertritt! Nein, Genossen, wenn ihr nicht einmal begreifen könnt, dass die Kadetten keine revolutionären Demokraten sind; wenn ihr nicht einmal begreifen könnt, dass für uns der Kampf gegen sie zwecks Stärkung der Hegemonie des Proletariats eine Frage des Tages ist; wenn ihr nicht imstande seid, euch auch nur darin zurechtzufinden, was ihr gestern gesagt habt und was ihr heute sagt, - so ist es für euch besser, vorläufig die Feder wegzulegen, euch erst einmal aus dem Durcheinander herauszufinden und euch erst dann an die „Kritik" zu machen ...

Wir schwören bei der Duma, dass es so besser sein wird...

„Dro“ (Die Zeit) Nr. 26,
10. April 1907.
Artikel ohne „Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

UNSERE KAUKASISCHEN CLOWNS

Die menschewistische Zeitung „Lachwari“ ist über unsere Artikel in Zorn entbrannt - die Anklage hat sichtlich ins Schwarze getroffen. Das ist natürlich ein sehr ergötzliches Schauspiel... Worum handelt es sich?
Wir schrieben, dass uns die Rechtsschwenkung der Duma nicht wundert. Weshalb? Weil in der Duma die liberale Bourgeoisie herrscht, diese Bourgeoisie aber ein Bündnis mit der Regierung eingeht und mit den Arbeitern und Bauern bricht. Daher die Schwäche der Duma. Und wenn die Arbeiter und revolutionären Bauern der antirevolutionären Duma nicht nachtraben, und wenn sie ihrerseits mit der Dumamehrheit brechen, so bedeutet dies, dass das Volk bei uns ein höheres Bewusstsein hat als im Frankreich des 18. Jahrhunderts. Daher wiederum die Schwäche der Duma. So erklärten wir die Schwäche der Duma und ihre Rechtsschwenkung. ‘
Nun ist unseren Menschewiki nach dieser Erklärung das Herz in die Hosen gesunken, und voller Schrecken jammern sie:

„Nein, wenn die Erklärung der Bolschewiki richtig wäre, dann müssten wir alle Hoffnung aufgeben und sagen, dass das Ende der russischen Revolution gekommen ist“ (siehe „Lachwari“ Nr. 6).

Die Armen! Sie glauben an ihren revolutionären Charakter nicht so fest wie an den der Kadetten! Die Liberalen verraten die Revolution - folglich sei die Revolution geschwächt worden! Die ‘Arbeiter und die revolutionären Bauern wären also eine Null. Wehe euch, wenn ihr keinen größeren Scharfblick besitzt!
Sie sind sich nicht einmal selber treu. Da haben z. B. vor anderthalb Jahren in der Zeitung „S’chiwi“[30] die gleichen Menschewiki etwas anderes geschrieben:

„Der Dezemberstreik hat die Bourgeoisie von der Revolution abgestoßen und sie konservativ gemacht. Die weitere Entwicklung der Revolution muss gegen die Liberalen gehen. Ist die Revolution hierfür stark genug? Das hängt davon ab, wer die Triebkraft der Revolution sein wird. Der Führer der Revolution ist auch hier selbstverständlich das Proletariat. Allein ist es nicht imstande, sie zu Ende zu führen, wenn es keinen starken und treuen Verbündeten haben wird, ein solcher Verbündeter aber ist einzig die Bauernschaft“ (siehe „S’chiwi“ Nr. 12).

Jawohl, so sagten die Menschewiki, solange sie sich an den Standpunkt der Sozialdemokratie hielten...
Jetzt aber, wo sie der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben, haben sie ein neues Lied angestimmt und erklären als das Zentrum der Revolution, als ihre Retter die Liberalen.
Und nach alledem haben sie die Kühnheit, uns zu versichern, dass die kaukasischen Menschewiki keine Clowns sind, dass sie die sozialdemokratischen Gewänder nicht anlegen, um ihr kadettisches Innere zu verbergen! Die Menschewiki sagen:

„Wie kam es, dass die Kadetten in der ersten Duma kühner vorgingen, ein der Duma verantwortliches Kabinett forderten usw.? Wodurch ist es zu erklären, dass die Kadetten am Tage nach der Auseinanderjagung der Duma den Wiborger Aufruf unterzeichneten?
Warum handeln sie heute nicht so?
Auf diese Frage gibt die politische Philosophie der Bolschewiki keine Antwort und kann sie nicht geben“ (ebenda).

Vergebens tröstet ihr euch, ihr von Furcht ergriffenen Genossen. Wir haben diese Frage längst beantwortet: Die jetzige Duma ist farbloser, weil das Proletariat jetzt klassenbewusster und

organisierter ist als in der Periode der ersten Duma, und eben dies treibt die liberale Bourgeoisie zur Reaktion. Schreibt es euch hinter die Ohren, ihr liberalisierenden Genossen, ein für allemal: Je bewusster das Proletariat kämpft, umso konterrevolutionärer wird die Bourgeoisie. Das ist unsere Erklärung. Wie aber erklärt ihr die Farblosigkeit der zweiten Duma, ihr werten Genossen?

Da schreibt ihr z.B. in der „Lachwari" Nr.4, dass an der Schwäche der Duma, an ihrer Farblosigkeit „das mangelnde Bewusstsein und die Unorganisiertheit des Volkes" schuld sind. Die erste Duma war, wie ihr selbst sagt, „kühner" - folglich war das Volk damals „bewusst und organisiert". Die zweite Duma ist farbloser, folglich ist das Volk in diesem Jahre weniger „bewusst und organisiert" als im vorigen Jahr - folglich ist die Sache der Revolution und der Entwicklung des Bewusstseins des Volkes zurückgegangen! Wolltet ihr nicht dies sagen, Genossen? Wollt ihr nicht hiermit euer Hinstreben zu den Kadetten rechtfertigen, werte Herrschaften?

Wehe euch und eurer verworrenen „Logik", wenn ihr auch in Zukunft Clowns zu bleiben gedenkt...

„Dro" (Die Zeit) Nr. 29,
13. April 1307.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach der autorisierten russischen Übersetzung
aus dem Georgischen.

DIE AUSEINANDERJAGUNG DER DUMA UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS

Man hat die zweite Duma auseinandergejagt.[31] Und nicht einfach, sondern mit Getöse auseinandergejagt - ganz genau so wie die erste Duma. Auch hier gibt es ein „Auseinanderjagungsmanifest“ mit „aufrichtigem Bedauern“ des pharisäischen Zaren über die Auseinanderjagung. Auch hier gibt es ein „neues Wahlgesetz“, das das Wahlrecht der Arbeiter Und Bauern zunichte macht. Es liegen sogar Versprechungen vor, Rußland „zu erneuern“, natürlich mit Hilfe von Erschießungen und einer dritten Duma. Mit einem Wort, hier gibt es alles das, was noch ganz kürzlich bei der Auseinanderjagung der ersten Duma stattgefunden hat. Der Zar hat die Auseinanderjagung der ersten Duma kurz wiederholt...

Aber der Zar hat die zweite Duma nicht unbedacht und durchaus nicht ohne Zweck auseinandergejagt. Er wollte mit Hilfe der Duma Verbindung mit der Bauernschaft aufnehmen, sie aus einem Verbündeten des Proletariats zu einem Verbündeten der Regierung machen und auf diese Weise, indem er das Proletariat allein ließ, es isolierte, die Sache der Revolution desorganisieren, ihren Sieg unmöglich machen. Zu diesem Zweck nutzte die Regierung die Hilfe der liberalen Bourgeoisie aus, die vorläufig noch einigen Einfluss unter der unaufgeklärten Masse der Bauern besitzt, und eben durch ihre Vermittlung wollte sie mit der Millionen zählenden Bauernschaft Verbindung aufnehmen. So wollte sie die zweite Reichsduma ausnutzen.

Das Gegenteil jedoch trat ein. Gleich in den ersten Sitzungen der zweiten Duma offenbarte sich das Misstrauen der Bauerndeputierten nicht nur gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber den Deputierten der liberalen Bourgeois. Dieses Misstrauen wuchs infolge einer ganzen Anzahl von Abstimmungen und ging schließlich so weit, dass es in offene Feindschaft gegen die Deputierten der liberalen Bourgeoisie umschlug. Es gelang der Regierung somit nicht, die Bauerndeputierten um die Liberalen und vermittels ihrer um die alte Gewalt zusammenzuschließen. Der Wunsch der Regierung, durch die Duma mit der Bauernschaft Verbindung aufzunehmen und das Proletariat zu isolieren, ist nicht in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil: Die Bauerndeputierten schlossen sich immer mehr um die proletarischen Deputierten, um die Sozialdemokraten zusammen. Und je mehr sie von den Liberalen, den Kadetten abrückten, desto entschlossener näherten sie sich den sozialdemokratischen Deputierten. Dies aber erleichterte bedeutend den Zusammenschluss der Bauern um das Proletariat außerhalb der Duma. Es kam also so, dass nicht das Proletariat isoliert wurde, sondern die liberale Bourgeoisie und die Regierung von den Bauern isoliert wurden; das Proletariat sicherte sich die Führung der viele Millionen zählenden Bauernschaft - desorganisiert wurde also nicht die Sache der Revolution, wie die Regierung das wollte, sondern die Sache der Konterrevolution. Infolgedessen wurde die Existenz der zweiten Duma für die Regierung immer gefährlicher. So hat sie die Duma „aufgelöst“.

Um jedoch die Annäherung der Bauern an das Proletariat recht erfolgreich zu desorganisieren, um in den unaufgeklärten Massen der Bauern Feindschaft gegen die Sozialdemokraten zu säen und sie um sich zu scharen, griff die Regierung zu zwei Maßnahmen.

Erstens fiel sie über die Dumafraktion der Sozialdemokraten her, erhob gegen deren Mitglieder die falsche Beschuldigung, zu einem sofortigen Aufstand aufgerufen zu haben, und stellte sie somit als die Hauptschuldigen an der Auseinanderjagung der Duma hin. Wir hätten, wollten sie sagen, euer „Dumachen“, liebe Bauern, nicht auseinandergejagt, aber die Sozialdemokraten bedrohten uns mit dem Aufstand, und wir haben uns gezwungen gesehen, es „aufzulösen“…

Zweitens erließ die Regierung ein „neues Gesetz“, demzufolge die der bäuerlichen Wahlmänner um die Hälfte herabgesetzt wurde, während die Zahl der gutsherrlichen Wahlmänner um ebensoviel erhöht wurde, wobei es den letzteren überlassen wurde, in Vollversammlungen die Bauerndeputierten zu wählen, sie setzte die Zahl der von den

Arbeitern zu wählenden Wahlmänner gleichfalls um fast die Hälfte herab (124 an Stelle von 237 Wahlmännern), behielt sich das Recht vor, die Wähler „nach Ortschaften, nach der Art der sie betreffenden Zensen und nach Nationalitäten“ neu einzuteilen, beseitigte jede Möglichkeit einer freien Wahlagitation usw. usw. Und alles dies: um in die dritte Duma keine revolutionären Vertreter der Arbeiter und Bauern hineinzulassen; um sie mit liberalen und reaktionären Vertretern der Guts- und Fabrikanten zu füllen; um die Vertretung der Bauern dadurch zu entstellen, dass, gegen den Wunsch der Bauern selbst, die Möglichkeit geschaffen wird, die konservativsten Bauerndeputierten durchzubringen; Und um auf diese Weise dem Proletariat die Möglichkeit zu nehmen, die breiten Massen der Bauernschaft offen um sich zu scharen - sich also die Möglichkeit einer offenen Annäherung an die Bauernschaft zu schaffen. Das ist der Sinn der Auseinanderjagung der zweiten Reichsduma.

Die liberale Bourgeoisie hat alles dies augenscheinlich begriffen und kommt, vertreten durch ihre Kadetten, der Regierung entgegen. Schon in der zweiten Duma ging sie einen Kuhhandel mit der alten Gewalt ein und bemühte sich, mit den Bauerndeputierten liebäugelnd, das Proletariat zu isolieren. Am Vorabend der Auseinanderjagung forderte der Kadettenführer Miljukow seine Partei dazu auf, alles und alle um die „Stolypin-Regierung“ zusammenzuschließen, mit ihr ein Abkommen einzugehen und der Revolution, eigentlich dem Proletariat, den Krieg zu erklären. Ein zweiter Kadettenführer aber, Struve, verfocht, bereits nach der Auseinanderjagung, die „Idee der Auslieferung“ der sozialdemokratischen Deputierten an die Regierung, forderte die Kadetten auf, offen den Weg des Kampfes gegen die Revolution zu beschreiten, sich mit den konterrevolutionären Oktobristen zu verschmelzen und, nach Isolierung des unruhigen Proletariats, den Kampf gegen dieses aufzunehmen. Die Kadettenpartei schweigt - also ist sie mit ihren Führern einverstanden.

Augenscheinlich begreift die liberale Bourgeoisie die ganze Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks.

Mit umso größerer Deutlichkeit ersteht vor dem Proletariat die Aufgabe, die Zarenmacht zu stürzen. Man denke doch nur. Da war die erste Duma. Da war auch die zweite. Aber weder die eine noch die andere hat auch nur eine einzige der Fragen der Revolution „gelöst“ - und konnte sie auch nicht „lösen“. Nach wie vor bleiben: die Bauern ohne Boden, die Arbeiter ohne Achtstundentag, alle Bürger ohne politische Freiheit. Weshalb? Weil die Zarenmacht noch nicht tot ist, weil sie noch weiter besteht, nach der ersten Duma die zweite auseinanderjagt, die Konterrevolution organisiert und danach trachtet, die Kräfte der Revolution zu verwirren und die viele Millionen zählende Bauernschaft von den Proletariern loszureißen. Unterdessen setzen die unterirdischen Kräfte der Revolution - die Krise in den Städten und der Hunger in den Dörfern - ihr Werk auch weiter fort, rütteln die breiten Massen der Arbeiter und Bauern immer stärker auf und heischen immer beharrlicher die Lösung der grundlegenden Fragen unserer Revolution. Die Machenschaften der Zarenmacht verschärfen die Krise nur. Die Anstrengungen der liberalen Bourgeoisie - die Bauern von den Proletariern loszureißen - verstärken nur die Revolution. Es ist klar, dass ohne den Sturz der Zarenmacht und die Einberufung einer vom ganzen Volke getragenen Konstituierenden Versammlung die breiten Massen der Arbeiter und Bauern nicht zufrieden gestellt werden können. Nicht weniger klar ist es auch, dass die Grundfragen der Revolution nur im Bündnis mit der Bauernschaft gegen die Zarenmacht und die liberale Bourgeoisie gelöst werden können.

Sturz der Zarenmacht und Einberufung der vom ganzen Volke getragenen Konstituierenden Versammlung - dahin führt uns die Auseinanderjagung der zweiten Duma.

Krieg gegen die verräterische liberale Bourgeoisie, enges Bündnis mit der Bauernschaft - davon spricht uns die Auseinanderjagung der zweiten Duma.

Aufgabe des Proletariats besteht darin, bewusst diesen Weg zu und seine Rolle als Führer der Revolution würdig zu erfüllen.

„Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier) Nr. 1,
20. Juni 1907.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

DER LONDONER PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS

(Aufzeichnungen eines Delegierten)[32]

Der Londoner Parteitag ist beendet. Entgegen den Erwartungen der liberalen Federfuchser, all dieser Wergeshskis[33] und Kuskowas[34], hat uns der Parteitag nicht die Spaltung gebracht, sondern den weiteren Zusammenschluss der Partei, die weitere Vereinigung der fortgeschrittenen Arbeiter ganz Rußlands zu einer einzigen unteilbaren Partei. Dieser Parteitag war ein wirklicher gesamtrussischer Vereinigungsparteitag: denn auf ihm waren zum ersten Mal unsere polnischen, bundistischen und lettischen Genossen in umfassendster und vollständigster Weise vertreten, auf ihm haben sie zum ersten Mal an den Arbeiten eines Parteitages aktiv teilgenommen und folglich zum ersten Mal das Schicksal ihrer Organisationen auf das unmittelbarste mit dem Schicksal der Gesamtpartei verknüpft. In diesem Sinne hat der Londoner Parteitag das Werk des Zusammenschlusses und der Festigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands um ein beträchtliches vorwärts gebracht.

Das ist das erste wichtige Ergebnis des Londoner Parteitags. Damit ist aber die Bedeutung des Londoner Parteitags nicht erschöpft. Die Sache ist die, dass der Parteitag entgegen den Wünschen der gleichen liberalen Federfuchser mit dem Sieg des „Bolschewismus“, mit dem Sieg der revolutionären Sozialdemokratie über den opportunistischen Flügel unserer Partei, über den „Menschewismus“, geendet hat. Allen bekannt sind natürlich unsere Meinungsverschiedenheiten in der Frage nach der Rolle der verschiedenen Klassen und Parteien in unserer Revolution und nach unserem Verhältnis zu ihnen. Bekannt ist gleichfalls, dass die offizielle, ihrer Zusammensetzung nach menschewistische Parteizentrale in einer ganzen Reihe von Fällen eine mit der Partei als Ganzem in Widerspruch stehende Haltung einnahm. Man erinnere sich doch nur: die Geschichte mit der Losung des Zentralkomitees von einem verantwortlichen Kadettenkabinett, die zur Zeit der ersten Duma von der Partei verworfen wurde; die Geschichte mit der Losung desselben ZK von der „Wiedereröffnung der Dumatagung“ nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, einer Losung, die von der Partei gleichfalls verworfen wurde; die Geschichte mit dem bekannten Aufruf des ZK zum Generalstreik anlässlich der Auseinanderjagung der ersten Duma, der von der Partei gleichfalls verworfen wurde ... Es war notwendig, diesem unnormalen Zustand ein Ende zu machen. Dazu aber war es wiederum notwendig, aus den faktischen Siegen der Partei über das opportunistische ZK das Fazit zu ziehen, aus den Siegen, die die Geschichte der inneren Entwicklung unserer Partei im ganzen abgelaufenen Jahr ausfüllen. Der Londoner Parteitag hat nun das Fazit aus allen diesen Siegen der revolutionären Sozialdemokratie gezogen, ihren Sieg gefestigt und die Taktik dieser Sozialdemokratie angenommen.

Folglich wird die Partei von nun an eine streng konsequente Klassenpolitik des sozialistischen Proletariats durchführen. Das rote Banner des Proletariats wird vor den Schönrednern des Liberalismus nicht mehr gesenkt werden. Gegen die intelligenzlerischen Schwankungen, die sich für das Proletariat nicht ziemen, ist ein tödlicher Schlag geführt worden.

Das ist das zweite, nicht minder wichtige Ergebnis des Londoner Parteitags unserer Partei.

Die faktische Vereinigung der fortgeschrittenen Arbeiter ganz Rußlands zu einer einheitlichen gesamtrussischen Partei unter dem Banner der revolutionären Sozialdemokratie - das ist der Sinn des Londoner Parteitags, das ist sein allgemeiner Charakter.

Gehen wir nun an eine ausführlichere Charakterisierung des Parteitags.

I

DIE ZUSAMMENSETZUNG DES PARTEITAGS

Auf dem Parteitag waren insgesamt etwa 330 Delegierte anwesend. Von ihnen hatten 302 - die Vertreter von über 150000 Parteimitgliedern - beschließende, die übrigen beratende Stimme. Nach Fraktionen verteilten sie sich ungefähr folgendermaßen (nur beschließende Stimmen): 92 Bolschewiki, 85 Menschewiki, 54 Bundisten, 45 Polen und 26 Letten.

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Stellung der Parteitagsdelegierten (Arbeiter und Nichtarbeiter) bot der Parteitag folgendes Bild: Handarbeiter waren insgesamt 116; Büro- und Handelsangestellte 24; die übrigen waren Nichtarbeiter. Dabei verteilten sich die Handarbeiter folgendermaßen auf die Fraktionen: der bolschewistischen Fraktion gehörten 38 (36 Prozent) an; der menschewistischen 30 (31 Prozent); bei den Polen waren es 27 (61 Prozent); bei den Letten 12 (40 Prozent); bei den Bundisten 9 (15 Prozent). Die Berufsrevolutionäre aber verteilten sich auf die Fraktionen folgendermaßen: der bolschewistischen Fraktion gehörten 18 (17 Prozent) an; der menschewistischen 22 (22 Prozent); bei den Polen waren es 5 (11 Prozent); bei den Letten 2 (6 Prozent); bei den Bundisten 9 (15 Prozent).

Wir alle waren über diese Statistik „verblüfft“. Wie denn? Die Menschewiki hatten doch so viel darüber geschrieen, dass unsere Partei aus Intellektuellen bestünde; sie hatten die Bolschewiki Tag und Nacht als Intellektuelle beschimpft, sie hatten gedroht, alle Intellektuellen aus der Partei hinauszujagen, sie hatten die Berufsrevolutionäre fortwährend verächtlich behandelt - und nun erwies sich plötzlich, dass in ihrer Fraktion weitaus weniger Arbeiter waren als bei den „Intellektuellen“, den Bolschewiki! Es erwies sich, dass es bei ihnen weit mehr Berufsrevolutionäre gab als bei den Bolschewiki! Wir aber haben uns das menschewistische Geschrei mit dem Sprichwort erklärt: „Die Zunge geht dahin, wo der Zahn schmerzt“ ...

Noch aufschlussreicher sind die Ziffern über die Zusammensetzung des Parteitags unter dem Gesichtspunkt der „territorialen Verteilung“ der Delegierten. Es hat sich herausgestellt, dass große Gruppen menschewistischer Delegierter hauptsächlich von den bäuerlichen und handwerklichen Gebieten entsandt werden: von Gurien (9 Delegierte), von Tiflis (10 Delegierte), von der kleinrussischen Bauernorganisation „Spilka“ (wohl 12 Delegierte), vom „Bund“ (der in seiner übergroßen Mehrheit menschewistisch ist) und, als Ausnahme, vom Donezbecken (7 Mann). Demgegenüber werden große Gruppen bolschewistischer Delegierter ausschließlich von großindustriellen Gebieten entsandt: von Petersburg (12 Delegierte), von Moskau (13 oder 14 Delegierte), vom Ural (21 Delegierte), von Iwanowo-Wosnessensk (11 Delegierte) und von Polen (45 Delegierte).

Offensichtlich ist die Taktik der Bolschewiki die Taktik der Proletarier der Großindustrie, die Taktik derjenigen Gebiete, wo die Klassengegensätze besonders klar sind und der Klassenkampf besonders scharf ist. Der Bolschewismus - das ist die Taktik der echten Proletarier.

Anderseits ist es nicht weniger offensichtlich, dass die Taktik der Menschewiki vorwiegend eine Taktik der im Handwerk beschäftigten Arbeiter und der bäuerlichen Halbproletarier ist, eine Taktik derjenigen Gebiete, wo die Klassengegensätze nicht ganz klar sind und der Klassenkampf verschleiert ist. Der Menschewismus - das ist die Taktik der halbbürgerlichen Elemente des Proletariats. Das besagen die Ziffern.

Und das ist nicht schwer zu verstehen: Man kann unter den Lodzer, Moskauer oder Iwanowo-Wosnessensker Arbeitern nicht ernsthaft von Blockbildungen mit derselben liberalen Bourgeoisie sprechen, deren Angehörige einen erbitterten Kampf gegen sie führen, sie in einem fort durch Teilentlassungen und Massenaussperrungen „bestrafen“ - dort wird der Menschewismus keine Sympathien finden, dort braucht man den Bolschewismus, die Taktik des unversöhnlichen proletarischen Klassenkampfes. Umgekehrt ist es äußerst schwer, den

gurischen Bauern oder irgendwelchen Schklower Handwerkern, die nicht die heftigen systematischen Schläge des Klassenkampf es zu fühlen bekommen und deshalb gern zu allerlei Abkommen gegen den „gemeinsamen Feind“ bereit sind, die Idee des Klassenkampfes einzuimpfen - dort braucht man vorläufig den Bolschewismus nicht, dort braucht man den Menschewismus, denn dort ist alles von der Atmosphäre der Abkommen und Kompromisse durchdrungen.

Nicht weniger aufschlussreich ist die Zusammensetzung des Parteitags unter dem Gesichtspunkt der nationalen Zugehörigkeit. Die Statistik hat gezeigt, dass in der menschewistischen Fraktion die Juden die Mehrheit bilden (die Bundisten natürlich nicht eingerechnet), dann folgen die Georgier und nach ihnen die Russen. Dagegen besteht die übergroße Mehrheit der bolschewistischen Fraktion aus Russen, dann folgen die Juden (die Polen und Letten natürlich nicht eingerechnet), nach ihnen die Georgier usw. Aus diesem Anlass machte einer der Bolschewiki (ich glaube, Genosse Alexinski[35]) im Scherz die Bemerkung, die Menschewiki seien eine jüdische, die Bolschewiki aber eine echt russische Fraktion, und es wäre nicht schlecht, wenn wir Bolschewiki in der Partei einen Pogrom veranstalten würden.

Diese Zusammensetzung der Fraktionen aber ist nicht schwer zu erklären: die Hochburgen des Bolschewismus sind hauptsächlich großindustrielle Gebiete, die, mit Ausnahme Polens, rein russische Gebiete sind, während die Gebiete des Menschewismus Gebiete der Kleinproduktion und zugleich auch Gebiete der Juden, Georgier usw. sind.

Was die Strömungen betrifft, die sich auf dem Parteitag geltend machten, so muss vermerkt werden, dass die formale Teilung des Parteitags in fünf Fraktionen (Bolschewiki, Menschewiki, Polen usw.) nur bis zur Behandlung der Fragen prinzipiellen Charakters (Frage der nicht-proletarischen Parteien, des Arbeiterkongresses usw.) in einem gewissen, allerdings unbedeutenden Maße in Kraft blieb. Bei der Behandlung der prinzipiellen Fragen wurde die formale Gruppierung faktisch aufgegeben, und bei den Abstimmungen teilte sich der Parteitag gewöhnlich in zwei Teile: in Bolschewiki und Menschewiki. Ein so genanntes Zentrum oder einen Sumpf gab es auf dem Parteitag nicht. Trotzki erwies sich als „schöne Überflüssigkeit“. Dabei schlössen sich alle Polen eindeutig den Bolschewiki an. Die übergroße Mehrheit der Letten unterstützte ebenfalls eindeutig die Bolschewiki. Der „Bund“, dessen Delegierte in ihrer übergroßen Mehrheit faktisch stets die Menschewiki unterstützten, trieb der Form nach eine in höchstem Grade zweideutige Politik, die Lächeln auf der einen und Gereiztheit auf der anderen Seite hervorrief. Genossin Rosa Luxemburg hat diese Politik des „Bund“ meisterhaft und treffend charakterisiert, als sie sagte, dass die Politik des „Bund“ nicht die Politik einer reifen politischen Organisation mit Masseneinfluss sei, sondern eine Politik von Krämern, die ewig Ausschau halten und ewig in der Hoffnung abwarten: Vielleicht wird morgen der Zucker billiger. Von den Bundisten unterstützten nur 8 bis 10 Delegierte die Bolschewiki, und auch das nicht immer.

Im Allgemeinen war das Übergewicht, und zwar ein recht beträchtliches Übergewicht, auf Seiten der Bolschewiki.

Es war also ein bolschewistischer Parteitag, wenn auch kein streng bolschewistischer. Von den menschewistischen Resolutionen ging nur die Resolution über die Partisanenaktionen durch, und auch diese nur ganz zufällig: die Bolschewiki nahmen in diesem Fall den Kampf nicht an, richtiger gesagt, sie wollten ihn nicht zu Ende führen, einfach aus dem Wunsch heraus, „den Genossen Menschewiki auch einmal eine Freude zu machen“ ...

II

DIE TAGESORDNUNG
DER BERICHT DES ZENTRALKOMITEES
DER BERICHT DER DUMAFRAKTION

Vom Standpunkt der politischen Strömungen auf dem Parteitag könnte man die Arbeiten des Parteitags in zwei Teile gliedern.
Erster Teil: Debatten über formale Fragen, wie die Tagesordnung des Parteitags, die Berichte des ZK und der Bericht der Dumafraktion, Fragen, die einen tiefen politischen Sinn haben, aber mit der „Ehre“ der einen oder der anderen Fraktion, mit dem Gedanken verknüpft sind oder werden, die eine oder die andere Fraktion „nur ja nicht zu kränken“, „nur ja keine Spaltung hervorzurufen“ - und deshalb als formale Fragen bezeichnet werden. Dieser Teil des Parteitags verlief am stürmischsten und nahm die meiste Zeit in Anspruch. Das geschah aber deshalb, weil die prinzipiellen Erwägungen hinter „moralische“ Erwägungen zurückgedrängt wurden („nur ja nicht kränken“), sich also keine scharf umrissenen Gruppierungen herausbildeten, weil nicht gleich zu erraten war, „wer die Oberhand bekommen wird“, und sich die Fraktionen - in der Hoffnung, die „Neutralen und Korrekten“ auf ihre Seite zu ziehen - zu einem heftigen Kampf um das Übergewicht hinreißen ließen.
Zweiter Teil: Debatten über prinzipielle Fragen, wie die Frage der nichtproletarischen Parteien, des Arbeiterkongresses usw. Hier gab es bereits keine „moralischen“ Erwägungen mehr, es entstanden ganz bestimmte Gruppierungen nach scharf umrissenen prinzipiellen Strömungen, das Kräfteverhältnis zwischen den Fraktionen wurde sofort klar; und deshalb war dieser Teil des Parteitages der ruhigste und fruchtbarste - ein klarer Beweis dafür, dass Prinzipienfestigkeit in den Debatten die beste Garantie für eine fruchtbringende und ruhige Arbeit des Parteitags ist.
Wenden wir uns nun einer kurzen Charakteristik des ersten Teils der Arbeiten des Parteitags zu.
Nach einer Rede des Genossen Plechanow, der den Parteitag eröffnete und in seiner Rede erwähnte, es sei notwendig, „von Fall zu Fall“ Abkommen mit den „fortschrittlichen Elementen“ der bürgerlichen Gesellschaft einzugehen, wählte der Parteitag ein Präsidium aus fünf Genossen (je einen aus jeder Fraktion) sowie eine Mandatsprüfungskommission und schritt zur Festlegung der Tagesordnung. Es ist bezeichnend, dass die Menschewiki auch auf diesem Parteitag, genau so wie im vorigen Jahre auf dem Vereinigungsparteitag, in der heftigsten Weise gegen den Antrag der Bolschewiki auftraten, die Frage der Einschätzung der gegenwärtigen Lage und die der Klassenaufgaben des Proletariats in unserer Revolution auf die Tagesordnung zu setzen. Befindet sich die Revolution im Aufschwung oder im Abflauen und muss man sie demzufolge „liquidieren“ oder zu Ende führen, - welches sind die Klassenaufgaben des Proletariats in unserer Revolution, die eine scharfe Scheidelinie zwischen dem Proletariat und den übrigen Klassen der russischen Gesellschaft ziehen? - das sind die Frage», vor denen sich die Genossen Menschewiki fürchten. Vor ihnen laufen sie davon wie der Schatten vor der Sonne; sie wollen die Wurzeln unserer Meinungsverschiedenheiten nicht ans Tageslicht bringen. Warum? 'Weil in der Fraktion der Menschewiki selbst tiefe Meinungsverschiedenheiten über diese Fragen bestehen, - weil der Menschewismus keine einheitliche Strömung ist, der Menschewismus - das ist ein Mischmasch von Strömungen, die während des Fraktionskampfes gegen den Bolschewismus nicht bemerkbar sind, aber sofort zum Durchbruch kommen, so bald die Fragen der gegenwärtigen Lage und unserer Taktik prinzipiell gestellt werden. Die Menschewiki wollen diese innere Schwäche ihrer Fraktion nicht offenbar werden lassen. Die Bolschewiki wussten das und bestanden im Interesse eines möglichst prinzipiellen Charakters der Debatten darauf, dass die oben genannten Fragen auf die Tagesordnung gesetzt würden. Da die Menschewiki

sahen, dass eine prinzipielle Fragestellung vernichtend für sie sein würde, wurden sie halsstarrig und gaben den „korrekten Genossen“ zu verstehen, dass sie sich „gekränkt“ fühlen würden - und der Parteitag nahm die Frage der gegenwärtigen Lage usw. nicht in die Tagesordnung auf. Schließlich wurde folgende Tagesordnung angenommen: Bericht des Zentralkomitees, Bericht der Dumafraktion, über die Stellung zu den nichtproletarischen Parteien, über die Duma, über den Arbeiterkongress, über die Gewerkschaften, über die Partisanenaktionen, Krisen, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit, der Stuttgarter Internationale Kongress[36], Organisationsfragen.

Den Bericht des ZK erstatteten als Hauptreferenten Genosse Martow (von den Menschewiki) und Genosse Rjadowoi[37] (von den Bolschewiki). Martows Referat war eigentlich kein Bericht, der die Erscheinungen ernsthaft beleuchtete, sondern ein Herzenserguss darüber, wie das unschuldige ZK darangehen wollte, die Partei und dann auch die Dumafraktion zu leiten, und wie die „schrecklichen“ Bolschewiki es an jeder Tätigkeit hinderten, indem sie es mit ihrer Prinzipienfestigkeit belästigten. Die von der Partei dann abgelehnten Losungen des ZK von einem verantwortlichen Kadettenkabinett und der „Wiedereröffnung der Dumatagung“ usw. usf. suchte Martow damit zu rechtfertigen, dass die Lage damals unklar gewesen sei und man in einer Zeit der Flaute keine anderen Losungen habe aufstellen können. Den verfehlten Aufruf des ZK zum Generalstreik und später zu Teilaktionen, unmittelbar nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, suchte Martow wiederum mit der Unklarheit der Lage und mit der Unmöglichkeit zu rechtfertigen, die Stimmung der Massen genau festzustellen. Sehr wenig sagte er über die Rolle des ZK bei der Spaltung der Petersburger Organisation.[38] Dafür sprach er allzu viel über die Konferenz der Militär- und Kampforganisationen, die auf Initiative einer gewissen Gruppe der Bolschewik! durchgeführt worden war und, nach der Meinung Martows, Desorganisation und Anarchie in die Parteiorganisationen getragen habe. Am Schluss seines Referats richtete Martow an den Parteitag den Appell, die schwierigen Bedingungen, unter denen infolge der besonderen Kompliziertheit und Verworrenheit der Lage die Arbeit der Parteileitung geleistet werden musste, in Betracht zu ziehen und dem ZK gegenüber Milde walten zu lassen. Offensichtlich erkannte Martow selbst an, dass das ZK arge Sünden begangen hat.
Das Referat des Genossen Rjadowoi trug einen ganz anderen Charakter. Seiner Ansicht nach ist das ZK der Partei verpflichtet: 1. das Programm der Partei zu verfechten und durchzuführen, 2. die taktischen Direktiven zu befolgen, die es vom Parteitag erhalten hat, 3. die Einheit der Partei zu wahren, 4. die positive Arbeit der Partei zu vereinen. Indessen hat das ZK keine einzige dieser Verpflichtungen erfüllt. Anstatt das Programm der Partei zu verfechten und durchzuführen, hat das ZK der sozialdemokratischen Dumafraktion anlässlich des bekannten Aufrufs der ersten Duma zur Agrarfrage[39] die Anweisung gegeben, im Interesse der Einheit der Opposition, im Interesse der Heranziehung der Kadetten darauf zu verzichten, den bekannten Punkt unseres Agrarprogramms über die Konfiskation des gesamten Grund und Bodens (der Gutsbesitzer) als Antrag zum Dumaaufruf einzubringen, und sich auf eine einfache Erklärung über die Enteignung des Grund und Bodens zu beschränken, ohne eine Klausel darüber, ob mit oder ohne Entschädigung. Man bedenke nur: Das ZK der Partei gab Anweisung, den höchst wichtigen Punkt des Parteiprogramms über die Konfiskation des Grund und Bodens fallen zu lassen. Das ZK verstieß gegen das Parteiprogramm! Ein ZK, das gegen das Parteiprogramm verstößt - ist diese unerhörte Schmach denn auszudenken?
Weiter. Anstatt wenigstens die Direktiven des Vereinigungsparteitages durchzuführen; anstatt den Kampf der Parteien innerhalb der Duma systematisch zu vertiefen, um dem Kampf der Klassen außerhalb der Duma erhöhte Bewusstheit zu verleihen; anstatt eine unabhängige, streng konsequente Klassenpolitik des Proletariats zu betreiben - stellte das ZK Losungen auf wie die eines verantwortlichen Kadettenkabinetts, einer „Wiedereröffnung der Dumatagung“,

„für die Duma und gegen die Kamarilla“ usw. usw., Losungen, die dem Kampf der Partei in der Duma die Spitze abbrechen, die Klassengegensätze außerhalb der Duma verkleistern, jede Scheidelinie zwischen der Kampfpolitik des Proletariats und der Paktiererpolitik der liberalen Bourgeoisie verwischen und die erste der zweiten anlassen. Und als Genosse Plechanow, ein Mitglied der Redaktion des Zentralorgans, also auch des Zentralkomitees, auf dem Weg des Paktierens mit den Kadetten noch weiter ging und der Partei vorschlug, einen Block mit der liberalen Bourgeoisie einzugehen, die Losung der Konstituierenden Versammlung fallen zu lassen und die für die liberale Bourgeoisie annehmbare Losung einer „mit Machtvollkommenheit ausgestatteten Duma“ aufzustellen - da erhob das ZK gegen den Ausfall des Genossen Plechanow, durch den der Partei Schimpf und Schande angetan wurde, nicht nur keinen Protest, sondern stimmte ihm sogar zu, ohne es übrigens zu wagen, seine Zustimmung offiziell zum Ausdruck zu bringen.
So hat das ZK der Partei die elementaren Erfordernisse einer unabhängigen Klassenpolitik des Proletariats und die Beschlüsse des Vereinigungsparteitags missachtet!
Ein ZK, das das Klassenbewusstsein des Proletariats trübt; ein ZK, das die Politik des Proletariats der Politik der liberalen Bourgeoisie unterordnet; ein ZK, das das Banner des Proletariats vor den Scharlatanen des kadettischen Liberalismus streicht - so weit haben uns die Opportunisten, die Vertreter des Menschewismus gebracht!
Wir sprechen schon nicht davon, wie das ZK die Einheit und Disziplin der Partei nicht nur nicht gewährleistete, sondern systematisch verletzte, indem es die Initiative zur Spaltung der Petersburger Organisation ergriff.
Wir wollen auch nicht lang und breit davon reden, dass das ZK die Arbeit der Partei nicht zusammengefasst hat - das ist ohne weiteres klar.
Womit ist das alles zu erklären, alle diese Fehler des ZK? Natürlich nicht mit den „schrecklichen“ Leuten, die im ZK beisammen saßen, sondern damit, dass der Menschewismus, der sich damals im ZK breitmachte, nicht fähig ist, die Partei zu leiten; er hat als politische Strömung endgültig Bankrott gemacht. Von diesem Standpunkt aus ist die ganze Geschichte des ZK eine Geschichte des Scheiterns des Menschewismus. Und wenn uns die Genossen Menschewiki Vorwürfe machen und sagen, wir hätten das ZK „gehindert“, wir hätten es „belästigt“ usw. usw., so können wir nicht umhin, diesen moralisierenden Genossen zu antworten: Jawohl, Genossen, wir haben das ZK „gehindert“, gegen unser Programm zu verstoßen, wir haben es „gehindert“, die Taktik des Proletariats dem Geschmack der liberalen Bourgeoisie anzupassen, und werden es auch künftig daran hindern, denn das ist unsere heilige Pflicht...
Das waren ungefähr die Ausführungen des Genossen Rjadowoi.
Aus der Diskussion ergab sich, dass die Mehrzahl der Genossen, sogar einige Bundisten, den Standpunkt des Genossen Rjadowoi teilen. Und wenn trotzdem die Resolution der Bolschewiki, die die Fehler des ZK feststellte, nicht durchging, so deshalb, weil Erwägungen wie „nur ja keine Spaltung herbeiführen“ stark auf die Genossen einwirkten. Natürlich wurde auch die menschewistische Resolution, in der dem ZK das Vertrauen ausgesprochen wurde, nicht angenommen. Es wurde einfach beschlossen, ohne eine Einschätzung der Tätigkeit des ZK zum nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen...

Die Debatten zum Bericht der Dumafraktion waren im Allgemeinen eine Wiederholung der Debatten zur vorangegangenen Frage. Das ist auch begreiflich: die Dumafraktion war unter der unmittelbaren Leitung des ZK tätig, und eine Kritik oder Verteidigung des ZK war natürlich zugleich eine Kritik oder Verteidigung der Dumafraktion.
Von Interesse war eine Bemerkung des zweiten Referenten, des Genossen Alexinski (der erste Referent war Genosse Zereteli), die dahin ging, dass die Losung der in ihrer Mehrheit menschewistischen Dumafraktion von der Einheit der Dumaopposition, von der Vermeidung einer Spaltung der Opposition und von der Notwendigkeit, mit den Kadetten

zusammenzugehen - dass diese menschewistische Losung, nach dem Ausdruck des Genossen Alexinski, in der Duma einen völligen Bankrott erlitten habe: denn in den wichtigsten Fragen, wie der des Staatshaushalts, der Armee usw., gingen die Kadetten mit Stolypin zusammen, und die menschewistischen Sozialdemokraten mussten Schulter an Schulter mit den Bauernabgeordneten gegen die Regierung und die Kadetten kämpfen. Die Menschewiki mussten in der Tat den Bankrott ihrer Position feststellen und in der Duma die Losung der Bolschewiki durchführen, die besagt, dass es notwendig ist, im Kampf gegen die Rechten und die Kadetten die Bauernabgeordneten für sich zu gewinnen.

Nicht weniger interessant war die Bemerkung der polnischen Genossen, dass es für die Dumafraktion unzulässig sei, sich auf gemeinsame Versammlungen mit den Volksparteilern[40] einzulassen, diesen polnischen Schwarzhundertern, die wiederholt Massaker unter den Sozialisten Polens organisiert haben und auch jetzt noch organisieren. Darauf gaben zwei Führer der kaukasischen Menschewiki[41] einer nach dem anderen zur Antwort, für die Dumafraktion sei nicht das von Belang, was die Parteien bei sich zu Hause treiben, sondern ihr Verhalten in der Duma, die Volksparteiler aber nähmen in der Duma eine mehr oder weniger liberale Haltung ein. Das hieße also, dass man die Parteien nicht danach bewerten soll, was sie außerhalb der Duma tun, sondern danach, was sie in der Duma reden. Höher kann sich der Opportunismus wahrhaftig nicht versteigen...

Die Mehrheit der Redner schloss sich dem Standpunkt des Genossen Alexinski an; aber dennoch wurde auch zu dieser Frage keine Resolution angenommen, wiederum aus den gleichen Erwägungen, „niemand zu kränken“. Der Parteitag stellte die Frage der Resolution zurück und ging direkt zur nächsten Frage über.

III

ÜBER DIE NICHTPROLETARISCHEN PARTEIEN

Von den formalen Fragen gehen wir zu den prinzipiellen Fragen über, zu den Fragen unserer Meinungsverschiedenheiten.

Die Fragen unserer taktischen Meinungsverschiedenheiten, das sind die Fragen nach dem voraussichtlichen Schicksal unserer Revolution und der Rolle der verschiedenen Klassen und Parteien der russischen Gesellschaft in dieser Revolution. Dass unsere Revolution eine bürgerliche ist, dass sie mit der Beseitigung der feudalen und nicht der kapitalistischen Zustände enden muss, dass sie nur von der demokratischen Republik gekrönt werden kann - darüber sind sich in unserer Partei anscheinend alle einig. Darüber ferner, dass unsere Revolution im großen und ganzen im Aufschwung, nicht aber im Abflauen begriffen ist und dass es unsere Aufgabe nicht ist, die Revolution zu „liquidieren“, sondern sie zu Ende zu führen, darüber sind sich, wenigstens formal, ebenfalls alle einig, denn die Menschewiki, als Fraktion, haben noch nirgends das Gegenteil erklärt. Aber auf welche Weise soll unsere Revolution zu Ende geführt werden? Welches ist die Rolle des Proletariats, der Bauernschaft, der liberalen Bourgeoisie in dieser Revolution? Unter welcher Kombination der kämpfenden Kräfte könnte man die gegenwärtige Revolution zu Ende führen? Mit wem muss man zusammengehen, wen muss man schlagen usw. usw.? Hier setzen bei uns die Meinungsverschiedenheiten ein.

Die Ansicht der .Menschewiki: - Da unsere Revolution eine bürgerliche Revolution ist, so kann auch einzig und allein die Bourgeoisie der Führer der Revolution sein. Die Bourgeoisie war der Führer der großen Revolution in Frankreich, sie war der Führer der Revolutionen in anderen Staaten Europas - sie muss auch der Führer unserer russischen Revolution sein. Das Proletariat ist der Hauptkämpfer der Revolution, doch muss es der Bourgeoisie folgen und sie vorwärts drängen. Die Bauernschaft ist ebenfalls eine revolutionäre Kraft, doch hat sie zu viel Reaktionäres an sich, und deshalb wird das Proletariat weit seltener mit ihr gemeinsam auftreten können als mit der liberal-demokratischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie ist ein zuverlässigerer Verbündeter des Proletariats als die Bauernschaft. Alle kämpfenden Kräfte müssen sich um die liberal-demokratische Bourgeoisie als ihren Führer zusammenschließen. Deshalb darf unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien nicht durch den revolutionären Leitsatz: Zusammen mit der Bauernschaft gegen die Regierung und die liberale Bourgeoisie - an der Spitze das Proletariat, sondern muss durch den opportunistischen Leitsatz bestimmt werden: Zusammen mit der ganzen Opposition gegen die Regierung, mit der liberalen Bourgeoisie an der Spitze. Daher die Taktik der Abkommen mit den Liberalen. Das ist die Ansicht der Menschewiki.

Die Ansicht der Bolschewiki: Unsere Revolution ist tatsächlich eine bürgerliche, das bedeutet aber noch nicht, dass unsere liberale Bourgeoisie ihr Führer sein wird. Im 18. Jahrhundert war die französische Bourgeoisie der Führer der französischen Revolution, aber weshalb? Weil das französische Proletariat schwach war, nicht selbständig auftrat, keine eigenen Klassenforderungen aufstellte, weder Klassenbewusstsein noch Organisation besaß; es ging damals im Schlepptau der Bourgeoisie und wurde von der Bourgeoisie als Werkzeug für ihre bürgerlichen Zwecke ausgenutzt. Wie man sieht, bedurfte die Bourgeoisie damals gegen das Proletariat keines Verbündeten in Gestalt einer Zarenmacht - das Proletariat war selber ihr Verbündeter, ihr Diener -, und deshalb konnte sie damals revolutionär sein und sogar an der Spitze der Revolution marschieren. Ganz anders ist es bei uns, in Rußland. Das russische Proletariat kann bei weitem nicht als schwach bezeichnet werden: Es tritt schon einige Jahre lang völlig selbständig auf und stellt seine Klassenforderungen; es besitzt genügend Klassenbewusstsein, um seine eigenen Interessen zu verstehen; es ist in einer eigenen Partei zusammengeschlossen; es hat die stärkste Partei in Rußland mit eigenem Programm und

eigenen taktischorganisatorischen Grundsätzen; es hat mit dieser Partei an der Spitze bereits eine Reihe glänzender Siege über die Bourgeoisie errungen... Kann sich unser Proletariat unter diesen Umständen mit der Rolle eines Anhängsels der liberalen Bourgeoisie, mit der Rolle eines kläglichen Werkzeugs in den Händen dieser Bourgeoisie begnügen? Kann es, soll es dieser Bourgeoisie folgen, sie zu seinem Führer machen? Kann es anders, als Führer der Revolution sein? Man sehe sich doch an, was im Lager unserer liberalen Bourgeoisie vor sich geht: Von dem revolutionären Elan des Proletariats in Schrecken versetzt, wirft sich unsere Bourgeoisie, anstatt an der Spitze der Revolution zu marschieren, der Konterrevolution in die Arme und schließt mit ihr ein Bündnis gegen das Proletariat. Und ihre Partei, die Partei der Kadetten, verständigt sich offen, vor der ganzen Welt, mit Stolypin, stimmt für den Staatshaushalt und die Armee zu Nutz und Frommen des Zarismus gegen die Volksrevolution. Ist es da nicht klar, dass die russische liberale Bourgeoisie eine antirevolutionäre Kraft darstellt, gegen die der schonungsloseste Krieg geführt werden muss? Und hatte nicht Genosse Kautsky recht, als er sagte, dass dort, wo das Proletariat selbständig auftritt, die Bourgeoisie aufhört, revolutionär zu sein? ...

Daraus folgt: Die russische liberale Bourgeoisie ist antirevolutionär; sie kann nicht der Motor und noch viel weniger der Führer der Revolution sein; sie ist der geschworene Feind der Revolution, und gegen sie muss ein hartnäckiger Kampf geführt werden.

Der einzige Führer unserer Revolution, der daran interessiert und dazu imstande ist, die revolutionären Kräfte Rußlands zum Sturm gegen die zaristische Selbstherrschaft zu führen, ist das Proletariat. Nur das Proletariat kann die revolutionären Elemente des Landes um sich scharen, nur das Proletariat wird unsere Revolution zu Ende führen. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, alles zu tun, was in ihren Kräften Hegt, um das Proletariat auf die Rolle des Führers der Revolution vorzubereiten.

Das ist der Angelpunkt der bolschewistischen Auffassung. Auf die Frage, wer denn, wo es gilt, unsere Revolution zu Ende zu führen, ein zuverlässiger Verbündeter des Proletariats sein kann, antworten die Bolschewiki: Der einzige einigermaßen zuverlässige und starke Verbündete des Proletariats ist die revolutionäre Bauernschaft. Nicht die verräterische liberale Bourgeoisie, sondern die revolutionäre Bauernschaft wird zusammen mit dem Proletariat den Kampf gegen alle Grundfesten der feudalen Zustände führen.

Dementsprechend muss unsere Stellung zu den bürgerlichen Parteien durch den Leitsatz bestimmt werden: Zusammen mit der revolutionären Bauernschaft gegen den Zarismus und die liberale Bourgeoisie - an der Spitze das Proletariat. Daher die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Hegemonie (Führerrolle) der kadettischen Bourgeoisie und folglich die Unzulässigkeit von Abkommen mit den Kadetten. Das ist die Ansicht der Bolschewiki.

Im Rahmen dieser beiden Positionen bewegten sich die Reden der Referenten Lenin und Martynow sowie aller übrigen Redner.

Genosse Martynow hat den Standpunkt der Menschewiki endgültig „vertieft“, als er kategorisch die Zulässigkeit der Hegemonie des Proletariats verneinte und ebenso kategorisch die Idee eines Blockes mit den Kadetten verfocht.

Die übrigen Redner sprachen in ihrer großen Mehrheit im Sinne der bolschewistischen Stellungnahme.

Besonders aufschlussreich waren die Reden der Genossin Rosa Luxemburg, die den Parteitag im Namen der deutschen Sozialdemokraten begrüßte und die Auffassung entwickelte, die unsere deutschen Genossen von unseren Meinungsverschiedenheiten haben. (Wir fassen hier die beiden Reden zusammen, die R. L. zu verschiedener Zeit gehalten hat.) In den Fragen nach der Rolle des Proletariats als des Führers der Revolution, nach der Rolle der liberalen Bourgeoisie als einer antirevolutionären. Kraft usw. usw. erklärte Rosa Luxemburg ihre volle Übereinstimmung mit den Bolschewiki, kritisierte sie die Führer des Menschewismus, Plechanow und Axelrod, die sie als Opportunisten bezeichnete und deren Haltung sie mit der der Jaurèsisten in Frankreich verglich. Ich weiß, sagte Rosa Luxemburg, dass auch die

Bolschewiki manchmal danebenhauen, manchmal sonderbar und allzu felsenfest sind, aber ich verstehe und rechtfertige sie durchaus: angesichts der zerfließenden, gallertartigen Masse des menschewistischen Opportunismus muss man felsenfest sein. Bei den Guesdisten[42] in Frankreich ist gleichfalls zu verzeichnen gewesen, dass sie allzu felsenfest sind, hat doch ihr Führer, Genosse Guesde, in dem bekannten Wahlplakat verkündet: „Kein Bourgeois wage es, für mich zu stimmen, denn ich werde im Parlament nur die Interessen der Proletarier gegen alle Bourgeois vertreten.“ Und ungeachtet dessen, ungeachtet dieser Schroffheiten, standen wir deutschen Sozialdemokraten stets an der Seite der Guesdisten in ihrem Kampfe gegen die Verräter am Marxismus, die Jaurèsisten. Das gleiche muss hinsichtlich der Bolschewiki gesagt werden, die wir deutschen Sozialdemokraten in ihrem Kampfe gegen die Opportunisten, die Menschewiki unterstützen werden...

So ungefähr sprach Genossin Rosa Luxemburg.

Noch interessanter ist der berühmte Brief, den der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an den Parteitag gerichtet und den Rosa Luxemburg verlesen hat. Interessant ist er deshalb, weil er durch den Rat an die Partei, gegen den Liberalismus zu kämpfen, und durch die Anerkennung der besonderen Rolle des russischen Proletariats als des Führers der russischen Revolution zugleich auch alle grundlegenden Leitsätze des Bolschewismus anerkennt.

Es ist also offenbar geworden, dass die erprobteste und revolutionärste sozialdemokratische Partei Europas, die deutsche Sozialdemokratie, offen und klar die Bolschewiki, als die wahren Marxisten, in ihrem Kampf gegen die Verräter am Marxismus, gegen die Menschewiki unterstützt.

Beachtenswert sind auch einige Stellen in der Rede des Genossen Tyszko, der der Vertreter der polnischen Delegation im Präsidium war.

Beide Fraktionen versichern uns, sagte Genosse Tyszko, dass sie fest auf dem Standpunkt des Marxismus stehen. Nicht jeder wird daher ohne weiteres verstehen: Wer steht denn nun wirklich auf diesem Standpunkt, die Bolschewiki oder die Menschewiki? ... „Wir sind es, die auf dem Standpunkt des Marxismus stehen“, rufen „von links“ einige Menschewiki dazwischen. „Nein, Genossen“, antwortete ihnen Tyszko, „ihr steht nicht, sondern liegt auf ihm: denn eure ganze Hilflosigkeit bei der Leitung des Klassenkampfes des Proletariats, die Tatsache, dass ihr die bedeutenden Worte des großen Marx zwar auswendig zu lernen, sie aber nicht anzuwenden versteht - alles das besagt: Ihr steht nicht, sondern liegt auf dem Standpunkt des Marxismus.“

Das war meisterhaft treffend.

In der Tat, man nehme allein folgende Tatsache. Die Menschewiki sprechen häufig davon, dass es immer und überall die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, das Proletariat zu einer selbständigen politischen Kraft zu machen. Ist das richtig? Unbedingt richtig! Das sind inhaltsschwere Worte von Marx, deren jeder Marxist stets eingedenk sein muss. Wie aber wenden die Genossen Menschewiki diese Worte an? Tragen sie dazu bei, das Proletariat aus der Masse der es umgebenden bürgerlichen Elemente tatsächlich als selbständige, unabhängige Klasse herauszuheben? Scharen sie die revolutionären Elemente um das Proletariat und bereiten sie das Proletariat auf seine Rolle als Führer der Revolution vor? Die Tatsachen zeigen, dass die Menschewiki nichts dergleichen tun. Im Gegenteil: Die Menschewiki raten dem Proletariat, möglichst oft Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie einzugehen - und damit tragen sie nicht dazu bei, das Proletariat als selbständige Klasse herauszuheben, sondern dazu, es mit der Bourgeoisie zu vermengen; die Menschewiki raten dem Proletariat, auf die Rolle des Führers der Revolution zu verzichten, diese Rolle der Bourgeoisie zu überlassen, der Bourgeoisie zu folgen - und damit tragen sie dazu bei, das Proletariat nicht zu einer selbständigen politischen Kraft, sondern zum Anhängsel der Bourgeoisie zu machen... Das heißt, die Menschewiki tun genau das Gegenteil von dem, was sie, ausgehend von dem richtigen marxistischen Leitsatz, tun müssten.

Jawohl, Genosse Tyszko hatte Recht, als er sagte, die Menschewiki stehen nicht, sondern liegen auf dem Standpunkt des Marxismus...
Nach Abschluss der Debatten wurden zwei Resolutionsentwürfe eingebracht, ein menschewistischer und ein bolschewistischer. Der Entwurf der Bolschewik! wurde mit großer Stimmenmehrheit als Grundlage angenommen.
Weiter kamen Abänderungsanträge zum Entwurf. Es wurden ungefähr 80 Abänderungsanträge eingebracht. Sie betrafen hauptsächlich zwei Punkte des Entwurfes: den Punkt über das Proletariat als den Führer der Revolution, und als zweiten Punkt den über die Kadetten als einer antirevolutionären Kraft. Das war der interessanteste Teil der Debatten, denn hier trat das Gesicht der Fraktionen besonders klar zutage. Der erste wichtige Abänderungsantrag wurde von Genossen Martow eingebracht. Er verlangte, die Worte.- „das Proletariat als Führer der Revolution“ durch die Worte: „das Proletariat als Avantgarde“ zu ersetzen. Zur Begründung sagte er, das Wort „Avantgarde“ gebe den Gedanken genauer wieder. Genosse Alexinski trat dem entgegen. Er führte aus, dass es hier nicht um Genauigkeit gehe, sondern um zwei entgegengesetzte Auffassungen, die sich in diesem Punkt geltend machten, denn „Avantgarde“ und „Führer“ seien zwei völlig verschiedene Begriffe. Avantgarde (Vortrupp) sein heißt sich in den vordersten Reihen schlagen, die am stärksten unter Feuer liegenden Stellungen einnehmen, sein Blut vergießen, dabei aber von anderen, im gegebenen Falle von den bürgerlichen Demokraten geführt werden-, die Avantgarde leitet niemals den Gesamtkampf, sondern wird stets selbst geleitet. Und umgekehrt: Führer sein heißt sich nicht nur in den vordersten Reihen schlagen, sondern auch den Gesamtkampf leiten, ihn auf sein eigenes Ziel ausrichten. Wir Bolschewiki wollen nicht, dass das Proletariat von den bürgerlichen Demokraten geführt werde, wir wollen, dass das Proletariat selbst die Führung des ganzen Kampfes des Volkes habe und ihn auf die demokratische Republik ausrichte.
Das Endergebnis war, das der Abänderungsantrag Martows durchfiel.
Alle anderen Abänderungsanträge von der gleichen Art wurden ebenfalls abgelehnt.
Eine andere Gruppe von Abänderungsanträgen war gegen den Punkt über die Kadetten gerichtet. Die Menschewiki schlugen vor zu erklären, die Kadetten hätten noch nicht den Weg der Konterrevolution beschritten. Der Parteitag nahm diesen Vorschlag jedoch nicht an, und alle Abänderungsanträge dieser Art wurden verworfen. Weiter schlugen die Menschewiki vor, in gewissen Fällen wenigstens technische Abkommen mit den Kadetten zuzulassen. Der Parteitag nahm auch diesen Vorschlag nicht an und verwarf die entsprechenden Abänderungsanträge.
Schließlich wurde über die Gesamtresolution abgestimmt, und es ergab sich, dass 159 Stimmen für die bolschewistische Resolution und 104 dagegen abgegeben worden sind, während sich die übrigen Delegierten der Stimme enthalten haben.
Der Parteitag hat mit übergroßer Stimmenmehrheit die Resolution der Bolschewiki angenommen.
Von nun an ist der Standpunkt der Bolschewiki zum Standpunkt der Partei geworden.
Außerdem hat diese Abstimmung zwei wichtige Ergebnisse gezeitigt: Erstens setzte sie der formalen, künstlichen Scheidung des Parteitags in fünf Fraktionen (Bolschewiki, Menschewiki, Polen, Letten und Bundisten) ein Ende und war der Beginn einer neuen, prinzipiellen Scheidung: in Bolschewiki (unter Einschluss aller Polen sowie der Mehrheit der Letten) und Menschewiki (unter Einschluss fast aller Bundisten).
Zweitens ergab sich aus dieser Abstimmung die genaueste Statistik über die Verteilung der Arbeiterdelegierten auf die Fraktionen. Es zeigte sich, dass in der bolschewistischen Fraktion nicht 38, sondern 77 Arbeiter waren (38 plus 27 Polen plus 12 Letten) und in der menschewistischen Fraktion nicht 30, sondern 39 Arbeiter (30 plus 9 Bundisten). Die menschewistische Fraktion hat sich als die Fraktion der Intellektuellen erwiesen.

IV

ÜBER DEN ARBEITERKONGRESS

Ehe wir eine Charakteristik der Debatten über die Frage eines Arbeiterkongresses geben, ist es unerlässlich, die Geschichte der Frage kennen zu lernen. (Das ist umso notwendiger, als die Genossen Menschewiki, die in die Redaktionsstuben bürgerlicher Zeitungen übergesiedelt sind, Lügenmärchen darüber verbreiten, wie es um diese Frage früher stand und heute steht. (Siehe den Artikel über den „Arbeiterkongress" im „Towarischtsch", der aus der Feder eines bekannten Menschewiks stammt und im „Bakinski Den"[43] nachgedruckt worden ist.) Die Sache ist die, dass diese Frage äußerst verworren und ungeklärt ist. Während es hinsichtlich der anderen Punkte unserer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bereits zwei scharf ausgeprägte Strömungen gibt - die bolschewistische und die menschewistische -, haben wir in der Frage des Arbeiterkongresses nicht zwei, sondern eine ganze Menge äußerst ungeklärter und widerspruchsvoller Strömungen. Allerdings ist die Haltung der Bolschewiki einheitlich und bestimmt: sie sind überhaupt gegen einen Arbeiterkongress. Hingegen herrscht unter den Menschewiki das größte Chaos und Durcheinander. Sie sind in eine Unzahl von Gruppen geteilt, deren jede ihre eigene Melodie singt, ohne auf die anderen zu hören. Während die Petersburger Menschewiki, mit Axelrod an der Spitze, einen Arbeiterkongress vorschlagen, um eine Partei zu schaffen, schlagen ihn die Moskauer Menschewiki, mit El an der Spitze, nicht im Interesse der Schaffung einer Partei vor, sondern zu dem Zweck, einen parteilosen „allrussischen Arbeiterverband" zu schaffen. Die Menschewiki des Südens gehen noch weiter und rufen unter Führung Larins[44] dazu auf, einen Arbeiterkongress einzuberufen, nicht um eine Partei und nicht um einen „Arbeiterverband", sondern um einen noch breiteren „Verband der Werktätigen" zu schaffen, der außer allen proletarischen Elementen auch Sozialrevolutionäre, halbbürgerliche, „werktätige" Elemente umfassen könnte. Ich spreche schon gar nicht von anderen, weniger einflussreichen Gruppen und Personen, wie etwa der Odessaer und der transkaspischen Gruppe oder etwa den schwachsinnigen „Autoren" einer lächerlichen Broschüre, die sich „Brodjaga" und „Schura"[45] nennen.

Solcherart ist der Wirrwarr, der in den Reihen der Menschewiki herrscht.

Wie aber soll der Arbeiterkongress einberufen, wie soll er organisiert werden, was soll Anlass und Termin seiner Einberufung sein, wen soll man zum Kongress einladen, wer soll die Initiative zu seiner Einberufung ergreifen?

In allen diesen Fragen herrscht bei den Menschewiki der gleiche Wirrwarr wie in der Frage nach dem Zweck des Kongresses.

Während einige von ihnen vorschlagen, die Wahlen zum Arbeiterkongress mit den Dumawahlen zu verbinden und auf diese Weise den Arbeiterkongress „im eigenmächtigen Verfahren" zu organisieren, schlagen andere vor, sich auf die „Nachsicht" der Regierung zu verlassen und im äußersten Fall ihre „Genehmigung" zu erbitten; wieder andere aber empfehlen, die Delegierten, auch wenn es drei- bis viertausend sein sollten, ins Ausland zu schicken und den Arbeiterkongress dort illegal abzuhalten.

Während manche Menschewiki vorschlagen, nur regelrechten Arbeiterorganisationen eine Vertretung auf dem Kongress einzuräumen, raten andere, zum Kongress Vertreter schlechthin des gesamten organisierten und unorganisierten Proletariats heranzuziehen, das nicht weniger als zehn Millionen Angehörige in seinen Reihen zählt.

Während manche Menschewiki vorschlagen, den Arbeiterkongress auf Initiative der sozialdemokratischen Partei unter Beteiligung von Intellektuellen einzuberufen, empfehlen andere, sowohl die Partei als auch die Intellektuellen beiseite zu werfen und den Kongress nur auf Initiative der Arbeiter selbst einzuberufen, ohne jede Beteiligung von Intellektuellen. Während manche Menschewiki auf unverzüglicher Einberufung des Arbeiterkongresses bestehen, schlagen andere vor, ihn auf unbestimmte Zeit zu vertagen und sich vorerst auf die Agitation für die Idee eines Arbeiterkongresses zu beschränken.

Nun wohl, und was soll mit der bestehenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geschehen, die nun schon mehrere Jahre den Kampf des Proletariats leitet, in ihren Reihen 150000 Mitglieder vereinigt, bereits fünf Parteitage abgehalten hat usw. usf.? Soll man sie „zum Teufel schicken“ oder was sonst?

Darauf geben alle Menschewiki, von Axelrod bis Larin, einhellig die Antwort, dass wir keine proletarische Partei hätten. „Das ist es ja gerade, dass wir keine Partei haben“, sagten uns auf dem Parteitag die Menschewiki, „wir haben nur eine Organisation der kleinbürgerlichen Intelligenz“, die man mit Hilfe des Arbeiterkongresses durch eine Partei ersetzen müsse. Das erklärte auf dem Parteitag der Referent der Menschewiki, Genosse Axelrod.

Aber mit Verlaub, wieso denn? Das hieße, alle die Parteitage unserer Partei, vom ersten (1898) bis zum letzten (1907), an deren Organisierung die Genossen Menschewiki auf das tatkräftigste teilgenommen haben, all der enorme Aufwand an proletarischen Geldern und Kräften, der Aufwand, der für die Organisierung der Parteitage erforderlich war, der Aufwand, für den die Menschewiki genau ebenso verantwortlich sind wie die Bolschewiki - alles das wäre also ein einziger Betrug, wäre nur Pharisäertum?!

Das hieße, alle die Aufrufe, mit denen die Partei das Proletariat zum Kampf rief, Aufrufe, die auch die Menschewiki unterschrieben haben; alle die Streiks und Aufstände in den Jahren 1905, 1906 und 1907, die unter Führung der Partei standen und zu denen es häufig auf Initiative der Partei kam; alle die Siege des Proletariats unter Führung unserer Partei; alle die Tausende von Opfern des Proletariats, die in den Straßen Petersburgs, Moskaus usw. gefallen, in Sibirien dahingesiecht, in den Kerkern zugrunde gegangen sind im „Namen der Partei, unter dem Banner der Partei - alles das wäre nur Komödie und Betrug?

Und das hieße, wir hätten keine Partei? Wir hätten nur eine „Organisation der kleinbürgerlichen Intelligenz“?

Das war natürlich eine direkte Unwahrheit, eine empörende, unverschämte Unwahrheit.

Daraus erklärt sich wohl auch die grenzenlose Empörung, die die oben erwähnte Erklärung Axelrods unter den Petersburger und Moskauer Arbeiterdelegierten hervorrief. Von ihren Sitzen aufspringend, erwiderten sie dem Referenten Axelrod energisch: „Der Bourgeois bist du, der du im Ausland sitzt, und nicht wir, - wir sind Arbeiter und wir haben unsere sozialdemokratische Partei, die wir von niemandem herabwürdigen lassen“...

Setzen wir jedoch den Fall, dass der Arbeiterkongress stattfindet, nehmen wir an, er habe bereits stattgefunden. Die bestehende sozialdemokratische Partei wäre also zum alten Eisen geworfen, der Arbeiterkongress so oder anders einberufen, und man wollte auf ihm, man weiß nicht recht, ob einen „Arbeiterverband“ oder einen „Werktätigenverband“ organisieren. Was nun weiter? Welches Programm wird dieser Kongress annehmen? Welches Gepräge wird der Arbeiterkongress tragen?

Manche Menschewiki antworten, der Arbeiterkongress könnte das Programm der Sozialdemokratie annehmen, selbstverständlich etwas zurechtgestutzt; sie fügen jedoch gleich hinzu, es könnte auch sein, dass er das Programm der Sozialdemokraten nicht annähme, was, ihrer Meinung nach, für das Proletariat kein besonderes Malheur wäre. Andere antworten entschiedener: Da unser Proletariat in hohem Maße von kleinbürgerlichen Bestrebungen durchdrungen sei, so werde der Arbeiterkongress aller Wahrscheinlichkeit nach nicht das sozialdemokratische, sondern ein kleinbürgerliches, demokratisches Programm annehmen. Das Proletariat werde auf dem Arbeiterkongress des sozialdemokratischen Programms verlustig gehen, aber dafür eine Arbeiterorganisation gewinnen, die alle Arbeiter zu einem Verband zusammenschließen werde. So redet beispielsweise der Führer der Moskauer Menschewiki, N. Tscherewanin (siehe „Probleme der Taktik“). [46]

Also: „ein Arbeiterverband ohne sozialdemokratisches Programm“ - das wäre das wahrscheinliche Ergebnis des Arbeiterkongresses. So wenigstens denken die Menschewiki selbst. Offensichtlich sind sich die in einigen Fragen, wie den Zielen und den Methoden der Einberufung des Arbeiterkongresses, untereinander uneinigen Menschewiki darin einig, dass

„wir keine Partei haben, sondern nur eine Organisation der kleinbürgerlichen Intelligenz, die man zum alten Eisen werfen muss“...
In diesem Rahmen bewegte sich denn auch das Referat Axelrods. Aus dem Referat Axelrods ging hervor, dass die Agitation für einen Arbeiterkongress in der Praxis unvermeidlich auf eine Agitation gegen die Partei, auf einen Krieg gegen sie hinauslaufen wird.
Und die praktische Arbeit zur Einberufung eines Arbeiterkongresses wird ebenfalls unvermeidlich auf eine praktische Arbeit zur Desorganisierung und Zersetzung der Partei, die wir heute haben, hinauslaufen.
Indessen ersuchten die Menschewiki - durch den Mund ihres Referenten und auch in ihrem Resolutionsentwurf - den Parteitag um ein Verbot der Agitation gegen Versuche, einen Arbeiterkongress zu organisieren, d. h. gegen Versuche, die zur Desorganisierung der Partei führen. Interessant ist nun: Durch die Ausführungen der menschewistischen Redner (mit Ausnahme Plechanows, der über den Arbeiterkongress eigentlich gar nichts sagte) zogen sich wie ein roter Faden die Losungen: Nieder mit der Partei, nieder mit der Sozialdemokratie, es lebe die Parteilosigkeit, es lebe der nichtsozialdemokratische „Arbeiterverband“. Diese Losungen wurden von den Rednern zwar nicht offen aufgestellt, sie klangen aber aus ihren Reden heraus.
Nicht umsonst sprechen sich alle bürgerlichen Schriftsteller, von den Syndikalisten und Sozialrevolutionären bis zu den Kadetten und Oktobristen - nicht umsonst sprechen sie sich alle so leidenschaftlich für den Arbeiterkongress aus: sind sie doch alle Feinde unserer Partei, und die praktische Arbeit zur Einberufung eines Arbeiterkongresses könnte doch die Partei erheblich schwächen und desorganisieren. Wie sollten sie da die „Idee des Arbeiterkongresses“ nicht begrüßen? Ganz anders sprachen die Redner der Bolschewik; Der Referent der Bolschewiki, Genosse Lindow[47], wandte sich, nach, einer knappen Charakteristik der Hauptströmungen unter den Menschewiki selbst, einer Klarstellung der Bedingungen zu, die die Idee eines Arbeiterkongresses hervorgebracht haben. Die Agitation für einen Arbeiterkongress begann im Jahre 1905, und zwar vor den Oktobertagen, zur Zeit der Repressalien. In den Oktober- und Novembertagen hörte sie auf. In den darauf folgenden Monaten, Monaten neuer Repressalien, lebte die Agitation für einen Arbeiterkongress wieder auf. Zur Zeit der ersten Duma, in den Tagen relativer Freiheit, ebbte sie ab. Später, nach der Auseinanderjagung der Duma, verstärkte sie sich wieder usw. Die Schlussfolgerung ist klar: In den Tagen relativer Freiheit, wenn die Partei die Möglichkeit hat, sich frei auszudehnen, verliert die Agitation für einen Arbeiterkongress zwecks Schaffung einer „breiten parteilosen Partei“ naturgemäß an Boden; und umgekehrt, in den Tagen der Repressalien, wenn der Zustrom neuer Mitglieder zur Partei durch ein Abfluten abgelöst wird, findet die Agitation für einen Arbeiterkongress als eine künstliche Maßnahme zur Verbreiterung der engen Partei oder zu ihrer Ersetzung durch eine „breite parteilose“ Partei einen gewissen Boden. Es versteht sich jedoch von selbst, dass der Sache durch keinerlei künstliche Maßnahmen geholfen wird, denn zur tatsächlichen Verbreiterung der Partei ist politische Freiheit erforderlich, nicht aber ein Arbeiterkongress, der selbst dieser Freiheit bedarf.
Ferner. Die Idee eines Arbeiterkongresses, in ihrer konkreten Form genommen, ist von Grund aus falsch: denn sie stützt sich nicht auf Tatsachen, sondern auf die falsche Behauptung, dass „wir keine Partei haben“. Tatsache ist aber, dass wir eine proletarische Partei haben, sie tut laut und vernehmlich ihre Existenz kund, sie macht sich den Feinden des Proletariats nur allzu nachdrücklich fühlbar - das wissen die Menschewiki selbst sehr wohl, und gerade weil wir eine solche Partei bereits haben, eben darum ist die Idee eines Arbeiterkongresses von Grund aus falsch. Natürlich, hätten wir keine Partei, die mehr als 150000 fortgeschrittene Proletarier umfasst und an der Spitze hunderttausender Kämpfer steht, wären wir ein kleines Häuflein Leute von geringem Einfluss, ähnlich den deutschen Sozialdemokraten der sechziger Jahre oder den französischen Sozialisten der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, so würden wir selbst bemüht sein, einen Arbeiterkongress einzuberufen, um aus ihm eine

sozialdemokratische Partei herauszuschälen. Aber darum handelt es sich ja gerade, dass wir bereits eine Partei haben, eine wahrhaft proletarische Partei, die sich unter den Massen eines ungeheuren Einflusses erfreut, und dass wir, um einen Arbeiterkongress einzuberufen, um das Phantasiegebilde einer „parteilosen Partei“ zu schaffen, unvermeidlich vor allem mit der bestehenden Partei „Schluss machen“, vor allem sie zerstören müssten.
Das ist der Grund, warum die Arbeit zur Einberufung eines Arbeiterkongresses in der Praxis unvermeidlich auf eine Arbeit zur Desorganisierung der Partei hinauslaufen wird. Ob es aber gelingt, statt ihrer irgendwann die „breite parteilose Partei“ zu schaffen, ja ob es überhaupt notwendig ist, sie zu schaffen, das ist noch die Frage.
Das ist der Grund, warum die Feinde unserer Partei, alle diese Kadetten und Oktobristen, so eifrig dabei sind, den Menschewiki für ihre Agitation zugunsten eines Arbeiterkongresses Lob zu spenden.
Das ist der Grund, warum die Bolschewiki der Meinung sind, dass die Arbeit zur Einberufung eines Arbeiterkongresses gefährlich und schädlich ist: denn sie diskreditiert die Partei in den Augen der Massen und bringt diese unter den Einfluss der bürgerlichen Demokratie. Das waren ungefähr die Ausführungen des Genossen Lindow. Für einen Arbeiterkongress, gegen die sozialdemokratische Partei - oder für die Partei, gegen einen Arbeiterkongress? So war die Frage auf dem Parteitag gestellt.
Die bolschewistischen Arbeiterdelegierten hatten die Frage sofort begriffen und erhoben sich energisch „zur Verteidigung der Partei“: „Wir sind Patrioten der Partei“, erklärten sie, „wir lieben unsere Partei, und wir lassen sie nicht von müde gewordenen Intellektuellen diskreditieren.“
Es ist interessant, dass sich die Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie, Genossin Rosa Luxemburg, mit den Bolschewiki völlig einverstanden erklärte. „Wir deutschen Sozialdemokraten“, sagte sie, „können die lächerliche Kopflosigkeit der Genossen Menschewiki nicht verstehen, die tastend nach den Massen suchen, während die Massen selber die Partei suchen und unaufhaltsam zu ihr hindrängen“ ...
Aus den Debatten ergab sich, dass die übergroße Mehrheit der Redner die Bolschewiki unterstützt.
Nach Abschluss der Debatten wurden zwei Resolutionsentwürfe zur Abstimmung gebracht: einer von den Bolschewiki und einer von den Menschewiki. Der Entwurf der Bolschewiki wurde als Grundlage angenommen. Fast alle Abänderungsvorschläge grundsätzlicher Natur wurden verworfen. Angenommen wurde nur ein einziger mehr oder minder bedeutsamer Abänderungsvorschlag, der sich gegen eine Beschränkung der Diskussionsfreiheit in der Frage des Arbeiterkongresses richtete. Die Resolution als Ganzes besagt: „Die Idee des Arbeiterkongresses führt zur Desorganisierung der Partei“, „zur Unterordnung der breiten Arbeitermassen unter den Einfluss der bürgerlichen Demokratie“ und ist als solche für das Proletariat schädlich. Dabei macht die Resolution einen scharfen Unterschied zwischen dem Arbeiterkongress und den Sowjets der Arbeiterdeputierten sowie deren Kongressen, die die Partei nicht nur nicht desorganisieren, mit ihr nicht nur nicht konkurrieren, sondern im Gegenteil die Partei stärken, da sie ihr folgen und ihr helfen, in Zeiten des revolutionären Aufschwungs die praktischen Fragen zu lösen.
Schließlich wurde die Gesamtresolution mit einer Mehrheit von 165 gegen 94 Stimmen angenommen. Die übrigen Delegierten enthielten sich der Stimme.
Somit hat der Parteitag die Idee eines Arbeiterkongresses als schädlich und parteifeindlich verworfen.
Die Abstimmung in dieser Frage offenbarte die folgende wichtige Erscheinung. Es zeigte sich, dass von den 114 Arbeiterdelegierten, die an der Abstimmung teilnahmen, nur 25 für einen Arbeiterkongress stimmten. Die übrigen stimmten dagegen. In Prozenten ausgedrückt stimmten von den Arbeiterdelegierten 22 Prozent für einen Arbeiterkongress, 78 Prozent

dagegen. Was aber besonders wichtig ist: von den 94 Delegierten, die für einen Arbeiterkongress stimmten, waren nur 26 Prozent Arbeiter und 74 Prozent Intellektuelle.
Die Menschewiki hatten aber doch fortwährend geschrieen, die Idee eines Arbeiterkongresses sei eine Idee der Arbeiter, nur „die Intellektuellen“, die Bolschewiki, wirkten der Einberufung eines Kongresses entgegen u. dgl. m. Nach dieser Abstimmung zu urteilen, müsste man eher feststellen, dass umgekehrt die Idee eines Arbeiterkongresses eine Idee intelligenzlerischer Phantasten ist...
Haben doch offenbar sogar die Arbeiter unter den Menschewiki nicht für einen Arbeiterkongress gestimmt: von 39Arbeiterdelegierten (30 Menschewiki plus 9 Bundisten) stimmten nur 24 dafür.

Baku 1907.

Zuerst veröffentlicht im „Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier)
„Nr. l und 2, 20. Juni und 10. Juli 1907.
Unterschrift: „Koba Iwanowitsch

WÄHLERAUFTRAG AN DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN DEPUTIERTEN DER III.REICHSDUMA

beschlossen auf der Versammlung der Bevollmächtigten der Arbeiterkurie in der Stadt Baku am 22. September 1907[48]

Die sozialdemokratischen Deputierten in der Reichsduma müssen eine besondere Fraktion bilden, die als eine der Parteiorganisationen aufs engste mit der Partei verbunden sein und sich ihrer Führung und den Direktiven des ZK der Partei unterordnen muss.

Die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma ist die Förderung der Klassenerziehung und des Klassenkampfs des Proletariats sowohl zur Befreiung der Werktätigen von der kapitalistischen Ausbeutung als auch dazu, dass es der Rolle des politischen Führers gerecht wird, die es in der gegenwärtigen bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland zu spielen berufen ist.

Zu diesem Zweck muss die Fraktion in allen Fällen ihre proletarische Klassenpolitik treiben, die die Sozialdemokratie von allen anderen Organisationen und revolutionären Parteien unterscheidet, angefangen mit den Kadetten und aufhörend mit den Sozialrevolutionären. Sie darf diese Aufgabe keinesfalls im Interesse der Erhaltung der Gemeinsamkeit oppositioneller Aktionen mit irgendwelchen wie immer gearteten politischen Parteien und Gruppen in der Duma aufopfern.

Unsere Deputierten müssen in der Duma unentwegt das ganze konterrevolutionäre Wesen sowohl der Parteien der Gutsherren und Schwarzhunderter als auch der verräterischen liberal-monarchistischen bürgerlichen Partei der Kadetten entlarven. Auf der anderen Seite müssen sie danach streben, die kleinbürgerlichen Bauernparteien (Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und Trudowiki) von den Liberalen loszureißen und auf den Weg einer konsequenten demokratisch-revolutionären Politik zu drängen, indem sie sie für ihren Kampf sowohl gegen das Schwarze Hundert als auch gegen die kadettische Bourgeoisie gewinnen. Gleichzeitig muss die sozialdemokratische Fraktion den Kampf gegen die reaktionären pseudosozialistischen Utopien führen, in die die Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten und andere ihre im Wesen kleinbürgerlichen Forderungen kleiden und mit deren Hilfe sie das rein klassenmäßige proletarisch-sozialistische Bewusstsein der Arbeiterklasse trüben. Unsere Fraktion muss von der Dumatribüne aus dem ganzen Volk die ganze Wahrheit über die gegenwärtige Revolution auseinandersetzen. Sie muss dem Volke laut und vernehmlich sagen, dass es in Rußland keine Möglichkeit gibt, auf friedlichem Wege die Befreiung des Volkes zu erreichen, dass der einzige Weg zur Freiheit der Weg des Kampfes des gesamten Volkes gegen die Zarenmacht ist.

Die Losung der Sozialdemokratie, in deren Namen sie die Massen zum neuen offenen Kampf aufrufen muss, ist die auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts vom ganzen Volke frei gewählte Konstituierende Versammlung, die endgültig mit der zaristischen Selbstherrschaft Schluss machen und in Rußland die demokratische Republik errichten wird. Keinerlei andere Losungen in der Art von der eines verantwortlichen Kabinetts u. a., wie sie die liberale Bourgeoisie als Gegengewicht gegen die proletarischen Losungen aufstellt, können von der sozialdemokratischen Fraktion angenommen und unterstützt werden.

Bei der Teilnahme an der tagtäglichen gesetzgeberischen und sonstigen Tätigkeit der Reichsduma muss die sozialdemokratische Fraktion ihre ständigen Aufgaben der Kritik und Agitation und nicht die Zwecke der unmittelbaren Gesetzgebung verfolgen, indem sie dem Volke auseinandersetzt, wie völlig unhaltbar und ergebnislos diese Gesetzgebung ist, solange sich die reale Macht voll und ganz in den Händen der absolutistischen Regierung befindet.

Indem die sozialdemokratische Fraktion auf diese Weise in der III. Reichsduma arbeitet, wird sie den revolutionären Kampf fördern, den das Proletariat und mit ihm die Bauernschaft gegenwärtig außerhalb der Duma gegen die zaristische Selbstherrschaft führen.

Erschienen als Sonderfugblatt
im September 1907.
Nach dem russischen Wortlaut des Flugblatts.

DIE BERATUNG MUSS BOYKOTTIERT WERDEN[49]

Die Frage der Beteiligung an der Beratung mit den Erdölindustriellen oder ihres Boykotts ist für uns eine Frage nicht des Prinzips, sondern der praktischen Zweckmäßigkeit. Wir können nicht ein für allemal alle und jegliche Beratungen boykottieren, wie einige erboste und nicht ganz normale „Individuen“ das vorschlagen. Und umgekehrt, wir können nicht ein für allemal die Frage zugunsten einer Beteiligung an einer Beratung entscheiden, wie unsere kadettenhaften Genossen das zu tun fertig bringen. Wir müssen an die Frage der Beteiligung oder des Boykotts vom Standpunkt der lebendigen Tatsachen und nur der Tatsachen herangehen. Hierbei kann sich zeigen, dass unsere Aufgabe, die Massen zusammenzuschließen, angesichts bestimmter Tatsachen, unter bestimmten Bedingungen zur Notwendigkeit der Beteiligung führt - und dann müssen wir unbedingt teilnehmen. Und umgekehrt, unter anderen Bedingungen kann die gleiche Aufgabe zur Notwendigkeit des Boykotts führen - und dann müssen wir unbedingt die Beratung boykottieren.

Ferner müssen wir zur Vermeidung einer Verwirrung im Voraus die Begriffe festlegen, mit denen wir operieren. Was heißt das, sich an der Beratung „beteiligen“? Was heißt das, die Beratung „boykottieren“? Wenn wir in den Versammlungen allgemeine Forderungen formulieren, Bevollmächtigte wählen usw. usf., es uns nicht zum Ziel stecken, die Beratung zum Scheitern zu bringen, sondern - umgekehrt - in die Beratung gehen, um, unter Anerkennung des Reglements der Beratung und darauf gestützt, Verhandlungen mit den Erdölindustriellen zu führen und schließlich zu dieser oder jener Vereinbarung zu gelangen, so müssen wir diese unsere Haltung Beteiligung an der Beratung nennen. Wenn wir aber Forderungen ausarbeiten und Bevollmächtigte wählen, um diese Forderungen besser zu formulieren, die bereits ausgearbeiteten Forderungen popularisieren und publizieren, es uns zum Ziel stecken, uns nicht an den Arbeiten der Beratung mit den Erdölindustriellen zu beteiligen, sondern die ganze Beratung zum Scheitern zu bringen und jeden Vertrag mit den Erdölindustriellen vor dem Kampfe zu vereiteln (einen Vertrag nach dem Kampf, besonders nach einem erfolgreichen Kampf, halten wir für notwendig), so müssen wir diese unsere Haltung Boykott der Beratung nennen, natürlich aktiven Boykott, denn er endet mit der Vereitelung der Beratung.

Hierbei darf auf keinen Fall die Taktik hinsichtlich der Duma mit der Taktik hinsichtlich der Beratung verwechselt werden. Die Beteiligung an der Beratung oder ihr Boykott hat den Zweck, die Bedingungen für eine Verbesserung der herrschenden Zustände im Erdölgebiet vorzubereiten, die Beteiligung an der Duma oder ihr Boykott dagegen bezweckt die Verbesserung der gesamten Verhältnisse im Lande. Das Schicksal der Beratung wird voll und ganz ausschließlich durch das Proletariat der betreffenden Gegend bestimmt, denn ohne die Beteiligung des Proletariats fällt die Beratung von selbst weg, während das Schicksal der Beteiligung an der Duma oder ihres Boykotts nicht durch das Proletariat allein, sondern auch durch die Bauernschaft bestimmt wird. Schließlich kann der aktive Boykott der Beratung (ihre Vereitelung) bequem ohne aktive Aktionen verwirklicht werden, was man hinsichtlich der Resultate eines Boykotts der Duma nicht sagen kann.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen gehen wir zu der konkreten Frage des Boykotts der bevorstehenden Beratung über.

Man kann die Geschichte des ökonomischen Kampfes der Bakuer Arbeiter in zwei Perioden einteilen.

Die erste Periode - das ist die Periode des Kampfes bis in die letzte Zeit hinein, als die Werkarbeiter als handelnde Personen in den Vordergrund traten, als die Arbeiter der Erdölfelder[50] einfach und Vertrauensvoll den Werkarbeitern als ihren Führern folgten, als die Erdölarbeiter sich ihrer gewaltigen Rolle in der Produktion noch nicht bewusst geworden waren. Die Taktik der Erdölindustriellen in dieser Periode kann als eine Taktik des Liebäugeins mit den Werkarbeitern, als eine Taktik systematischer Zugeständnisse an die

Werkarbeiter und einer ebenso systematischen Ignorierung der Erdölarbeiter qualifiziert werden.

Die zweite Periode wird eröffnet durch das Erwachen der Erdölarbeiter, durch ihr selbständiges Betreten des Schauplatzes und die gleichzeitige Zurückdrängung der Werkarbeiter. Dabei ist dieses Auftreten aufs äußerste karikiert, denn 1. geht es über schandvolle Prämien nicht hinaus und 2. trägt es die Färbung eines äußerst verhängnisvollen Misstrauens gegen die Werkarbeiter. Die Erdölindustriellen versuchen, die veränderte Lage auszunutzen, und ändern ihre Taktik. Sie liebäugeln nun nicht mehr mit den Werkarbeitern, sie versuchen nicht mehr, die Werkarbeiter zu bestechen - denn sie wissen sehr wohl, dass die Erdölarbeiter ihnen jetzt nicht immer folgen werden -, im Gegenteil, die Erdölindustriellen sind selbst bemüht, die Werkarbeiter zu einem Streik ohne die Erdölarbeiter zu provozieren, um damit die verhältnismäßige Machtlosigkeit der Werkarbeiter zu demonstrieren und sie gefügig zu machen. Parallel hiermit liebäugeln die Erdölindustriellen, die den Erdölarbeitern früher keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt haben, jetzt in der frechsten Weise mit ihnen, indem sie sie mit Prämien traktieren. Dadurch versuchen sie, die Erdölarbeiter endgültig von den Werkarbeitern loszureißen, sie vollends zu korrumpieren, sie mit knechtischem Vertrauen zu den Erdölindustriellen zu infizieren, das Prinzip des unversöhnlichen Kampfes durch das „Prinzip“ des Feilschens und der lakaienhaften Bettelei zu ersetzen und dadurch jede ernste Verbesserung unmöglich zu machen.

Zu den gleichen Zwecken hat man die bevorstehende Beratung „ersonnen“

Hieraus wird klar, dass die nächste Aufgabe der fortgeschrittenen Genossen der hartnäckige Kampf um die Erdölarbeiter, der Kampf um den Zusammenschluss der Erdölarbeiter um. die Kollegen Werkarbeiter ist, und zwar dadurch, dass ihrem Bewusstsein ein grenzenloses Misstrauen gegen die Erdölindustriellen eingeflößt wird, dadurch, dass aus ihren Köpfen die schädlichen Vorurteile des Feilschens und der Bettelei ausgemerzt werden. Wir müssen der Masse der Erdölarbeiter, die zum ersten Mal den Schauplatz betritt, und zwar so ungeschickt und karikaturenhaft („Bakschisch“[51] usw.) betritt, laut und scharf sagen (mit Tatsachen und nicht nur mit Worten sagen!), dass Verbesserungen im Leben nicht von oben gewährt und nicht durch Feilschen erworben werden, sondern von unten, durch den gemeinsamen Kampf zusammen mit den Werkarbeitern.

Nur wenn wir diese Aufgabe im Auge haben, können wir die Frage der Beratung richtig lösen. Wir glauben, dass die Beteiligung an der bevorstehenden Beratung, der Aufruf zur gemeinsamen Arbeit der Erdölindustriellen und der Arbeiter zwecks Ausarbeitung eines bindenden Vertrages, jetzt, vor dem allgemeinen Kampfe, wo der Teilkampf seinen Fortgang nimmt, wo der allgemeine Kampf noch bevorsteht, wo die Erdölindustriellen nach rechts und links Prämien verteilen, um die Erdölarbeiter von den Werkarbeitern loszureißen und ihr junges Bewusstsein zu korrumpieren, da glauben wir, dass in einem solchen Augenblick „zur Beratung gehen“ bedeutet, die „Bakschisch“-Vorurteile in den Köpfen der Masse nicht auszumerzen, sondern sie darin zu festigen. Es bedeutet, dem Bewusstsein der Masse nicht Misstrauen gegen die Erdölindustriellen, sondern Vertrauen zu ihnen einzuflößen. Es bedeutet, die Erdölarbeiter nicht um die Werkarbeiter zu scharen, sie nicht den Werkarbeitern näher zu bringen, sondern sie zeitweilig im Stich zu lassen, sie in die Klauen der Kapitalisten zurückzuschaudern.

Natürlich, „kein Übel so groß, hat was Gutes im Schoß“, eine Beratung im gegenwärtigen Augenblick könnte ebenfalls einen gewissen Nutzen für die Organisierung, für die „Verbreiterung des Kampfes“ bringen, wie sich Genosse Kotschegart[52] ausdrückt. Wenn aber der von der Beratung gestiftete Schaden diesen gewissen Nutzen zweifellos überwiegt, so ist es zweifellos notwendig, die Beratung wie überflüssiges Gerumpel beiseite zu werfen. Denn wenn Genosse Kotschegar hauptsächlich deshalb „zur Beratung geht“, weil die Beratung „organisiert“ und „den Kampf verbreitert“, so ist es geradezu unverständlich, weshalb man auch während des Aufschwungs, am Vorabend des allgemeinen Kampfes, zu

Beginn des in Vorbereitung befindlichen allgemeinen Kampfes nicht „zur Beratung gehen“ soll. Was hat man zu fürchten? Die „allgemeine Organisation“, die „Verbreiterung des Kampfes“ ist dann doch besonders notwendig? Die Massen müssen dann doch am allerwenigsten für Zugeständnisse von oben zu haben sein? Aber das ist ja gerade die Sache, dass Bevollmächtigte wählen noch nicht bedeutet, die Massen zu organisieren. Eben darum handelt es sich ja, dass organisieren (in unserem Sinne natürlich, und nicht im Sinne eines Gapon) vor allem bedeutet, das Bewusstsein des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu entwickeln. Wenn nur ein solches Bewusstsein vorhanden wäre, dann würde sich das übrige von selber finden.
Die bevorstehende Beratung aber kann eben gerade dies nicht geben.
Deswegen kann die einzige Taktik, die unter den gegebenen Verhältnissen unserer Aufgabe entspricht, nur die Taktik des Boykotts der Beratung sein.
Die Taktik des Boykotts entwickelt am besten das Bewusstsein des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen den Arbeitern und den Erdölindustriellen.
Die Taktik des Boykotts, die die „Bakschisch“ -Vorurteile erschüttert und die Erdölarbeiter von den Erdölindustriellen losreißt, schließt sie um die Werkarbeiter zusammen.
Die Taktik des Boykotts, die Misstrauen gegen die Erdölindustriellen einflößt, unterstreicht in den Augen der Massen am besten die Notwendigkeit des Kampfes als des einzigen Mittels zur Verbesserung des Lebens.
Deshalb müssen wir eine Boykottkampagne eröffnen: Betriebsversammlungen veranstalten, Forderungen ausarbeiten, Bevollmächtigte zwecks bester Formulierung der gemeinsamen Forderungen wählen, die Forderungen durch den Druck verbreiten, sie erläutern, sie noch einmal zur endgültigen Bestätigung unter die Massen bringen usw. usw. und alles dies unter der Losung des Boykotts tun, um dann, wenn die gemeinsamen Forderungen populär geworden und die „legalen Möglichkeiten“ ausgenutzt sind, die Beratung durch Boykott zum Scheitern zu bringen sie dem Gelächter preiszugeben und dadurch die Notwendigkeit des Kampfes für die gemeinsamen Forderungen zu unterstreichen. Es gilt also, die Beratung zu boykottieren!

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 4,
29. September 1907.
„Unterschrift: Ko...
Nach dem russischen Zeitungstext.

1908

VOR DEN WAHLEN

Die Herren Erdölindustriellen haben den Rückzug angetreten. Noch vor kurzem erklärten sie durch den Mund des Redakteurs ihrer Zeitung „Neftjanoje Delo“[53], die Gewerkschaften seien in Baku „ein fremdes Element, das außerhalb der Arbeiterschaft steht“. Die Behörden ließen zur Vollstreckung ihres Willens eine Bekanntmachung anschlagen, in der die Arbeiter aufgefordert werden, Bevollmächtigte für eine Organisationskommission zu wählen; dadurch wollten sie die Gewerkschaften von der Führung der Kampagne entfernen. So war es gestern. Heute aber, am 7. Januar, hat der Fabrikinspektor den Sekretären der Gewerkschaften mitgeteilt, dass eine Versammlung der Erdölindustriellen stattgefunden habe, auf der sie beschlossen hätten, dem Herrn Stadthauptmann vorzuschlagen, den Gewerkschaften Erlaubnisscheine auszustellen, die ihnen das Recht geben, auf den Erdölfeldern und in den Betrieben Versammlungen zu veranstalten.

Die Herren Kapitalisten fürchten die Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften, sie möchten die Arbeiter in einem zersplitterten und desorganisierten Zustand sehen, und zu diesem Zweck wollen sie nicht einmal die Ölfeld- und Betriebskommissionen anerkennen. Wir haben sie aber jetzt gezwungen anzuerkennen, dass die Lösung einer der wichtigsten Fragen des Arbeiterlebens, der Frage der Beratung und des Kollektivvertrages, von den Gewerkschaften geleitet werden muss und wird.

Wir haben sie gezwungen, die führende Bedeutung der Gewerkschaften anzuerkennen, obgleich die Herren Daschnakzakaner[54] und die Sozialrevolutionäre den Herren Erdölindustriellen und den Behörden in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen zu Hilfe gekommen sind. Die Herren Daschnakzakaner folgten prompt dem Ruf des Herrn Stadthauptmanns, schritten unverzüglich zu den Wahlen, natürlich zu ihren eigenen Zwecken - um nämlich die von den Gewerkschaften für die Führung der Kampagne aufgestellten Bedingungen, vor allem die wichtigste von ihnen - die Anerkennung der Arbeiterorganisationen -, zu vereiteln.

Die Herren Erdölindustriellen sind jedoch mit der prompten Arbeit der Daschnakzakaner nicht zufrieden. Den letzteren folgten nur die kleinen Firmen, wie Abijanz, Raduga, Ararat, Pharos u. a., und nur bei zwei oder drei großen armenischen Firmen wurden die Wahlen durchgeführt. Die Arbeiter der Kaspi-Schwarzmeer-Gesellschaft, Nobels, Kokorews, „Borns“, Schibajews, Assadullajews, der Moskau-Kaukasus-Gesellschaft und anderer Firmen protestierten in ihren Resolutionen gegen solche Wahlen und lehnten die Beteiligung an ihnen so lange ab, bis den Gewerkschaften Erlaubnisscheine ausgestellt werden würden.

Die Arbeiter der größten und einflussreichsten Firmen brachten klar und bestimmt ihren Willen zum Ausdruck und gaben damit nicht nur den Herren Erdölindustriellen Antwort, sondern auch denjenigen von ihren „Freunden“, die gern allzu schön leeres Zeug reden.

Die Arbeiter haben in ihren Resolutionen klar und bestimmt bestätigt, dass die von den Gewerkschaften aufgestellten Bedingungen nicht von den „Führern“ ausgedacht worden sind, wie das die Sozialrevolutionäre in ihrer Broschüre „Weshalb wir nicht zur Beratung gehen“ behaupten.

Die Behörden, die Erdölindustriellen und die Daschnakzakaner kämpfen gegen die Erweiterung des Einflusses der Gewerkschaften. Die Arbeiter sprechen den Gewerkschaften ihr Vertrauen aus und bekunden Ihre Solidarität mit den von den Gewerkschaften gestellten Bedingungen.

Die Worte „Beratung“ und „Verhandlungen“ sind kein Schreckgespenst für die Arbeiter und dürfen das auch nicht sein, ebenso wenig wie die Arbeiter es am Vorabend eines Streiks fürchten, Verhandlungen zu führen und Forderungen zu stellen. Das Stellen von Forderungen beseitigt manchmal die Notwendigkeit, den Konflikt durch einen Streik zu entscheiden. Am häufigsten geschieht es umgekehrt. Damit jedoch die „Verhandlungen“ vor den Arbeitern das ganze Bild der gegenwärtigen Sachlage entrollen, damit die Kampagne anlässlich der

Beratung den Arbeitern durch die breite Aufwerfung und öffentliche Erörterung aller Fragen des Arbeiterlebens unschätzbare Dienste leiste, müssen die Bedingungen verwirklicht werden, die die Gewerkschaften gestellt haben und die in dem Wählerauftrag an die zu wählenden Bevollmächtigten enthalten sein werden.

Vor keinerlei Verhandlungen braucht man „Angst“ zu haben, wenn sie vor den Augen der gesamten Arbeitermasse geführt werden. Die gestellten Bedingungen sichern die Möglichkeit einer umfassenden Beteiligung aller Arbeiter an der Erörterung aller mit der Beratung verbundenen Fragen. Die Beratungen vom Schendrikow-Typus, die ein trauriges Andenken hinterlassen haben, sind für immer begraben.

Wir haben es erreicht, dass die Kollegen, die sich an den Verband der Maschinenarbeiter „anschließen“, uns folgen und auf die Losung der „Beratung um jeden Preis“ verzichtet haben. Auch sie haben beschlossen, Wahlen ohne die Grundbedingung, ohne die Anerkennung der führenden Bedeutung der Gewerkschaften zu boykottieren. Wir werden auch erreichen, dass es keine Anhänger des Boykotts „um jeden Preis“ mehr geben wird. Die Beratung, und hauptsächlich die Kampagne anlässlich der Beratung, ist für die Arbeiter annehmbar, wenn die dafür notwendigen Bedingungen gewährleistet sind.

Die Arbeiter haben in ihren letzten Resolutionen die Richtigkeit unseres Standpunktes bestätigt.

Die Erlaubnisscheine sind uns ausgestellt worden. Wir haben also erreicht, dass die Behörden und die Erdölindustriellen die führende Rolle der Gewerkschaften anerkennen.

Die Mehrheit der Arbeiter der größten Firmen hat sich unter den von uns angegebenen Bedingungen für die Beteiligung an den Wahlen ausgesprochen.

Wir können jetzt ruhig und zuversichtlich zur Wahl der Bevollmächtigten schreiten, denen wir den Auftrag zu geben empfehlen: Wählt solche 16 Delegierte, die als obligatorische Bedingung für die Führung der Verhandlungen in der Organisationskommission vor. allem die Anerkennung der folgenden Punkte verlangen werden:

1. Der Zeitpunkt der Beratung muss von den Bevollmächtigten der Arbeiter und der Unternehmer als gleichberechtigten Verhandlungspartnern, d. h. nach gegenseitiger Vereinbarung, festgelegt werden.
2. Die Versammlung aller Bevollmächtigten, von denen je einer von je 100 Arbeitern gewählt wird, muss bis zum Ende der Beratung existieren und periodisch und nach Bedarf zusammentreten, um die Berichte der Arbeiter, der Beratungsmitglieder, der Delegierten zu erörtern und Ihnen die maßgebenden Weisungen zu geben.
3. Die Bevollmächtigten haben das Recht, in den Betrieben, auf den Erdölfeldern und in den Werkstätten Versammlungen zu veranstalten, um die geforderten und vorgeschlagenen Vertragsbedingungen zu erörtern.
4. Die Vorstände der Gewerkschaften der Erdölarbeiter und der Maschinenarbeiter erhalten das Recht, ihre Delegierten ohne beschließende Stimme in die Beratung mit den Erdölindustriellen direkt zu entsenden, sie erhalten ferner das Recht, in allen Kommissionen der Beratung, in den Versammlungen der Bevollmächtigten, in Betriebsversammlungen und Versammlungen auf den Ölfeldern usw. Reden zu halten.
5. Die Delegierten zur Organisationskommission werden vom Bevollmächtigtenrat als einem einheitlichen Ganzen gewählt, ohne sich nach Produktionszweigen zu trennen. Die Verhandlungen werden in der Organisationskommission gleichfalls als einem einheitlichen Ganzen geführt (ein einheitlicher Vertrag für alle Arbeiter).

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 14,
13. Januar 1908
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

NOCH EINMAL
ÜBER DIE BERATUNG MIT GARANTIEN

Die Kampagne anlässlich der Beratung ist in vollem Gange. Die Wahl der Bevollmächtigten nähert sich ihrem Ende. In nicht ferner Zukunft wird der Bevollmächtigtenrat zusammentreten. Ob eine Beratung stattfinden wird oder nicht, unter welchen Garantien (Bedingungen) eine Beratung wünschenswert ist, wie diese Garantien zu verstehen sind - mit diesen Fragen vor allem wird sich der Bevollmächtigtenrat beschäftigen.
Welche Linie müssen wir in unserer Haltung im Bevollmächtigtenrat befolgen?
Wir wiederholen, dass Beratungen mit den Erdölindustriellen für uns nichts Neues sind. Wir hatten eine solche Beratung im Jahre 1905. Wir hatten eine zweite im Jahre 1906. Was haben uns diese Beratungen gegeben, was haben wir aus ihnen gelernt, haben sie sich bewährt?
Sowohl damals als auch noch kürzlich sagte man uns, dass eine Beratung an und für sich, ohne alle Bedingungen, die Massen zusammenschließe. Die Tatsachen haben jedoch gezeigt, dass keine einzige dieser früheren Beratungen die Massen zusammengeschlossen hat, noch auch zusammenschließen konnte: es wurden lediglich Wahlen vorgenommen und damit endete der ganze „Zusammenschluss“.
Weshalb?
Weil es bei der Organisierung der früheren Beratungen auch nicht die Spur irgendeiner Rede- und „Versammlungsfreiheit gab, weil es keine Möglichkeit gab, die Masse in den Betrieben, auf den Ölfeldern und in den Baracken zusammenzufassen, Wähleraufträge in jeder gegebenen Frage auszuarbeiten und überhaupt aktiv in alle Angelegenheiten der Beratung einzugreifen. Also war die Masse damals genötigt, untätig zu sein, und es betätigten sich lediglich die Delegierten, fern von den Arbeitermassen. Wir wissen aber seit langem, dass die Massen nur in den Aktionen selbst organisiert werden...
Weiter deshalb, weil es keinen Bevollmächtigtenrat als ständiges Organ der Arbeiter gab, das während der ganzen Zeit der Beratung frei tätig gewesen wäre, die Arbeiter aller Firmen und Bezirke um sich vereinigt, die Forderungen dieser Arbeiter ausgearbeitet und auf Grund dieser Forderungen die Arbeiterdelegierten kontrolliert hätte. Die Schaffung eines solchen Bevollmächtigtenrats aber wollten die Erdölindustriellen nicht gestatten, und die Initiatoren der Beratung fanden sich demütig damit ab.
Wir sprechen schon gar nicht davon, dass damals die Zentren der Bewegung - die Gewerkschaften - fehlten, die den Bevollmächtigtenrat hätten um sich zusammenschließen und ihn auf den Weg des Klassenkampfes leiten können...
Einst sagte man uns, die Beratung könnte sogar an und für sich den Forderungen der Arbeiter Genüge leisten. Die Erfahrung der ersten beiden Beratungen aber hat auch diese Annahme widerlegt. Denn als unsere Delegierten auf der ersten Beratung von den Forderungen der Arbeiter zu reden begannen, da unterbrachen die Erdölindustriellen sie, indem sie sagten, dass „dies die Tagesordnung der Beratung nicht berühre“, dass die Beratung berufen sei, „von der Versorgung der Industrie mit flüssigem Brennstoff“ und nicht von irgendwelchen Forderungen zu sprechen. Als nun unsere Delegierten auf der zweiten Beratung verlangten, dass auch Delegierte der Arbeitslosen zugelassen würden, da unterbrachen die Erdölindustriellen sie auch diesmal, indem sie sagten, sie seien nicht bevollmächtigt, derartigen Forderungen Rechnung zu tragen. So wurden unsere Delegierten vor die Tür gesetzt. Und als einige der Genossen die Frage der Unterstützung unserer Delegierten durch einen allgemeinen Kampf aufwarfen, da stellte es sich heraus, dass ein solcher Kampf unmöglich ist, weil beide Beratungen von den Kapitalisten in einer flauen und für sie vorteilhaften Zeit vorgenommen wurden - im Winter, wo die Wolga vereist ist, wo die Preise der Erdölprodukte fallen, wo es also direkt unvernünftig ist, an einen Sieg der Arbeiter auch nur zu denken.
So haben sich die beiden vorhergegangenen Beratungen „bewährt“.

Es ist klar, dass eine Beratung an und für sich, eine Beratung ohne einen freien Bevollmächtigtenrat, eine Beratung ohne Beteiligung und Führung der Gewerkschaften, noch dazu im Winter einberufen - kurzum eine Beratung ohne Garantien ein leerer Schall ist. Eine solche Beratung schließt nicht nur nicht zusammen, sie fördert nicht nur nicht die Erringung unserer Forderungen, sondern - im Gegenteil - sie desorganisiert und schiebt den Augenblick der Befriedigung unserer Forderungen hinaus, weil sie, ohne etwas zu geben, die Arbeiter mit leeren Versprechungen füttert.

Das ist es, was wir aus den beiden vorhergegangenen Beratungen gelernt haben.

Das ist der Grund, weshalb das klassenbewusste Proletariat die dritte Beratung im November 1907 boykottierte.

Mögen dies die einzelnen Genossen aus der Maschinenarbeitergewerkschaft beherzigen, die, der gesamten Erfahrung der vorhergegangenen Beratungen zum Trotz, dem Willen der Mehrheit des Erdölproletariats zum Trotz, schließlich der zwischen den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung zum Trotz, für eine Beratung ohne Garantien agitieren!

Mögen sie dies beherzigen und diese Vereinbarung nicht brechen.

Heißt dies aber, dass wir alle und jegliche Beratungen als hoffnungslos aufgeben müssen?

Nein, das heißt es nicht!

Den Einwand der sozialrevolutionären Boykottisten, wir dürften nicht zur Beratung gehen, weil unsere Feinde, die Bourgeois, uns dorthin einladen - diesen Einwand kann man nur mit Lachen beantworten: denn auch in die Fabrik, ins Industriewerk oder auf die Erdölfelder laden uns ja die gleichen Feinde, die Bourgeois, zur Arbeit ein. Müssen wir deshalb die Fabrik, das Industriewerk oder die Ölfelder einzig aus dem Grunde boykottieren, weil unsere Feinde, die Bourgeois, uns dorthin einladen? Auf diese Weise könnte man ja vor Hunger verrecken! Das würde ja bedeuten, dass alle Arbeiter den Verstand verloren haben, da sie doch einverstanden sind, auf Einladung der Bourgeois zur Arbeit zu gehen!

Der Erklärung der Daschnakzakaner, dass wir nicht zur Beratung gehen dürften, da sie eine bürgerliche Einrichtung sei - einer solchen albernen Erklärung braucht man eigentlich überhaupt keine Aufmerksamkeit zu schenken: denn das gegenwärtige gesellschaftliche Leben ist ja gleichfalls eine bürgerliche „Einrichtung“, die Fabrik, das Industriewerk, die Ölfelder - alles das sind ja bürgerliche „Einrichtungen“, „nach dem Ebenbild“ der Bourgeoisie, zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie organisiert - werden wir alles das nur allein deswegen boykottieren, weil es bürgerlich ist? Wohin sollen wir denn in einem solchen Falle übersiedeln, auf den Mars, den Jupiter oder vielleicht in die Luftschlösser der Daschnaken und Sozialrevolutionäre? ... (Wie gänzlich unernst und unreell der Boykottstandpunkt der Herren Daschnakzakaner und Sozialrevolutionäre ist, wird auch schon dadurch bewiesen, dass sie selbst der Beratung der Druckereiarbeiter mit ihren Unternehmern und dem Kollektivertrag zwischen ihnen wohlwollend gegenüberstehen. Mehr noch, es ist ihren einzelnen Mitgliedern nicht untersagt, sich an dieser Sache zu beteiligen.)

Nein, Genossen! Wir dürfen der Position der Bourgeoisie nicht den Rücken kehren, sondern wir müssen sie erstürmen! Wir dürfen die Positionen nicht der Bourgeoisie überlassen, sondern müssen sie Schritt für Schritt freikämpfen und die Bourgeoisie aus ihnen hinauswerfen! Nur Luftschlossbewohner können diese einfache Wahrheit nicht begreifen!

Wir werden nicht zur Beratung gehen, wenn wir nicht vorher die geforderten Garantien erhalten, - aber wir werden zur Beratung gehen, wenn wir die geforderten Garantien erlangen, um uns auf diese Garantien zu stützen, die Beratung aus einer Waffe der Bettelei zu einer Waffe des weiteren Kampfes zu machen - genau so, wie wir es nicht ablehnen, nach Einräumung bestimmter notwendiger Bedingungen zur Arbeit zu gehen, um die Fabrik, das Industriewerk, die Ölfelder aus einer Arena der Knechtung zu einer Arena der Befreiung zu machen.

Indem wir nun die Beratung mit den von den Arbeitern errungenen Garantien organisieren und die fünfzigtausendköpfige Arbeitermasse zur Wahl eines Bevollmächtigtenrats und zur Ausarbeitung unserer Forderungen aufrufen, leiten wir die Arbeiterbewegung in Baku auf

einen neuen, für sie vorteilhaften Kampf weg: auf den Weg der organisierten und bewussten und nicht der spontanen (zerstreuten) und Almosen erbettelnden Bewegung.
Dies eigentlich ist es, was wir von einer Beratung mit Garantien erwarten, das ist der Grund, weshalb wir sagen: Eine Beratung mit Garantien, oder keinerlei Beratung[55].
Mögen die Herren alten Beratungsleute gegen die Garantien agitieren, mögen sie die Beratung ohne Garantien preisen, mögen sie bis auf den Grund des Subatow-Sumpfes versinken - das Proletariat wird sie aus dem Sumpf zerren und ihnen beibringen, das breite Feld des Klassenkampfes zu beschreiten!
Mögen die Herren Daschnaken und Sozialrevolutionäre „umherflattern“, mögen sie die organisierten Aktionen der Arbeiter von ihren luftigen Höhen aus boykottieren - das klassenbewusste Proletariat wird sie auf unsere sündhafte Erde herabführen und sie zwingen, ihre Häupter vor der Beratung mit Garantien zu beugen!
Unser Ziel ist klar: das Proletariat um den Bevollmächtigtenrat sammeln und den letzteren um die Gewerkschaften zusammenschließen, damit unsere allgemeinen Forderungen erreicht und unser Leben verbessert werden.
Unser Weg ist klar: von einer Beratung mit Garantien zur Befriedigung der lebenswichtigen Bedürfnisse des Proletariats der Erdölindustrie.
Zur gegebenen Zeit werden wir den Bevollmächtigtenrat auffordern, sowohl gegen die Beratungsanhänger aus dem Sumpf als auch gegen die Fabelphantasien der sozialrevolutionär-daschnakischen Boykottisten zu kämpfen.
Eine Beratung mit bestimmten Garantien, oder wir brauchen die Beratung nicht!

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 17,
3. Februar 1908.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

WAS BESAGEN UNSERE STREIKS DER LETZTEN ZEIT?

Ein charakteristischer Zug der Januar- und Februarstreiks waren gewisse neue Besonderheiten, die in unsere Bewegung neue Elemente hineintragen. Von einer dieser Besonderheiten - von dem defensiven Charakter der Streiks - ist im „Gudok“[56] bereits die Rede gewesen. Aber das ist eine äußere Besonderheit. Bedeutend interessanter sind andere, innere Besonderheiten, die ein helles Licht auf die Entwicklung unserer Bewegung werfen. Wir sprechen von dem Charakter der Forderungen, von den Methoden der Streikführung, den neuen Kampfmethoden usw.

Das erste, was in die Augen springt, ist der Inhalt der Forderungen. Charakteristischerweise werden bei einem bedeutenden Teil der Streiks keine Prämien gefordert (Nobel, Motowilicha, Molot, Mirsojews, Adamows usw.). Dort hingegen, wo Prämien gefordert werden, bemühen sich die Arbeiter, sie an das Ende ihrer Forderungen zu verlegen, weil sie sich schämen, nur für ein „Bakschisch“ zu kämpfen (Pitojew usw.). Augenscheinlich erfolgt ein ernst zu nehmender Bruch mit den alten Bakschischvorurteilen. Das „Bakschisch“ beginnt in den Augen der Arbeiter zu sinken. Von den kleinbürgerlichen Forderungen (Prämien) gehen die Arbeiter zu proletarischen Forderungen über: Entfernung der frechsten Administratoren (Nobel, Molot, Adamows), Wiedereinstellung entlassener Kollegen (Mirsojew), Erweiterung der Rechte der Ölfeld- und Betriebskommission (Nobel, Mirsojew). In dieser Beziehung ist der Streik der Mirsojew-Arbeiter besonders interessant[57]. Sie verlangen die Anerkennung der Kommission und die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen als eine Garantie dafür, dass die Firma in Zukunft keinen einzigen Arbeiter mehr ohne Zustimmung der Kommission entlassen wird. Der Streik dauert schon zwei Wochen und wird mit seltener Einmütigkeit geführt. Man muss diese Arbeiter sehen, man muss wissen, mit welchem Stolz sie erklären: „Wir kämpfen nicht um Prämien oder um Seife und Handtuch, sondern für die Rechte und die Ehre der Arbeiterkommission“, man muss, sage ich, alles dies wissen, um zu begreifen, welcher Umschwung in den Köpfen der Arbeiter vor sich gegangen ist.

Die zweite Besonderheit der letzten Streiks ist das Erwachen und die Aktivität der Arbeitermasse der Ölfelder. Die Sache ist die, dass die Erdölarbeiter bisher den Werkarbeitern hatten folgen müssen, dass sie ihnen nicht immer gern folgten, sich selbständig aber nur für Prämien erhoben. Hierbei gab es unter ihnen eine bestimmte Feindschaft gegenüber den Werkarbeitern, die von der provokatorischen Bakschischpolitik der Erdölindustriellen geschürt wurde (Bibi-Eibater Gesellschaft im vorigen Jahr, Lapschin kürzlich). Die letzten Streiks zeigen, dass die Passivität der Erdölarbeiter der Vergangenheit anzugehören beginnt. Den Streik bei Nobel (im Januar) haben sie eingeleitet und die Werkarbeiter mitgerissen; der Streik bei Mirsojew (im Februar) wird ebenfalls von den Erdölarbeitern beseelt. Selbstverständlich verschwindet mit dem Erwachen der Aktivität der Erdölarbeiter auch nach und nach die Feindschaft gegen die Werkarbeiter. Die Ölarbeiter beginnen mit den Werkarbeitern Hand in Hand zu gehen.

Noch interessanter ist die dritte Besonderheit - die freundschaftliche Haltung der Streikenden zu unserer Gewerkschaft und die relativ organisierte Führung der Streiks überhaupt. Charakteristisch ist vor allem das Fehlen ellenlanger Forderungen, die die erfolgreiche Führung der Sache hindern (man erinnere sich der Kaspi-Gesellschaft im vorigen Jahr); jetzt werden nur einige wichtige Forderungen erhoben, die die Massen zusammenzuschließen geeignet sind (Nobel, Mirsojews, Motowilicha, Molot, Adamows). Zweitens erfolgt kaum ein einziger dieser Streiks ohne das aktive Eingreifen der Gewerkschaft: die Arbeiter halten es für notwendig, Vertreter der Gewerkschaft einzuladen (Kokorew, Nobel, die Molot-Arbeiter, Mirsojews u. a.). Die alte Gegenüberstellung der Ölfeld- und Betriebskommissionen einerseits und der Gewerkschaft anderseits beginnt der Vergangenheit anzugehören. Man fängt an, die Gewerkschaft als seine eigene Sache zu betrachten. Die Ölfeld- und Betriebskommissionen

fangen an, aus Konkurrenten der Gewerkschaft zu einer Stütze der Gewerkschaft zu werden. Daher die große Organisiertheit der Streiks der letzten Zeit.

Daher ergibt sich auch die vierte Besonderheit - der relative Erfolg der letzten Streiks oder richtiger die Tatsache, dass Teilstreiks nicht so häufig und nicht immer völlig scheitern. Wir haben vor allem den Kokorew-Streik im Auge. Wir glauben, dass der Kokorew-Streik ein Wendepunkt in der Entwicklung der Methoden unseres Kampfes ist. Er und einige andere Streiks (Pitojew, Motowilicha) haben gezeigt, dass l. bei organisierter Führung der Sache, 2. bei aktivem Eingreifen der Gewerkschaft, 3. bei einer bestimmten Zähigkeit und 4. bei einer günstigen Wahl des Zeitpunktes für den Kampf Teilstreiks bei weitem nicht ergebnislos zu sein brauchen. Zum mindesten aber wird klargestellt, dass die „prinzipiellen" Rufe „Nieder mit den Teilstreiks" eine gewagte Losung sind, die in den Tatsachen der letzten Bewegung keine genügende Rechtfertigung findet. Im Gegenteil, wir glauben, dass bei Führung durch die Gewerkschaft und günstiger Wahl des Zeitpunktes die Teilstreiks zu einem sehr wichtigen Faktor für den Zusammenschluss des Proletariats werden könnten.

Das sind unserer Meinung nach die wichtigsten inneren Besonderheiten der Streiks der letzten Zeit.

Gudok" (Die Sirene) Nr. 21,
2. März 1908
Unterschrift: K. Kato
Nach dem russischen Zeitungstext.

EIN UMSCHWUNG IN DER TAKTIK DER ERDÖLINDUSTRIELLEN

Vor nicht so langer Zeit - noch vor ein paar Monaten - „sprachen“ unsere Erdölindustriellen von „europäischen“ Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Sie versuchten damals, eine versöhnlerische Haltung einzunehmen. Das war auch begreiflich: die unermüdliche Predigt des „geistreichen“ Rin über den göttlichen Ursprung des Kollektivvertrages, die immer mehr anschwellende Woge der Teilstreiks, die Aussichten der Erdölindustriellen auf eine „Regulierung der Produktion“ durch eine „europäische“ Beratung, ein bestimmter Druck von Seiten der Behörden - alles dies stimmte die Erdölindustriellen eben versöhnlerisch, „europäisch“.

„Nieder mit der Anarchie der Streiks!“ rief Rin aus. „Es lebe die Ordnung!“ stimmten ihm die Erdölindustriellen bei.

So schien die „Ordnung“ ihren Einzug zu halten. Die Maßregelungen von Seiten der Unternehmer schienen zahlenmäßig zurückzugehen. Auch die Zahl der Streiks nahm ab. Die Erdölindustriellen „fanden es notwendig, zu einer Verständigung zu gelangen“ (siehe „Neftjanoje Delo“, Dezember).

Nun aber wurde die Kampagne eröffnet. Die Arbeiter lehnten die alte, hinter den Kulissen geführte Beratung entschlossen ab. Die gewaltige Mehrheit unter ihnen sprach sich für eine Beratung mit Garantien aus. Hierdurch brachten die Arbeiter den bestimmten Wunsch zum Ausdruck, sich die Beratung voll und ganz zunutze zu machen, sie in eine Waffe des organisierten, bewussten Kampfes zu verwandeln.

Was aber sehen wir?

Man hört keine Reden mehr über „europäische“ Beziehungen. Von den „Aussichten“ einer „Regulierung der Produktion“ kein Wort. Die „Anarchie der Streiks“ schreckt die Erdölindustriellen nicht mehr - im Gegenteil -, sie selbst drängen die Arbeiter zur „Anarchie“, indem sie sie angreifen, ihnen das Eroberte wieder abnehmen, die fortgeschrittenen Kollegen entlassen usw. usw.

Augenscheinlich halten die Erdölindustriellen es nicht mehr für notwendig, zu einer Verständigung zu gelangen. Sie ziehen es vor anzugreifen.

Schon auf dem Kongress der Erdölindustriellen, Ende Januar, eröffneten sie die Attacke gegen die Arbeiter. Sie verboten den Vertretern der Gewerkschaften den Mund. Sie begruben die Frage der Siedlungen. Sie beschlossen, die Fragen der Schulen, der ärztlichen Hilfe usw. „abzutun“. Sie nahmen den Arbeitern das Recht, sich an der Verwaltung der Volkshäuser zu beteiligen.

Durch alles dies gaben die Erdölindustriellen zu fühlen, dass sie einen „neuen“, „nichteuropäischen“ Weg beschreiten, den Weg der offenen Überfälle auf die Arbeiter.

Der Rat des Kongresses setzt das „Werk“ ihres Kongresses fort. Er hat die Arbeiter mit der Einführung einer „Zehn-Kopeken-Krankenabgabe“ überfallen. Wir sprechen schon gar nicht von den kleinen Verfügungen des Rats, die den Stempel des gleichen Umschwungs in der Taktik der Erdölindustriellen tragen.

Weiter gibt es da die gewöhnliche „Vertiefung“ der Maßregelungen in Form der Entziehung von bereits eroberten Rechten der Arbeiter auf den Ölfeldern und in den Betrieben, der Einschränkung der Beschäftigtenzahl, der Entfernung der fortgeschrittenen Arbeiter, der Aussperrungen usw.

Man hat die Ölfeld- und Betriebskommissionen auf ein Nichts reduziert. Die Zusammenstöße wegen der Kommission bei Rothschild (Balachany) , der Kaspi-Gesellschaft, Schibajew (Balachany), „Born“ (Balachany), Biering, Mirsojew, der Naphthalangesellschaft bezeugen das mit aller Klarheit.

Unter dem Schein einer „Einschränkung der Beschäftigtenzahl“ werden die einflussreichsten Kollegen, besonders die Beratungsbevollmächtigten, „hinausgeworfen“. Die in der Kaspi-

Gesellschaft, bei „Born“, Muchtarow (Balachany), Schibajew (Balachany), Lapschin (Bibi-Eibat), Malnikow zu verzeichnenden Tatsachen lassen in dieser Hinsicht keinen Zweifel.
Die Aussperrung bei Wotan ist die Krönung der „neuen“ Taktik der Erdölindustriellen.
Durch alles das drängen sie die Arbeiter auf den Weg spontan-anarchischer Ausbrüche, die die Arbeiter erschöpfen.
Noch charakteristischer sind die Formen der Abrechnung mit den Streikenden. Wir denken an die Firma Mirsojew, eigentlich an den Verwalter dieser Firma, Herrn Markarow, der mit Berdangewehren bewaffnete Mohammedaner auf die streikenden Armenier hetzt und auf diese Weise die Bedingungen für Zusammenstöße zwischen Armeniern und Tataren schafft.
Von dieser Art ist der Umschwung in der Taktik der Erdölindustriellen.
Offensichtlich wollen die Erdölindustriellen keine „europäischen Verhältnisse“ mehr.
Die Erdölindustriellen, die nicht mehr an einen „Erfolg“ der Beratung glauben, die die Hoffnung auf die Möglichkeit einer „Regulierung der Produktion“ allein durch die Beratung ohne die Befriedigung der Hauptforderungen der Arbeiter verloren haben, die sehen, wie die Beratung aus einer Waffe der Desorganisation zu einer Waffe der Organisation einer fünfzigtausendköpfigen Masse wird, wollen sich die Beratung auf irgendeine Weise vom Halse schaffen, indem sie sie auf unbestimmte Zeit verschieben oder sie zum mindesten entkräften.
Zu diesem Zweck greifen sie zu einem System von Maßregelungen: Sie provozieren die Arbeiter zu vorzeitigen Aktionen, zersplittern die im Entstehen begriffene allgemeine Bewegung in einzelne Teilbewegungen und drängen die Arbeiter von der breiten Straße des Klassenkampfes auf die krummen Winkelpfade gruppenweiser Zusammenstöße ab.
Durch alles dies wollen sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Beratung mit Garantien ablenken, in den Augen der Arbeiter die Bedeutung des Bevollmächtigtenrats, der sie zusammenschließen könnte, zunichte machen, die Arbeiter daran hindern, sich zu vereinigen, ihnen also nicht die Möglichkeit geben, sich auf die Durchsetzung ihrer Forderungen vorzubereiten.
Indem sie so vorgehen, bemühen sie sich, die einstweilen noch unorganisierten Arbeiter zu einer vorzeitigen allgemeinen Aktion zu provozieren, die ihnen die Möglichkeit bieten könnte, die Kraft der Arbeiter „endgültig“ zu brechen und eine „ununterbrochene“ Erdölförderung für lange Zeit sicherzustellen.
Das ist der Sinn des Umschwungs in der Taktik der Erdölindustriellen.
Von welcher Art muss allem Gesagten zufolge unsere Taktik sein?
Uns überfallen die Erdölindustriellen, indem sie sich unsere Unorganisiertheit zunutze machen - es ist also unsere Aufgabe, uns um unsere Gewerkschaft zusammenzuschließen und uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Schläge zu wehren.
Man will uns zu spontanen Teilausbrüchen provozieren, weil man unsere allgemeine Bewegung zersplittern will - es ist also unsere Pflicht, den Erdölindustriellen nicht auf den Leim zu gehen, uns nach Möglichkeit der Teilstreiks zu enthalten und die Gesamtbewegung nicht zu zersplittern.
Man will uns die Waffe unseres Zusammenschlusses rauben, man will uns den Bevollmächtigtenrat wegnehmen, indem man die Beratung auf unbestimmte Zeit verschiebt und uns zu einer vorzeitigen Gesamtaktion drängt - es ist also unsere Pflicht, die sofortige Einberufung des Bevollmächtigtenrats zu fordern, uns mit der Ausarbeitung der Arbeiterforderungen zu befassen und die Massen im Laufe dieser Arbeit um den Bevollmächtigtenrat zusammenzuschließen.
Wenn wir aber den Rat der Bevollmächtigten stärken und die fünfzig-tausendköpfige Masse um ihn zusammenschließen, wird es uns nicht schwer sein, mit den nichteuropäischen Machenschaften der Herren Erdölindustriellen in würdiger Weise fertig zu werden.

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 22,
9. März 1908.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext

WIR MUSSEN UNS RÜSTEN!

Der Vorstand der Gewerkschaft der Erdölarbeiter hat beschlossen, Maßnahmen zur schleunigsten Einberufung des Bevollmächtigtenrats zu ergreifen.[58]
Indem er so handelt, ist der Vorstand von den zahlreichen Eingaben der Arbeiter ausgegangen, die nicht länger warten wollen und die sofortige Einberufung des Bevollmächtigtenrats fordern.
In dem gleichen Geist zu handeln hat die Gewerkschaft der Maschinenarbeiter beschlossen.
Beide Gewerkschaften haben bereits in diesen Tagen dem Oberfabrikinspektor eine entsprechende Eingabe unterbreitet.
Man muss annehmen, dass die Frage bald in dieser oder jener Richtung entschieden wird.
Wie nun die Machthabenden und Kapitalgewaltigen auf die Eingabe der Gewerkschaften antworten werden, wissen wir natürlich noch nicht.
Möglich ist, dass sie den Arbeitern entgegenkommen und den Bevollmächtigtenrat unverzüglich einberufen werden, dann werden die Angelegenheiten der Beratung aller Wahrscheinlichkeit nach ihren „normalen Gang“ nehmen.
Möglich ist auch, dass sie die Sache hinauszögern werden, indem sie vorläufig keine direkte Antwort geben.
Wir müssen im einen wie im anderen Fall auf alles gerüstet sein, um den Erdölindustriellen die Möglichkeit zu nehmen, die Arbeiter zu betrügen.
Wir müssen jede Minute bereit sein, in voller Rüstung vor die Erdölindustriellen hinzutreten.
Hierfür aber ist es notwendig, dass wir uns sofort mit der Ausarbeitung der Forderungen befassen.
Wir gehen zu einer Beratung mit Garantien. Womit aber werden wir vor die Erdölindustriellen hintreten, wenn nicht mit Forderungen, die von der ganzen Masse des Erdölproletariats gebilligt worden sind? Lasst uns also die Arbeiterforderungen hinsichtlich des Arbeitslohns, des Arbeitstages, der Siedlungen, der Volkshäuser, der Krankenhilfe usw. ausarbeiten.
Unsere Gewerkschaft ist bereits ans Werk gegangen. Sie hat im „Gudok“ ihre Meinung über die Fragen der Siedlungen, der Krankenhilfe, der Volkshäuser, der Schulen geäußert. Diese Forderungen sind von der Gewerkschaft bereits als besondere Broschüre unter dem Titel „Materialien für die Beratung“ herausgegeben worden.
Dies genügt jedoch noch nicht.
Es ist notwendig, alle diese Forderungen der Masse zu übergeben, damit sie sie erörtern und ihre Meinung, die für sie einzig bindend ist, äußern kann.
Außerdem sind die Fragen des Arbeitslohns und des Arbeitstages von der Gewerkschaft noch nicht ausgearbeitet worden - folglich ist es notwendig, auch in diesen Fragen sofort zur Ausarbeitung der Forderungen zu schreiten.
Zu diesem Zweck wählt unsere Gewerkschaft eine besondere Kommission zur Ausarbeitung der Forderungen.
Diese Kommission setzt sich mit den Beratungsbevollmächtigten und den Ölfeld- und Betriebskommissionen der vier Bezirke in Verbindung, um gemeinsam mit ihnen die brennenden Fragen unseres Lebens auszuarbeiten.
Weiter treten in den Betrieben, auf den Ölfeldern und in den Baracken Vollversammlungen zusammen, um die Forderungen endgültig zu bestätigen.
Das muss der Plan unserer Arbeit sein, die der Vorbereitung auf eine Beratung mit Garantien gewidmet ist.
Nur wenn wir die Forderungen ausarbeiten und sie zum Gemeingut der Massen machen, werden wir es fertig bringen, eben diese Massen um den Bevollmächtigtenrat zusammenzuschließen.

Wenn wir aber die Massen um ihren Rat zusammengeschlossen haben, so erhalten wir die Möglichkeit, sie gegen Überraschungen von Seiten der Erdölindustriellen zu sichern.
Kein schlappes Philosophieren über die „Konkretisierung“ der Punkte der Garantien (siehe „Promyslowy Westnik“[59]) und kein leichtfertiges Geschrei über den „Anbruch des Frühlings“ (man denke an die Sozialrevolutionäre), sondern beharrliche Bemühungen um die Ausarbeitung der Arbeiterforderungen - das ist es vor allem, womit wir uns angesichts der heranrückenden Ereignisse beschäftigen müssen.
Lasst uns also einmütig zu einer Beratung mit Garantien rüsten!

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 23,
16. März 1908.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

DER ÖKONOMISCHE TERROR UND DIE ARBEITERBEWEGUNG

Der Kampf der Arbeiter hat nicht immer und nicht überall ein und dieselbe Form.
Es gab eine Zeit, wo die Arbeiter im Kampf gegen die Unternehmer die Maschinen zerschlugen und die Betriebe in Brand setzten. Die Maschine - das ist die Quelle des Elends! Der Betrieb - das ist die Stätte der Knechtung! Also zerschlagt sie, setzt sie in Brand, so sagten damals die Arbeiter.
Das war die Zeit der unorganisierten, anarchisch-aufrührerischen Zusammenstöße.
Wir kennen auch andere Fälle, wo die Arbeiter, von der Kraft der Brandstiftungen und Zerstörungen enttäuscht, zu „schärferen Formen“ übergingen - zum Totschlag von Direktoren, Verwaltern, Leitern usw. Alle Maschinen und Betriebe kann man nicht vernichten, sagten damals die Arbeiter, und das ist auch nicht vorteilhaft für die Arbeiter, aber die Verwalter einzuschüchtern und ins Bockshorn zu jagen, ist mit Hilfe des Terrors immer möglich - also schlagt sie, jagt ihnen Angst ein!
Das war die Zeit der Einzelpersonen erfassenden terroristischen Zusammenstöße auf dem Boden des ökonomischen Kampfes.
Die Arbeiterbewegung hat beide Formen des Kampfes scharf verurteilt und sie in die Rumpelkammer der Vergangenheit geworfen.
Das ist auch begreiflich. Kein Zweifel, dass der Betrieb in der Tat die Stätte der Ausbeutung der Arbeiter ist und dass die Maschine bis jetzt noch der Bourgeoisie hilft, diese Ausbeutung zu verstärken; aber das heißt noch nicht, dass die Maschine und der Betrieb selber die Quelle des Elends sind. Im Gegenteil, gerade der Betrieb und gerade die Maschine werden dem Proletariat die Möglichkeit geben, die Ketten der Sklaverei zu sprengen, das Elend zu vernichten, jede Knechtung zu überwinden - notwendig ist nur, dass sie aus dem Privateigentum einzelner Kapitalisten zum gesellschaftlichen Eigentum des Volkes gemacht werden.
Auf der anderen Seite, was würde aus dem Leben werden, wenn wir uns in der Tat mit der Zerstörung und Inbrandsetzung der Maschinen, der Betriebe, der Eisenbahnen befassten? Dann würde das Leben einer elenden Wüste gleichen, und die Arbeiter würden als erste ihr Stück Brot verlieren!...
Es ist klar, dass wir die Maschinen und Betriebe nicht zerschlagen dürfen, sondern dass wir uns ihrer, sobald das möglich ist, bemächtigen müssen, wenn wir in der Tat die Vernichtung des Elends anstreben.
Das ist der Grund, weshalb die Arbeiterbewegung die anarchisch-aufrührerischen Zusammenstöße ablehnt.
Kein Zweifel, dass auch der ökonomische Terror eine bestimmte, scheinbare „Rechtfertigung“ für sich hat, sofern von ihm Gebrauch gemacht wird, um der Bourgeoisie Angst einzujagen. Aber was bedeutet eine solche Angst, wenn sie flüchtig und vorübergehend ist? Dass sie aber nur flüchtig sein kann, ist schon daraus klar, dass es unmöglich ist, den ökonomischen Terror immer und überall anzuwenden. Dies zum ersten. Zweitens, was kann uns die flüchtige Angst der Bourgeoisie und ein hierdurch hervorgerufenes Zugeständnis geben, wenn wir keine starke Massenorganisation der Arbeiter hinter uns haben, die immer bereit ist, für die Arbeiterforderungen zu kämpfen, und die die errungenen Zugeständnisse zu behaupten vermag? Indessen sprechen aber allem Augenschein nach die Tatsachen davon, dass der ökonomische Terror das Bedürfnis nach einer solchen Organisation abtötet und den Arbeitern die Lust nimmt, sich zusammenzuschließen und selbständig aufzutreten, da sie ja die Terrorhelden haben, die für sie auftreten können. Müssen wir in den Arbeitern den Geist der Selbsttätigkeit entwickeln? Müssen wir in den Arbeitern den Wunsch nach Zusammenschluss entwickeln? Natürlich ja! Können wir aber den ökonomischen Terror anwenden, wenn er in den Arbeitern beides abtötet?

Nein, Genossen! Es steht uns nicht an, durch einzelne Überfälle aus dem Hinterhalt die Bourgeoisie einzuschüchtern, überlassen wir es den bekannten Überfallhelden, sich mit solchen „Taten“ zu beschäftigen. Wir müssen offen gegen die Bourgeoisie auftreten, wir müssen sie die ganze Zeit, bis zum endgültigen Sieg, in Angst halten! Hierfür aber bedarf es nicht des ökonomischen Terrors, sondern einer starken Massenorganisation, die imstande ist, die Arbeiter in den Kampf zu führen.

Das ist der Grund, weshalb die Arbeiterbewegung den ökonomischen Terror ablehnt.

Angesichts des Gesagten gewinnt die letzte Resolution der Mirsojew-Streikenden, die gegen Brandstiftungen und „ökonomischen“ Totschlag gerichtet ist, ein besonderes Interesse. In dieser Resolution erklärt die vereinigte Kommission der 1500 Mirsojew-Arbeiter, nachdem sie die Anzündung des Kesselhauses (in Balachany) und den auf ökonomischer Grundlage erfolgten Totschlag an einem Verwalter (Surachany) vermerkt hat, dass sie „gegen eine solche Kampfmethode, wie Totschlag und Brandstiftung, protestiert“ (siehe „Gudok“ Nr. 24).

Damit brechen die Mirsojew-Arbeiter endgültig mit den alten terroristischen Aufruhrtendenzen.

Damit beschreiten sie entschlossen den Weg der wirklichen Arbeiterbewegung.

Wir begrüßen die Genossen Mirsojew-Arbeiter und fordern alle Arbeiter auf, ebenso entschlossen den Weg der proletarischen Massenbewegung zu beschreiten.

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 25,
30. März 1908.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

DIE ERDÖLINDUSTRIELLEN ÜBER DEN ÖKONOMISCHEN TERROR

Die Frage des ökonomischen Terrors fährt fort, das „Publikum“ zu beschäftigen.

Wir haben uns bereits über diese Frage ausgesprochen und den ökonomischen Terror als eine für die Arbeiterklasse schädliche und deshalb untaugliche Kampfmethode verurteilt.

Annähernd in dem gleichen Geiste haben sich auch die Arbeiter auf den Erdölfeldern und in den Betrieben ausgesprochen.

Natürlich sprechen sich auch die Erdölindustriellen aus. Dabei stellt sich heraus, dass sich ihre „Ansichten“ in grundlegender Weise von den Ansichten der Arbeiter unterscheiden, denn, indem sie den „von den Arbeitern ausgehenden“ ökonomischen Terror brandmarken, sagen sie nichts gegen den gleichen Terror seitens der Erdölindustriellen. Wir denken an den bekannten Leitartikel über den ökonomischen Terror in dem bekannten Organ der Erdölindustriellen (siehe „Neftjanoje Delo“ Nr. 6, Artikel von Herrn K-sa[60])

Wir wollen von diesem Leitartikel sprechen. Er ist nicht nur als Begründung der „Ansichten“ der Erdölindustriellen interessant, sondern auch als Ausdruck ihrer Stimmung im gegebenen Augenblick des Kampfes gegen die Arbeiter. Der Bequemlichkeit halber muss man ihn in drei Teile zerlegen, den ersten, in dem Herr K-sa einige Einzelfälle gegen die Arbeiter und ihre Organisationen vorbringt; den zweiten, der von den Ursachen des ökonomischen Terrors handelt, und den dritten, der den Maßnahmen des Kampfes gegen ihn gewidmet ist.

Wir wollen mit den Einzelfällen beginnen. Zunächst von den Mirsojew-Arbeitern. Jedermann weiß, dass unmittelbar nach der Erschlagung des Verwalters in Surachany und dem Brand im Kesselhaus die vereinigte Kinnmission der Mirsojew-Arbeiter im Namen von 1500 Arbeitern einmütig gegen eine solche Kampfmethode protestiert und einen Zusammenhang der Brandstiftung und des Totschlags mit dem Streik bestritten hat. Man sollte meinen, es gäbe keinen Grund, an der Aufrichtigkeit dieses Protestes zu zweifeln. K-sa aber denkt anders. Als händelsüchtiger „Kritiker“ hält er es trotzdem für notwendig, die Aufrichtigkeit der Arbeiter in Zweifel zu ziehen, indem er sagt, dass „sich die Kommission irrt“, dass die Brandstiftung und der Totschlag in einem direkten Zusammenhang mit dem Streik stehen. Und das nach dem einmütigen Protest der Vertreter der 1500 Arbeiter! Was ist dies anders als der Wunsch, die Tatsachen zu verdrehen, die Arbeiter anzuschwärzen und sie „anzuprangern“, und sei es mit Hilfe von Verleumdungen? Und kann man hiernach an die Aufrichtigkeit des Herrn K-sa glauben, der in seinem Artikel so viel von der „Veredlung des verbrecherischen Willens der Menschen“ spricht?

Von den Mirsojew-Arbeitern geht Herr K-sa zu unserer Gewerkschaft über. Jedermann weiß, dass unsere Gewerkschaft rasch wächst. Man kann ihren riesigen Einfluss unter den Arbeitern schon danach beurteilen, dass die ganze, Beratungskampagne unter ihrer direkten Führung vonstatten geht. Und der „Gudok“ hat nur eine allgemein bekannte Tatsache festgehalten, als er erklärte: „Der Einfluss und die Bedeutung der Gewerkschaft wächst mit jedem Tage; selbst in den Augen der rückständigsten, unkultiviertesten Schichten der Arbeitermassen fällt ihr allmählich die Rolle des natürlichen Leiters ihres ökonomischen Kampfes zu.“ Jawohl, alles dies ist eine allgemein bekannte Tatsache. Unser unerbittlicher „Kritiker“ aber trägt den Tatsachen keine Rechnung, er muss alles und jegliches „in Zweifel ziehen“, er ist sogar bereit, Tatsachen zu leugnen, nur um das Prestige und die Würde der Arbeitergewerkschaft bei den Lesern zu untergraben! Und Herr K-sa ist kühn genug, nach alledem von sich als von einem Anhänger unserer Gewerkschaft und einem Verteidiger der „Veredlung des ökonomischen Kampfes“ zu sprechen!

Wer A sagt, der muss auch B sagen, wer unsere Gewerkschaft beschimpft, der muss auch unsere Zeitung ausschimpfen - und so geht Herr K-sa zum „Gudok“ über. Hierbei stellt sich heraus, dass der „Gudok“ „nicht alles von ihm Abhängende tut, um die Atmosphäre des

ökonomischen Kampfes von unnötiger Erbitterung, gefährlicher Gereiztheit, überflüssiger Nervosität und unkultivierter Gehässigkeit zu säubern“, dass der „Gudok“ gar nichts anderes tut, als dass er immer wieder „Ausfälle gegen andere Organisationen, Parteien, Klassen , Zeitungen und Einzelpersonen und sogar gegen seinen eigenen Gesinnungsgenossen, den ‚Promyslowy Westnik“ unternimmt.
So flötet Herr K-sa. Wir könnten dieses ganze Geschwätz des berühmten „Kritikers“ an unseren Ohren vorbeigehen lassen - was kümmert es uns, was ein Lakai des Kapitals in der Hoffnung, seinen Herren gefällig sein zu können, daherschwatzt! Aber sei es drum, wir wollen dem großen Kritiker aus Baku diesmal einige Worte widmen. Also der „Gudok“ „säubert die Atmosphäre des Kampfes nicht von unnötiger Erbitterung, gefährlicher Gereiztheit“ ... Nehmen wir an, alles dies sei wahr. Aber sagt doch um des heiligen Kapitals willen: Was kann mehr Erbitterung und Gereiztheit hineintragen, das gedruckte Wort des „Gudok“ oder die lebendige Tat der Erdölindustriellen, die die Arbeiter systematisch aufs Pflaster werfen, eine Zehn-Kopken-Krankenabgabe einführen, den Arbeitern die Volkshäuser nehmen., die Dienste von „Kotschis“[61] in Anspruch nehmen, die Arbeiter -verprügeln lassen usw.? Weshalb hält es Herr K-sa, dieser „selbstlose“ Verteidiger einer „Veredlung des ökonomischen Kampfes“, nicht für notwendig, auch nur ein einziges Wort über die aufreizenden und erbitternden Handlungen der Erdölindustriellen fallen zu lassen? Denn die „dunklen“ Elemente, die sich auf den ökonomischen Terror einlassen können, lesen ja unsere Zeitungen nicht, sie können ja am ehesten durch die Maßregelungen und Schikanen der Erdölindustriellen aufgereizt und erbittert werden - weshalb also schweigt sich Herr K-sa, der soviel gegen den „Gudok“ spricht, vollständig über die „dunklen Taten“ der Herren Erdölindustriellen aus? Und ist es hiernach nicht klar, dass die Frechheit des Herrn K-sa keine Grenzen kennt?
Zweitens, woher hat es Herr K-sa genommen, dass der „Gudok“ sich nicht bemüht hat, „die Atmosphäre des ökonomischen Kampfes von unnötiger Erbitterung und gefährlicher Gereiztheit zu säubern“? Und die Agitation des „Gudok“ gegen den ökonomischen Terror und den italienischen Streik, gegen anarchisch-aufrührerische Streiks zugunsten organisierter, gegen Teilaktionen zugunsten der Verfechtung der eigenen Interessen durch die gesamte Klasse - was ist dies anders als eine „Säuberung der Atmosphäre des Kampfes von unnötiger Erbitterung und gefährlicher Gereiztheit“? Weiß denn Herr K-sa wirklich von alledem nichts? Oder hält er es vielleicht für notwendig, sich unwissend zu stellen, indem er die Rolle eines Schönredners des Kapitals spielt? Wozu dann aber alle diese schönen Reden von „Moral“ und „menschlichem Gewissen“?
Der „Gudok“ unternehme „Ausfälle gegen andere Organisationen, Parteien, Klassen, Zeitungen und Einzelpersonen, sogar gegen den „Promyslowy Westnik“, fährt Herr K-sa mit seiner Anklage fort. Ganz richtig, Herr K-sa, Sie haben aus Versehen die Wahrheit gesprochen, der „Gudok“ kämpft in der Tat gegen die anderen Klassen und ihre Organe! Aber kann man denn wirklich von einer Zeitung der Arbeiter, die von allen anderen Klassen und Gruppen ausgebeutet werden, etwas anderes verlangen? Hören Sie auf, den „Unschuldsengel“ zu spielen, und sagen Sie frei weg ohne Grimassen: Wissen Sie denn wirklich nicht, dass das Organ der Erdölindustriellen, der „Neftjanoje Delo“, und sein Herr, der Kongressrat, eben für „Ausfälle“ gegen die Klasse der Arbeiter, gegen die Partei der Arbeiter, gegen die Zeitungen der Arbeiter geschaffen worden sind? Erinnern Sie sich denn wirklich nicht der letzten Verfügungen des Kongressrates über die Zehn-Kopeken-Abgabe, über die Erhöhung der Preise für die Portionen, über die Reduzierung der Schulen und Baracken, darüber, dass den Arbeitern die Volkshäuser entzogen werden usw.? Und sucht das Organ der Erdölindustriellen „Neftjanoje Delo“ etwa diese asiatischen Anordnungen nicht zu rechtfertigen? Oder sind das vielleicht keine „Ausfälle“ gegen die Arbeiter, sondern eine „Veredlung des verbrecherischen Willens“, eine Regulierung des ökonomischen Kampfes usw.? Wie aber soll dann Ihrer Meinung nach eine Arbeiterzeitung gegenüber den

Erdölindustriellen handeln, die die Arbeiter ausbeuten, gegenüber ihrer Organisation, die die Arbeiter prellt, gegenüber ihrem Organ, das die Arbeiter korrumpiert, beispielsweise gegenüber K-sa, der lächerliche Anstrengungen macht, die asiatisch-barbarischen Schritte der Erdölindustriellen „philosophisch" zu begründen? Begreift denn Herr K-sa die Notwendigkeit des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern wirklich nicht? O natürlich! Herr K-sa begreift das alles ausgezeichnet: er führt ja selbst den Kampf gegen das Proletariat und seine Organisation! Aber erstens spricht er gegen den Kampf von Seiten der Arbeiter, und nicht gegen den Kampf überhaupt; zweitens kämpfen ja die Erdölindustriellen nicht, sondern „veredeln den Kampf" nur; drittens ist ja K-sa nicht gegen die Arbeiter - er ist voll und ganz für die Arbeiter zugunsten der ...Erdölindustriellen; viertens „erhält" K-sa ja das Seinige - auch dem muss, wisst ihr, Rechnung getragen werden ...
Augenscheinlich kann die Kühnheit des Herrn K-sa in ihrer Fähigkeit, sich nach Maßgabe der Notwendigkeit auszudehnen, mit seinem „Gewissen" erfolgreich konkurrieren.
So steht die Sache im Leitartikel des Herrn K-sa mit den gegen das Proletariat und seine Organisation vorgebrachten Einzelfällen.

*

Gehen wir jetzt zum zweiten Teil seines Artikels über.
In diesem Teil seines Artikels spricht der Verfasser von den Ursachen des ökonomischen Terrors. Hierbei „wird klargestellt", dass die Ursache die „Finsternis der Köpfe" und der „verbrecherische Wille" der rückständigen Schichten der Arbeiterklasse ist. Die „Finsternis" und das „verbrecherische Wesen" erklären sich aber daraus, dass die Arbeitergewerkschaften und Arbeiterzeitungen nicht mit der genügenden Energie an der Aufklärung und Veredlung der Arbeiter arbeiten. Natürlich, so fügt Herr K-sa hinzu, „billigen die Programme (der Gewerkschaften?) den ökonomischen Terror nicht", aber eine bloße „programmatische Missbilligung ist ungenügend, sobald wir sehen, dass das Leben einen falschen Weg eingeschlagen hat. Hier bedarf es eines aktiven Kampfes... aller Parteien und Verbände" „gegen das ausgebrochene Übel". Herr K-sa erläutert seinen Gedanken weiter: „Nur dann, wenn ... alle Freunde der Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteigruppierung einen energischen Kampf gegen... den ökonomischen Terror einleiten werden, nur dann wird der Totschlag aufhören" usw.
Also, die Arbeiter sind unwissend, und deshalb entschließen sie sich häufig zum Totschlag; unwissend aber sind sie deshalb, weil sich ihre Gewerkschaften und Zeitungen nicht bemühen, sie „aufzuklären und zu veredeln", folglich sind die Arbeiterverbände und Arbeiterzeitungen an allem schuld.
So flötet Herr K-sa.
Wir wollen uns bei dem im Kopfe des Herrn K-sa herrschenden Wirrwarr über den ökonomischen Terror nicht aufhalten - wir haben seine ignorante Erklärung im Auge, der ökonomische Terror sei eine Frage des Programms. Wir wollen nur eines bemerken: 1. Wenn Herr K-sa da, wo er den „programmatischen Terror" erwähnt, von den Gewerkschaften spricht, so sollte er doch wissen, dass die Gewerkschaften in Rußland überhaupt kein Programm haben - das weiß ja jeder Arbeiter! 2. wenn er dagegen die Parteien im Auge hat, so sollte er doch wissen, was jeder Gymnasiast weiß, dass der ökonomische Terror eine taktische, nicht aber eine programmatische Frage ist! Wozu also alle diese Wortergüsse über das Programm? Wir wundern uns, wieso es die Herren Erdölindustriellen nicht verstanden haben, einen besseren, zumindest einen weniger ignoranten „Ideologen" in ihren Dienst zu stellen.
Auch bei der zweiten, schon ganz sinnlosen (und nicht nur ignoranten) Erklärung des Herrn K-sa wollen wir uns nicht aufhalten, seiner Erklärung, wonach hinsichtlich des ökonomischen Terrors „das Leben einen falschen Weg eingeschlagen hat" und wonach „wir" gegen das

Leben kämpfen müssen. Wir bemerken nur, dass es um unsere Sache schlecht bestellt wäre, wenn wirklich das Leben einen falschen Weg eingeschlagen hätte, und nicht einzelne hinter dem Leben zurückgebliebene Personen. Die Kraft unserer Agitation besteht ja gerade darin, dass das Leben selbst, das allmächtige, sich entwickelnde Leben, den Kampf gegen den ökonomischen Terror fordert. Wenn Herr K-sa dies nicht begreift, so raten wir ihm, irgendwohin auf einen anderen Planeten überzusiedeln, vielleicht wird es ihm dort gelingen, seine sinnlose Theorie vom Kampf gegen das sich entwickelnde Leben anzuwenden...
Gehen wir lieber zur „Analyse" des Herrn K-sa über.
Vor allem möchten wir fragen: Glaubt denn Herr K-sa in der Tat, dass eben die Verbände und Zeitungen der Arbeiter die Ursache des ökonomischen Terrors sind?
Was heißt das, die Arbeiter „aufklären"? Das heißt doch, die Arbeiter zum bewussten, planmäßigen Kampf erziehen! (Hiermit ist Herr K-sa einverstanden!) Aber wer anders könnte sich mit dieser Sache befassen, wenn nicht die Verbände und Zeitungen der Arbeiter mit ihrer gesprochenen und gedruckten Agitation für den organisierten Kampf?
Was heißt das, den ökonomischen Kampf „veredeln"? Das heißt doch, ihn gegen die Zustände, auf keinen Fall aber gegen Personen lenken! (Hiermit ist auch K-sa einverstanden!) Wer aber beschäftigt sich mit dieser Sache, außer den Arbeiterverbänden und Arbeiterzeitungen?
Und lassen denn die Erdölindustriellen den Kampf gegen die Klasse der Arbeiter nicht auf den Kampf gegen einzelne Arbeiter hinauslaufen, indem sie die klassenbewusstesten Arbeiter herausgreifen und aufs Pflaster werfen?
Und wenn Herr K-sa wirklich von der Richtigkeit seiner Anklage gegen die Arbeiterverbände und Arbeiterzeitungen überzeugt ist, weshalb wendet er sich mit seinem Rat ausgerechnet an diese Verbände und Zeitungen? Weiß er denn wirklich nicht, dass die Organisationen, „die Ausfälle gegen andere Klassen, Zeitungen, Personen unternehmen" usw., nicht nach dem Rat des Herrn K-sa handeln werden? Weshalb also bemüht er sich, Wasser mit einem Sieb zu schöpfen!
Augenscheinlich glaubt er selbst nicht an seine Anklage.
Und wenn Herr K-sa ungeachtet dessen dennoch gegen die Gewerkschaften spricht, so geschieht das, um die Aufmerksamkeit des Lesers von der wahren Ursache abzulenken und die wahren „Schuldigen" vor ihm zu verbergen.
Aber nein, Herr K-sa! Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Leser die wirklichen Ursachen des ökonomischen Terrors zu verhehlen!
Nicht die Arbeiter und nicht ihre Organisationen, sondern die aufreizenden und erbitternden Handlungen der Herren Erdölindustriellen sind die wahre Ursache des „ökonomischen Totschlags".
Sie verweisen auf die „Finsternis" und die „Unwissenheit" bestimmter Schichten des Proletariats. Aber wo soll gegen die „Finsternis" und die „Unwissenheit" gekämpft werden, wenn nicht in Schulen und bei Vorträgen? Weshalb also schränken die Herren Erdölindustriellen die Anzahl der Schulen und Vorträge ein? Und weshalb erheben Sie, Sie „aufrichtiger" Anhänger des Kampfes gegen die „Finsternis", nicht die Stimme gegen die Erdölindustriellen, die den Arbeitern die Schulen und Vorträge wegnehmen?
Sie sprechen von der „Veredlung" der Sitten. Weshalb aber haben Sie, verehrter Herr, geschwiegen, als die Herren Erdölindustriellen den Arbeitern die Volkshäuser, diese Zentren der Volksunterhaltungen, wegnahmen?
Sie flöten von einer „Veredlung des ökonomischen Kampfes". Weshalb aber haben Sie geschwiegen, als Söldlinge des Kapitals den Arbeiter Chanlar[62] (Naphthalangesellschaft) ermordeten, als „Born", die Kaspi-Gesellschaft, Schibajew, Mirsojew, Molot, Motowilicha, Biering, Muchtarow, Malnikow und andere Firmen die fortgeschrittensten Arbeiter entließen, als Schibajew, Muchtarow, Molot, „Runo", Kokorew in Bibi-Eibat u. a. die Arbeiter misshandeln ließen?

Sie sprechen von einem „verbrecherischen Willen“ der Arbeiter, von einer „unnötigen Erbitterung“ usw. Wo aber haben Sie sich versteckt gehalten, als die Herren Erdölindustriellen die Arbeiter erbitterten, indem sie den Empfindlichsten, den am leichtesten zu Entflammenden unter ihnen - den nicht zu bestimmten Firmen Gehörenden und den Arbeitslosen - zusetzten? Wissen Sie aber, verehrter Herr, dass gerade dieser Teil der Arbeiter durch die bekannte Zehn-Kopeken-Krankenabgabe und die Erhöhung der Preise für die Portionen in den Speisehallen des Kongressrates zum Hunger verurteilt wurde?
Sie sprechen von den Schrecken „des Bluts und der Tränen“, die der ökonomische Terror hervorruft. Wissen Sie aber, wie viel Blut und Tränen wegen der Masse verstümmelter Arbeiter vergossen werden, die in den Krankenhäusern des Kongressrates keinen Platz finden? Weshalb schränken die Herren Erdölindustriellen die Anzahl der Baracken ein? Und weshalb erheben Sie aus diesem Anlass kein ebensolches Geschrei, wie Sie es gegen die Arbeiterverbände und Arbeiterzeitungen erheben?
Sie flöten vorn „Gewissen“ usw. Weshalb schweigt Ihr gläsernes Gewissen über alle diese Repressalien der Herren Erdölindustriellen?
Sie sprechen... aber genug! Es ist wohl klar, dass die Hauptursache des „ökonomischen Totschlags“ nicht die Arbeiter und nicht ihre Organisationen sind, sondern die aufreizenden und erbitternden Handlungen der Herren Erdölindustriellen.
Nicht weniger klar ist es auch, dass Herr K-sa ein kläglicher Söldling der Herren Erdölindustriellen ist, der alles auf die Arbeiterorganisationen abwälzt und sich auf diese Weise bemüht, die Taten seiner Herren in den Augen des „Publikums“ zu rechtfertigen.

*

Gehen wir jetzt zum dritten Teil des Artikels des Herrn K-sa über.
Im dritten Teil seines Artikels spricht Herr K-sa von den Kampfmaßnahmen gegen den ökonomischen Terror, wobei seine „Maßnahmen“ vollauf seiner „Philosophie“ „über die Ursachen“ des ökonomischen Terrors entsprechen.
Hören wir den großen Philosophen aus Baku.
„Notwendig ist der aktive Kampf gegen das ausgebrochene Übel - die Losung dieses Kampfes muss ausgegeben werden. Eine solche Losung muss für alle Parteien und Organisationen, Gewerkschaften und Zirkel im gegenwärtigen Augenblick sein: ‚Nieder mit dem ökonomischen Terror!’ Nur dann, wenn eine reine weiße Fahne mit dieser Losung kühn gehisst wird, nur dann ... wird der Totschlag aufhören.“
So philosophiert Herr K-sa.
Wie man sieht, bleibt Herr K-sa seinem Gott - dem Kapital - bis zu Ende treu.
Erstens hat er die Erdölindustriellen der ganzen „Schuld“ für den „ökonomischen Totschlag“ enthoben (philosophisch enthoben!) und sie auf die Arbeiter, ihre Verbände und Zeitungen abgewälzt. Hiermit hat er die asiatisch-offensive Taktik der Herren Erdölindustriellen in den Augen der so genannten „vornehmen Welt“ voll und ganz „gerechtfertigt“.
Zweitens, und das ist für die Erdölindustriellen die Hauptsache, hat er das billigste Mittel gegen den „Totschlag“ erfunden, das von den Erölindustriellen keinerlei Aufwand erfordert - verstärkte Agitation der Gewerkschaften und Zeitungen gegen den ökonomischen Terror. Damit hat er noch einmal unterstrichen, dass die Erdölindustriellen den Arbeitern keine Zugeständnisse machen sollen, dass sie sich keine „Unkosten machen“ sollen.
Ebenso billig wie nett! können die Herren Erdölindustriellen ausrufen, wenn sie Herrn K-sa hören.
Natürlich könnten die Herren Erdölindustriellen auf die Meinung der so genannten „vornehmen Welt“ „ganz bequem pfeifen“. Aber was können sie dagegen haben, wenn

irgendein K-sa im Interesse des „menschlichen Gewissens“ darangeht, sie in den Augen der „vornehmen Welt“ zu rechtfertigen?
Und umgekehrt, wie sollten sie sich nicht freuen, wenn der gleiche K-sa nach einer solchen Rechtfertigung das „sicherste“ und billigste Mittel gegen den ökonomischen Terror in Vorschlag bringt? Sollen doch die Gewerkschaften und Zeitungen ganz frei und ungehindert agitieren, wenn sich nur die Taschen der Erdölindustriellen füllen. Nein, wenn das nicht liberal ist! ... Und wie sollten sie hiernach ihren „Flötenbläser“, Herrn K-sa, nicht auf die literarische Bühne lassen!
Indessen braucht man nur ein wenig nachzudenken, braucht man sich nur auf den Standpunkt der klassenbewussten Arbeiter zu stellen, um sofort die ganze Lächerlichkeit der von Herrn K-sa vorgeschlagenen Maßnahme zu begreifen.
Es handelt sich hier durchaus nicht nur um die Gewerkschaften und Zeitungen - die Gewerkschaften und Zeitungen agitieren schon lange gegen den ökonomischen Terror, und dessen ungeachtet hört der „Totschlag“ dennoch nicht auf. Es handelt sich in bedeutend höherem Maße um jene aufreizenden und erbitternden Handlungen der Herren Erdölindustriellen, um jene ökonomischen Repressalien, um jene Schikanen, um jene asiatisch-offensive Taktik der Herren Erdölindustriellen, die den uns beschäftigenden „ökonomischen Totschlag“ nähren und nähren werden.
Man sage doch gefälligst: Was kann die bloße Agitation der Gewerkschaften und Zeitungen, und seien sie auch sehr einflussreich, angesichts der erbitternden Handlungen der Herren Erdölindustriellen tun, die den Arbeitern eine Errungenschaft nach der anderen wegnehmen und dadurch die am wenigsten klassenbewussten unter ihnen zum „ökonomischen Totschlag“ drängen! Es ist klar, dass eine antiterroristische Agitation allein, auch wenn sie mit „reiner weißer Fahne“ geführt wird, nicht imstande ist, sie aus der Welt zu schaffen.
Offenkundig sind, wenn der „ökonomische Totschlag“ „verschwinden“ soll, tiefer greifende Maßnahmen als eine einfache Agitation notwendig, vor allem der Verzicht der Erdölindustriellen auf Schikanen und Maßregelungen, die Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter... Nur dann, wenn die Erdölindustriellen auf ihre asiatisch-offensive Taktik der Herabsetzung des Arbeitslohns, der Wegnahme der Volkshäuser, der Reduzierung der Schulen und Baracken, der Zehn-Kopeken-Krankenabgabe, der Erhöhung der Preise für die Portionen, der systematischen Entlassung fortgeschrittener Arbeiter, ihrer Verprügelung usw. verzichten, nur dann, wenn die Erdölindustriellen mit aller Bestimmtheit den Weg kultivierter europäischer Beziehungen zu den Arbeitermassen und ihren Verbänden beschreiten werden, indem sie sie als eine „gleichberechtigte“ Kraft anerkennen, nur dann wird der Boden dafür geschaffen werden, dass der „Totschlag“ „verschwindet“.
Alles das ist so klar, dass es nicht bewiesen zu werden braucht.
Herr K-sa aber begreift das nicht, ja, er kann es auch nicht, er will eigentlich nicht begreifen, denn das ist für die Herren Erdölindustriellen nicht „vorteilhaft“, denn das würde bestimmte Aufwände von ihnen erheischen, denn das würde die ganze Wahrheit über die am „ökonomischen Totschlag“ „Schuldigen“ aufdecken ...
Es gibt nur eine Schlussfolgerung: K-sa ist ein Lakai des Kapitals.
Was aber folgt nun daraus, aus der Lakaienrolle K-sas?
Hieraus folgt: Was Herr K-sa sagt, gehört nicht ihm selbst, sondern allen Erdölindustriellen, die ihn „inspirieren“. Folglich ist der Artikel K-sas nicht seine Philosophie, sondern die Philosophie der Herren Erdölindustriellen. Offenbar sprechen durch den Mund K-sas die Erdölindustriellen selber, K-sa gibt nur ihre „Gedanken, Wünsche und Stimmungen“ wieder.
Hierin und nur hierin muss man das Interesse des hier untersuchten Artikels des Herrn K-sa sehen.
K-sa als Kosa [Ziegel], K-sa als „Persönlichkeit“ ist für uns ein Nichts, eine unwägbare Materie, der keinerlei Wert zukommt. Und mit Unrecht beklagt sich Herr K-sa über den „Gudok“, der angeblich „Ausfälle“ gegen seine „Persönlichkeit“ unternimmt: Wir wagen

Herrn K-sa zu versichern, dass sich der „Gudok“ für seine so genannte „Persönlichkeit“ niemals interessiert hat.
Aber K-sa als ein unpersönliches Etwas, K-sa als das Fehlen einer „Persönlichkeit“, K-sa als einfacher Ausdruck der Meinungen und Stimmungen der Herren Erdölindustriellen stellt für uns unbedingt einen gewissen Wert dar. Eben von diesem Standpunkt aus untersuchen wir sowohl K-sa selbst als auch seinen Artikel.
Offenbar flötet Herr K-sa nicht umsonst. Fällt er im ersten Teil seines Artikels wütend über die Gewerkschaften her, um sie zu diskreditieren, beschuldigt er im zweiten Teil des Artikels die Gewerkschaften der Kultivierung des ökonomischen Terrors, ohne mit einem einzigen Wort die asiatischen Verfügungen der Erdölindustriellen zu erwähnen, verweist er im dritten Teil des Artikels auf die antiterroristische Agitation als einzige Maßnahme gegen den „Totschlag“ und lässt dabei die offensive Taktik seiner Herren beiseite, so bedeutet das, dass die Erdölindustriellen nicht gesonnen sind, den Weg von Zugeständnissen an die Arbeitermassen zu beschreiten.
Die Erdölindustriellen werden angreifen, die Erdölindustriellen müssen angreifen, ihr aber, Arbeiter und Gewerkschaften, zieht euch freundlich zurück – das sagt uns der Artikel des Herrn K-sa, das sagen uns die Erdölindustriellen durch den Mund ihres „Flötenbläsers“.
Das ist die Moral des Artikels des Herrn K-sa.
Uns Arbeitern, unseren Organisationen und Zeitungen bleibt die Aufgabe, die Herrn Erdölindustriellen wachsam zu beobachten, auf ihre herausfordernden Handlungen nicht hereinzufallen und fest und ruhig, ebenso wie früher, den Weg der Umwandlung unseres spontanen Kampfes in einen streng klassenmäßigen, planmäßigen, zu einem bestimmten Ziel führenden Kampf zu verfolgen.
Was dagegen das heuchlerische Gejammer der verschiedenen Söldlinge des Kapitals anbelangt, so können wir es unbeachtet lassen,

„Gudok“ (Die Sirene) Nr. 28, 30 und 32,
21. April, 4. und 18 Mai 1908.
Unterschrift: K. Kato.
Nach dem russischem Zeitungstext.

DIE PRESSE[63]

LAKAIENHAFTE „SOZIALISTEN“

Neben anderen in Tiflis herausgegebenen Zeitungen existiert auch eine georgische Zeitung, die sich „Naperzkali“[64] nennt. Es ist eine neue, aber zugleich auch allzu alte Zeitung, denn sie ist eine Fortsetzung aller bisherigen menschewistischen Zeitungen in Tiflis, angefangen bei „S'chiwi“ vom Jahre 1905. Die „Naperzkali“ wird von einer alten Gruppe menschewistischer Opportunisten redigiert. Es handelt sich jedoch natürlich nicht nur darum. Es handelt sich hauptsächlich darum, dass der Opportunismus dieser Gruppe irgendetwas Besonderes, Fabelhaftes ist. Opportunismus ist ja Prinzipienlosigkeit, politische Charakterlosigkeit, und so erklären wir, dass keine einzige der menschewistischen Gruppen sich durch solch eine schamlose Charakterlosigkeit auszeichnet wie die Tifliser. Im Jahre 1905 erkannte diese Gruppe die Rolle des Proletariats als des Führers der Revolution an (siehe „S'chiwi“). Im Jahre 1906 änderte sie ihre „Position“, indem sie erklärte: „Auf die Arbeiter kann man sich nicht verlassen..., die Initiative kann nur von den Bauern ausgehen“ (siehe „S'chiwi“). Im Jahre 1907 änderte sie noch einmal ihre „Position“, indem sie sagte: „Die Führerstellung in der Revolution muss der liberalen Bourgeoisie gehören“ (siehe „Asri“[65]) usw. usf.

Aber noch niemals ist die Prinzipienlosigkeit der erwähnten Gruppe bis zu solcher Schamlosigkeit gegangen wie jetzt, im Sommer 1908. Wir denken an die Einschätzung der Erschlagung des ideologischen Unterdrückers der Enterbten, des so genannten Exarchen, in den Spalten der „Naperzkali“. Die Geschichte dieses Totschlags ist allgemein bekannt. Irgendeine Gruppe, die den Exarchen erschlug, tötete auch noch einen Gendarmerierittmeister, der vom „Orte des Verbrechens“ mit einem Protokoll zurückkehrte, und überfiel dann die aus Rowdys bestehende Prozession, die die Leiche des Exarchen begleitete. Die Gruppe, die den Überfall verübte, ist offenbar keine Rowdy-Gruppe, ist aber auch nicht revolutionär, denn keine revolutionäre Gruppe wird sich im gegenwärtigen Augenblick der Sammlung der Kräfte zu einem solchen Akt entschließen und es riskieren, den Zusammenschluss des Proletariats zu vereiteln. Der Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber solchen Gruppen ist allgemein bekannt: Sie klärt die Bedingungen auf, unter denen derartige Gruppen entstehen, und bekämpft diese Bedingungen, kämpft jedoch gleichzeitig ideologisch und organisatorisch auch gegen die Gruppen selbst, diskreditiert sie in den Augen des Proletariats und grenzt das Proletariat gegen sie ab. Anders verfährt die „Naperzkali“. Ohne irgend etwas aufzuklären und ohne etwas zu geben, speit das Blatt einige vulgäre liberale Phrasen gegen den Terror überhaupt und rät dann den Lesern, und es rät nicht nur, sondern verpflichtet sie auch, nicht mehr und nicht weniger zu tun, als diese Gruppen der Polizei zu denunzieren, sie der Polizei auszuliefern! Das ist eine Schande, aber es ist leider Tatsache. Man höre die „Naperzkali“:

„Die Mörder des Exarchen vor Gericht stellen - das ist das einzige Mittel, den Flecken für immer von sich abzuwaschen... Das ist die Pflicht der fortgeschrittenen Elemente“ (siehe „Naperzkali“ Nr. 5).

Sozialdemokraten in der Rolle freiwilliger Denunzianten - soweit haben uns die menschewistischen Opportunisten aus Tiflis gebracht!

Die politische Charakterlosigkeit der Opportunisten fällt nicht vom Himmel. Sie entspringt aus dem unaufhaltsamen Bestreben, sich dem Geschmack der Bourgeoisie anzupassen, den „Herren“ zu gefallen und ihnen ein Lob zu entreißen. Das ist die psychologische Grundlage der opportunistischen Taktik der Anpassung. Und um nun vor den „Herren“ ins beste Licht zu treten, um ihnen zu gefallen, um wenigstens ihrem Zorn über die Erschlagung des Exarchen zu entgehen - krümmen sich unsere menschewistischen Opportunisten lakaienhaft vor ihnen

und übernehmen die Rolle von Polizeispitzeln! Weiter als dies kann eine Taktik der Anpassung nicht gehen!

PHARISÄISCHE SUBATOWLEUTE

Zu den Städten Kaukasiens, die originelle Typen des Opportunismus liefern, gehört auch Baku. In Baku gibt es ebenfalls eine Gruppe, eine noch rechtere und deshalb noch prinzipienlosere Gruppe als die Tifliser. Wir denken nicht an den „Promyslowy Westnik“, der mit der bürgerlichen „Sewodnja“ ein ungesetzliches Verhältnis eingegangen ist - über ihn ist genügend in unserer Presse geschrieben worden. Wir sprechen von der Schendrikow-Gruppe „Prawoje Delo“, der Stammmutter der Bakuer Menschewiki. Allerdings existiert diese Gruppe in Baku schon lange nicht mehr - von den Bakuer Arbeitern und ihren Organisationen verfolgt, war sie gezwungen, nach Petersburg überzusiedeln. Aber sie schickt ihr Geschreibsel nach Baku, sie schreibt ausschließlich über Bakuer Angelegenheiten, sie sucht Anhänger gerade in Baku, sie bemüht sich, das Bakuer Proletariat „zu erobern“. Es mag deshalb angebracht sein, von ihr zu sprechen. Vor uns liegt also Nr. 2/3 des „Prawoje Delo“. Wir blättern die Nummer durch, und vor uns entrollt sich das alte Bild der alten sauberen Gesellschaft der Herren Schendrikows[66]. Da ist Ilja Schendrikow, der bekannte „Händedrücker“ des Herrn Dshunkowski, ein alter Schieber hinter den Kulissen. Da ist auch Gleb Schendrikow, früherer Sozialrevolutionär, früherer Menschewik, früherer „Subatowmann“, jetzt ein Mann im Ruhestande. Da ist ferner die berühmte Plaudertasche, die „allreine“ Klawdija Schendrikowa, eine in jeder Beziehung angenehme Dame. Auch an verschiedenen „Anhängern“ vom Schlage der Groschews und Kalinins, die einstmals eine Rolle in der Bewegung gespielt haben, jetzt aber hinter dem Leben zurückgeblieben sind und allein von Erinnerungen leben, ist kein Mangel. Selbst der Schatten des verstorbenen Ljowa geistert vor uns auf ... Kurzum, das Bild ist vollständig!
Wer jedoch braucht das alles, zu welchem Zweck werden den Arbeitern die ruhmlosen Schatten einer finsteren Vergangenheit aufgedrängt? Fordert man vielleicht, dass die Arbeiter die Bohrtürme in Brand setzen? Oder dass die Partei beschimpft und in den Schmutz getreten wird? Dass man ohne die Arbeiter zur Beratung geht und dann mit Herrn Dshunkowski die Geschäftchen deichselt?
Nein! Die Schendrikows wollen die Bakuer Arbeiter „retten“! Sie „sehen“, dass nach 1905, d.h. nach der Vertreibung der Schendrikows durch die Arbeiter, „die Arbeiter an den Rand des Abgrundes geraten sind“ (siehe „Prawoje Delo“, S. 80), und da haben die Schendrikows das „Prawoje Delo“ geschrieben, um die Arbeiter „zu retten“, sie aus der „Sackgasse“ herauszuführen. Zu diesem Zweck schlagen sie vor, zum Alten zurückzukehren, sich von den Errungenschaften der letzten drei Jahre loszusagen, dem „Gudok“ und dem „Promyslowy Westnik“ den Rücken zu kehren, die bestehenden Gewerkschaften aufzugeben, die Sozialdemokratie zum Teufel zu schicken und sich, nachdem alle Nichtschendrikowleute aus den Arbeiterkommissionen vertrieben sind, um die Schlichtungskammer zusammenzuschließen. Es bedarf keiner Streiks mehr, es bedarf auch keiner illegalen Organisationen mehr - die Arbeiter brauchen nur eine Schlichtungskammer, wo die Schendrikows und Gukassows[67] mit Genehmigung des Herrn Dshunkowski „die Fragen entscheiden“ werden...
So wollen sie die Bakuer Arbeiterbewegung aus der „Sackgasse“ herausführen!
Ganz genau wie das Chamäleon aus dem „Neftjanoje Delo“, Herr K-sa (siehe „Neftjanoje Delo“ Nr. 11).
Aber haben nicht etwa Subatow in Moskau, Gapon in Petersburg, Schajewitsch in Odessa die Arbeiter ganz ebenso „gerettet“? Und haben sie sich nicht alle als geschworene Feinde der Arbeiter erwiesen?
Wen also wollen am helllichten Tage diese pharisäischen „Retter“ prellen?

Nein, ihr Herren Schendrikows, obgleich ihr gemeinsam mit Herrn K-sa behauptet, das Bakuer Proletariat sei noch „nicht herangereift“, es müsse noch „die Reifeprüfung bestehen“ (vor wem bestehen?) (siehe „Prawoje Delo“, S.2) - es wird euch dennoch nicht gelingen, es zu betrügen!
Das Bakuer Proletariat ist klassenbewusst genug, euch die Maske herunterzureißen und euch an den gebührenden Ort zu verweisen! Wer seid ihr, woher des Wegs?
Ihr seid keine Sozialdemokraten, denn ihr seid im Kampf gegen die Sozialdemokratie, im Kampf gegen das Parteiprinzip herangewachsen und lebt darin!
Ihr seid auch keine Gewerkschaftler, denn ihr tretet die Arbeiterverbände, die natürlich vom Geiste der Sozialdemokratie durchdrungen sind, in den Schmutz!
Ihr seid die gleichen Gaponleute und Subatowleute, die sich pharisäisch unter der Maske von „Volksfreunden“ verstecken!
Ihr seid die inneren und deshalb die gefährlichsten Feinde des Proletariats!
Nieder mit den Schendrikowleuten! Kehrt den Schendrikowleuten den Rücken!
So antworten wir auf euer „Prawoje Delo“, ihr Herren Schendrikows! Das wird die Antwort des Bakuer Proletariats auf eure pharisäischen Versuche sein, mit ihm zu liebäugeln!...

„Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier) Nr. 5,
20. Juli 1908.
Unterschrift: Ko...
Nach dem russischen Zeitungstext.

DIE BERATUNG UND DIE ARBEITER

Die Beratungskampagne ist eingestellt. Die Verhandlungen zwischen den Partnern sind unterbrochen[68]. Die alte, aber ewig neue Beratung ist noch einmal vereitelt worden. Der Bevollmächtigtenrat, die Organisationskommission, die Ausarbeitung der Forderungen, die Referate in den Massen, der umfassende Zusammenschluss der Arbeiter um ihre Kommissionen, der Kommissionen um die Gewerkschaften, der Gewerkschaften um die Sozialdemokratie - alles das ist unterbrochen und in die Rumpelkammer der Vergangenheit geworfen. Vergessen sind auch die alten pharisäischen Reden von der „Regulierung der Produktion“ durch die Beratung, von der „Veredlung der Beziehungen“ zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der alte Clown aus Tiflis, Herr Dshunkowski, erklärt die „Vorstellung“ für geschlossen. Herr Kara-Mursa, dieser schäbige Lakai des Kapitals, klatscht ihm Beifall. Der Vorhang fällt, und vor uns zeigt sich das längst bekannte Bild: Die Erdölindustriellen und die Arbeiter verbleiben in Erwartung neuer Stürme, neuer Zusammenstöße in ihren alten Positionen.

Ein wenig „unverständlich“ ist nur dies: Noch gestern beschworen ja die Erdölindustriellen die Arbeiter, zur Beratung zu gehen, mit der „Anarchie der Teilstreiks“ Schluss zu machen, mit ihnen „zu einer Vereinbarung zu gelangen“, und die Behörden, in Person des berüchtigten Dshunkowski, luden einflussreiche Arbeiter zu sich, hielten mit ihnen offizielle Besprechungen ab, suchten sie von der Vorteilhaftigkeit eines Kollektivvertrags zu überzeugen - und plötzlich ein so jäher Umschwung: Die Beratung wird für überflüssig, der Kollektivvertrag für schädlich und die „Anarchie der Teilstreiks“ für wünschenswert erklärt!

Was bedeutet dies, wodurch ist diese „Seltsamkeit“ zu erklären, wer ist denn nun schließlich der „Schuldige“ an der Vereitelung der Beratung? Schuld sind natürlich die Arbeiter, antwortet Herr Dshunkowski: Wir hatten die Verhandlungen noch nicht begonnen, sie aber kommen uns mit der ultimativen Forderung bezüglich der Gewerkschaften; mögen die Arbeiter auf die Gewerkschaften verzichten, dann werden wir eine Beratung haben, im entgegengesetzten Fall brauchen wir keine Beratung!

Einverstanden, wiederholen im Chor die Erdölindustriellen, eben die Arbeiter sind schuld, mögen sie auf die Gewerkschaften verzichten, wir brauchen keine Gewerkschaften!

Und sie haben ja recht, in der Tat sind ja die Arbeiter schuld, wiederholt nach den Feinden der Arbeiter die Gewerkschaft ohne Arbeiter, die „Gewerkschaft der Maschinenarbeiter“: Warum sollten in der Tat die Arbeiter nicht auf die Gewerkschaften verzichten, wäre es nicht besser gewesen, zunächst einmal zu schachern, auf seine Forderungen zu verzichten, und dann die Rede auf die Forderungen zu bringen?

Recht so, recht so! stimmt der Gewerkschaft ohne Arbeiter die Zeitung ohne Leser, der „Promyslowy Westnik“, zu: Die ordentlichen Arbeiter schachern zunächst einmal und sprechen dann von Ultimaten, zunächst einmal räumen sie die Positionen und erobern sie dann zurück, den Bakuer Arbeitern aber hat diese Ordentlichkeit gefehlt, sie haben sich als zu unordentlich erwiesen, fast als Boykottisten.

Aber wir haben das ja gewusst, wir haben das ja alles längst vorhergesehen, bemerken tiefsinnig die Daschnaken und Sozialrevolutionäre: Hätten die Arbeiter den Boykott ausgerufen, völlig mit den Gewerkschaften gebrochen und ohne jede Vorbereitung und Vereinigung irgendwelcher breiter Massen einen Streik vom Stapel gelassen, so hätten sie begriffen, dass es ohne „Land und Freiheit“ nie eine Beratung geben wird und dass man „sein Recht im Kampf erringt“[69]…

So reden die „Freunde“ und Feinde des Bakuer Proletariats.

Muss man beweisen, dass diese gegen das Bakuer Proletariat gerichteten Beschuldigungen unbegründet sind? Man braucht nur die Daschnaken und die Sozialrevolutionäre, die die Arbeiter bezichtigen, die Beratung zu lieben, den Maschinenarbeitern und Erdölindustriellen gegenüberzustellen, die die gleichen Arbeiter bezichtigen, die Beratung zu boykottieren - man

braucht nur, sage ich, diese einander ausschließenden Ansichten einander gegenüberzustellen, um sofort die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit der erwähnten Bezichtigungen zu begreifen...

Wer aber ist denn in einem solchen Fall der wahre „Schuldige“ an der Vereitelung der Beratung?

Werfen wir einen flüchtigen Blick auf die Geschichte der Beratung. Die Erdölindustriellen laden die Arbeiter nicht zum ersten Mal zur Beratung ein - wir erleben jetzt schon die vierte Beratung (1905, 1906, 1907, 1908). Immer forderten die Erdölindustriellen als erste zur Beratung auf, und immer halfen ihnen die Behörden, mit den Arbeitern „zu einer Vereinbarung zu gelangen“, einen Kollektivvertrag abzuschließen. Die Erdölindustriellen verfolgten ihr eigenes Ziel: Sie wollten sich durch kleine Zugeständnisse Garantien gegen Streiks verschaffen, sich eine ununterbrochene Erdölförderung sichern. Die Behörden waren noch mehr an „Stille und Ruhe“ im Erdölreich interessiert, schon gar nicht davon zu reden, dass sehr viele Mitglieder der Regierung Aktionäre der größten Erdölfirmen sind, dass die der Erdölindustrie auferlegten Steuern einen der wichtigsten Einnahmeposten des Staatshaushalts ausmachen, dass das Bakuer Masut die „vaterländische Industrie“ nährt, weshalb sich die kleinste Stockung in der Erdölindustrie notwendig auf den Zustand der Industrie Rußlands auswirkt.

Aber das ist noch nicht alles. Ganz zu schweigen von allem oben Gesagten, ist der Friede in Baku für die Regierung auch noch in der Beziehung wichtig, dass die Massenaktionen des Bakuer Proletariats, sowohl des Proletariats der Erdölindustrie als auch des mit diesem verbundenen Proletariats der Seeschifffahrt, ansteckend auf das Proletariat anderer Städte wirken. Man erinnere sich der Tatsachen. Der erste Generalstreik in Baku, im Frühjahr 1903, leitete die berühmten Julistreiks und -demonstrationen der südlichen Städte Rußlands ein[70]. Der zweite Generalstreik im November und Dezember 1904[71] diente als Signal für die ruhmwollen Januar-Februar-Aktionen in ganz Rußland. Im Jahre 1905 stürzt sich das Bakuer Proletariat, das sich von dem armenisch-tatarischen Massaker schnell erholt hat, erneut in den Kampf und steckt den „ganzen Kaukasus“ mit seinem Enthusiasmus an. Schließlich „beruhigt sich“ Baku, angefangen vom Jahre 1906, also schon nach dem Rückzug der Revolution in Rußland, noch immer nicht; bis auf den heutigen Tag genießt es in der Tat gewisse Freiheiten, feiert alljährlich besser als sonst irgendwo in Rußland die proletarische Maifeier und ruft in den anderen Städten ein Gefühl edlen Neides hervor ... Nach alledem ist es nicht schwer zu begreifen, weshalb sich die Behörden bemüht haben, die Bakuer Arbeiter nicht zu reizen, indem sie die Erdölindustriellen jedes Mal bei ihren Versuchen unterstützt haben, sich mit den Arbeitern zu beraten, mit ihnen „zu einer Vereinbarung zu gelangen“, einen Kollektivvertrag abzuschließen.

Aber wir Bolschewiki antworteten jedes Mal mit dem Boykott. Warum?

Weil sich die Erdölindustriellen nicht mit den Massen, nicht vor den Augen der Massen, sondern mit einem Häuflein von Personen, hinter dem Rücken der Massen, beraten und mit ihnen einen Vertrag schließen wollten: sie wissen sehr wohl, dass man nur auf diese Weise die vieltausendköpfige Masse der Erdölarbeiter betrügen kann.

Worin liegt das Wesen unserer Beratung? Unsere Beratung, das sind Verhandlungen zwischen dem Erdölproletariat und der Erdölbourgeoisie über Forderungen. Führen die Verhandlungen zu einer Verständigung, so endet die Beratung mit einem für eine bestimmte Zeit geltenden, für beide Seiten obligatorischen Kollektivvertrag. Allgemein gesprochen haben wir nichts gegen eine Beratung, denn unter bestimmten Voraussetzungen, auf dem Boden der allgemeinen Forderungen, kann sie die Arbeiter zu einem einheitlichen Ganzen vereinigen. Aber die Beratung kann die Arbeiter nur vereinigen: 1. wenn sich die Massen aufs aktivste daran beteiligen, ihre Forderungen frei erörtern, ihre Delegierten kontrollieren werden usw.; 2. wenn die Massen die Möglichkeit haben werden, ihre Forderungen im Falle der Notwendigkeit durch einen allgemeinen Streik zu unterstützen. Können die Arbeiter aktiv

beraten, Forderungen erörtern usw., ohne dass eine bestimmte Freiheit der Versammlungen auf den Ölfeldern und in den Betrieben gegeben ist, ohne dass der Bevollmächtigtenrat frei zusammentreten kann, ohne dass die Führung in den Händen der Gewerkschaften liegt? Natürlich nicht! Kann man seine Forderungen im Winter unterstützen, wo die Schifffahrt stilliegt und die Erdölausfuhr eingestellt wird, wo sich die Unternehmer länger als irgendwann sonst einem allgemeinen Streik widersetzen können? Wiederum nicht! Indessen wurden alle bis jetzt einberufenen Beratungen gerade in den Winter verlegt und eben ohne die Freiheit der Erörterung der Forderungen, ohne einen freien Bevollmächtigtenrat, ohne das Eingreifen der Gewerkschaften vorgeschlagen, wurden die Arbeitermassen und ihre Organisationen sorgfältig vom Schauplatz ferngehalten, wurde die ganze Sache einem Häuflein „Individuen“ aus der Schule der Schendrikows übergeben. Wählt nur, ihr Herren Arbeiter, so meinte man, eure Delegierten, und dann könnt ihr nach Hause gehen! Eine Beratung ohne Arbeiter, eine Beratung zum Betrug der Arbeiter - das wurde uns drei Jahre lang vorgeschlagen. Solche Beratungen sind nur den Boykott wert, und wir Bolschewiki haben ihnen den Boykott erklärt...

Die Arbeiter haben alles dies nicht sofort begriffen und sind deshalb im Jahre 1905 zur ersten Beratung gegangen. Sie waren jedoch gezwungen, die Beratung zu verlassen, sie zu sprengen.

Die Arbeiter irrten auch im Jahre 1906, als sie zur zweiten Beratung gingen. Aber sie waren abermals gezwungen, die Beratung aufzugeben, sie noch einmal zu sprengen.

Alles das besagte, dass. das Leben selbst die Fehler der Arbeiter verurteilte und korrigierte, indem es sie auf den Weg des Boykotts der hinter den Kulissen durchgeführten, auf Betrug abzielenden, auf Schendrikowart veranstalteten Beratungen drängte.

Die Menschewiki, die die Arbeiter zu solchen Beratungen einluden, leisteten den Erdölindustriellen beim Betrug der Arbeiter unbewusst Vorschub...

Im Jahre 1907 jedoch nahm die Sache eine andere Wendung. Die Erfahrung der beiden Beratungen einerseits, die verstärkte Agitation der Bolschewiki anderseits taten das Ihrige: Auf den Vorschlag der Behörden und der Erdölindustriellen, zur Beratung zu gehen (schon zur dritten Beratung!), antworteten die Arbeiter mit einer entschlossenen Ablehnung.

Mit diesem Augenblick beginnt ein neuer Zeitabschnitt in der Bakuer Arbeiterbewegung...

Heißt dies jedoch, dass die Arbeiter die Beratung fürchteten? Natürlich nicht! Sollten etwa sie, die grandiose Streiks erlebt haben, Verhandlungen mit den Erdölindustriellen fürchten?

Heißt dies, dass die Arbeiter vor einem Kollektivvertrag wegliefen? Natürlich nicht! Sollten etwa sie, die den „Dezembervertrag“ erlebt haben, einen Kollektivvertrag fürchten?

Indem die Arbeiter die Beratung im November 1907 boykottierten, bewiesen sie, dass sie genügend reif sind, um es den Feinden der Arbeiter nicht mehr zu erlauben, sie mit ihrer hinter den Kulissen geführten Schendrikowberatung zu foppen.

Als die Behörden und die Erdölindustriellen, die das Gespenst des Boykotts sahen, uns nun fragten, unter welchen Bedingungen wir denn schließlich zu einer Beratung gehen könnten, da antworteten wir, dass dies nur unter der Bedingung der breitesten Beteiligung der Arbeitermassen und ihrer Gewerkschaften an dem ganzen Verlauf der Beratung der Fall sein könnte. Nur wenn den Arbeitern die Möglichkeit gegeben wird, 1. ihre Forderungen frei zu erörtern, 2. den künftigen Bevollmächtigtenrat frei zusammentreten zu lassen, 3. die Hilfe ihrer Gewerkschaften frei in Anspruch zu nehmen, 4. den Zeitpunkt für die Eröffnung der Beratung frei zu wählen - nur dann werden die Arbeiter zur Beratung gehen. Hierbei wurde der Punkt über die Anerkennung der Gewerkschaften als Haupt- und Angelpunkt betrachtet. Die Punkte selbst aber wurden Garantien genannt. Hier wurde zum ersten Mal die berühmte Formel in Umlauf gesetzt: Eine Beratung mit Garantien, oder keinerlei Beratung!

Verrieten wir damit die Taktik des Boykotts der alten Schendrikowberatungen ohne die Arbeiter? Nicht im Geringsten. Der Boykott der alten Beratungen ist völlig unangetastet geblieben - wir haben nur eine neue Beratung, eine Beratung mit Garantien und nur eine solche Beratung verkündet!

Braucht man die Richtigkeit dieser Taktik zu beweisen, braucht man zu beweisen, dass wir es nur bei dieser Taktik fertig bringen werden, die Beratung aus einer Waffe des Betrugs der Arbeiter in eine Waffe ihres Zusammenschlusses um die Gewerkschaften zu einer einheitlichen, vieltausendköpfigen Armee zu verwandeln, die imstande ist, für ihre Forderungen einzustehen?

Selbst die Menschewiki, die Gewerkschaft der Maschinenarbeiter, der „Promyslowy Westnik“, selbst sie konnten diesem Standpunkt nicht widerstehen, sondern proklamierten in unserem Gefolge den ultimativen Charakter des Punktes über die Gewerkschaften. In unseren Händen befinden sich Dokumente, die besagen, dass sich die Menschewiki nicht nur mit der Beratung, sondern auch mit den Bevollmächtigtenwahlen ohne vorherige Befriedigung des Punktes über die Gewerkschaften, ohne die Ausstellung von Erlaubnisscheinen für die Gewerkschaften nicht einverstanden erklärt haben. Alles das geschah vor den Verhandlungen in der Organisationskommission, vor dem Bevollmächtigtenrat, vor der Wahl der Bevollmächtigten. Natürlich können sie jetzt erklären, dass „der ultimative Charakter nur am Ende der Verhandlungen zutage treten soll“, dass sie „von allem Anfang an den ultimativen Charakter der Forderungen bekämpft haben“ (siehe „Promyslowy Westnik“ Nr. 21), aber das sind ja die gewöhnlichen, längst bekannten „Purzelbäume“ charakterloser Opportunisten aus dem Lager der Menschewiki, die den konsequenten Charakter unserer Taktik ein übriges Mal beweisen!

Selbst die Sozialrevolutionäre und die Daschnaken, die „alles und jegliches mit der Beratung Zusammenhängende“ mit dem Bannfluch belegt haben, selbst sie „neigten das Haupt“ vor unserer Taktik, indem sie beschlossen, sich an der die Beratung vorbereitenden Arbeit zu beteiligen!

Die Arbeiter haben die Richtigkeit unseres Standpunktes begriffen und in ihrer erdrückenden Mehrheit dafür gestimmt. Von 35000 befragten Arbeitern stimmten für die Sozialrevolutionäre und Daschnaken (bedingungsloser Boykott) nur 8000, für die Menschewiki (bedingungslose Beratung) 8000, dagegen für unsere Taktik, für die Taktik einer Beratung mit Garantien, 19000.

Somit haben die Arbeiter die Taktik der Menschewiki, die Taktik der Beratung ohne die Arbeiter, ohne Garantien, nicht angenommen. Die Arbeiter haben auch die Taktik der Daschnaken und Sozialrevolutionäre, dir Taktik des über den Wolken schwebenden Boykotts und des unorganisierten allgemeinen Streiks nicht angenommen. Die Arbeiter haben sich für eine Beratung mit Garantien, für die planmäßige Ausnutzung des ganzen Verlaufs der Beratung zwecks Organisierung eines allgemeinen Streiks ausgesprochen.

Hier steckt das Geheimnis des Scheiterns der Beratung!

Die Erdölindustriellen haben sich wie aus einem Munde für eine Beratung ohne Garantien ausgesprochen. Hiermit haben sie die Taktik der Menschewiki gebilligt. Wir erklären, dass dies der beste Beweis für die Fehlerhaftigkeit des Standpunkts der Menschewiki ist.

Da jedoch die Arbeiter eine Beratung ohne Garantien verworfen haben, haben die Erdölindustriellen ihre Taktik herumgedreht und... die Beratung vereitelt, sie durch Boykott vereitelt. Damit haben sie ihre Solidarität mit der Taktik der Daschnaken und Sozialrevolutionäre zum Ausdruck gebracht. Wir erklären, dass dies der beste Beweis für die Untauglichkeit des Standpunkts der Daschnaken und Sozialrevolutionäre ist.

Die Taktik des Bakuer Proletariats hat sich als die einzig richtige erwiesen.

Eben deshalb fallen alle Kräfte der Erdölbourgeoisie über sie her. Während die Erdölbourgeoisie die menschewistische Beratung ohne Garantien durchaus billigt und schlimmstenfalls selber zur Boykottaktik der Daschnaken und Sozialrevolutionäre greift, will sie sich um keinen Preis mit dem Bakuer Proletariat abfinden, das eine Beratung mit Garantien proklamiert!

Das ist auch begreiflich. Man stelle sich nur dieses Bild vor: Bestimmte Garantiepunkte werden erfüllt; es wird die breiteste Erörterung der Arbeiterforderungen eingeleitet; der

Bevollmächtigtenrat wird in den Massen immer stärker; im Verlaufe der Ausarbeitung der Forderungen schließen sich die Massen um ihren Rat und durch ihn um die Gewerkschaften zusammen; die fünfzigtausendköpfige Masse, zu einer einheitlichen Armee organisiert, stellt den Erdölindustriellen ihre Forderungen; die Erdölindustriellen sind gezwungen, kampflos nachzugeben oder mit einem ernstlich organisierten allgemeinen Streik zu rechnen, der in dem für sie unbequemsten Augenblick ausbricht - ist das etwa für die Erdölbourgeoisie vorteilhaft? Wie sollten hiernach die bürgerlichen Tierchen aus dem „Neftjanoje Delo“ und dem „Baku“[72] nicht bellen und miauen? Also nieder mit ihr, mit dieser Beratung, da sie nun einmal ohne die verfluchten Garantien nicht zu verwirklichen ist - so sagen die Erdölindustriellen, indem sie die Beratung vereiteln.

Hier liegt die Ursache für die Vereitelung der Beratung durch die Behörden und die Erdölindustriellen.

Dies besagt die Geschichte der Beratung.

Der „Promyslowy Westnik“ aber, der alles dies vergessen hat, flötet auch weiter über die „Taktlosigkeit der Führer“, indem er die Leitartikel des „Baku“ und des „Neftjanoje Delo“ töricht wiederholt und wiederkäut! Sogar die georgische Zeitung der Tifliser Menschewiki hat es für notwendig befunden, „ihre Stimme zu erheben“, und sekundiert den Bakuer Kadetten[73]! Klägliche Nachbeter!

Was muss demgegenüber unsere Taktik angesichts der neuen Sachlage sein?

Die Erdölindustriellen haben die Beratung vereitelt. Sie fordern zum allgemeinen Streik heraus. Heißt dies, dass wir mit dem sofortigen allgemeinen Streik antworten müssen? Natürlich nicht! Schon gar nicht davon zu sprechen, dass die Erdölindustriellen bereits riesige Erdölvorräte angesammelt haben, dass sie sich seit langem zur Abwehr eines allgemeinen Streiks rüsten, dürfen wir nicht vergessen, dass wir zu einem solchen ernsten Kampf selbst noch nicht gerüstet sind. Wir müssen vorläufig auf den allgemeinen ökonomischen Streik entschieden verzichten.

Als die dem Augenblick angemessene zweckmäßige Form des Rückzugs darf nur der Streik bei den einzelnen Firmen anerkannt werden.

Die Menschewiki, die beinahe aus „Prinzip“ die Zweckmäßigkeit solcher Streiks leugnen (siehe die Broschüre von L. A. Rin[74]), sind in tiefem Irrtum befangen. Die Erfahrungen der Frühjahrsstreiks zeigen, dass ein Streik bei den einzelnen Firmen unter aktivem Eingreifen der Gewerkschaften und unserer Organisation zu einem der sichersten Mittel für den Zusammenschluss des Proletariats werden kann. Desto entschiedener müssen wir dieses Mittel ergreifen: wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Organisation nur nach Maßgabe des aktiven Eingreifens in alle Angelegenheiten des proletarischen Kampfes wachsen wird.

Das ist unsere nächste taktische Aufgabe.

Die Behörden wollen nach der Vereitelung der Beratung die so genannte „Bakuer Freiheit“ vollends aufheben. Heißt dies, dass wir uns völlig in die Illegalität zurückziehen und das Tätigkeitsfeld finsteren Kräften überlassen sollen? Natürlich nicht! Wie sehr auch die Reaktion wüten, wie sehr sie auch unsere Gewerkschaften und Organisationen zerstören möge, sie kann die Ölfeld- und Betriebskommissionen nicht vernichten, ohne in den Betrieben und auf den Ölfeldern „Anarchie und Zusammenstöße“ hervorzurufen. Es ist unsere Pflicht, diese Kommissionen zu festigen, indem wir den Geist des Sozialismus in sie hineintragen und sie nach Firmen zusammenschließen. Zu diesem Zweck aber ist es wiederum notwendig, dass sich unsere Betriebs- und Ölfeldzellen systematisch an die Spitze dieser Kommissionen stellen und sich ihrerseits durch ihre Vertreter ebenfalls nach Firmen, und zwar überbezirklich, zusammenschließen.

Das sind unsere nächsten organisatorischen Aufgaben.

Indem wir nun diese nächsten Aufgaben erfüllen und dadurch die Gewerkschaften und unsere Organisation festigen, werden wir imstande sein, die vieltausendköpfige Masse der

Erdölarbeiter für die kommenden Schlachten gegen das Erdölkapital zu einer Einheit zusammenzuschweißen.

Erschienen als Beilage zum
„Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier) Nr. 5,
20. Juli 1908.
Unterschrift : Koba.
Nach dem russischen Text der Zeitungsbeilage.

1909

DIE PARTEIKRISE UND UNSERE AUFGABEN

Es ist für niemand ein Geheimnis, dass unsere Partei eine schwere Krise durchmacht. Die Abwanderung von Parteimitgliedern, die Schrumpfung und Schwäche der Organisationen, ihre Losgerissenheit voneinander, das Fehlen einer zusammengefassten Parteiarbeit - alles das spricht davon, dass die Partei krank ist, dass sie eine ernste Krise durchmacht.

Das erste, was die Partei besonders niederdrückt, ist die Losgerissenheit ihrer Organisationen von den breiten Massen. Es gab eine Zeit, wo unsere Organisationen Tausende in ihren Reihen zählten und Hundert-tausende mit sich führten. Damals hatte die Partei kräftige Wurzeln in den Massen. Jetzt ist das anders. An Stelle von Tausenden sind in den Organisationen Dutzende, bestenfalls Hunderte geblieben. Was aber die Führung von Hunderttausenden betrifft, so braucht man davon gar nicht zu sprechen. Freilich hat unsere Partei einen weitgehenden ideologischen Einfluss auf die Massen - die Massen kennen sie, die Massen achten sie. Eben dadurch vor allem unterscheidet sich die Partei „nach der Revolution" von der Partei „vor der Revolution". Aber darin erschöpft sich eigentlich auch der ganze Einfluss der Partei. Indessen ist der ideologische Einfluss allein bei weitem nicht ausreichend. Die Sache ist die, dass die Breite des ideologischen Einflusses an der Enge der organisatorischen Verankerung zerschellt - das ist die Quelle der Losgerissenheit unserer Organisationen von den breiten Massen. Es genügt, auf Petersburg zu verweisen, wo 1907 etwa 8000 Mitglieder gezählt wurden, während jetzt kaum 300 bis 400 Mitglieder zusammenkommen um den ganzen Ernst der Krise sofort zu begreifen. Wir sprechen schon gar nicht von Moskau, dem Ural, Polen, dem Donezbecken usw., die sich in dem gleichem Zustand befinden.

Aller das ist noch nicht alles. Die Partei leidet nicht nur an einer Losgerissenheit von den Massen, sondern auch darunter, dass ihre Organisationen in keiner Weise miteinander verbunden sind, kein gemeinsames Parteileben führen, voneinander losgerissen sind. Petersburg weiß nicht, was im Kaukasus geschieht, der Kaukasus weiß nicht, was im Ural geschieht usw., jeder Winkel führt sein besonderes Leben. Streng gesprochen gibt es faktisch jene einheitliche, ein gemeinsames Leben führende Partei schon nicht mehr, von der wir in den Jahren 1905, 1906 und 1907 mit Stolz gesprochen haben. Wir erleben die abscheulichste Handwerklerei. Die bestehenden Auslandsorgane - der „Proletari"[75] und der „Golos"[76] einerseits, der „Sozialdemokrat"[77] anderseits - verbinden die über Rußland zerstreuten Organisationen nicht und können sie nicht verbinden, sie können ihnen kein einheitliches Parteileben geben. Der Gedanke wäre ja auch seltsam, dass die Auslandsorgane, die der russischen Wirklichkeit fern stehen, die Arbeit der Partei, die das Stadium des Zirkelwesens schon längst hinter sich hat, einheitlich zusammenfassen könnten. Freilich haben die voneinander losgerissenen Organisationen viel Gemeinsames, was sie ideologisch miteinander verbindet - sie haben ein gemeinsames Programm, das die Kritik der Revolution bestanden hat, gemeinsame, von der Revolution gebilligte praktische Prinzipien, ruhmreiche revolutionäre Traditionen. Eben hierin besteht der zweite wichtige Unterschied der Partei „nach der Revolution" von der Partei „vor der Revolution". Aber das genügt noch nicht. Die Sache ist die, dass die ideologische Einheit der Parteiorganisationen die Partei noch bei weitem nicht aus der organisatorischen Zersplitterung der Parteiorganisationen und ihrer Losgerissenheit voneinander rettet. Es genügt, darauf zu verweisen, dass nicht einmal die einfache schriftliche Information in der Partei auf eine einigermaßen wünschenswerte Höhe gebracht worden ist. Wir sprechen schon gar nicht von der wirklichen Zusammenfügung der Partei zu einem einheitlichen Organismus.

Also: 1. Losgerissenheit der Partei von den breiten Massen und 2. Losgerissenheit ihrer Organisationen voneinander - das ist das Wesen der Krise, die die Partei durchmacht.

Man begreift unschwer, dass die Ursache von alledem die Krise der Revolution selbst ist, der zeitweilige Triumph der Konterrevolution, die Stille nach den Aktionen und schließlich der

Verlust aller der Halbfreiheiten, die die Partei während der Jahre 1905 und 1906 genossen hat. Die Partei entwickelte sich, verbreiterte sich und festigte sich, solange die Revolution vorwärts marschierte, solange es Freiheiten gab. Die Revolution trat den Rückzug an, die Freiheiten verschwanden - und die Partei begann zu kränkeln, die Intellektuellen und dann auch die am meisten schwankenden Arbeiter begannen, aus der Partei zu fliehen. Insbesondere wurde die Flucht der Intellektuellen durch das Wachstum der Partei, eigentlich der fortgeschrittenen Arbeiter, beschleunigt, die mit ihren komplizierten Anforderungen über das spärliche geistige Gepäck der „Intellektuellen des Jahres 1905“ hinausgewachsen waren.

Hieraus folgt natürlich bei weitem noch nicht, dass die Partei bis zum Eintreten künftiger Freiheiten in einer Krise dahinvegetieren muss, wie manche fälschlich glauben. Hängt doch erstens das Eintreten der Freiheiten selbst in vielem davon ab, ob es die Partei verstehen wird, aus der Krise gesund und erneuert hervorzugehen: Freiheiten fallen nicht vom Himmel, sie werden erobert, unter anderem dank einer gut organisierten Arbeiterpartei. Zweitens sagen uns die allbekannten Gesetze des Klassenkampfes, dass die immer stärker werdende Organisiertheit der Bourgeoisie unausbleiblich die entsprechende Organisiertheit des Proletariats nach sich ziehen muss. Nun ist aber jedermann bekannt, dass die vorherige Erneuerung unserer Partei, als der einzig proletarischen Partei, für das Wachstum der Organisiertheit unseres Proletariats als Klasse eine notwendige Bedingung ist.

Folglich ist die Gesundung der Partei vor dem Eintreten der Freiheiten, ihre Befreiung aus der Krise nicht nur möglich, sondern auch unvermeidlich.

Die ganze Frage besteht darin, die Methoden dieser Gesundung zu finden, die Wege zu erschließen, mit deren Hilfe die Partei 1. sich mit den Massen verbinden und 2. die voneinander losgerissenen Organisationen zu einem einheitlichen Organismus vereinigen wird.

*

Wie kann also unsere Partei die Krise überwinden, was muss man zu diesem Zweck unternehmen?

Die Partei möglichst legal machen und sie um die legale Dumafraktion zusammenschließen, sagen uns die einen. Wie aber kann man sie möglichst legal machen, wenn auch die harmlosesten legalen Einrichtungen, wie Kulturvereine usw., schwere Verfolgungen erleiden? Etwa durch die Lossage von ihren revolutionären Forderungen? Aber das würde ja bedeuten, die Partei zu begraben, und nicht, sie zu erneuern! Außerdem, wie kann die Dumafraktion die Partei mit den Massen verbinden, wenn sie selbst nicht nur von den Massen, sondern auch von den Parteiorganisationen losgerissen ist?

Es ist klar, dass eine solche Lösung der Frage sie noch mehr verwirrt und der Partei die Überwindung der Krise erschwert.

Den Arbeitern selbst möglichst viele Parteifunktionen übertragen und dadurch die Partei von den unbeständigen intelligenzlerischen Elementen befreien, sagen uns andere. Kein Zweifel, dass die Befreiung der Partei von unnötigen Gästen und die Konzentrierung der Funktionen in den Händen der Arbeiter selbst in vieler Hinsicht zur Erneuerung der Partei beitragen würden. Nicht weniger klar ist aber auch, dass angesichts des alten Organisationssystems, angesichts der alten Methoden der Parteiarbeit, angesichts der „Führung“ vom Ausland her eine bloße „Übertragung der Funktionen“ die Partei nicht mit den Massen verbinden und sie nicht zu einem einheitlichen Ganzen zusammenschweißen kann.

Offensichtlich ist mit halben Maßnahmen nichts Ernstliches auszurichten - es müssen radikale Mittel gesucht werden, um die kranke Partei gründlich zu heilen.

Die Partei leidet vor allem an der Losgerissenheit von den Massen, sie muss um jeden Preis mit den Massen verbunden werden. Das aber ist in unseren Verhältnissen vor allem und hauptsächlich auf dem Boden derjenigen Fragen möglich, die die breiten Massen besonders

bewegen. Nehmen wir nur die Tatsache der Verelendung der Massen und die Offensive des Kapitals. Wie ein Orkan sind gewaltige Aussperrungen über die Köpfe der .Arbeiter hinweggegangen, und die Einschränkung der Produktion, die willkürlichen Entlassungen, die Herabsetzung des Lohns, die Verlängerung des Arbeitstages und überhaupt die Offensive des Kapitals dauern bis auf den heutigen Tag an. Man kann sich schwer vorstellen, welche Schmerzen, welche Anspannung des Denkens alles dies unter den Arbeitern hervorruft, welche Masse von „Missverständnissen“ und Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern entstehen, welche Masse interessanter Fragen auf diesem Boden in den Köpfen der Arbeiter auftaucht. Mögen unsere Organisationen neben der allgemein-politischen Arbeit unermüdlich in alle diese kleinen Zusammenstöße eingreifen, mögen sie sie mit dem großen Kampf der Klassen verbinden und, indem sie die Massen in ihren alltäglichen Protesten und Ansprüchen unterstützen, die großen Prinzipien unserer Partei an lebendigen Tatsachen demonstrieren. Es muss ja für jedermann klar sein, dass man nur auf diesem Boden die „an die Wand gedrückten“ Massen in Bewegung bringen, dass man sie nur auf diesem Boden über den verdammten toten Punkt „hinwegbringen“ kann. Sie aber über diesen Punkt „hinwegbringen“ - das eben heißt, sie um unsere Organisationen zusammenschließen.

Die Parteikomitees in den Fabriken und Werken - das sind diejenigen Parteiorgane, die eine solche Arbeit unter den Massen mit dem größten Erfolg entwickeln könnten. Die den Fabrik- und Werkkomitees angehörenden fortgeschrittenen Arbeiter - das sind diejenigen lebendigen Menschen, die um die Partei die sie umgebenden Massen zusammenschließen könnten. Es ist nur notwendig, dass die Fabrik- und Werkkomitees unermüdlich in alle Angelegenheiten des Kampfes der Arbeiter eingreifen, für ihre täglichen Interessen eintreten und die letzteren mit den grundlegenden Interessen der Klasse der Proletarier verbinden. Fabrik- und Werkkomitees als die Hauptbastionen der Partei - das ist die Aufgabe.

Weiter ist es im Interesse der gleichen Annäherung an die Massen notwendig, dass auch die übrigen, die höheren Organisationen der Partei so aufgebaut werden, dass sie sich zur Verteidigung nicht nur der politischen, sondern auch der ökonomischen Interessen der Massen eignen. Es ist notwendig, dass kein einigermaßen wichtiger Produktionszweig der Aufmerksamkeit der Organisation entgeht. Hierfür aber ist es notwendig, dass beim Aufbau der Organisation das Territorialprinzip durch das Produktionsprinzip ergänzt wird, d. h. dass zum Beispiel die Fabrik- und Werkkomitees der verschiedenen Produktionszweige je nach der Produktion in verschiedene Unterbezirke gruppiert werden, um diese Unterbezirke territorial zu Bezirken zu vereinigen usw. Es ist kein Unglück, wenn die Zahl der Unterbezirke reichlich groß wird - dafür wird die Organisation an Festigkeit und Standhaftigkeit ihres Fundaments gewinnen, dafür wird sie sich enger mit den Massen verbinden.

Von noch größerer Bedeutung bei der Überwindung der Krise ist die Zusammensetzung der Parteiorganisationen. Notwendig ist, dass die erfahrensten und einflussreichsten fortgeschrittenen Arbeiter in allen örtlichen Organisationen vertreten sind, dass die Angelegenheiten der Parteiorganisation in ihren kräftigen Händen konzentriert werden, dass sie, und niemand anders als sie, in der Organisation die wichtigsten Posten einnehmen, von den praktischen und organisatorischen bis zu den journalistischen. Es ist kein Unglück, wenn sich die Arbeiter, die wichtige Posten innehaben, als ungenügend erfahren und geschult erweisen, mögen sie sogar in der ersten Zeit stolpern- die Praxis und die Ratschläge der erfahreneren Genossen werden ihren Gesichtskreis erweitern und aus ihnen schließlich richtige Journalisten und Führer der Bewegung machen. Man darf nicht vergessen, dass die Bebels nicht vom Himmel fallen, dass sie nur im Prozess der Arbeit, in der Praxis, herangebildet werden; unsere Bewegung aber bedarf jetzt mehr als irgendwann sonst russischer Bebels, erfahrener und erprobter Führer aus der Mitte der Arbeiter.

Das ist der Grund, weshalb unsere organisatorische Losung lauten muss: „Ebnet den fortgeschrittenen Arbeitern den Weg in alle Gebiete der Parteiarbeit“, „Gebt ihnen mehr Raum“!

Es versteht sich von selbst, dass die fortgeschrittenen Arbeiter außer dem Willen und der Initiative zur Führung noch bedeutende Kenntnisse brauchen. Arbeiter mit Kenntnissen aber haben wir wenig. Jedoch gerade hier kommt uns die Hilfe erfahrener und aktiver Intellektueller zustatten. Man muss höhere Zirkel, „Besprechungen“ mit den fortgeschrittenen Arbeitern schaffen, wenn auch nur eine in jedem Bezirk, und Theorie und Praxis des Marxismus systematisch „durchnehmen“ - alles dies würde die Lücken der fortgeschrittenen Arbeiter in bedeutendem Maße ausfüllen und aus ihnen künftige Lehrer und ideologische Führer machen. Gleichzeitig müssen die fortgeschrittenen Arbeiter möglichst oft in ihren Werken und Fabriken Referate halten, „sich tüchtig üben“ und nicht vor der Gefahr zurückschrecken, vor dem Auditorium „durchzufallen“. Ein für allemal muss man die überflüssige Bescheidenheit und Angst vor dem Auditorium beiseite werfen, muss man sich mit Wagemut, mit Glauben an seine Kräfte wappnen: es ist kein Unglück, wenn man zu Anfang vorbei haut, ein paar Mal stolpert, danach wird man sich gewöhnen, selbständig zu schreiten, wie „Christus auf dem Wasser“.

Kurzum: 1. verstärkte Agitation auf dem Boden der tagtäglichen Bedürfnisse, die mit den Bedürfnissen der gesamten Klasse des Proletariats verbunden werden, 2. Organisierung und Festigung der Fabrik- und Werkkomitees als der wichtigsten Zentren der Partei in den Bezirken, 3. „Übergabe“ der wichtigsten Parteifunktionen an die fortgeschrittenen Arbeiter, 4. Organisierung von „Besprechungen“ mit den fortgeschrittenen Arbeitern - das sind die Wege, mit deren Hilfe es unsere Organisationen verstehen werden, breite Massen um sich zusammenzuschließen.

Es muss unbedingt gesagt werden, dass uns das Leben selbst die erwähnten Wege zur Überwindung der Parteikrise weist. Das Zentralgebiet und der Ural kommen schon lange ohne Intellektuelle aus, dort erledigen die Arbeiter selbst die Angelegenheiten der Organisation. In Sormowo, Lugansk (Donezbecken), Nikolajew haben die Arbeiter im Jahre 1908 Flugblätter herausgegeben, in Nikolajew außer Flugblättern auch ein illegales Organ. In Baku aber griff und greift die Organisation systematisch in alle Angelegenheiten des Kampfes der Arbeiter ein, ließ und lässt sie fast keinen einzigen Zusammenstoß der Arbeiter mit den Erdölindustriellen vorübergehen, wobei sie natürlich zugleich eine allgemeinpolitische Agitation betreibt. Hierdurch erklärt es sich ja übrigens auch, dass die Bakuer Organisation ihre Verbindungen mit den Massen his auf den heutigen Tag behalten hat.

So steht die Sache mit den Methoden der Verbindung der Partei mit den breiten Arbeitermassen.

Aber die Partei leidet nicht nur an der Losgerissenheit von den Massen. Sie leidet außerdem noch an der Losgerissenheit ihrer Organisationen voneinander.

Gehen wir zu dieser letzten Frage über.

*

Also, wie lassen sich die voneinander losgerissenen örtlichen Organisationen miteinander verbinden, wie lassen sie sich zu einer fest gefügten, ein einheitliches Leben führenden Partei zusammenfassen?

Man könnte glauben, die zuweilen abgehaltenen Gesamtparteikonferenzen würden die Aufgabe lösen, würden die Organisationen vereinigen. Oder die im Ausland erscheinenden Zeitungen - „Proletari“, „Golos“ und „Sozialdemokrat“ - würden letzten Endes die Partei zusammenfassen, zusammenschließen. Kein Zweifel, dass sowohl die einen als auch die anderen für die gegenseitige Verbindung der Organisationen von nicht geringer Bedeutung sind. Bisher zum mindesten waren die Konferenzen und die Auslandsorgane das einzige Mittel zur Vereinigung der voneinander losgerissenen Organisationen. Erstens aber können die Konferenzen, die überdies sehr selten veranstaltet werden, die Organisationen nur für eine bestimmte Zeit und deshalb nicht so fest, wie das notwendig wäre, miteinander verbinden; im

allgemeinen zerreißen in den Zeiträumen zwischen den Konferenzen die Verbindungen, und mit der faktischen Handwerkerei bleibt es beim alten. Zweitens, was die Auslandsorgane anbelangt, schon ganz davon zu schweigen, dass sie nur in einer sehr beschränkten Anzahl nach Rußland gelangen - so bleiben sie natürlich hinter dem Gang des Parteilebens in Rußland zurück, sind nicht imstande, die die Arbeiter bewegenden Fragen rechtzeitig zu bemerken und zu berühren - und deshalb können sie unsere örtlichen Organisationen nicht mit festen Banden zu einer Einheit zusammenfassen. Die Tatsachen besagen, dass die Partei seit dem Londoner Parteitag zwei Konferenzen[78] veranstalten und Dutzende von Nummern der Auslandsorgane herausgeben konnte, und dennoch ist das Werk der Zusammenfügung unserer Organisationen zu einer wirklichen Partei, das Werk der Überwindung der Krise kaum von der Stelle gekommen.

Folglich sind Konferenzen und Auslandsorgane, obgleich für die Verbindung der Partei sehr wichtig, doch ungenügend für die Überwindung der Krise, für die feste Vereinigung der örtlichen Organisationen.

Es bedarf offenbar einer radikalen Maßnahme.

Eine solche Maßnahme aber könnte allein eine gesamtrussische Zeitung sein, eine Zeitung, die im Zentrum der Parteiarbeit steht und in Rußland erscheint.

Die über Rußland zerstreuten Organisationen zu vereinigen ist nur in gemeinsamer Parteiarbeit möglich. Die gemeinsame Arbeit aber ist unmöglich ohne die Vereinigung der Erfahrungen der örtlichen Organisationen in einem gemeinsamen Zentrum, von wo aus die verallgemeinerten Parteierfahrungen dann über alle örtlichen Organisationen verbreitet werden könnten. Eine gesamtrussische Zeitung könnte eben ein solches Zentrum sein, ein Zentrum, das die Parteiarbeit leitet, sie vereinigt und lenkt. Damit sie aber die Arbeit wirklich leiten kann, ist es notwendig, dass aus dem Lande systematisch Anfragen, Erklärungen, Briefe, Korrespondenzen, Klagen, Proteste, Arbeitspläne, die Massen bewegende Fragen usw. eingehen; dass zwischen der Zeitung und dem ganzen Lande die engste Verbindung, die festesten Fäden bestehen; dass die Zeitung, die somit über Material in genügender Menge verfügt, rechtzeitig die notwendigen Fragen bemerken, berühren und beleuchten, aus dem Material die notwendigen Weisungen und Losungen herausdestillieren und sie zum Gesamtgut der ganzen Partei, aller ihrer Organisationen machen kann...

Ohne diese Voraussetzungen gibt es keine Führung der Parteiarbeit, und ohne die Führung der Arbeit gibt es keine feste Verknüpfung der Organisationen zu einem einheitlichen Ganzen!

Deshalb betonen wir die Notwendigkeit gerade einer gesamtrussischen (und nicht einer ausländischen) und zwar einer richtunggebenden (und nicht einfach einer populären) Zeitung.

Man braucht nicht erst zu sagen, dass die einzige Institution, die die Organisierung und Führung einer solchen Zeitung in die Hände nehmen kamt, das Zentralkomitee der Partei ist. Die Aufgabe, die Parteiarbeit zu leiten, ist ohnehin die Pflicht des Zentralkomitees. Sie wird jedoch gegenwärtig schlecht erfüllt, und das Ergebnis davon ist die fast völlige Zusammenhanglosigkeit der örtlichen Organisationen. Demgegenüber könnte eine gut organisierte gesamtrussische Zeitung in den Händen des ZK das wirksamste Werkzeug für den wirklichen Zusammenschluss der Partei und die Leitung der Parteiarbeit sein. Noch mehr, wir behaupten, dass das ZK nur auf diesem Wege aus einem fiktiven Zentrum zu einem wirklichen Zentrum der Gesamtpartei werden kann, das die Partei tatsächlich zusammenfügt und in ihrer Arbeit tatsächlich den Ton angibt. Infolgedessen sind die Organisation und die Leitung der gesamtrussischen Zeitung eine direkte Aufgabe des Zentralkomitees.

Also eine gesamtrussische Zeitung als ein Organ, das die Partei um das Zentralkomitee vereinigt und zusammenschließt- das ist die Aufgabe, das ist der Weg zur Überwindung der Krise, die die Partei durchmacht.

Resümieren wir alles Gesagte. Infolge der Krise der Revolution ist auch in der Partei eine Krise eingetreten - die Organisationen haben die festen Verbindungen mit den Massen verloren, die Partei ist in einzelne Organisationen zersplittert.
Es ist notwendig, unsere Organisationen mit den breiten Massen zu verbinden - das ist eine örtliche Aufgabe.
Es ist notwendig, die erwähnten Organisationen untereinander, um das Zentralkomitee der Partei, zu verbinden - das ist eine zentrale Aufgabe.
Die Lösung der örtlichen Aufgabe erfordert, dass neben der allgemeinpolitischen Agitation eine ökonomische Agitation auf dem Boden der dringenden Tagesforderungen betrieben wird, sie erfordert systematisches Eingreifen in den Kampf der Arbeiter, Schaffung und Festigung der Parteikomitees in Fabriken und Werken, Konzentrierung möglichst vieler Parteifunktionen in den Händen fortgeschrittener Arbeiter, Organisierung von „Besprechungen" mit den fortgeschrittenen Arbeitern zur Erziehung erprobter und mit Kenntnissen gewappneter Arbeiterführer.
Die Lösung der zentralen Aufgabe aber erfordert eine gesamtrussische Zeitung, die die örtlichen Organisationen mit dem Zentralkomitee der Partei verbindet und sie zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt.
Nur bei Lösung dieser Aufgaben kann die Partei als eine gesunde und erneuerte Organisation aus der Krise hervorgehen, nur bei Erfüllung dieser Bedingungen kann die Partei die verantwortungsvolle Rolle einer würdigen Vorhut des heldenhaften russischen Proletariats übernehmen.
Das sind die Wege zur Überwindung der Parteikrise.
Man braucht nicht erst davon zu reden, dass die Krise um so schneller überwunden, die Aufgabe der Erneuerung und Gesundung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands um so schneller erfüllt wird, je vollständiger die Partei die vorhandenen legalen Möglichkeiten, von der Dumatribüne und den Gewerkschaften bis zu den Konsumgenossenschaften und Sterbekassen, ausnutzen wird.

„Bakinski Proletari" (Der Bakuer Proletarier) Nr. 6 und 7,
1. und 27. August 1909.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

ZU DEM BEVORSTEHENDEN ALLGEMEINEN STREIK

Eine schwere Zeit machen die Bakuer Arbeiter durch. Die Offensive der Erdölindustriellen, die im vorigen Frühjahr begann, geht immer noch weiter. Den Arbeitern werden ihre alten Errungenschaften restlos entrissen. Die Arbeiter aber „müssen“ schweigen und „ohne Ende“ dulden.

Der Arbeitslohn wird durch direkte Kürzungen oder durch Entziehung der Wohnungsgelder, Prämien usw. herabgesetzt. Der Arbeitstag wird verlängert, indem das Dreischichtensystem durch das Zweischichtensystem ersetzt wird, während die Überstunden- und Sonderarbeit faktisch obligatorisch wird. Die so genannte „Einschränkung der Beschäftigtenzahl“ geht in alter Weise weiter. Die Arbeiter - besonders die klassenbewussten - werden wegen Kleinigkeiten, oftmals auch ohne jeden Anlass aufs Pflaster gesetzt. Die „Schwarzen Listen“ werden in rücksichtslosester Weise angewendet. Das System der „ständigen“ Arbeiter wird durch das System „zeitweiliger“ Arbeiter auf Bons ersetzt, die man jederzeit wegen Kleinigkeiten ihres Verdienstes berauben kann. Das „System“ der Geldstrafen und der Misshandlungen wird in jeder Weise gehandhabt. Die Ölfeld- und Betriebskommissionen werden nicht mehr anerkannt. Das Unfallgesetz wird in frechster Weise umgangen. Die ärztliche Hilfe ist auf ein Minimum reduziert. Das „Zuchthausgesetz“ der Zehn-Kopeken-Krankenabgabe gilt weiterhin. Hygiene und sanitäre Bedingungen liegen im Argen. Das Schulwesen hinkt. Es gibt keine Volkshäuser. Es gibt keine Abendkurse. Es gibt keine Vorträge. Es gibt nur Entlassungen und noch einmal Entlassungen! Wie weit die Frechheit der Erdölindustriellen geht, ersieht man daraus, dass viele große Firmen, z. B. die „Kaspi-Gesellschaft“, um keine Wohnungsgelder zahlen zu müssen, es „ihren“ Arbeitern geradezu verbieten, ohne die Erlaubnis der Betriebsverwaltung zu heiraten. Und alles das geht den Erdölkönigen durch. Und sie fahren fort, die Arbeiter zu verhöhnen, weil sie ihre Kraft fühlen, weil sie den Erfolg ihrer schlau ersonnenen Offensivtaktik sehen.

Der Erfolg der Offensive der Erdölindustriellen aber ist bei weitem kein Zufall. Er ist ganz und gar durch viele hierfür günstige äußere Umstände bedingt, und zwar vor allem durch die allgemeine Stille in Rußland, durch die von der Konterrevolution geschaffene Situation, die eine günstige Atmosphäre für die Offensive des Kapitals darstellt. Man braucht nicht erst davon zu reden, dass die Erdölindustriellen unter anderen Verhältnissen ihren Appetit mäßigen müssten. Weiter durch die rein lakaienhafte Dienstbeflissenheit der örtlichen Verwaltung mit dem Pogromhelden Martynow an der Spitze, die den Erdölindustriellen zuliebe zu allem bereit ist - denken wir nur an die „Mirsojew-Angelegenheit“. Ferner durch die schwache Organisiertheit der Arbeiter, die in bedeutendem Maße durch die unbeständige Zusammensetzung der Massen der Erdölarbeiter bedingt ist. Jedem ist die Wichtigkeit der Erdölarbeiter im Kampf gegen die Erdölindustriellen klar, indessen sind gerade sie am meisten mit dem Dorf verbunden und am wenigsten zum organisierten Kampf „fähig“. Endlich durch die Zersplitterung der Arbeitslöhne (die u. a. aus Prämien, Wohnungsgeldern, Fahrgeldern, Badegeldern usw. bestehen), die Lohnherabsetzungen erleichtert. Man braucht nicht erst zu beweisen, dass eine direkte Herabsetzung des Arbeitslohnes nicht so leicht ist wie seine getarnte Herabsetzung in einzelnen Teilen, in Form allmählicher Entziehung der Prämien, der Wohnungsgelder, der Fahrgelder usw., mit der Illusion, der Arbeitslohn „selbst“ werde im früheren Umfang aufrechterhalten.

Es ist natürlich, dass alles dies im Zusammenhang mit der wachsenden Erfahrung und Organisiertheit der Erdölindustriellen die Offensive des Kapitals im Erdölreich bedeutend erleichtert.

Wann diese tolle Offensive der Erdölkönige aufhören wird und ob es Grenzen für ihre Frechheit gibt- das wird davon abhängen, ob sie bei den Arbeitern auf einen starken, organisierten Widerstand stoßen werden.

Klar ist vorläufig das eine, dass die Erdölindustriellen die Arbeiter „endgültig“ bezwingen, ihnen den Kampfwillen „ein für allemal“ austreiben, „ihre“ Arbeiter „um jeden Preis“ zu gefügigen Sklaven machen wollen. Ein solches Ziel verfolgten sie schon im vorigen Frühjahr, als sie, nachdem sie die Beratung gesprengt hatten, den Versuch machten, die Arbeiter zu einem unorganisierten allgemeinen Streik zu provozieren, uni auf der Stelle mit ihnen Schluss zu machen. Das gleiche Ziel verfolgen sie jetzt, wo sie die Arbeiter mit systematischer Bosheit angreifen und sie häufig zu spontanen Aktionen herausfordern.
Die Arbeiter schweigen vorläufig, ertragen stumm die Schläge der Erdölindustriellen und häufen die Wut in ihrer Brust. Berücksichtigt man jedoch einerseits, dass die Erdölindustriellen immer frecher werden, indem sie die verbliebenen Brocken endlos weiter verkleinern, die Arbeiter bis zur Verelendung bringen, sie verhöhnen und sie zu spontanem Auflodern provozieren; dass anderseits die Geduld der Arbeiter immer mehr versiegt und einem dumpfen, immer stärker werdenden Murren gegen die Erdölindustriellen Platz macht - berücksichtigt man alles dies, so kann man zuversichtlich sagen, dass ein Ausbruch der Empörung der Erdölarbeiter in nächster Zukunft eine direkte Unvermeidlichkeit ist. Von zwei Dingen eins: Entweder werden die Arbeiter in der Tat „ohne Ende“ dulden und bis zur Stellung sklavisch gehorsamer chinesischer Kulis hinabsinken - oder sie werden sich gegen die Erdölindustriellen erheben und den Weg zu einem besseren Leben freilegen. Die in den Massen immer weiter ansteigende Empörung zeugt dafür, dass die Arbeiter unvermeidlich den zweiten Weg gehen werden, den Weg des Kampfes gegen die Erdölindustriellen.
Die Erdölindustrie aber befindet sich in einer solchen Lage, dass sie nicht nur einen Defensivkampf der Arbeiter, nicht nur die Behauptung der alten Positionen durchaus zulässt, sondern auch den Übergang zur Offensive und auch die Eroberung neuer Positionen, die weitere Erhöhung des Arbeitslohns, die weitere Verkürzung des Arbeitstages usw. In der Tat, wenn die Profite der Erdölindustriellen gegenwärtig im Vergleich zu den Profiten anderer Unternehmer Rußlands und Europas märchenhaft hoch sind; wenn der Erdölmarkt nicht nur nicht an Aufnahmefähigkeit einbüßt, sondern im Gegenteil zunimmt, sich neuer Gebiete (z.B. Bulgariens) bemächtigt; wenn sich die Menge der Fontänen ständig vergrößert; wenn die Erdölpreise nicht nur nicht fallen, sondern im Gegenteil eine Tendenz zum Steigen zeigen - ist es da nicht klar, dass die Arbeiter die volle Möglichkeit haben, die Ketten der sklavischen Geduld zu sprengen, das Joch des schmachvollen Schweigens abzuwerfen, das Banner der Gegenoffensive gegen die Erdölindustriellen zu erheben und ihnen neue, bessere Arbeitsbedingungen abzuringen?...
Wenn man alles das auch vor Augen hat, darf man dennoch nicht vergessen, dass der bevorstehende allgemeine Streik der ernsteste, langwierigste und zäheste aller Streiks sein wird, die jemals in Baku geführt wurden. Man muss berücksichtigen, dass uns in den früheren Streiks die folgenden Umstände günstig waren: 1. der allgemeine Aufschwung in Rußland, 2. die dadurch bedingte relative „Neutralität“ der örtlichen Verwaltung, 3. die Unerfahrenheit und Unorganisiertheit der Erdölindustriellen, die beim ersten Streik den Kopf verloren - und dass wir demgegenüber jetzt weder das eine noch das andere noch auch das dritte haben. Der allgemeine Aufschwung hat einer allgemeinen Stille Platz gemacht, die die Erdölindustriellen ermuntert. Die relative „Neutralität“ der örtlichen Verwaltung ist von ihrer völligen Bereitschaft abgelöst worden, alle Mittel der „Befriedung“ in Gang zu setzen. Die Unerfahrenheit und Desorganisiertheit der Erdölindustriellen hat ihrer Organisiertheit Platz gemacht. Noch mehr, die Erdölindustriellen sind im Kampf so weit gewitzigt worden, dass sie selber die Arbeiter zu Streiks herausfordern. Sie sind nicht abgeneigt, sie sogar zu einem allgemeinen Streik zu provozieren, wenn er nur unorganisiert ist und die Möglichkeit gibt, die Arbeiter „mit einem Schlage unterzukriegen“.
Alles das spricht dafür, dass den Arbeitern ein ernster und schwieriger Kampf gegen organisierte Feinde bevorsteht. Der Kampf ist unvermeidlich. Der Sieg ist möglich, trotz einer Menge ungünstiger Bedingungen.

Notwendig ist nur, dass der Kampf der Arbeiter kein spontaner, kein zersplitterter, sondern ein organisierter, planmäßiger und bewusster Kampf sei.
Nur unter dieser Bedingung wird man auf den Sieg rechnen können.
Wir wissen nicht, wann der allgemeine Streik genau beginnen wird - jedenfalls nicht zu der Zeit, wo er den Erdölindustriellen genehm sein wird. Wir wissen vorläufig das eine, dass es gilt, gleich jetzt die zähe Vorbereitungsarbeit für den allgemeinen Streik zu beginnen und die ganze Kraft unseres Verstandes, unserer Energie und unserer Tapferkeit in sie hineinzulegen.
Verstärkung unseres Zusammenschlusses, unserer Organisiertheit - das ist das Banner unserer Vorbereitungsarbeit.
Es gilt deshalb, gleich jetzt mit dem Massenzusammenschluss der Arbeiter um die Sozialdemokratie, um die Gewerkschaften zu beginnen. Es gilt vor allem, mit der Spaltung in der Organisation Schluss zu machen und beide Fraktionen zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen. Es gilt auch, mit der Spaltung in den Gewerkschaften Schluss zu machen und sie zu einem einzigen starken Verband zu vereinigen. Es ist notwendig, die Ölfeld- und Betriebskommissionen zu beleben, sie mit dem Geist des Sozialismus anzustecken, sie mit den Massen zu verbinden und durch sie mit der ganzen Erdölarmee Verbindung aufzunehmen. Es ist notwendig, an die Ausarbeitung der gemeinsamen Forderungen heranzugehen, die geeignet sind, die Arbeiter zu einer einzigen starken Armee zusammenzuschließen. Es ist notwendig, ständig in alle Zusammenstöße der Arbeiter mit den Erdölindustriellen einzugreifen und dadurch in der Tat die Arbeiter um die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Mit einem Wort, es gilt unermüdlich, in jeder Weise zu rüsten, um dem schwierigen, aber ruhmreichen bevorstehenden allgemeinen Streik würdig zu begegnen.
Wir rufen zu einmütiger Arbeit an der Vorbereitung zum allgemeinen ökonomischen Streik auf.

„Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier.) Nr. 7,
27. August 1909.
Unterschrift: K.Ko...
Wach dem russischen Zeitungstext.

AUS DER PARTEI[79]

Weiter unten veröffentlichen wir die Resolution des Bakuer Komitees über die Meinungsverschiedenheiten in der Redaktion des „Proletari“. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nichts Neues, sie sind seit langem Gegenstand einer Polemik in unserer Auslandspresse. Man spricht sogar von einer Spaltung in der Fraktion der Bolschewiki. Indessen sind die Bakuer Arbeiter mit dem Inhalt dieser Meinungsverschiedenheiten wenig oder gar nicht bekannt. Wir halten es deshalb für notwendig, der Resolution einige Erläuterungen voranzustellen.

Vor allem über die Spaltung in der Fraktion der Bolschewiki. Wir erklären, dass es in der Fraktion keinerlei Spaltung gibt und gab, es gibt lediglich Meinungsverschiedenheiten in der Frage der legalen Möglichkeiten. Meinungsverschiedenheiten dieser Art aber hat es in einer so reichen und lebensvollen Fraktion wie der bolschewistischen immer gegeben und wird es immer geben. Jedermann weiß, dass es in der Fraktion eine Zeitlang ziemlich ernste Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Agrarprogramms, der Partisanenaktionen, des Verhältnisses von Gewerkschaften und Partei gab und dass sich die Fraktion dennoch nicht gespalten hat, weil in der Fraktion in anderen wichtigen taktischen Fragen völlige Solidarität herrschte. Das gleiche muss auch über den vorliegenden Fall gesagt werden. Also ist das Gerede von der Spaltung in der Fraktion die reinste Erfindung.

Was die Meinungsverschiedenheiten selbst anbelangt, so sind in der erweiterten Redaktion des „Proletari”[80], die aus zwölf Mann besteht, zwei Strömungen hervorgetreten: die Mehrheit der Redaktion (zehn Mann gegen zwei Mann) glaubt, dass die legalen Möglichkeiten in Gestalt der Gewerkschaften, der Klubs und besonders der Dumatribüne im Interesse der Stärkung der Partei ausgenutzt werden müssen, dass die Partei die Dumafraktion nicht aus der Duma abberufen darf, dass sie im Gegenteil der Fraktion helfen muss, ihre Fehler zu korrigieren und eine richtige offene sozialdemokratische Agitation von der Dumatribüne aus zu betreiben. Die Minderheit der Redaktion (zwei Mann), um die sich die so genannten Otsowisten und Ultimatisten gruppieren, glaubt umgekehrt, dass die legalen Möglichkeiten keinen besonderen Wert haben, sie blickt mit Misstrauen auf die Dumafraktion, hält es nicht für notwendig, die Fraktion zu unterstützen, und wäre nicht abgeneigt, sie unter bestimmten Bedingungen sogar aus der Duma abzuberufen.

Das Bakuer Komitee findet, dass der Gesichtspunkt der Minderheit der Redaktion nicht den Interessen der Partei und des Proletariats entspricht, und erklärt sich deshalb entschieden für den Standpunkt der Mehrheit der Redaktion, deren Vertreter Genosse Lenin ist.

RESOLUTION DES BAKUER KOMITEES TIBER DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN IN DER ERWEITERTEN REDAKTION DES „PROLETARI”

Das Bakuer Komitee hat den Stand der Dinge in der erweiterten Redaktion des „Proletari” auf Grund der von beiden Teilen der Redaktion zugesandten gedruckten Dokumente erörtert und ist zu der nachstehenden Schlussfolgerung gelangt:

1. Vom Standpunkt des Wesens der Sache ist die Stellungnahme der Mehrheit der Redaktion in den Fragen der Arbeit innerhalb und außerhalb der Duma die einzig richtige. Das BK ist der Meinung, dass nur eine solche Stellungnahme wirklich bolschewistisch genannt werden kann, bolschewistisch dem Geiste und nicht nur dem Buchstaben nach.
2. Der „Otsowismus” als eine Strömung in der Fraktion ist das Resultat einer für die Partei schädlichen Unterschätzung der legalen Möglichkeiten, besonders der

Dumatribüne. Das BK behauptet, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen der zeitweiligen Ebbe, beim Fehlen anderer, ernsterer Mittel einer offenen sozialdemokratischen Agitation, die Arbeit von der Dumatribüne aus einer der wichtigen Zweige der Parteiarbeit sein kann und muss.

3. Der „Ultimatismus” bildet als ständige Ermahnung der Dumafraktion zur Parteidisziplin keinerlei Strömung in der Fraktion der Bolschewiki. Insofern er aber bemüht ist, die Stellung einer besonderen Strömung einzunehmen, die sich auf die Demonstration der Rechte des ZK gegenüber der Dumafraktion beschränkt, ist der „Ultimatismus” „Otsowismus” schlimmster Art. Das BK behauptet, dass nur die unermüdliche Arbeit des ZK in der Fraktion und am der Fraktion diese zu einer disziplinierten, zu einer wirklichen Parteifriktion machen kann. Das BK ist der Meinung, dass die aus der Tätigkeit der Dumafraktion in den letzten Monaten vorliegenden Tatsachen alles dies augenscheinlich beweisen.
4. Die so genannte „Gottbildnerei” als literarische Strömung und überhaupt das Hineintragen religiöser Momente in den Sozialismus ist das Resultat, einer unwissenschaftlichen und deshalb für das Proletariat schädlichen Auslegung der Grundlagen des Marxismus. Das BK betont, dass sich der Marxismus nicht dank einem Bündnis mit religiösen Elementen, sondern durch den schonungslosen Kampf gegen sie herausgebildet hat und zu einer bestimmten Weltanschauung geworden ist.
5. Ausgehend von allem Gesagten ist das BK der Auffassung, dass der schonungslose ideologische Kampf gegen die erwähnten Strömungen, die sich um die Minderheit der Redaktion gruppieren, eine der dringenden Tagesaufgaben der Parteiarbeit bildet.
6. Davon ausgehend, dass trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten beide Teile der Redaktion in Fragen, die für die Fraktion von größerer Wichtigkeit sind, miteinander solidarisch sind (der Einschätzung der gegenwärtigen Lage, der Rolle des Proletariats und der anderen Klassen in der Revolution usw.), ist anderseits das BK der Meinung, dass die Einheit der Fraktion, also auch die gemeinsame Arbeit beider Teile der Redaktion, möglich und notwendig ist.
7. Deswegen ist das BK mit der organisatorischen Politik der Mehrheit der Redaktion nicht einverstanden und protestiert gegen alle „Ausstoßungen aus unserer Mitte” von Anhängern der Minderheit der Redaktion. Das BK protestiert ebenso gegen die Haltung des Genossen Maximow, der erklärt hat, sich den Beschlüssen der Redaktion nicht lügen zu wollen, und damit einen neuen Anlass für neue, stärkere Reibungen gegeben hat.
8. Als praktische Maßnahme zur Liquidierung der entstandenen unnormalen Lage bringt das BK eine parallel mit der Konferenz der Gesamtpartei abzuhaltende Konferenz der Bolschewiki in Vorschlag.[81]

In den Fragen der „Schule in NN” und der Haltung gegenüber den „linken Menschewiki” sieht das BK vorläufig von der Annahme bestimmter Resolutionen ab, da es nicht über ausreichende Materialien verfügt.

2. August 1909.

„Bakinski Proletari" (Der Bakuer Proletarier) Nr. 7,
27. August 1909.
Nach dem russischen Zeitungstext.

ÜBER DEN DEZEMBERSTREIK UND DEN DEZEMBERVERTRAG

(Zum fünften Jahrestag)

Genossen!

Heute sind fünf Jahre vergangen seit dem Tage der Erklärung des allgemeinen ökonomischen Streiks in den Bezirken Bakus im Dezember 1904.

In diesen Tagen werden es fünf Jahre sein, seit die Arbeiter und die Erdölindustriellen den berühmten Dezembervertrag, unsere „Masut-Konstitution”, ausgearbeitet haben.

Voller Stolz erinnern wir uns jener Tage, denn sie sind Tage unserer Siege, Tage der Niederlage der Erdölindustriellen!

Vor uns ersteht das uns allen bekannte ruhmvolle Bild: Die nach Tausenden zählenden Massen der streikenden Arbeiter haben, nachdem sie die „Elektrische Kraft” umzingelten, ihren Delegierten die Dezemberforderungen diktiert; und die Vertreter der Erdölindustriellen, die in der „Elektrischen Kraft” unterschlüpften und von den Arbeitern belagert wurden, haben „ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht”, den Vertrag unterzeichnet, „sich mit allem einverstanden erklärt” ...

Das war ein wirklicher Sieg der proletarischen Armen über die kapitalistischen Reichen, ein Sieg, der das Fundament für „neue Zustände” in der Erdölindustrie legte.

Vor dem Dezembervertrag arbeiteten wir durchschnittlich elf Stunden täglich - nach dem Vertrag aber wurden neun Arbeitsstunden festgelegt und es wurde für die Förderungsarbeiter allmählich der Achtstundentag eingeführt.

Vor dem Dezembervertrag erhielten wir durchschnittlich etwa 80 Kopeken - nach dem Vertrag aber erhöhte man den Lohn auf einen Rubel und einige Kopeken den Tag.

Vor dem Dezemberstreik zahlte man uns weder Wohnungsgelder noch versorgte man uns mit Werkswohnungen - dank dem Streik aber erreichten wir für die Werkarbeiter beides, und es blieb nur übrig, beide Errungenschaften auch auf die übrigen Arbeiter auszudehnen.

Vor dem Dezemberstreik herrschte auf den Ölfeldern und in den Betrieben volle Willkür der Lakaien des Kapitals, die uns ungestraft misshandelten und Geldstrafen auferlegten -dank dem Streik aber wurde eine gewisse Ordnung, eine gewisse „Konstitution” eingeführt, kraft deren wir die Möglichkeit erhielten, durch unsere Delegierten unseren Willen zum Ausdruck zu bringen, gemeinsam mit den Erdölindustriellen Abmachungen zu treffen, gemeinsam die gegenseitigen Beziehungen festzulegen.

Aus „Amscharas”[82] und „Packeseln” wurden wir mit einem Schlage zu Menschen, die für ein besseres Leben kämpfen!

Das haben uns der Dezemberstreik und der Dezembervertrag gegeben!

Aber das ist noch nicht alles. Die Hauptsache, die uns der Dezemberkampf gegeben hat, ist der Glaube an unsere Kräfte, die Siegeszuversicht, die Bereitschaft zu neuen Schlachten, das Bewusstsein: Die Ketten der kapitalistischen Knechtschaft „können wir nur selber” sprengen.

Danach schritten wir dauernd vorwärts, erhöhten den Arbeitslohn, dehnten die Wohnungsgelder auf die Erdölarbeiter aus, festigten die „Masut-Konstitution”, setzten eine teilweise Anerkennung der Ölfeld- und Betriebskommissionen durch, organisierten uns in Gewerkschaften, schlossen uns um die Sozialdemokratie zusammen...

Aber alles das dauerte nicht lange. Nach dem Rückzug der Revolution und der Verstärkung der Konterrevolution, besonders seit Anfang 1908, beginnen die Erdölindustriellen uns unter pharisäischer Berufung auf die Einschränkung der Förderung und des Erdölmarktes die alten Errungenschaften wegzunehmen. Sie nehmen die Prämien und Wohnungsgelder weg. Sie führen das Zweischichtensystem mit zwölfstündiger Arbeit an Stelle des

Dreischichtensystems mit achtstündiger Arbeit ein. Sie schränken die ärztliche Hilfe ein. Sie haben bereits die Volkshäuser weggenommen und nehmen die Schulen weg, an denen sie klägliche Bettelpfennige einsparen, während für die Polizei jährlich mehr als 600000 Rubel ausgegeben werden. Wir sprechen schon gar nicht von der Wiedereinführung der Misshandlungen und Geldstrafen, von der Abschaffung der Kommissionen, von den Verfolgungen der Gewerkschaften durch die Diener der Zarenregierung, die der Lakai des Großkapitals ist...

So hat man uns in den letzten zwei Jahren nicht nur gezwungen, auf die weitere Verbesserung unserer Lage zu verzichten, sondern man hat auch die alte Lage verschlechtert, die alten Errungenschaften weggenommen und uns in die alten Zeiten vor dem Dezember zurückgeworfen.

Jetzt aber, am 13. Dezember, am fünften Jahrestage des siegreichen Dezemberstreiks, als die Erdölindustriellen vor uns zitterten, während wir uns, angreifend, neue Rechte eroberten - gerade heute ersteht vor uns die ernste Frage, die die Massen der Erdölarbeiter bewegt: Werden wir noch lange schweigen, gibt es eine Grenze für unsere Geduld, müssen wir nicht die Ketten des Schweigens brechen und das Banner des allgemeinen ökonomischen Streiks für unsere Lebensinteressen erheben?

Urteilt selber! Die Förderung dieses Jahres hat 500 Millionen Pud erreicht - eine Ziffer, die die Förderung in keinem der letzten vier Jahre erreicht hat. Die Erdölpreise fallen durchaus nicht, denn der Durchschnittsjahrespreis beläuft sich ebenso wie im vorigen Jahr auf 21 Kopeken. Fontänenerdöl, das keine Ausgaben erheischt, gibt es immer mehr. Der Markt erweitert sich von Tag zu Tag, verzichtet auf die Steinkohle und geht zu Erdöl über. Der Erdölabsatz wächst ununterbrochen. Indessen, je mehr sich der Geschäftsgang für die Erdölindustriellen bessert, je mehr „Profit“ sie aus den Arbeitern herauspressen, desto unausstehlicher werden sie ihnen gegenüber, desto stärker drücken sie auf die Arbeiter, desto eifriger werfen sie die klassenbewussten Genossen aufs Pflaster, desto entschiedener nehmen sie auch die letzten Brocken weg!

Ist es nicht klar, Genossen, dass die Lage der Erdölindustrie für den gemeinsamen Kampf der Erdölarbeiter immer günstiger wird und dass die herausfordernden Handlungen der Erdölindustriellen die Arbeiter unweigerlich zu einem solchen Kampf drängen?

Denn, Genossen, von zwei Dingen eins: Entweder werden wir ohne Ende dulden und bis zur Stellung stummer Sklaven hinunter sinken, oder wir werden uns zum gemeinsamen Kampf für unsere gemeinsamen Forderungen erheben.

Unsere gesamte Vergangenheit und Gegenwart, unser Kampf und unsere Siege sprechen dafür, dass wir den zweiten Weg wählen werden, den Weg des allgemeinen Streiks für die Erhöhung des Arbeitslohns und den Achtstundentag, für Siedlungen und Wohnungsgelder, für Volkshäuser und Schulen, für ärztliche Hilfe und Entschädigung für Unfallverletzte, für die Rechte der Ölfeld- und Betriebskommissionen und der Gewerkschaften.

Und wir werden es schaffen, Genossen, trotz der unerhörten Repressalien, trotz der wachsenden Organisiertheit der Erdölindustriellen, wir werden unsere Unternehmer beugen, wie wir sie vor fünf Jahren gebeugt haben, wenn wir die Vorbereitungsarbeit für den allgemeinen Streik verstärken, wenn wir unsere Ölfeld- und Betriebskommissionen festigen, wenn wir unsere Gewerkschaften verbreitern, wenn wir uns um die Sozialdemokratie zusammenschließen werden.

Die Sozialdemokratie hat uns im Dezember 1904 zum Sieg geführt, sie wird uns auch zu künftigen Siegen führen durch den organisierten allgemeinen Streik.

Das besagen die Erfahrungen des ruhmreichen Dezemberkampfs.

So möge uns denn der heutige Tag, der Tag des Beginns des siegreichen Streiks im Dezember1904, zu einmütiger und hartnäckiger Arbeit an der Vorbereitung des allgemeinen Streiks anfeuern!

Möge unsere allgemeine Sympathie für diesen Tag den Erdölindustriellen ein unheilverheißendes Vorzeichen für den kommenden, von der Sozialdemokratie geführten allgemeinen Streik sein!
Es lebe der kommende allgemeine Streik! Es lebe die Sozialdemokratie!

Das Bakuer Komitee der SDAPR

13. Dezember 1909

Als besondere Proklamation erschienen.
Nach dem russischen Wortlaut der Proklamation.

1910

BRIEFE AUS DEM KAUKASUS[83]

I

BAKU

Die Lage in der Erdölindustrie

Nach einer gewissen „Beruhigung” im Lande, nach der Einbringung der Ernte in Rußland und der Belebung der Arbeiten im Zentralen Industriegebiet ist die Erdölindustrie in die Phase eines bestimmten Aufschwungs eingetreten. Dank der Gewagtheit von Teilstreiks (infolge der grausamen politischen Repressalien und der wachsenden Organisiertheit der Erdölindustriellen) hat sich die durch die Streiks bedingte Erdölfehlmenge auf etwa eine halbe Million Pud verringert (1908 betrug sie 11, im Jahre 1907 aber 26 Millionen Pud). Das Ausbleiben von Streiks und der gleichmäßige Gang der Ölförderung waren eine der günstigen Voraussetzungen für die Steigerung der Menge des Fontänenerdöls. Die entstandene (relative) Stabilität in der Lage der Erdölindustrie aber hat ihr den in den letzten Jahren verloren gegangenen Markt zurückgegeben. In diesem Jahre ist die Erdölförderung auf 500 Millionen Pud gestiegen - eine Ziffer, die die Förderung in keinem einzigen der letzten vier Jahre erreicht hat (im Vorjahr 467 Millionen Pud). Dank der Vergrößerung der Nachfrage des Zentralen Industriegebiets nach flüssigem Brennstoff und dem Übergang der Eisenbahnlinien Südost, Rjasan-Ural und Moskau-Kasan von Donezkohle auf Erdöl hat der Erdölabsatz in diesem Jahre den Absatz des Vorjahres bedeutend überholt. Die Erdölpreise sind trotz des Gejammers der Erdölindustriellen nicht im Fallen begriffen, sondern sie bleiben die alten, denn der Jahresdurchschnittspreis beläuft sich auf den gleichen Betrag wie im Vorjahre (21 Kopeken). Und die gesegneten Bohrlöcher lassen immer wieder Erdölfontänen ausbrechen und beschenken die Erdölindustriellen mit einem Regen von Erdöl.

Kurzum, die „Geschäfte” der Erdölindustriellen bessern sich. Indessen werden die ökonomischen Repressalien nicht nur nicht schwächer, sie werden im Gegenteil noch stärker. Die „Prämien” und die Wohnungsgelder werden weggenommen. Das Dreischichtensystem (acht Stunden Arbeit) wird durch das Zweischichtensystem (zwölf Stunden Arbeit) ersetzt, und die Überstunden- und Sonderarbeit wird zum System gemacht. Die ärztliche Hilfe und die Ausgaben für Schulen werden auf ein Minimum reduziert (für die Polizei aber geben die Erdölindustriellen alljährlich mehr als 600000 Rubel aus!). Die Speisehallen und Volkshäuser sind bereits weggenommen. Die Ölfeld- und Betriebskommissionen und die Gewerkschaften werden völlig ignoriert, die klassenbewussten Kollegen nach wie vor aufs Pflaster gesetzt. Die Geldstrafen und die Misshandlungen werden erneuert.

Die Diener der Zarenmacht - Polizei und Gendarmerie - stehen den Erdölkönigen voll und ganz zu Diensten. Die Überschwemmung der Erdölbezirke Bakus mit Spionen und Provokateuren, die massenhafte Verschickung von Arbeitern wegen des kleinsten Zusammenstoßes mit den Erdölindustriellen, die völlige Zerstörung der faktischen „Freiheiten” - der Privilegien Bakus - und Verhaftungen über Verhaftungen - das ist das Bild der „konstitutionellen” Arbeit der örtlichen Verwaltung. Das ist auch begreiflich: Erstens kann sie „von Natur” nicht anders, als jede, auch die elementarste „Freiheit” zu würgen; zweitens ist sie auch deshalb so vorzugehen verpflichtet, weil die Erdölindustrie, die der Staatskasse alljährlich nicht weniger als 40 Millionen Rubel „Einnahmen” in Gestalt der Pudgebühr, der anteilsweisen Abführung von den fiskalischen Feldern, der Akzise und des Durchfuhrtarifs einträgt, der Ruhe, der ununterbrochenen Ölförderung „bedarf”. Wir sprechen schon gar nicht davon, dass sich jede Stockung in der Erdölindustrie lähmend auf das Zentrale Industriegebiet auswirkt, was seinerseits die „Geschäfte” der Regierung desorganisiert.

Freilich hat es die Regierung in jüngster Vergangenheit für notwendig gehalten, eine gewisse „Freiheit” in den Erdölbezirken zuzulassen, indem sie eine „Beratung” der Arbeiter und der Erdölindustriellen veranstaltete. Aber das war in der Vergangenheit, als die Chancen der Konterrevolution noch nicht klargestellt zu sein schienen - damals war die Politik des Liebäugelns mit den Arbeitern die vorteilhafteste Politik. Jetzt aber hat sich die Lage bereits geklärt, die Konterrevolution hat sich "endgültig" durchgesetzt - und die Politik der bestialischen Repressalien hat die Stelle der Politik des Liebäugelns eingenommen, der Pogromheld Martynow hat den Schönredner Dshunkowski ersetzt.
Indessen greift unter den Arbeitern eine vollkommene Enttäuschung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit von Teilstreiks Platz, und sie sprechen immer entschiedener von einem allgemeinen ökonomischen Streik. Die Tatsache, dass sich die „Geschäfte” der Erdölindustriellen bessern, während die Schikanen dennoch wachsen, empört sie bis in die Tiefe der Seele und macht sie kampfgestimmt. Und je entschiedener die alten Errungenschaften weggenommen werden, desto vollständiger reift in den Köpfen der Arbeiter die Idee des allgemeinen Streiks, mit umso größerer Ungeduld „warten” sie auf die „Ausrufung” des Streiks.
Die Organisation hat sowohl die Lage der Erdölindustrie, die für den Streik günstig ist, als auch die Streikstimmung der Arbeiter berücksichtigt und beschlossen, die Vorbereitungsarbeit für den allgemeinen Streik zu eröffnen. Gegenwärtig ist das Bakuer Komitee mit der Befragung der Massen und der Ausarbeitung gemeinsamer Forderungen beschäftigt, die geeignet sind, das gesamte Erdölproletariat zusammenzuschließen. Zu den Forderungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach gehören: Achtstundentag, Erhöhung des Arbeitslohns, Abschaffung der Überstunden- und Sonderarbeit, Verstärkung der ärztlichen Hilfe, Siedlungen und Wohnungsgelder, Volkshäuser und Schulen, Anerkennung der Kommissionen und Gewerkschaften. Die Organisation und ihr Vollzugsorgan, das Bakuer Komitee, sind der Meinung, dass es den Arbeitern trotz der Erstarkung der Konterrevolution und der wachsenden Organisiertheit der Erdölindustriellen gelingen wird, sich durchzusetzen, wenn sie den feindlichen Kräften ihre Klassenorganisiertheit in Gestalt der Vereinigung der Ölfeld- und Betriebskommissionen, der Erweiterung und Festigung der Gewerkschaften, des Zusammenschlusses um die Sozialdemokratie entgegensetzen werden. Die Wahl des Zeitpunktes hängt von mannigfaltigen Bedingungen ab, die sich im Voraus schwer abschätzen lassen. Klar ist vorläufig das eine, dass der Streik unvermeidlich ist und man sich auf ihn vorbereiten muss, ohne „eine einzige Minute” zu verlieren...

Die Selbstverwaltung auf den Erdölfeldern

Die Belebung in der Erdölindustrie ist nicht die einzige wichtige Erscheinung im Leben des Bakuer Proletariats. Ein anderes, nicht weniger wichtiges Ereignis ist die bei uns vor kurzem eröffnete „Semstwokampagne”. Wir sprechen von der Selbstverwaltung in den Erdölbezirken Bakus. Nach den bekannten „vorläufigen Anweisungen” des Innenministeriums über das Semstwo in den Randgebieten und dem entsprechenden „Rundschreiben” des kaukasischen Statthalters über die praktischen Maßnahmen zur Einführung des Semstwos im Kaukasus haben sich die Erdölindustriellen darangemacht, den Entwurf einer Selbstverwaltung auf den Ölfeldern auszuarbeiten. Die Grundlagen des Entwurfs, die der bevorstehende (28.) Kongress der Erdölindustriellen zweifellos bestätigen wird, sind ungefähr die folgenden: Der Bezirk der Ölfelder (Balachany, Romany, Sabuntschi, Surachany, Bibi-Eibat) wird als eine von Stadt und Kreis gesonderte Semstwoeinheit herausgehoben, die als Selbstverwaltung auf den Ölfeldern bezeichnet wird. Die Funktionen dieser Selbstverwaltung sollen sein: Wasserversorgung, Beleuchtung, Wegebau, Straßenbahn, ärztliche Hilfe, Volkshäuser, Schulen, Anlage von Schlachthöfen und Bädern, Arbeitersiedlungen usw. Die Selbstverwaltung selber wird im

großen und ganzen nach dem Typus der „Bestimmungen” vom 12. Juni 1890[84] organisiert, mit dem Unterschied, dass die „Bestimmungen” die Hälfte der Semstwositze unbedingt dem Adel sichern, während hier, da es keinen Adel gibt (durch die Heraushebung des Ölfeldbezirks aus dem Kreis haben sich die Erdölindustriellen gegen das Übergewicht der Grundbesitzer gesichert und ihr eigenes Übergewicht geschaffen), die gleiche Anzahl nicht einmal allen, sondern den 23 großen Erdölindustriellen gesichert wird. Von den 46 Sitzen in der Selbstverwaltung werden 6 Sitze den Vertretern der Ämter und öffentlichen Institutionen eingeräumt; 4 Sitze erhält die 100000 Personen zählende Arbeiterbevölkerung; 18 Sitze diejenigen, die zwei Drittel aller Steuern zahlen, d. h. die 23 großen Erdölindustriellen (das ganze Budget beträgt etwa 600000 Rubel); 9 Sitze erhalten diejenigen, die ein Sechstel der Steuern zahlen, d. h. die 140 bis 150 mittleren Erdölindustriellen, die sich in einer vasallischen Abhängigkeit von den großen befinden; die übrigen 9 Sitze erhält die Kleinbourgeoisie des Handels und der Industrie (etwa 1400 Personen).
Wie man sieht, haben wir einerseits die privilegierten Kapitalisten, anderseits das rein industrielle Semstwo vor uns, das zur Arena scharfer Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital werden muss.
Indem sie eben ein solches Semstwo organisieren, wollen die Erdöl-industriellen: erstens die meisten kulturellen und wirtschaftlichen Funktionen von ihrem „Kongress” auf die Selbstverwaltung übertragen und den „Kongress” in ein reines Syndikat verwandeln; zweitens auch die übrige Bourgeoisie, die Besitzer von Nebenbetrieben, die Auftragsunternehmer im Bohrgeschäft usw., zur Beteiligung an den Ausgaben für die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung des Erdölbezirks heranziehen. Was nun die vier Stimmen für Arbeiter anbelangt, die „gemäß den Bestimmungen der III. Reichsduma” gewählt werden (Bevollmächtigte von der Arbeiterkurie, und dann 4 Wahlmänner) - so sind sie nicht nur kein Opfer seitens der Erdölindustriellen, sondern sie sind sogar sehr vorteilhaft; vier Arbeiterstimmen zwecks Dekoration der Selbstverwaltung - das ist so „liberal” und ... billig, dass die Erdölkönige sich freiweg darauf einlassen konnten.
Anderseits gibt es keinen Zweifel, dass die Selbstverwaltung auf den Ölfeldern, insofern als sie die Erdölbourgeoisie und, sozusagen, die „nebengeordnete” Bourgeoisie zu einem Ganzen zusammenfassen wird, auch die bisher voneinander getrennten Erdölarbeiter und die Arbeiter der Nebenbetriebe vereinigen und ihnen die Möglichkeit geben muss, ihre gemeinsamen Forderungen durch ihre vier Vertreter zu demonstrieren.
In Berücksichtigung alles dessen hat das Bakuer Komitee in seiner Resolution über die Selbstverwaltung auf den Ölfeldern beschlossen, die geplante Selbstverwaltung im Sinne der Beteiligung an ihr zur Agitation für die allgemeinen Wirtschaftsnöte der Arbeiter und zur verstärkten Organisierung der letzteren auszunutzen.
Weiter verlangt die Organisation zum Zwecke einer Erweiterung des Rahmens des Wahlsystems und davon ausgehend, dass sich die Selbstverwaltung auf den Ölfeldern im allgemeinen mit den gleichen, die Arbeiter bewegenden Fragen beschäftigen wird, mit denen sich die bisher einberufenen Beratungen beschäftigt haben - in den letzteren aber wurde den Arbeitern stets die gleiche Stimmenzahl eingeräumt wie den Erdölindustriellen -, in ihrer Resolution eine paritätische Anzahl von Arbeiterstimmen in der Selbstverwaltung, wobei sie ebenda betont, dass der Kampf innerhalb der Selbstverwaltung nur insofern Wirkung haben kann, als er durch den Kampf außerhalb der Selbstverwaltung unterstützt wird und den Interessen dieses Kampfes dient.
Außerdem verlangt die Organisation in Anbetracht der für die Arbeiter ungünstigen Entscheidung der Gouvernementsberatung über die Aussonderung der Siedlungen Balachany, Sabuntschi und Romany - im wesentlichen Arbeitersiedlungen - aus dem Bezirk der Selbstverwaltung deren Einbeziehung in den Bezirk der Selbstverwaltung auf den Ölfeldern.
Schließlich betont das Bakuer Komitee in dem allgemeinen Teil seiner Resolution, der die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung als notwendige Voraussetzung einer

freien Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltungen und der freien Äußerung der bestehenden Klassengegensätze erklärt, die Notwendigkeit des Sturzes der Zarenmacht und der Einberufung einer vom ganzen Volke getragenen Konstituierenden Versammlung als Vorbedingung für die Schaffung konsequent demokratischer örtlicher Selbstverwaltungen ...
Die Selbstverwaltung auf den Ölfeldern befindet sich vorläufig im Stadium der Formierung. Der Entwurf der Kommission der Erdölindustriellen muss vom Kongress der Erdölindustriellen bestätigt werden und wird durch die Kanzlei des Statthalters an das Innenministerium weitergegeben, um dann in die Reichsduma zu gelangen usw. Nichtsdestoweniger hat die Organisation beschlossen, jetzt gleich eine Kampagne zu eröffnen, auf den Ölfeldern und in den Betrieben Versammlungen einzuberufen, um die Erdölindustriellen zu entlarven, die eigene Plattform unter den breiten Massen zu popularisieren und für die vom ganzen Volke getragene Konstituierende Versammlung zu agitieren. Zu dem gleichen Zweck wird sie weder auf die „Beteiligung” am Kongress der Erdölindustriellen, noch auch auf die Ausnutzung der Dumatribüne verzichten und zu diesem Zweck unsere Fraktion vorher mit den notwendigen Materialien versorgen.

Die Lage in der Organisation

Infolge einiger für Baku spezifischer Bedingungen im Erdölbezirk (einer gewissen Versammlungsmöglichkeit, die von der Administration noch nicht restlos beseitigt worden ist; des Bestehens der Ölfeld- und Betriebskommissionen) unterscheidet sich die Lage der Organisation in Baku vorteilhaft von der Lage in den anderen Teilen Rußlands. Außerdem erleichtert das Vorhandensein der so genannten legalen Möglichkeiten gleichfalls die Arbeit. Infolgedessen hat die Organisation ziemlich viele Verbindungen. Wegen Mangels an Kräften und Mitteln aber bleiben die Verbindungen unausgenutzt. Es bedarf einer mündlichen und, hauptsächlich, gedruckten Agitation in tatarischer, armenischer und russischer Sprache, aber wegen Mangels an Mitteln (und Kräften) müssen wir uns auf die russische Sprache beschränken, während indessen z. B. die mohammedanischen Arbeiter den wichtigsten Posten in der Produktion (die Ölschöpfung) innehaben und zahlenmäßig relativ stärker sind als die Russen oder die Armenier. Der in russischer Sprache herausgegebene „Bakinski Proletari” (das Organ des Bakuer Komitees) ist ist, hauptsächlich wegen Mangels an Mitteln, schon seit drei Monaten nicht erschienen. In seiner letzten Sitzung hat das Bakuer Komitee den Vorschlag des Tifliser Komitees angenommen, ein gemeinsames Organ möglichst in vier oder drei Sprachen (russisch, tatarisch, georgisch, armenisch) herauszugeben. Unsere Organisation zählt nicht mehr als 300 Mitglieder (im strengen Sinne des Wortes). Die Vereinigung mit den Genossen Menschewiki (etwa 100 Mitglieder) ist noch nicht in das Stadium der Verwirklichung getreten - vorläufig machen sich nur Wünsche bemerkbar, nun, und Wünsche allein liquidieren die Spaltung noch nicht... Die Propaganda erfolgt nur in höheren Zirkeln, die bei uns „Besprechungen” heißen. Das System ist das von Vorträgen. Es macht sich ein großer Mangel an ernster Propagandaliteratur bemerkbar... Von einer schlechten Wirkung auf die Parteimasse ist die Losgerissenheit von der Partei, die völlige Uninformiertheit über die Angelegenheiten der Parteiorganisationen in Rußland. Ein gesamtrussisches Organ, regelmäßig veranstaltete Gesamtparteikonferenzen und systematische Rundreisen von Mitgliedern des ZK könnten da Abhilfe schaffen. Von den Beschlüssen allgemein organisatorischen Charakters, die das Bakuer Komitee gefasst hat, sind zwei am wichtigsten: der über die Gesamtparteikonferenz und der über das gesamtrussische Organ. (Siehe den vorliegenden Band „Resolutionen, beschlossen vom Bakuer Komitee“) In der ersten Frage hält es das Bakuer Komitee für notwendig, die Konferenz zur Entscheidung der herangereiften, hauptsächlich organisatorischen Fragen so rasch wie möglich einzuberufen. Daneben hält das Bakuer Komitee eine Konferenz der Bolschewiki zur Liquidierung der in den letzten Monaten

entstandenen unnormalen Lage innerhalb der Fraktion gleichfalls für notwendig. In der zweiten Frage macht das Bakuer Komitee, das die Isoliertheit der Organisationen voneinander konstatiert und der Meinung ist, dass nur ein in Rußland erscheinendes gesamtrussisches Organ die Parteiorganisationen zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfügen könnte, der Partei den Vorschlag, zur Organisierung einer solchen Zeitung zu schreiten.

„Die legalen Möglichkeiten"

Wenn unsere Organisation relativ leicht mit der Krise fertig geworden ist, wenn sie ihre Tätigkeit niemals unterbrochen und stets in dieser Oder jener Weise auf alle Tagesfragen reagiert hat - so verdankt sie das in vieler Hinsicht den sie umgebenden „legalen Möglichkeiten", deren Existenz sich bis heute fortsetzt. Natürlich verdanken die „legalen Möglichkeiten" ihrerseits ihre Existenz den besonderen Bedingungen der Erdölindustrie, ihrer besonderen Rolle in der gesamten Volkswirtschaft, aber nicht davon ist jetzt die Rede... Unter den „legalen Möglichkeiten" in Baku sind die Ölfeld- und Betriebskommissionen von besonderem Interesse. Diese Kommissionen werden von ausnahmslos allen Arbeitern der gegebenen Firma ohne Unterschied der Nationalität und der politischen Elberzeugungen gewählt. Ihre Funktionen bestehen darin, im Namen der Arbeiter über Ölfeld- und Betriebsfragen mit der Verwaltung der Firma zu verhandeln. Im direkten Sinne sind sie noch keine legalen Organisationen, aber indirekt und faktisch sind sie durchaus legal, denn sie bestehen auf Grund des „Dezembervertrags", der voll-ständig in den „Abrechnungsbüchern" der Arbeiter, die mit Genehmigung der Behörden ausgegeben werden, enthalten ist. Die Bedeutung der Ölfeld- und Betriebskommissionen für unsere Organisation ist begreiflich: durch sie erhält unsere Organisation die Möglichkeit, die Massen der Erdölarbeiter organisierterweise zu beeinflussen, notwendig ist nur, dass die Kommissionen die Beschlüsse der Organisation vor den Massen vertreten. Freilich ist die Bedeutung der Kommissionen jetzt schon nicht mehr so groß, denn die Erdölindustriellen rechnen nicht weiter mit ihnen, aber die Arbeiter „rechnen" mit den Kommissionen, und das ist für uns das wichtigste ...

Außer den Kommissionen bestehen noch die Gewerkschaften, eigentlich zwei Gewerkschaften: die der „Arbeiter der Erdölindustrie" (etwa 900 Mitglieder) und die der „Maschinenarbeiter" (etwa 300 Mitglieder). Die Gewerkschaft der „Förderungsarbeiter" kann man ignorieren, denn sie ist zu unbedeutend. Wir sagen nichts von den Gewerkschaften der anderen Berufszweige, die keine direkte Beziehung zur Erdölindustrie haben, ebenso wenig von dem illegalen Verband der Seeleute (etwa 200 Mitglieder) unter dem Einfluss der Sozialrevolutionäre, obgleich der letztere für die Erdölindustrie von Bedeutung ist. Von den beiden erwähnten Gewerkschaften ist die erste (Einfluss der Bolschewiki) unter den Arbeitern besonders populär. Sie ist nach dem Produktionsprinzip aufgebaut und vereinigt die Arbeiter aller Kategorien der Erdölarbeit (Förderung, Bohrung, Maschinenarbeit, Erdölverarbeitung, ungelernte Arbeit). Ein solcher Organisationstypus wird von den Kampfbedingungen vorgeschrieben, die einen Streik z. B. der Maschinenarbeiter unabhängig von den Förderungsarbeitern usw. unzweckmäßig machen. Die Arbeiter haben das begriffen (Noch nicht begriffen hat dies Dmitrijew, der in seinem Buch „Aus der Praxis der Gewerkschaftsbewegung" die Notwendigkeit von drei Gewerkschaften auf der Grundlage einer „Analyse" nicht der Bedingungen des Kampfes der Erdölarbeiter, sondern... der Technik der Arbeit „nachweist"; es gebe verschiedene Berufe, und deshalb müsste es auch verschiedene Gewerkschaften geben...) und haben begonnen, den Verband der „Maschinenarbeiter" in Massen zu verlassen. Die Sache ist die, dass der Verband der „Maschinenarbeiter" (Einfluss der Menschewiki), der nach dem Berufsprinzip aufgebaut ist, das Produktionsprinzip ablehnt und an Stelle eines gemeinsamen drei verschiedene Verbände vorschlägt (Maschinenarbeit, Förderung, Erdölverarbeitung). Aber das Prinzip der Organisation nach Berufen ist durch die Bakuer Praxis schon längst verworfen worden. Hierdurch erklärt sich übrigens auch der fortschreitende Rückgang des Verbandes der

„Maschinenarbeiter”. Im Übrigen sind sich hierüber auch die Führer des Verbandes im Klaren, die auch andere Arbeiter als Verbandsmitglieder aufnehmen und so ihr eigenes Prinzip durchbrechen. Gäbe es keine falsche Eigenliebe bei den erwähnten Führern, so hätte sich die Gewerkschaft der „Maschinenarbeiter” schon längst mit der Gewerkschaft der „Arbeiter der Erdölindustrie” verschmolzen und ihren Fehler offen zugegeben.

Apropos Verschmelzung. Schon zwei Jahre werden „Verhandlungen” über die Verschmelzung der Gewerkschaften geführt, aber bis jetzt ist nichts dabei herausgekommen, da: 1. die menschewistischen Führer die Verschmelzung bewusst bremsen, aus Angst, sich in der Mehrheit der Bolschewiki zu verlieren; 2. die Fraktionen, unter deren Einfluss die Gewerkschaften handeln, sich vorläufig noch nicht vereinigt haben. Und mit wem auch sollte man sich vereinigen? Die 80 bis 100 „Mitglieder”, die die Menschewiki vielleicht zählen, haben sich vorläufig selbst noch nicht vereinigt. Mindestens für die letzten acht Monate kennen wir vom menschewistischen „leitenden Kollektiv” kein einziges Flugblatt, keine einzige Aktion, obgleich die Erdölbezirke in dieser Zeit so wichtige Kampagnen wie die Kampagne für den allgemeinen Streik, die Semstwokampagne, die Antialkoholkampagne usw. erlebt haben. Die Organisation der Menschewiki ist faktisch nicht da, ist liquidiert. Einfach gesagt, es ist keiner da, mit dem man sich vereinigen könnte. Eine solche Sachlage aber hemmt natürlich die Verschmelzung der Gewerkschaften...

Beide Gewerkschaften sind parteilos. Aber das ist kein Hindernis, die engsten Verbindungen mit der Parteiorganisation zu unterhalten.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Massen ist nicht gering, besonders der des Verbandes der „Arbeiter der Erdölindustrie”. Dies aber erleichtert selbstverständlich den Zusammenschluss der lebendigsten Elemente um unsere Organisation.

Unter den übrigen „legalen Möglichkeiten” sind die Klubs (sozial-demokratischer Einfluss) und die Konsumgenossenschaft „Trud"1861 (Einfluss der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten) als Zentren der Konzentration der lebendigsten Elemente des Bakuer Proletariats beachtenswert. Von ihren Beziehungen zur Organisation, besonders des Klubs „Snanije-Sila"[87], der in allen Erdölbezirken tätig ist (der Klub „Nauka” ist nur in der Stadt tätig), lässt sich das gleiche sagen, wie von den Gewerkschaften auch...

Die letzten beiden Wochen waren durch die Antialkoholkampagne, die die Tätigkeit fast aller legalen Apparate erforderte, in Anspruch genommen. Die Stellungnahme des Bakuer Komitees in dieser Frage ist in seiner Resolution zum Ausdruck gekommen. Darin wird der Alkoholismus als ein unter dem Kapitalismus unvermeidliches Übel betrachtet, das nur mit dem Sturz des Kapitalismus, mit dem Triumph des Sozialismus abgeschafft werden kann. Gerade die bestehenden autokratisch-fronherrlichen Zustände, die die Arbeiter und Bauern auf die Stellung rechtloser Sklaven hinunterdrücken und ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen, fördern dadurch in stärkstem Grade die Verbreitung der Trunksucht unter den werktätigen Schichten. Wir sprechen schon gar nicht davon, dass die Vertreter der „Macht” die Trunksucht als eine Quelle der Auffüllung der Staatskasse auch direkt fördern. Angesichts alles dessen behauptet das BK, dass weder die Predigt der „Liberalen”, die Kongresse zur Bekämpfung der Trunksucht und „Nüchternheitsvereine” organisieren, noch die Vorhaltungen der Pfaffen die Trunksucht zu mildern oder gar abzuschaffen vermögen, da die Trunksucht sich aus der Ungleichheit des Lebens ergibt und von den autokratischen Zuständen gefördert wird. In den Grenzen der kapitalistischen Zustände ist nur ein Kampf, der sich nicht die Abschaffung der Trunksucht, sondern ihre Reduzierung auf ein Minimum zum Ziel setzt, möglich und notwendig. Für den Erfolg eines solchen Kampfes aber bedarf es vor allem des Sturzes der Zarenmacht und der Eroberung der demokratischen Republik, die die freie Entwicklung des Klassenkampfes und die Organisierung des Proletariats in Stadt und Land, die Hebung seines kulturellen Niveaus und die großzügige Vorbereitung seiner Kräfte für den großen Kampf um den Sozialismus ermöglicht. Das BK betrachtet den bevorstehenden Kongress zur Bekämpfung der

Trunksucht[88] als ein Mittel der Agitation für die demokratischen und sozialistischen Forderungen des russischen Proletariats und schlägt unserem Delegierten vor, die opportunistischen Kongressmitglieder zu bekämpfen, die die Klassenaufgaben des Proletariats zu vertuschen suchen...

20. Dezember.

Zuerst erschienen im „Sozialdemokrat” Nr. 11,
13. (26.) Februar 1910.
Unterschrift: K. S.

Der Abschnitt „Die legalen Möglichkeiten”
wurde am 20. Dezember 1909 geschrieben.
Unterschrift: K. Stefin.

Nach dem russischen Zeitungstext.
Der Abschnitt „Die legalen Möglichkeiten”
nach dem russischen Manuskript.

II

TIFLIS

Im Sinne der Entwicklung der Industrie stellt Tiflis das direkte Gegenteil von Baku dar. Ist Baku als das Zentrum der Erdölindustrie interessant, so kann Tiflis nur als das Verwaltungs-, Handels- und „Kultur“-Zentrum des Kaukasus von Interesse sein. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter in Tiflis beträgt etwa 20000, d. h. weniger als die Zahl der Soldaten und Polizisten. Der einzige Großbetrieb sind die Eisenbahnwerkstätten (etwa 3500 Arbeiter). In den übrigen Betrieben werden je 200, 100 und meistens je 20 bis 40 Personen beschäftigt. Dafür ist Tiflis buchstäblich von Handelsunternehmen und dem mit ihnen verbundenen „Handelsproletariat” angefüllt. Die schwache Abhängigkeit von den großen, ewig lebhaften und geschäftigen Märkten Rußlands drückt Tiflis den Stempel der Stagnation auf. Das Fehlen der scharfen Klassenzusammenstöße aber, wie sie nur großen Industriezentren eigen sind, macht Tiflis zu einer Art Sumpf, der auf einen Anstoß von außen wartet. Eben hierdurch erklärt es sich, dass sich der Menschewismus, der echte „rechte” Menschewismus, so lange in Tiflis gehalten hat. Wie ganz anders ist doch Baku, wo die scharf ausgeprägte Klassenposition der Bolschewiki lebhaften Widerhall unter den Arbeitern findet!
Das, was in Baku „von selbst klar ist”, wird in Tiflis erst nach langwierigen Diskussionen klar - die unversöhnlichen Reden der Bolschewiki werden mit großer Mühe verdaut. Eben hierdurch erklärt sich auch die „besondere Neigung” der Tifliser Bolschewiki zu Diskussionen und umgekehrt der Wunsch der Menschewiki, Diskussionen nach Möglichkeit „zu entgehen”. Doch aus dem Gesagten ergibt sich nur, dass sich die Arbeit der revolutionären Sozialdemokraten auf dem Gebiet der sozialistischen Aufklärung des Tifliser Proletariats sehr häufig und unvermeidlich in der Form des ideologischen Kampfes gegen den Menschewismus äußern wird. Besonderes Interesse gewinnt infolgedessen eine auch nur flüchtige Analyse der ideologischen Atmosphäre, die vor allem bekämpft werden muss und die von den Tifliser Menschewiki, die bis jetzt in Tiflis noch die Vorherrschaft haben, geschaffen wird. Diese Atmosphäre kann als eine Atmosphäre des Liquidatorentums qualifiziert werden, liquidatorisch nicht nur im organisatorischen, sondern auch im taktischen und auch im programmatischen Sinn. Mit einer Charakterisierung dieser Atmosphäre wollen wir denn auch unsere flüchtige Skizze des Standes der Parteiangelegenheiten in Tiflis beginnen.

Das programmatische Liquidatorentum

Das Organ, worin die „öffentliche Meinung” der Menschewiki ihre Widerspiegelung findet, ist die georgische menschewistische Presse. Das Kredo der Tifliser Menschewiki hat seinen Ausdruck in den Artikeln „Brennende Fragen” gefunden (siehe die Nummern von „Asri” und „Dassazkissi"[89]). Der Verfasser dieser Artikel ist der einflussreichste unter den Tifliser Menschewiki, Genosse An[90].
Kommen wir zur Wiedergabe dieser Artikel, die das Liquidatorentum in Tiflis ideologisch vorbereitet haben.
In den erwähnten Artikeln unternimmt der Verfasser eine „Umwertung aller Werte” und gelangt zu dem Schluss, dass die Partei (besonders die Bolschewiki) sich irre, was einige ihrer programmatischen, insbesondere aber taktischen Sätze anbelangt. Nach der Meinung des Verfassers ist es notwendig, „die gesamte Parteitaktik in grundlegender Weise zu ändern”, und „die Vereinigung der Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats” zu ermöglichen - die das einzige Unterpfand für den Sieg der Revolution sei. Übrigens möge der Verfasser selbst sprechen.

„Die Bolschewiki suchten zu beweisen”, sagt der Verfasser, „dass es (das Proletariat) das gesamte Minimum seines Programms (in der bürgerlichen Revolution) verwirklichen muss. Aber die Verwirklichung des sozialen Teils dieses Minimums würde ja dazu führen, dass es die Produktion der Bourgeoisie fesselte, den Protest der gesamten Bourgeoisie hervorriefe und den Grund zu einer grandiosen Konterrevolution legte... Wer wird sich zu behaupten erdreisten, dass die Verwirklichung des Achtstundentages den Interessen der heutigen unentwickelten Bourgeoisie entspricht?” Es sei klar, dass „die Verwirklichung des Minimalprogramms der Bolschewiki eine einfache Deklamation ist” (siehe „Asri” Nr. 17, Februar 1908).

Natürlich sprachen von der Verwirklichung des gesamten Minimalprogramms nicht allein die Bolschewiki, und die Geschichte kennt keinerlei bolschewistisches Minimalprogramm außer dem der Gesamtpartei - aber im vorliegenden Fall ist nicht das interessant. Wichtig ist, dass sich unser Verfasser wegen der „Unentwickeltheit der Bourgeoisie” und der daraus entspringenden konterrevolutionären Gefahr zum Kampf aufmacht gegen den „sozialen Teil” des Programms als eine „einfache Deklamation”, die offensichtlich liquidiert werden müsste.

Keinerlei Analyse der wirklichen Lage der Industrie (Genosse An drückt sich offenbar falsch aus, wenn er die Rückständigkeit der Industrie „Unentwickeltheit der Bourgeoisie” nennt. K. St.), keinerlei Ziffern, keinerlei irgendwie bedeutsame Angaben wird man bei Genossen .An finden. Er geht einfach von der nackten These aus, dass die Bourgeoisie die Verwirklichung des Achtstundentages nicht dulden werde, während ohne die „Vereinigung der Kräfte des Proletariats und der Bourgeoisie” der Sieg der Revolution unmöglich sei - folglich nieder mit dem „sozialen Teil” des Programms...

Wir wollen die Unsinnigkeit der Behauptungen des Verfassers nicht nachweisen, Behauptungen, die ständig von den Liberalen unserer Zeit gegen die Sozialdemokraten ins Feld geführt werden. Unserer Meinung nach ist es absolut hinreichend, sie zu zitieren, um mit einem Schlage die Physiognomie der Tifliser Menschewiki zu erfassen...

Aber unser Verfasser rüstet sich nicht nur gegen den „sozialen Teil” des Programms. Auch sein politischer Teil findet bei ihm keine Gnade, obgleich das nicht so direkt und offen geschieht. Hören wir ihn an:

„Der Kampf des Proletariats allein oder der Bourgeoisie (Unter „Bourgeoisie” versteht der Verfasser überall die „mittlere” liberale Bourgeoisie, „deren Ideologen die Kadetten sind”. K. St.) allein wird die Reaktion auf keinen Fall brechen... Es ist klar, dass die Vereinigung ihrer Kräfte, diese oder jene Kombination ihrer Kräfte und ihre Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel den einzigen Weg (von uns hervorgehoben) des Sieges über die Reaktion bilden"... „Die Niederlage der Reaktion, die Eroberung einer Verfassung und die Verwirklichung dieser letzteren hängen von der bewussten Vereinigung der Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats und ihrer Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel ab"... Hierbei „muss das Proletariat so marschieren, dass es durch seine Unversöhnlichkeit die gemeinsame Bewegung nicht schwächt”. Da aber „die nächste Forderung der Bourgeoisie nur eine gemäßigte Verfassung sein kann”, so ist es offenbar die Pflicht des Proletariats, seine „radikale Verfassung” beiseite zu werfen, wenn es nicht „die gemeinsame Bewegung durch seine Unversöhnlichkeit schwächen” und „die bewusste Ausrichtung der Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats auf ein gemeinsames Ziel” zunichte machen will, kurzum, wenn es nicht den Sieg der Konterrevolution vorbereiten will (siehe „Dassazkissi” Nr. 4, 1908).

Die Schlussfolgerung ist klar: Nieder mit der demokratischen Republik, es lebe die „gemeinsame Bewegung” und ... die „gemäßigte Verfassung”, natürlich „im Interesse des Sieges” der Revolution .. .

Was wir vor uns haben, ist, wie man sieht, eine schlechte Wiedergabe des bekannten Artikels des früheren Sozialdemokraten Wassiljew im „Towarischtsch” von 1906 über die „Vereinigung der Klassen”, über das zeitweilige Vergessen der Klassenaufgaben des Proletariats, über die Streichung der demokratischen Republik usw. Der Unterschied besteht

darin, dass Wassiljew gerade und klar redete, während Genosse An sich schämt, genügend klar zu sprechen.
Wir haben gegenwärtig weder Zeit noch Lust, dieses ganze liberale Gestammel zu untersuchen, das in der russischen sozialdemokratischen Presse schon längst von Grund aus untersucht und beurteilt worden ist. Wir möchten nur die Dinge bei ihrem eigenen Namen nennen: Die programmatischen Übungen unseres Verfassers, die von den Tifliser Menschewiki als ein „neues” Fraktionsmanifest aufgenommen wurden, bedeuten eine Liquidierung des Minimalprogramms der Partei, eine Liquidierung, die die Anpassung unseres Programms an das Programm der Kadetten fordert.
Von dem „neuen” Programm der Tifliser Menschewiki gehen wir über zu ihrer „neuen Taktik”.

Das taktische Liquidatorentum

Genosse An ist besonders unzufrieden mit der Taktik der Partei, die seiner Meinung nach „grundlegend geändert” werden muss (siehe „Dassazkissi” Nr.4). Den größeren Teil seiner Artikel widmet er deshalb der Kritik dieser Taktik. Besonders fällt er über die bekannte „Formel Plechanows” her („die Revolution in Rußland wird als Arbeiterbewegung siegen, oder sie wird überhaupt nicht siegen"[91]), die er mit der These von der Hegemonie des Proletariats identifiziert, und entscheidet, dass sie der Kritik nicht standhält. Er schlägt vor, diese „Formel” zu ersetzen durch die „neue” (alte!) These von der „Vereinigung der Kräfte der Bourgeoisie und des Proletariats” im Interesse der „gemeinsamen Bewegung” ... „zu einem gemeinsamen Ziel”. Man höre:
„Die These von der führenden Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Revolution wird weder durch die Theorie von Marx noch durch die historischen Tatsachen gerechtfertigt.”
Die Berufung auf die Theorie:
„Das Proletariat kann nicht mit seinen eigenen Händen die Ordnung seiner eigenen Feinde erbauen. Folglich ist die Führung der bürgerlichen Revolution durch das Proletariat eine Unmöglichkeit.”
Die Berufung auf historische Tatsachen:
„Unsere Revolution war gleichzeitig unsere Arbeiterbewegung, und trotzdem hat die Revolution nicht gesiegt. Es ist klar, dass sich die Formel Plechanows nicht gerechtfertigt hat” (siehe „Asri” Nr. 17).
Das ist kurz und klar. Man muss nur die deutsche Sozialdemokratie bedauern, die schon in ihrem Begrüßungsschreiben an den Londoner Parteitag anerkannt hat (also wohl aus Leichtsinn!), dass die führende Rolle des Proletariats in unserer Revolution sowohl „durch die Theorie von Marx” als auch „durch die historischen Tatsachen” gerechtfertigt wird. Wir sprechen schon gar nicht von unserer (unglücklichen!) Partei ...
Wodurch aber ersetzt unser Autor die führende Rolle des Proletariats, was bietet er uns als Ersatz an?
„Der Kampf des Proletariats allein”, sagt Genosse An, „oder der Bourgeoisie allein wird die Reaktion auf keinen Fall brechen... Es ist klar, dass die Vereinigung ihrer Kräfte, diese oder jene Kombination ihrer Kräfte und ihre Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel den einzigen Weg des Sieges über die Reaktion bilden.” Hierbei „muss das Proletariat so marschieren, dass es durch seine Unversöhnlichkeit die gemeinsame Bewegung nicht schwächt"... (Siehe „Dassazkissi” Nr.4). Denn, so versichert der Autor, „*je schwächer* der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, desto *siegreicher* (Hervorhebungen überall von uns. K. St.) ist die bürgerliche Revolution, natürlich unter sonst gleich bleibenden Bedingungen” (siehe „Asri” Nr. 15).

Von welchen „sonst gleich bleibenden Bedingungen” der Autor spricht, mag Allah wissen. Klar ist bloß das eine, dass er die Schwächung des Klassenkampfes im Interesse der -Revolution predigt. Die durch die Erfahrungen unserer ganzen Revolution bestätigte These, dass der Sieg dieser Revolution um so vollständiger sein wird, je mehr sich die Revolution auf den Klassenkampf des Proletariats stützen wird, das die Dorfarmut gegen die Gutsbesitzer und die liberalen Bourgeois mit sich führt, - diese These ist für unseren Autor ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. „Vereinigung der Kräfte des Proletariats mit den Kräften der Bourgeoisie” - darin findet Genosse An das einzige Unterpfand für den Triumph der Revolution.

Aber was für eine Bourgeoisie ist das, auf die unser Autor so viele Hoffnungen setzt? Man höre:

„Die Reaktionäre”, sagt unser Autor, „kämpfen besonders stark gegen die Partei der Kadetten... da... die künftigen Herren Rußlands aus derselben Mittelklasse hervorgehen werden, deren Ideologie die Kadetten zum Ausdruck bringen. Den Reaktionären die Staatsmacht zu entreißen, ist nur die für die Herrschaft reif gewordene mittlere Bourgeoisie imstande, diese Klasse ist ihr direkter Konkurrent, und deshalb fürchten die Reaktionäre sie am meisten." Überhaupt „hat in allen Revolutionen der reaktionäre Stand nicht so sehr die Revolutionäre gefürchtet als vielmehr die gemäßigte Bourgeoisie. Weshalb? Weil nur diese Klasse die Zügel der Regierung aus den Händen des alten Regimes übernehmen wird, wie wir oben gesagt haben. Folglich ist gerade diese Klasse dank ihrer gemäßigten Verfassung berufen, die neue Ordnung für die gewaltige Mehrheit annehmbar zu machen und auf diese Weise der Reaktion den Boden zu entziehen” (siehe „Asri” Nr. 24). Aber weil „die Bourgeoisie ohne Proletariat keine neuen Zustände herstellen kann”, deshalb „wird das Proletariat die bürgerliche Opposition unterstützen müssen” (siehe „Dassazkissi” Nr.4).

Also die „gemäßigte” kadettische Bourgeoisie mit ihrer „gemäßigten” monarchischen Verfassung - sie also wird unsere Revolution retten. Aber die Bauernschaft, welche Rolle spielt sie in der Revolution?

„Natürlich”, erklärt unser Autor, „wird sich die Bauernschaft in die Bewegung einmischen und ihr einen spontanen Charakter verleihen, aber die entscheidende Rolle werden nur zwei moderne Klassen spielen”: die gemäßigte Bourgeoisie und das Proletariat (siehe „Dassazkissi” Nr. 4).

Also auf die Bauernschaft, so erfährt man, braucht man nicht besonders zu rechnen.

Jetzt ist alles klar. Für den Triumph der Revolution ist eine gemäßigte kadettische Bourgeoisie mit einer gemäßigten Verfassung nötig. Aber sie allein kann nicht siegen, sie braucht die Hilfe des Proletariats. Das Proletariat muss ihr helfen, denn es kann, außer auf die gemäßigte Bourgeoisie, auf niemand rechnen, die Bauernschaft nicht ausgenommen. Zu diesem Zwecke aber muss es seine Unversöhnlichkeit aufgeben, der gemäßigten Bourgeoisie die Hand reichen und den gemeinsamen Kampf für eine gemäßigte kadettische Verfassung führen. Das übrige wird sich von selber finden. Die Partei, die das Unterpfand für den Triumph der Revolution im Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die gemäßigte Bourgeoisie und die Fronherren sieht, irrt sich.

Kurzum, an Stelle der führenden Rolle des Proletariats, das die Bauern mit sich führt - die führende Rolle der kadettischen Bourgeoisie, die das Proletariat nasführt.

Das ist die „neue” Taktik der Tifliser Menschewik.

Diesen ganzen banal-liberalen Plunder zu untersuchen ist unserer Meinung nach nicht notwendig. Notwendig ist nur festzustellen, dass die „neue” Taktik der Tifliser Menschewiki die Liquidierung der von der Revolution bestätigten Parteitaktik ist, eine Liquidierung, die die Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der gemäßigten kadettischen Bourgeoisie fordert.

Zuerst erschienen im „Diskussionsblatt”
(Beilage zum „Sozialdemokrat”) Nr. 2,
25. Mai (7. Juni) 1910.
Unterschrift: K. St.

RESOLUTIONEN, BESCHLOSSEN VOM BAKUER KOMITEE AM 22. JANUAR 1910

(Zur bevorstehenden Konferenz der Gesamtpartei)

I

ÜBER DIE POLITISCHE AGITATION UND DEN FAKTISCHEN ZUSAMMENSCHLUSS DER PARTEI

Der Zustand der Niedergeschlagenheit und Erstarrung, der eine Zeit-lang die Triebkräfte der russischen Revolution erfasst hatte, beginnt zu weichen.

Das Fiasko der Politik der Zarenmacht auf dem Balkan, in Persien und im Fernen Osten; die lächerlichen Anstrengungen der Regierung, die Bauern mit Hilfe des Gesetzes vom 9. November[92] zu beruhigen, das die Armen landlos macht und die Reichen bereichert; der durchaus unbefriedigende Charakter der „Arbeiterpolitik" der Regierung, die die Arbeiter der elementaren Freiheiten beraubt und sie ganz und gar den kapitalistischen Räubern ausliefert; die wachsende Verschuldung der Staatskasse und der partielle Ausverkauf Rußlands an das Auslandskapital; der völlige Zerfall der Verwaltungsapparate, der in den Unterschleifen der Intendanten und Eisenbahnmagnaten, in der Erpressung der Polizei, in der Gaunerei der Ochrana usw. seinen Ausdruck findet - alles das macht die Unfähigkeit der Konterrevolution, mit den schlummernden Kräften der Revolution fertig zu werden, für die Massen augenscheinlich und fördert die in den letzten Monaten zu verzeichnende Belebung unter den Arbeitern, erweckt unter ihnen Interesse für das politische Leben des Landes und erzeugt Fragen: Was sollen wir tun, wohin sollen wir gehen usw.?

Vor der Partei erhebt sich die brennende Frage der Notwendigkeit einer umfassenden politischen Parteiagitation. Was aber die Versuche der Pressefreiheit genießenden liberalisierenden Konterrevolutionäre anbelangt, die Massen durch legale „Kongresse" und „Vereine" zahm zu machen und den Einfluss der Sozialdemokratie unter ihnen zu untergraben, so verwandeln sie die Frage der Notwendigkeit einer vom Parteigeist getragenen politischen Agitation in eine Frage von Leben oder Tod für die Partei.

Indessen machen die Losgerissenheit unserer Organisationen voneinander und das Fehlen eines (leitenden) Zentrums für die praktische Arbeit, das regulär in Rußland tätig wäre und tatsächlich die örtlichen Organisationen zu einer einheitlichen Partei zusammenfasste, es unmöglich, eine wirklich parteigerechte (und nicht handwerklich gruppenmäßige) politische Agitation zu verwirklichen, machen es der Partei unmöglich, der systematischen Hetze der „Liberalen" irgend etwas Ernsthaftes entgegenzusetzen, und tun dadurch der Partei in den Augen der Arbeiter Abbruch.

Wir sprechen schon gar nicht davon, dass eine solche Sachlage, anstatt zur Ausnutzung der „legalen Möglichkeiten" zu führen, eine regelrechte Ausnutzung der zersplitterten und deshalb schwachen illegalen Organisationen durch die „legalen Möglichkeiten" nach sich ziehen kann, natürlich zum Schaden für die Interessen der Sozialdemokratie.

Angesichts alles dessen erachtet das Bakuer Komitee die Ausarbeitung von Maßnahmen zum faktischen Zusammenschluss der Partei und folglich auch zur Verwirklichung der politischen Parteiagitation als die nächste und unaufschiebbare Aufgabe.

Das BK ist der Meinung, dass unter den notwendigen Maßnahmen die folgenden an wichtigster Stelle stehen müssen:

1. Verlegung des (leitenden) Zentrums für die praktische Arbeit nach Rußland;

2. Organisierung einer mit dem ganzen Lande verbundenen gesamt-russischen leitenden Zeitung, die in Rußland erscheint und von dem erwähnten praktischen Zentrum redigiert wird;
3. Organisierung von örtlichen Presseorganen in den wichtigsten Zentren der Arbeiterbewegung (Ural, Donezbecken, Petersburg, Moskau, Baku usw.).

Das BK ist fest davon überzeugt, dass die Verwirklichung der oben erwähnten Maßnahmen alle wirklich parteitreuen Elemente ohne Unterschied der Fraktionen zu einer sozialdemokratischen Partei zusammenschließen könnte, eine großzügige politische Agitation ermöglichen und eine großzügige Ausnutzung der „legalen Möglichkeiten" zwecks Erweiterung und Festigung unserer Partei wesentlich erleichtern würde.

Das BK schlägt deshalb dem Zentralkomitee der Partei vor, sofort eine Konferenz der Gesamtpartei einzuberufen und die oben erwähnten Fragen auf dieser Konferenz zu erörtern.

II

UBER DIE VERTRETUNGSNORM AUF DER BEVORSTEHENDEN KONFERENZ DER GESAMTPARTEI

Nach Behandlung des organisatorischen Planes („Die nächste Aufgabe", Nr. 50 des „Proletari") hinsichtlich der Einberufung einer Konferenz der Gesamtpartei ist das Bakuer Komitee der Ansicht, dass zur Beteiligung (abgesehen von der festgesetzten Vertretungsnorm) Vertreter der arbeitenden und wirklich existierenden illegalen Parteiorganisationen herangezogen werden müssen, wobei die Hauptaufmerksamkeit den großen Zentren zugewandt werden muss, wo riesige Massen des Proletariats konzentriert sind.

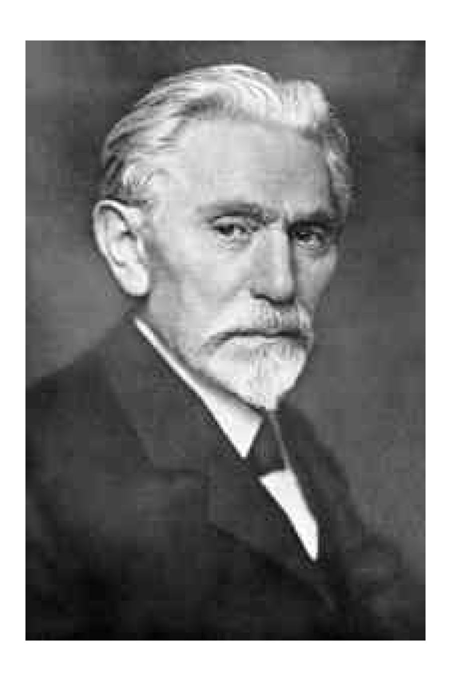
Die Notwendigkeit einer solchen Vertretung braucht nicht begründet zu werden (siehe die spezielle Resolution über die Frage der Tagesordnung der Konferenz).

Obgleich das Bakuer Komitee die Notwendigkeit einer erweiterten Zusammensetzung der Konferenz anerkennt, spricht es sich nichtsdestoweniger entschieden gegen eine besondere Vertretung der Gruppen aus, die in den legalen „Organisationen" arbeiten.

Das BK ist der Auffassung, dass eine besondere Vertretung solcher Gruppen zu den Arbeiten der Konferenz nichts Wesentliches beitragen wird, sowohl in dem Fall, dass die Gruppe zu einer örtlichen Parteiorganisation gehört, deren Führung sie sich unterordnet, als auch in dein Fall, dass die Gruppe sich zwar für sozialdemokratisch hält, die Führung der örtlichen Organisation jedoch nicht anerkennt. Im ersten Fall macht die Vertretung der Parteiorganisation jede wie immer geartete andere, besondere Vertretung unnötig. Im zweiten Falle widerspricht eine besondere Vertretung dem ganzen Charakter der Konferenz, die unbedingt vom Parteigeist getragen sein muss.

Erschienen als besonderes Flugblatt.
Nach dem russischen Wortlaut des Flugblatts.

AUGUST BEBEL,
DER FÜHRER DER DEUTSCHEN ARBEITER



Wer kennt nicht Bebel, den ehrwürdigen Führer der deutschen Arbeiter, der einst ein „einfacher" Drechsler war, heute aber der berühmte Politiker ist, vor dessen Kritik mehr als einmal „gekrönte Häupter" und patentierte Gelehrte wie vor Hammerschlägen zurückwichen, dessen Worten Millionen und aber Millionen Proletarier Deutschlands wie den Worten eines Propheten lauschen.
Am 22. Februar dieses Jahres waren es 70 Jahre, dass er geboren wurde.
Feierlich begingen an diesem Tage das kämpfende Proletariat ganz Deutschlands, das Internationale Sozialistische Büro, die organisierten Arbeiter aller Länder des Erdballs den siebzigsten Geburtstag des alten Bebel.
Wodurch hat Bebel diese Verehrung verdient, was hat er für das Proletariat geleistet?
Wie ist Bebel aus der Masse der Arbeiter emporgestiegen, wie hat er sich aus dem „einfachen" Drechsler in den großen Kämpfer des Weltproletariats verwandelt?
Wie sieht die Geschichte seines Lebens aus?
Bebels Kindheit verlief in Elend und Entbehrungen. Schon mit drei Jahren verliert er den Vater, den Ernährer, einen armen, schwindsüchtigen Unteroffizier. Um den Kindern einen anderen Ernährer zu verschaffen, heiratet die Mutter Bebels zum zweiten Mal, und zwar einen Gefängnisaufseher. Aus der Kaserne, in der die Mutter bis dahin gewohnt hat, zieht sie mit den Kindern in das Gefängnisgebäude.
Doch drei Jahre später stirbt auch der zweite Mann. Die Familie, ohne Ernährer geblieben, siedelt in die Heimat, in ein Provinznest, über, wo sie ein Hungerdasein fristet. Bebel wird als Armeleutekind in die „Armenschule" aufgenommen, die er im 14. Lebensjahr mit Erfolg beendet. Doch ein Jahr vor Beendigung der Schule trifft ihn ein neuer Schlag - er verliert seine Mutter, seine letzte Stütze. Als Vollwaise, sich selbst überlassen, der Möglichkeit beraubt, weitere Bildung zu gewinnen, geht Bebel zu einem Drechsler, den er kennt, in die Lehre.
Es beginnt ein eintöniges, hartes Leben. Von fünf Uhr morgens bis sieben Uhr abends ist er in der Werkstatt. Eine gewisse Abwechslung bringen ihm die Bücher, denen er seine ganze freie Zeit widmet. Dazu lässt er sich für die zehn bis zwölf Pfennige, die er wöchentlich damit verdient, dass er jeden Morgen vor Beginn der Arbeit für seine Meisterin Wasser schleppt, in die Bibliothek einschreiben.

Offensichtlich haben Not und Entbehrungen den jungen Bebel nicht nur nicht zerbrochen, das Streben zum Licht in ihm nicht nur nicht abgetötet, sondern im Gegenteil - sie haben seinen Willen noch mehr gestählt, seinen Wissensdurst gesteigert und in ihm Fragen aufkommen lassen, auf die er in den Büchern gierig nach Antwort suchte.
So wuchs im Kampf mit der Not der zukünftige unermüdliche Kämpfer für die Befreiung des Proletariats.
Im 18. Lebensjahr beendet Bebel die Lehrzeit und tritt als selbständiger Drechsler ins Leben. Mit 20 Jahren wohnt er bereits einer Arbeiterversammlung in Leipzig bei und hört die Reden sozialistischer Arbeiter. Das war die erste Versammlung, in der Bebel Arbeiterrednern von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand. Bebel war noch kein Sozialist, er sympathisierte mit den Liberalen, aber er freut sich aufrichtig über das selbständige Auftreten der Arbeiter, er beneidet sie, es entbrennt in ihm der Wunsch, ein ebensolcher Arbeiterredner zu werden wie sie.
Von nun ab fängt für Bebel ein neues Leben an - er sieht bereits einen bestimmten Weg. Bebel tritt Arbeiterorganisationen bei und ist in ihnen intensiv tätig. Schnell gewinnt. er Einfluss, er wird in den Ausschuss eines gewerblichen Bildungsvereins gewählt. Bei seiner Tätigkeit innerhalb der Arbeitervereine kämpft er gegen die Sozialisten, geht er mit den Liberalen zusammen, jedoch im Kampf gegen die Sozialisten kommt er allmählich zu der Überzeugung, dass sie Recht haben.
Mit 26 Jahren ist er bereits Sozialdemokrat. Die Popularität Bebels wächst so rasch, dass man ihn nach einem Jahr (1867) zum Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Arbeitervereine und als ersten Arbeiterabgeordneten ins Parlament wählt.
So arbeitet sich Bebel unter Kämpfen und Siegen, Schritt für Schritt die sich ihm entgegenstellenden Hindernisse beseitigend, schließlich aus der Masse der Arbeiter empor und wird zum Führer der kämpfenden Arbeiter Deutschlands.
Nun tritt Bebel schon offen für die Sozialdemokratie ein. Sein nächstes Ziel heißt: Krieg gegen die Liberalen, Befreiung der Arbeiter von ihrem Einfluss, Zusammenschluss der Arbeiter in einer eigenen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
Im folgenden Jahr, 1868, erreicht Bebel sein Ziel auf dem Nürnberger Vereinstag. Der geschickte und rücksichtslose Angriff Bebels auf diesem Vereinstag führte dazu, dass die Liberalen eine völlige Niederlage erlitten und dass auf den Trümmern des Liberalismus die deutsche Sozialdemokratie geboren wurde.
Die Befreiung der Arbeiter kann nur die Sache der Arbeiter selbst sein, führte Bebel auf dem Arbeitervereinstag aus, deshalb müssen die Arbeiter mit der liberalen Bourgeoisie brechen und sich in einer eigenen Arbeiterpartei vereinigen, und die große Mehrheit der Tagung stimmte mit ihm, einem Häuflein Liberaler zum Trotz, in die großen Worte von Karl Marx ein.
Zur völligen Befreiung der Arbeiter ist es notwendig, dass sich die Arbeiter aller Länder vereinigen, führte Bebel aus, darum muss man sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen, und die Mehrheit der Tagung stimmte mit ihm einmütig in die Worte des großen Lehrmeisters ein.
So wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands geboren. Bebel war ihr Geburtshelfer.
Von da ab verschmilzt das Leben Bebels mit dem der Partei, seine leiden und Freuden werden eins mit denen der Partei. Bebel selbst wird zum Liebling der deutschen Arbeiter, die er begeistert; denn, Genossen, man kann nicht umhin, einen Mann zu lieben, der soviel dafür getan hat, die Arbeiter auf ihre eigenen Füße zu stellen, sie von der Vormundschaft der liberalen Bourgeoisie frei zu machen und ihnen eine eigene Arbeiterpartei zu geben.
Das Jahr 1870 brachte für die junge Partei die erste Prüfung. Es begann der Krieg mit Frankreich, die deutsche Regierung forderte vom Reichstag, dessen Mitglied auch Bebel war, Gelder für den Krieg, es galt, sich ausdrücklich für oder gegen den Krieg auszusprechen. Bebel begreift natürlich, dass der Krieg nur für die Feinde des Proletariats von Vorteil ist,

indessen werden alle Schichten der deutschen Gesellschaft, vom Bourgeois bis zu den Arbeitern, von einer falschen patriotischen Begeisterung erfasst, und die Verweigerung der Geldmittel für die Regierung wird als Vaterlandsverrat bezeichnet. Doch ohne Rücksicht auf die „patriotischen” Vorurteile, ohne Furcht, gegen den Strom zu schwimmen, erklärt Bebel von der Parlamentstribüne aus mit lauter Stimme: „Als Sozialist und Republikaner bin ich nicht für den Krieg, sondern für den Bruderbund der Völker, nicht für die Feindschaft gegen die französischen Arbeiter, sondern für die Vereinigung unserer deutschen Arbeiter mit ihnen.” Vorwürfe, Spott, Verachtung - das war die Antwort sogar von Seiten der Arbeiter auf das mutige Auftreten Bebels. Doch Bebel, den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus getreu, lässt nicht einen Augenblick lang das Banner bis zu den irrigen Auffassungen seiner Klassenbrüder sinken - im Gegenteil, auf jede Art und Weise bemüht er sich, sie zu der klaren Erkenntnis zu bringen, wie verwerflich der Krieg ist. In der Folgezeit sahen die Arbeiter ihren Fehler ein und liebten ihren standhaften, starken Bebel umso mehr. Die Regierung hingegen belohnte ihn mit zwei Jahren Festung, wo er aber nicht müßig da saß, sondern das berühmte Buch „Die Frau und der Sozialismus” schrieb.

Am Ende der siebziger und in den achtziger Jahren wird die Partei vor neue Prüfungen gestellt. Alarmiert durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, erlässt die deutsche Regierung „Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten”, löst die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auf, unterdrückt alle sozialdemokratischen Zeitungen ohne Ausnahme, hebt die Freiheit der Versammlungen und Vereine auf und zwingt die gestern noch legale sozialdemokratische Partei in die Illegalität. Mit all diesen Maßnahmen wollte die Regierung die Sozialdemokratie zu erfolglosen, verderblichen Handlungen provozieren, sie demoralisieren und zugrunde richten. Besondere Standhaftigkeit und beispiellose Voraussicht waren notwendig, um nicht den Kopf zu verlieren, um zur rechten Zeit die Taktik zu ändern und sich richtig den neuen Verhältnissen anzupassen. Viele Sozialdemokraten gaben den Provokationen nach und verfielen in Anarchismus. Andere verflachten völlig und sanken bis zu den Liberalen herab. Bebel jedoch stand unentwegt auf dem Posten, munterte die einen auf, mäßigte den unklugen Feuereifer der anderen, entlarvte die Phrasendrescherei der dritten und steuerte die Partei geschickt auf dem richtigen Weg immer vorwärts, nur vorwärts. Zehn Jahre später musste die Regierung der wachsenden Kraft der Arbeiterbewegung nachgeben und die „Ausnahmegesetze” aufheben. Die Linie Bebels hatte sich als die einzig richtige erwiesen.

Das Ende der neunziger Jahre und die ersten Jahre nach der Jahrhundertwende brachten der Partei eine weitere Prüfung. Aufgemuntert durch den industriellen Aufschwung und die verhältnismäßig leichten wirtschaftlichen Siege, begannen die gemäßigten Elemente in der Sozialdemokratie die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution zu verneinen. Man brauche keine Unversöhnlichkeit, man brauche keine Revolution, meinten sie, man brauche eine Zusammenarbeit der Klassen, wir brauchen eine Verständigung mit der Bourgeoisie und der Regierung, um gemeinsam mit ihnen die bestehende Ordnung auszubessern - lasst uns deshalb für das Budget der bürgerlichen Regierung stimmen und uns an der bestehenden bürgerlichen Regierung beteiligen. Damit untergruben die Gemäßigten die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus, die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie. Bebel sah die ganze Gefahr der Lage und erklärte, zusammen mit anderen Führern der Partei, den Gemäßigten den unversöhnlichen Krieg. Auf dem Dresdner Parteitag (1903) schlägt er die deutschen Führer der Gemäßigten, Bernstein und Vollmar, aufs Haupt und verkündet die Notwendigkeit der revolutionären Kampfmethoden. Ein Jahr darauf schlägt er in Amsterdam, vor den Sozialisten aller Länder, bereits den internationalen Führer der Gemäßigten, Jean Jaurès, und verkündet nochmals die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes. Von da ab gab er den „gemäßigten Feinden der Partei” keine Ruhe mehr, brachte ihnen Niederlage auf Niederlage bei - in Jena (1905), in Nürnberg (1908). Als Ergebnis geht die Partei aus dem inneren Kampf einheitlich und stark

hervor, erstaunlich gefestigt und riesig gewachsen, und dies alles ist hauptsächlich August Bebel zu verdanken.

Aber Bebel begnügt sich nicht nur mit der Tätigkeit im Rahmen der Partei. Seine donnernden Reden im deutschen Reichstag, in denen er die verstockten Junker geißelt, den Liberalen die Maske vom Gesicht reißt und die „Reichsregierung” anprangert, seine langjährige Tätigkeit in den Gewerkschaften - alles dies spricht dafür, dass Bebel, als treuer Hüter der Interessen des Proletariats, überall da auf dem Plan erschien, wo der Kampf am heißesten, wo seine stürmische proletarische Energie am notwendigsten waren.

Dafür eben wird Bebel von den deutschen und internationalen Sozialisten so geschätzt.

Natürlich beging Bebel auch Fehler - wer begeht keine (nur die Toten machen keine Fehler) -, aber all die kleinen Fehler verblassen im Vergleich zu den gewaltigen Verdiensten um die Partei, die gegenwärtig, nach 42jähriger Führung durch Bebel, mehr als 600 000 Mitglieder zählt, über ungefähr 2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter verfügt, das Vertrauen von 3 bis 4 Millionen Wählern genießt, mit einer Handbewegung in Preußen hunderttausendköpfige Demonstrationen auf die Beine bringt.

Und es ist bezeichnend, dass die Tage der Jubiläumsfeier Bebels mit den Tagen zusammenfielen, an denen die Macht der deutschen Sozialdemokratie am stärksten zum Ausdruck kam, mit den Tagen der beispiellos organisierten Massendemonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Preußen.

Bebel kann mit Fug und Recht sagen, dass er nicht vergebens gearbeitet hat.

So sieht das Leben, so sieht das Wirken des alten, ja sehr alten, aber seelisch noch äußerst jungen Bebel aus, der nach wie vor auf seinem Posten steht und auf neue Schlachten und neue Siege wartet.

Nur das kämpfende Proletariat konnte einen Bebel gebären, so lebendig, ewig jung, ständig vorwärts blickend, wie es auch selbst ist.

Nur die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus konnte der rastlosen Natur Bebels, der unermüdlich zur Zerstörung der alten, verfaulenden, kapitalistischen Welt drängt, diesen weiten Schwung verleihen.

Bebel zeugt mit seinem Leben und seinem Werk von der Kraft und der Unbesiegbarkeit des Proletariats, von der Unvermeidlichkeit des Triumphs des Sozialismus...

Lasst uns denn, Genossen, unserem teuren Lehrmeister, dem Drechsler August Bebel, unseren Gruß entbieten!

Möge er uns russischen Arbeitern, die solche Bebels der Arbeiterbewegung besonders nötig haben, als Vorbild dienen!

Es lebe Bebel!

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Das Bakuer Komitee der SDAPR

Erschienen als besondere Proklamation
am 23. März 1910.
Nach dem russischem Wortlaut der Proklamation.

BRIEF AN DAS ZK DER PARTEI AUS DER SOLWYTSCHEGODSKER VERBANNUNG

Genosse Semjon! Gestern erhielt ich von den Genossen Ihren Brief. Vor allem heißen Gruß an Lenin u. a. Dann aber über Ihren Brief und über die „verfluchten Fragen” überhaupt.

Meiner Meinung nach ist die Linie des Blocks (Lenin-Plechanow) die einzig richtige: 1. entspricht sie, und nur sie, den wirklichen Interessen der Arbeit in Rußland, die den Zusammenschluss aller wirklich zur Partei stehenden Elemente erfordern; 2. beschleunigt sie, und nur sie, den Prozess der Befreiung der legalen Organisationen vom Joche der Liquidatoren, indem sie zwischen den menschewistischen Arbeitern und den Liquidatoren eine Kluft aufreißt und die letzteren zerstreut und tödlich trifft. Der Kampf um den Einfluss in den legalen Organisationen ist die Forderung des Tages und eine notwendige Etappe auf dem Wege zur Wiedergeburt der Partei, der Block aber bildet das einzige Mittel zur Säuberung dieser Organisationen vom Schutt des Liquidatorentums.

In dem Plan des Blocks sieht man die Hand Lenins - er ist ein kluger Mann und weiß, wo Barthel den Most holt. Dies heißt jedoch noch nicht, dass jeder Block gut wäre. Trotzkis Block (er würde sagen „Synthese”) ist faule Prinzipienlosigkeit, ein Manilowsches Amalgam verschiedenartiger Prinzipien, die ohnmächtige Sehnsucht eines prinzipienlosen Menschen nach einem „guten” Prinzip. Die Logik der Dinge ist ihrer Natur nach streng prinzipiell und wird kein Amalgam dulden. Der Block Lenin-Plechanow ist gerade deshalb lebensfähig, weil er zutiefst prinzipiell ist, weil er auf der Einheit der Ansichten in der Frage der Wege zur Wiedergeburt der Partei begründet ist. Aber gerade weil dies ein Block ist und keine Verschmelzung - gerade deshalb brauchen die Bolschewiki ihre eigene Fraktion. Es kann sehr wohl sein, dass die Bolschewiki im Laufe der Arbeit die Plechanowleute endgültig zahm machen werden, aber dies ist nur eine Möglichkeit. Schlafen und auf einen solchen Ausgang hoffen, und sei er auch sehr wahrscheinlich, dürfen wir jedenfalls nicht. Je geschlossener die Bolschewiki handeln werden, je organisierter sie vorgehen werden, desto mehr Chancen hat die Möglichkeit, dass die anderen zahm werden. Wir müssen deshalb unermüdlich auf allen Ambossen schmieden. Von den „Wperjod"-Leuten sage ich nichts, da sie jetzt weniger interessant sind als die Liquidatoren und die Plechanowleute. Wenn sie irgendwann wieder zu sich kommen, so wird’s natürlich gut sein, wenn aber nicht - Gott sei mit ihnen, mögen sie in ihrem eigenen Saft schmoren.

So denke ich über das Ausland.

Aber das ist nicht alles und nicht einmal die Hauptsache. Die Hauptsache ist die Organisierung der Arbeit in Rußland. Die Geschichte unserer Partei zeigt, dass die Fragen der Meinungsverschiedenheiten nicht in Debatten, sondern hauptsächlich im Laufe der Arbeit, im Laufe der Anwendung der Prinzipien gelöst werden. Aufgabe des Tages ist es deshalb, die russische Arbeit um ein streng bestimmtes Prinzip zu organisieren. Die Liquidatoren haben die Sache sofort begriffen (der Spürsinn ist bei ihnen sehr entwickelt) und angefangen, sich in den legalen Arbeiterorganisationen einzunisten (bereits mit Erfolg), wobei sie, wie sich herausstellt, ihr illegales russisches Zentrum haben, das die Arbeit lenkt usw. Wir aber treffen dauernd „Vorbereitungen”, verharren im Stadium der Proben. Meiner Meinung nach ist für uns die nächste Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, die Organisierung einer zentralen (russischen) Gruppe, die in der ersten Zeit in den Hauptzentren (Petersburg, Moskau, Ural, Südrußland) die illegale, halblegale und legale Arbeit zusammenfasst. Nennen Sie sie, wie Sie wollen - "russischer Teil des ZK" oder Hilfsgruppe beim ZK -, das ist einerlei. Eine solche Gruppe aber brauchen wir wie die Luft, wie das tägliche Brot. Gegenwärtig herrscht draußen im Lande bei den Parteiarbeitern Ungewissheit, Isolierung, Losgerissenheit, alle lassen die Arme sinken. Diese Gruppe jedoch könnte die Arbeit beleben und Klarheit hineintragen. Das aber würde den Weg für eine wirkliche Ausnutzung der legalen Möglichkeiten freilegen. Eben damit würde meiner Meinung nach die Wiedergeburt des Parteigeistes in Gang kommen.

Es wäre gut, vorher eine Beratung der Parteiarbeiter einzuberufen, die die Beschlüsse der Plenartagung[93] anerkennen, natürlich unter der Führung des ZK. Alles dies nach der „Reform“ der zentralen Institutionen[94] und unter der Bedingung der Zustimmung der Plechanowleute. Es kann sehr wohl sein, dass diese Beratung die geeigneten Leute für die oben erwähnte zentrale Gruppe liefern wird. Der Nutzen einer solchen Beratung ist meiner Meinung nach auch in vielen anderen Beziehungen klar. Handeln aber wird man müssen, unbeugsam und erbarmungslos, ohne die Anwürfe der Liquidatoren, Trotzkisten, „Wperjod"-Leute zu fürchten. Wenn sich die Plechanowleute und die Leninisten auf dem Boden der Arbeit in Rußland zusammenschließen, so brauchen sie irgendwelche wie auch immer geartete Anwürfe nicht zu beachten.
So denke ich über die Arbeit in Rußland.
Jetzt über mich. Mir bleiben sechs Monate[95]. Nach Ablauf dieser Frist stehe ich ganz zur Verfügung. Wenn der Bedarf an Arbeitskräften wirklich dringend ist, so kann ich mich sofort auf den Weg machen. Die „Mysl”[96] Nr. 1 habe ich gelesen. Ich kann mir vorstellen, wie viel Klarheit und Aufmunterung allein die bloße Tatsache des gemeinsamen Vorgehens der gestrigen Gegner in die Arbeiterschaft hineintragen und wie viel Verwirrung und Chaos sie in die Reihen der Liquidatoren säen wird. Und jeder anständige Mensch wird sagen, dass das nicht schlecht sein wird.
In der Verbannung gibt es ein anständiges Publikum, und es wäre sehr gut, es mit periodischen illegalen Druckschriften zu versorgen. Schicken Sie den „Sozialdemokrat” Nr. 17 und folgende, ebenso auch die „Beilage” zum „Sozialdemokrat”. Wir haben von der „Rabotschaja Gaseta”[97] weder Nr. 1 noch Nr. 2, auch den „Golos Sozialdemokrata” haben wir nicht. Die „Swesda”[98] werden wir wohl erhalten. Adressen für Pakete: 1. Solwytschegodsk, Gouvernement Wologda, an Iwan Issaakowitsch Bogomolow; 2. Solwytschegodsk, Gouvernement Wologda, an Pjotr Michailowitsch Serafimow. Die Adresse für die Korrespondenz mit mir ist: Solwytschegodsk, Gouvernement Wologda, Haus Grigorow - Nikolai Alexandrowitsch Wosnessenski.

Mit kameradschaftlichem Gruß K. S.

Die Sendungen nicht eingeschrieben schicken. Schreiben Sie über die Angelegenheiten bei Ihnen, ich bitte sehr darum.

Geschrieben am 31. Dezember 1910.
Nach einer Abschrift des russischen Briefes.

1912

FÜR DIE PARTEI![99]

Das Interesse am politischen Leben wird im Lande rege und gleichzeitig tritt das Ende der Krise unserer Partei ein. Der tote Punkt der Erstarrung beginnt vorüberzugehen. Die kürzlich abgehaltene Konferenz der Gesamtpartei[100] ist ein unverkennbares Zeichen für die Wiedergeburt der Partei. Zusammen mit dem Anwachsen der russischen Revolution erstarkt und zusammen mit dem Niedergang der Revolution zerschlagen, musste unsere Partei unvermeidlich mit dem politischen Erwachen des Landes wieder zu Kräften kommen. Die Belebung in den wichtigsten Industriezweigen und das Steigen der Profite der Kapitalisten neben dem Rückgang des Reallohns der Arbeiter; die freie Entwicklung der ökonomischen und politischen Organisationen der Bourgeoisie neben der gewaltsamen Zerstörung der legalen und illegalen Organisationen des Proletariats; die Erhöhung der Preise für lebenswichtige Produkte und das Wachsen der Gutsbesitzerprofite neben der Ruinierung der Bauernwirtschaft; die Hungersnot, die mehr als 25 Millionen der Bevölkerung erfasst hat und die Hilflosigkeit des „erneuerten" konterrevolutionären Regimes demonstriert - alles dies musste unweigerlich auf die werk-tätigen Schichten und vor allem auf das Proletariat in dem Sinne wirken, dass es das Interesse am politischen Leben in ihnen erweckte. Ein klarer Ausdruck dieses Erwachens ist unter anderem die Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die im Januar dieses Jahres stattgefunden hat.

Aber die Belebung in den Köpfen und Herzen kann sich nicht in sich selbst verschließen - unter den jetzigen politischen Verhältnissen muss sie unvermeidlich in offene Massenaktionen übergehen.

Man muss das Leben der Arbeiter verbessern, es gilt den Arbeitslohn zu heben, den Arbeitstag zu verkürzen, man muss die Lage der Arbeiter in den Betrieben, Fabriken und Bergwerken grundlegend ändern. Aber wie ist alles das zu leisten, wenn nicht durch die immer noch verbotenen teilweisen und allgemeinen ökonomischen Aktionen?

Es gilt, das Recht des freien Kampfes gegen die Unternehmer, das Recht des Streiks, der Koalitionen, der Versammlungen, des Wortes, der Presse usw. zu erobern: ohne diese Rechte wird der Kampf der Arbeiter für die Verbesserung ihres Lebens aufs äußerste erschwert. Aber wie ist alles das zu leisten, wenn nicht durch offene politische Aktionen, durch Demonstrationen, politische Streiks usw.?

Es gilt, das Land, das an chronischem Hunger leidet, gesund zu machen, es gilt, der jetzigen Sachlage, dass Dutzende von Millionen Werktätigen auf dem Lande gezwungen sind, periodisch eine Hungersnot mit allen ihren Schrecken durchzumachen, ein Ende zu setzen: es ist undenkbar, mit gekreuzten Armen zuzusehen, wie hungernde Väter und Mütter mit Tränen in den Augen ihre Töchter und Söhne „um ein Butterbrot verkaufen"! Mit der gegenwärtigen räuberischen Finanzpolitik, die die kärgliche Bauernwirtschaft zugrunde richtet und Millionen Bauern bei jeder Missernte unvermeidlich auf den Weg einer verheerenden Hungersnot treibt, muss radikal Schluss gemacht werden! Es gilt, das Land vor dem Bettel und der Demoralisation zu retten! Aber kann man das alles tun, ohne das ganze Gebäude des Zarismus, von unten bis oben, umzustürzen? Und wie kann man die Zarenregierung mit allen Überbleibseln der Leibeigenschaft stürzen, wenn nicht durch eine breite revolutionäre Volksbewegung, geführt von ihrem durch die Geschichte berufenen Führer, dem sozialistischen Proletariat?...

Damit jedoch die kommenden Aktionen nicht zersplittert und chaotisch verlaufen, damit das Proletariat seine große Rolle, die Rolle des Vereinigers und Führers der künftigen Aktionen, in Ehren erfülle - für alles das ist außer dem revolutionären Bewusstsein der breiten Schichten des Volkes und dem Klassenbewusstsein des Proletariats noch notwendig, eine starke und elastische proletarische Partei zu haben, die imstande ist, die einzelnen Anstrengungen der örtlichen Organisationen zu einer gemeinsamen Anstrengung zu vereinen und dadurch die revolutionäre Massenbewegung gegen die Hauptfestungen der Feinde zu lenken. Die Partei

des Proletariats, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, zu einer exakt funktionierenden Organisation zu machen - das ist besonders notwendig, damit das Proletariat den herannahenden revolutionären Aktionen würdig begegnen kann.
Die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Partei tritt angesichts der bevorstehenden Wahlen zur vierten Reichsduma noch klarer hervor.
Wie kann man aber die Partei zu einer exakt funktionierenden Organisation machen?
Es ist notwendig, vor allem die örtlichen Parteiorganisationen zu festigen. In kleine und kleinste Gruppen zersplittert, von einem Meer der Verzweiflung und des Unglaubens an die Sache umgeben, intellektueller Kräfte bar und nicht selten von Provokateuren gesprengt - wer kennt nicht dieses unerfreuliche Bild des Lebens der örtlichen Organisationen? Man muss und kann dieser Zerfahrenheit der Kräfte ein Ende setzen! Das beginnende Erwachen der Arbeitermassen auf der einen Seite und die kürzlich stattgefundene Konferenz als Ausdruck dieses Erwachens auf der anderen Seite erleichtern die Liquidierung dieser Zerfahrenheit bedeutend. Lasst uns denn alles von uns Abhängende tun, um die organisatorische Zerfahrenheit zu liquidieren! Mögen sich in jeder Stadt und in jedem Industrieort die sozialdemokratischen Arbeiter gruppieren, alle, ohne Unterschied der Fraktionen, alle, die an die Notwendigkeit der illegalen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands glauben, mögen sie alle sich zu örtlichen Parteiorganisationen gruppieren! Mögen die Werkbänke, die die Arbeiter zu einer einzigen Armee von Ausgebeuteten vereinen - mögen die gleichen Werkbänke sie zu einer einheitlichen Partei von Kämpfern gegen Ausbeutung und Gewalt zusammenschweißen!... Man braucht dabei nicht einer großen Mitgliederzahl nachzujagen: unter den jetzigen Verhältnissen der Arbeit kann sich das sogar als gefährlich erweisen. Es kommt alles auf die Qualität der Genossen an, es kommt alles darauf an, dass die zu örtlichen Organisationen gruppierten einflussreichen Genossen sich der Wichtigkeit der Sache, der sie dienen, bewusst sind und dass sie ihre Arbeit standhaft auf der Linie der revolutionären Sozialdemokratie leisten. Und mögen sich die so formierten örtlichen Organisationen nicht abkapseln, mögen sie unermüdlich in alle Angelegenheiten des proletarischen Kampfes eingreifen, von den „kleinsten” und alltäglichsten bis zu den größten und „ungewöhnlichsten”, möge ihrem Einfluss kein einziger Zusammenstoß zwischen Arbeit und Kapital, kein einziger Protest der Arbeitermassen gegen die Greuel der Zarenregierung entgehen: stets muss man daran denken, dass nur auf diesem Wege die Festigung und Gesundung der örtlichen Organisationen erreicht werden kann. Aus diesem Grunde müssen sie auch die lebhaftesten Verbindungen mit den offenen Massenorganisationen der Arbeiter, mit den Gewerkschaften und Klubs, unterhalten und ihre Entwicklung in jeder Weise fördern.
Und mögen sich die Genossen Arbeiter nicht von der Schwierigkeit und Kompliziertheit der Aufgaben beirren lassen, die wegen des Fehlens intellektueller Kräfte ausschließlich ihnen zufallen - es gilt, ein für allemal diese für niemand nötige Bescheidenheit und Angst vor „ungewohnter” Arbeit beiseite zu werfen, es gilt, den Mut zu haben, an komplizierte Parteiangelegenheiten heranzugehen. Es ist kein Unglück, wenn hierbei einige Fehler gemacht werden: ein paar Mal stolpert man, und dann gewöhnt man sich daran, frei zu schreiten. Die Bebels fallen nicht vom Himmel, sie wachsen ausschließlich von unten im Laufe der Parteiarbeit auf allen ihren Gebieten...
Aber die örtlichen Organisationen, auch wenn sie stark und einflussreich sind, bilden, einzeln genommen, noch nicht die Partei. Zu diesem Zweck gilt es außerdem, sie zu einem Ganzen zusammenzufassen, sie zu einem ein gemeinsames Leben führenden Ganzen zu verbinden. Die zersplitterten örtlichen Organisationen, die nicht nur nicht miteinander verbunden sind, sondern auch von der Existenz der anderen nichts wissen, Organisationen, die ganz und gar sich selbst überlassen sind, auf eigene Rechnung und Gefahr handeln und nicht selten entgegengesetzte Linien in der Arbeit verfolgen - alles das sind die bekannten Bilder der Handwerklerei in der Partei. Die örtlichen Organisationen miteinander verbinden und sie um das Zentralkomitee der Partei zusammenfassen - eben das heißt mit der Handwerklerei

brechen und der Sache der Festigung der proletarischen Partei den Weg bahnen. Ein einflussreiches Zentralkomitee, das durch lebendige Wurzeln mit den örtlichen Organisationen verbunden ist, die letzteren systematisch informiert und sie miteinander verbindet, ein Zentralkomitee, das unermüdlich in alle Angelegenheiten der gesamtproletarischen Aktionen eingreift, ein Zentralkomitee, das zwecks umfassender politischer Agitation über eine in Rußland erscheinende illegale Zeitung verfügt - nach dieser Seite müssen sich die Erneuerung und der Zusammenschluss der Partei entwickeln.
Man braucht nicht davon zu reden, dass das Zentralkomitee allein nicht imstande ist, mit dieser schwierigen Aufgabe fertig zu werden: Die Genossen aus den örtlichen Organisationen müssen daran denken, dass das Zentralkomitee ohne ihre systematische Unterstützung aus den einzelnen Orten unweigerlich zu einer Null und die Partei zu einer Fiktion werden. Deshalb einmütige Arbeit des Zentrums und der örtlichen Organisationen - das ist die unerlässliche Bedingung der Erneuerung der Partei, dazu fordern wir die Genossen auf.
Also für die Partei, Genossen, für die ihre Wiedergeburt erlebende illegale Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Es lebe die einheitliche Sozialdemokratische .Arbeiterpartei Rußlands!

Das Zentralkomitee der SDAPR

Erschienen als besondere Proklamation
im März 1912.
Nach dem russischen Manuskript.

ES LEBE DER 1. MAI![101]

Genossen!

Schon im vorigen Jahrhundert haben die Arbeiter aller Länder beschlossen, alljährlich den heutigen Tag, den Tag des 1. Mai, zu feiern. Das geschah 1889, als die Arbeiter auf dem Pariser Kongress der Sozialisten aller Länder den Beschluss fassten, gerade heute, am Tage des 1. Mai, da die Natur aus dem Winterschlaf erwacht, Wälder und Berge sich mit Grün bedecken, Felder und Wiesen sich mit Blumen schmücken, die Sonne stärker zu wärmen beginnt, in der Luft die Freude der Erneuerung fühlbar wird und die Natur sich dem Tanze und dem Frohlocken hingibt - als sie beschlossen, gerade heute der ganzen Welt laut und offen zu erklären, dass die Arbeiter der Menschheit den Frühling und die Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus bringen, dass die Arbeiter berufen sind, die Welt auf der Grundlage der Freiheit und des Sozialismus zu erneuern.

Jede Klasse hat ihre Lieblingsfeiern. Die Adligen führten ihre Feiertage ein, und an diesen Feiertagen verkündeten sie das „Recht", die Bauern zu plündern. Die Bourgeois haben ihre eigenen Feiertage, und an diesen Tagen „rechtfertigen" sie das „Recht", die Arbeiter auszubeuten. Auch die Pfaffen haben ihre Feiertage, und an diesen Tagen lobpreisen sie die bestehenden Zustände, unter denen die Werktätigen im Elend verkommen, die Müßiggänger aber im Luxus schwelgen.

Auch die Arbeiter müssen ihren Feiertag haben, und an diesem Tage müssen sie verkünden: allgemeine Arbeit, allgemeine Freiheit, allgemeine Gleichheit aller Menschen. Dieser Feiertag ist der Feiertag des 1. Mai.

So haben die Arbeiter schon 1889 beschlossen.

Seitdem erschallt der Kampfruf des proletarischen Sozialismus immer stärker auf den Versammlungen und Demonstrationen am Tage des 1. Mai. Immer breiter schwillt der Ozean der Arbeiterbewegung an und erfasst neue Länder und Staaten von Europa und Amerika bis nach Asien, Afrika und Australien. Der einstmals schwache internationale Rund der Arbeiter ist im Verlauf einiger weniger Jahrzehnte zu einer grandiosen internationalen Bruderschaft herangewachsen, die regelmäßig Kongresse veranstaltet und Millionen von Arbeitern aus allen Ecken und linden der Welt vereinigt. In hohen Wellen steigt das Meer des proletarischen Zorns, und immer drohender greift es die schwankenden Zwingburgen des Kapitalismus an. Der große Streik der Kohlenkumpel, der sich kürzlich in England, Deutschland, Belgien, Amerika usw. abspielte, ein Streik, der die Ausbeuter und Könige der ganzen Welt in Angst und Schrecken versetzt hat, ist ein klares Anzeichen dafür, dass die sozialistische Revolution nicht mehr weit ist...

„Wir ehren das goldene Kalb nicht!" Wir brauchen das Reich der Bourgeois und der Unterdrücker nicht! Fluch und Tod dem Kapitalismus mit seinen Schrecken des Elends und des Blutvergießens! Es lebe das Reich der Arbeit, es lebe der Sozialismus!

Das ist es, was die klassenbewussten Arbeiter aller Länder am heutigen Tage verkünden.

Überzeugt von ihrem Siege, schreiten sie ruhig und stark auf dem Weg in das verheißene Land stolz vorwärts, dem Weg zum lichten Sozialismus, und verwirklichen Schritt für Schritt den großen Ruf von Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

So feiern die Arbeiter der freien Länder den 1. Mai.

Die russischen Arbeiter haben sich seit der Zeit, da sie sich ihrer Lage bewusst zu werden begannen und hinter ihren Genossen nicht zurückbleiben wollten, dem allgemeinen Chor ihrer ausländischen Genossen stets angeschlossen und gemeinsam mit ihnen den 1. Mai gefeiert, trotz alledem, trotz der bestialischen Repressalien der Zarenregierung. Freilich haben die russischen Arbeiter in den letzten zwei, drei Jahren, in der Periode der konterrevolutionären Bacchanalien und des Parteizerfalls, der Industriedepression und der lähmenden politischen Gleichgültigkeit unter den breiten Massen, die Möglichkeit verloren, ihren lichten Arbeiterfeiertag nach alter Weise zu feiern. Aber die Belebung, die in letzter Zeit im Lande

eingesetzt hat, die ökonomischen Streiks und die politischen Proteste unter den Arbeitern zur Durchsetzung wenigstens einer Revision des Prozesses gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der zweiten Duma, die entstehende Unzufriedenheit unter den breiten Schichten der Bauernschaft infolge der Hungersnot, die mehr als zwanzig Gouvernements ergriffen hat, die Proteste von hunderttausenden Handlungsgehilfen gegen die „erneuerte“ Ordnung der russischen Erzreaktionäre - alles das spricht dafür, dass der lähmende Schlaf vergeht und einer politischen Belebung im Lande, vor allem unter dem Proletariat, Platz macht. Das ist der Grund, weshalb in diesem Jahre die russischen Arbeiter am heutigen Tage ihren ausländischen Genossen die Hand reichen können und müssen. Das ist der Grund, weshalb sie gemeinsam mit ihnen in dieser oder jener Form den 1. Mai feiern müssen.

Sie müssen heute erklären, dass sie gemeinsam mit den Genossen der freien Länder das goldene Kalb nicht ehren und nicht ehren werden.

Sie müssen außerdem der allgemeinen Forderung der Arbeiter aller Länder ihre eigene, russische Forderung nach dem Sturz des Zarismus, nach der Errichtung der demokratischen Republik hinzufügen.

„Wir hassen die Tyrannen der Krone!“ „Die Ketten des vielgeprüften Volkes ehren wir!“ Tod dem blutbefleckten Zarismus! Schluss mit dem adligen Grundeigentum! Schluss mit der Unternehmertyrannei in den Fabriken, Betrieben und Bergwerken! Den Boden den Bauern! Den Achtstundentag den Arbeitern! Die demokratische Republik allen Bürgern Rußlands!

Das ist es, was die russischen Arbeiter am heutigen Tage außerdem proklamieren müssen.

Es ist Lüge und Lakaientum gegenüber Nikolaus dem Letzten, wenn die russischen Liberalen sich und anderen versichern, der Zarismus habe sich in Rußland gefestigt und sei fähig, die wichtigsten Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen.

Es ist Betrug und Pharisäertum, wenn die russischen Liberalen in allen Tonarten beteuern, die Revolution sei tot und wir lebten in einer „erneuerten“ Ordnung.

Man blicke um sich: Ähnelt das vielgeprüfte Rußland etwa einem „erneuerten“, „wohleingerichteten“ Lande?

An Stelle der demokratischen Verfassung - ein Regime des Galgens und der barbarischen Willkür!

An Stelle eines vom ganzen Volke getragenen Parlaments - die schwarze Duma der schwarzen Gutsbesitzer!

An Stelle der „unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit“, an Stelle der Freiheit des Worts, der Versammlungen, der Presse, der Koalition und der Streiks, die im Manifest vom 17. Oktober schon versprochen wurden - die tote Hand des „Gutdünkens“ und der „Verbote“, verbotene Zeitungen, verbannte Redakteure, zerschlagene Gewerkschaften, auseinander gejagte Versammlungen!

An Stelle der Unantastbarkeit der Person - Misshandlungen in den Gefängnissen, Verhöhnung der Bürger, blutige Abrechnung mit den Streikenden auf den Lena-Goldfeldern!

An Stelle der Befriedigung der Bauernnöte - eine Politik der weiteren Landlosmachung der Bauernmassen!

An Stelle einer geregelten Staatswirtschaft - Unterschleife in den Intendanturen, Unterschleife in den Eisenbahnverwaltungen, Unterschleife in der Forstwirtschaft, Unterschleife im Marineamt!

An Stelle von Ordnung und Disziplin im Regierungsmechanismus - Fälschungen in den Gerichten, Erpressungen und Durchstechereien in der Polizei, Mordtaten und Provokationen in der Ochrana!

An Stelle internationaler Größe des russischen Reiches - das klägliche Fiasko der russischen „Politik“ in den Angelegenheiten des Nahen und Fernen Ostens, die Rolle des Henkers und Zerstörers in den Angelegenheiten des verblutenden Persiens!

An Stelle der Beruhigung und des Wohllebens der Einwohner-Selbstmorde in den Städten und die schreckliche Hungersnot von 30 Millionen Bauern in den Dörfern!

An Stelle einer Gesundung und Säuberung der Sitten - unerhörte Unzucht in den Klöstern, in diesen Zwingburgen der offiziellen Moral!
Und zur Vollendung des Bildes - die bestialische Erschießung Hunderter von Werktätigen auf den Lena-Goldfeldern!...
Die Zerstörer der gewonnenen Freiheiten, die Anhänger der Galgen und Erschießungen, die Autoren des „Gutdünkens“ und der „Verbote“, die diebischen Intendanten, die diebischen Ingenieure, die plündernden Polizisten, die mordenden Ochranabeamten, die Unzucht treibenden Rasputins - da habt ihr sie, die „Erneuerer“ Rußlands!
Und es gibt auf der Welt noch Menschen, die sich erdreisten zu behaupten, in Rußland sei alles in schönster Ordnung, die Revolution sei tot!
Nein, Genossen, wo Millionen von Bauern hungern und Arbeiter wegen eines Streiks zusammengeschossen werden - da wird die Revolution leben, bis die Schande der Menschheit - der russische Zarismus - vom Angesicht der Erde vertilgt ist.
Und wir müssen am heutigen Tage, am Tage des 1. Mai, in dieser oder jener Form, in den Meetings, Massenversammlungen oder Geheimversammlungen - wie das am zweckmäßigsten ist - sagen, dass wir schwören, für den vollen Sturz der Zarenmonarchie zu kämpfen, dass wir die kommende russische Revolution, die Befreierin Rußlands, begrüßen!
So lasst uns denn unseren Genossen im Ausland die Hand reichen und gemeinsam mit ihnen ausrufen:
Nieder mit dem Kapitalismus!
Es lebe der Sozialismus!
Erheben wir das Banner der russischen Revolution und schreiben wir darauf:
Nieder mit der Zarenmonarchie!
Es lebe die demokratische Republik!
Genossen! Wir feiern heute den 1. Mai! Es lebe der 1. Mai!
Es lebe die internationale Sozialdemokratie!
Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Das Zentralkomitee der SDAPR

Erschienen als besondere Proklamation
im April 1912.
Nach dem russischen Manuskript.

EIN NEUER ABSCHNITT

Gleich nach den ökonomischen Aktionen der Arbeiter - ihre politischen Aktionen.
Gleich nach den Lohnstreiks - Proteste, Meetings, politische Streiks aus Anlass des Blutbades an der Lena.
In Petersburg und Moskau, in Riga und Kiew, in Saratow und Jekaterinoslaw, in Odessa und Charkow, in Baku und Nikolajew - überall, an allen Ecken und Enden Rußlands erheben die Arbeiter das Haupt als Antwort auf das Hinmorden ihrer Kameraden an der Lena.
„Wir leben, unser rotes Blut kocht vom Feuer unverbrauchter Kraft „...
Die Arbeiterbewegung hat in ihrer aufsteigenden Belebung die dritte Stufe erreicht. Und das nach den konterrevolutionären Bacchanalien.
Vor zwei Jahren versuchten die Arbeiter noch, sich gegen die immer stärker werdenden Überfälle der unersättlichen Unternehmer zur Wehr zu setzen. Abwehrstreiks, stellenweise aber auch Offensivstreiks - darin kam die Belebung der Bewegung zum Ausdruck. Das war die erste Stufe. Das Moskauer Gebiet war der Vorkämpfer.
Vor anderthalb Jahren gingen die Arbeiter zu Offensivstreiks über. Neue ökonomische Forderungen wurden aufgestellt, man kämpfte für die Bedingungen der Jahre 1905 und 1906, die den Arbeitern während des Wütens der Konterrevolution entrissen worden waren. Das war die zweite Stufe. Die Vorkämpfer waren die westlichen Randgebiete.
Jetzt ist die dritte Stufe an der Reihe, die Periode der politischen Bewegung.
Von Stufe zu Stufe!
Das war auch zu erwarten. Der Aufschwung in den wichtigsten Industriezweigen und das Steigen der kapitalistischen Profite neben dem Rückgang des Reallohns, das Wachstum der beruflichen und politischen Organisationen der Bourgeoisie neben der Zerstörung der Arbeiterorganisationen; die Erhöhung der Preise für lebenswichtige Produkte und das Steigen der Einkünfte der Gutsbesitzer neben dem Hunger von 30 Millionen Bauern, wo die von Not gehetzten Väter und Mütter gezwungen sind, ihre Töchter und Söhne zu verkaufen - alles das musste unweigerlich die politische Belebung in die Reihen der Arbeiterklasse hineintragen.
Die Schüsse an der Lena waren nur ein Signal.
Offensichtlich ist es „auf dem Schipkapass nicht ganz ruhig“. Das fühlen auch die Vertreter der Staatsmacht, die sich schleunigst zur „Befriedung“ des Landes rüsten. Das wirkt sich offenbar sogar auf die Angelegenheiten unserer Außenpolitik aus...
Nachrichten von politischen Proteststreiks aber laufen immerfort noch ein.
Kein Zweifel, dass die unterirdischen Kräfte der Befreiungsbewegung zu arbeiten begonnen haben...
Wir grüßen euch, ihr ersten Schwalben!

Petersburger „Swesda“ (Der Stern) Nr. 30,
15. April 1912.
Unterschrift: K.S.
Nach dem russischen Zeitungstext.

LIBERALE PHARISÄER

Die „Retsch“ hat sich noch einmal „geirrt“! Sie hat, so erfährt man, von der „Regierung“ die „taktlosen“ Erläuterungen zu den Greueltaten an der Lena „nicht erwartet“. Sie hat, seht ihr wohl, „gehofft“, dass der Minister Makarow die Herren Treschtschenko „zur gesetzlichen Verantwortung“ ziehen werde. Und plötzlich nun Makarows Erklärung, Treschtschenko habe recht und man werde auch in Zukunft auf die Arbeiter schießen!

„Wir haben uns geirrt“, bemerkt die liberale „Retsch“ aus diesem Anlass mit geheuchelter Zerknirschung (siehe „Retsch“ vom 12. April).

Die armen Kadetten, zum wievielten Mal „irren“ sie in ihren Hoffnungen auf die Regierung!

Vor noch nicht so langer Zeit „dachten“ sie, in Rußland gäbe es eine Verfassung; und in allen Zungen schworen sie vor Europa, „unsere vereinigte Regierung“ sei „durchaus konstitutionell“. Das war in London, weitab von Rußland. Sie brauchten jedoch nur nach Rußland, in das Land des „Gutdünkens“ und der „Verbote“ zurückzukehren, um ihren „Fehler“ einzugestehen und „enttäuscht zu werden“.

Vor noch nicht so langer Zeit „glaubten“ sie, es sei Stolypin gelungen, das Land auf den Weg der parlamentarischen „Erneuerung“ zu bringen. Aber Stolypin brauchte nur von dem berühmten Artikel 87[102] Gebrauch zu machen - und die Kadetten stimmten abermals das Lied von ihren „Fehlern“ und „Missverständnissen“ an.

Ist es lange her, dass die Kadetten zwischen der russischen Regierung (man denke an den Streik der Hafenarbeiter) und der englischen Regierung eine Parallele in der Haltung beider zu den Streiks zogen? Aber es brauchte sich nur das Lena-Drama abzuspielen, damit die Kadetten noch einmal ihr pharisäisches Lied sangen „Wir haben uns geirrt“.

Merkwürdig ist nur: Die „Fehler“ und „Enttäuschungen“ werden immer größer, die kadettische Taktik des Liebäugelns mit der Regierung aber bleibt unverändert!

Die armen, armen Kadetten! Sie „hoffen“ offenbar auf naive Leser, die an ihre Aufrichtigkeit glauben.

Sie „denken“, dass die Bevölkerung ihr lakaienhaftes Kriechen vor den Feinden der Befreiung Rußlands nicht bemerkt.

Sie wissen noch nicht, wenn sie sich bisher immer wieder in ihren Ansichten von der Regierung „geirrt haben“, dass es ihnen jetzt bevorsteht, von den Massen der Bevölkerung „enttäuscht zu werden“, die endlich ihren konterrevolutionären Charakter erkennen und ihnen den Rücken zukehren werden.

Wen aber werden die Herren Kadetten dann betrügen?

Lakaientum vor der Regierung, Pharisäertum vor dem Lande - wofür nennt man sie eigentlich „die Partei der Volksfreiheit“?

Petersburger „Swesda“ (Der Stern) Nr. 30,
15. April 1912.
Unterschrift: S.
Wach denn russischen Zeitungstext.

PARTEILOSE SONDERLINGE

Der parteilose Progressismus ist Mode geworden. Das ist nun einmal die Natur des russischen Intellektuellen - er braucht eine Mode. Man begeisterte sich für den Typ Sanin, verfiel der Dekadenz - jetzt ist die Parteilosigkeit an der Reihe.
Was ist das, Parteilosigkeit?
In Rußland gibt es Gutsbesitzer und Bauern, ihre Interessen sind einander entgegengesetzt, der Kampf zwischen ihnen ist eine unvermeidliche Erscheinung. Aber die Parteilosigkeit geht an dieser Tatsache vorüber, sie ist geneigt, die Gegensätzlichkeit der Interessen zu verschweigen.
In Rußland gibt es Bourgeois und Proletarier, der Sieg der einen dieser beiden Klassen bedeutet die Niederlage der anderen. Aber die Parteilosigkeit verkleistert die Gegensätzlichkeit der Interessen, sie schließt die Augen vor der Tatsache ihres Kampfes.
Jede Klasse hat ihre Partei, mit einem besonderen Programm, mit einer besonderen Physiognomie. Die Parteien leiten den Kampf der Klassen: ohne Parteien gäbe es keinen Kampf, sondern das Chaos, die Abwesenheit von Klarheit, die Vermengung der Interessen. Aber die Parteilosigkeit liebt keine Klarheit und Bestimmtheit, sie zieht Nebelhaftigkeit und Programmlosigkeit vor.
Verkleisterung der Klassengegensätze, Verschweigung des Klassenkampfes, Fehlen einer Physiognomie, Bekämpfung des Programmprinzips, Streben nach Chaos und Vermengung der Interessen - das ist die Parteilosigkeit.
Was strebt die Parteilosigkeit an?
Die Vereinigung des Unvereinbaren, die Realisierung des Unrealisierbaren.
Bourgeois und Proletarier miteinander verbünden, eine Brücke zwischen Gutsbesitzern und Bauern schlagen, die Fuhre mit Hilfe des Schwans, des Krebses und des Hechts von der Stelle bringen - danach strebt die Parteilosigkeit.
Die Parteilosigkeit fühlt ihre Ohnmacht, das Unvereinbare zu vereinigen, und seufzt deshalb:

„Ach ja, wenn das Wenn und das Aber nicht wär',
dann flögen gebratene Tauben daher!"

Aber es fliegen einem keine gebratenen Tauben in den Mund, und die Parteilosigkeit hat jedes Mal das Nachsehen, ist die Dumme.
Ein Mensch ohne Kopf oder, genauer gesprochen, mit einer Rübe auf den Schultern an Stelle des Kopfes - das ist die Parteilosigkeit.
Gerade diese Position bezieht die „progressive" Zeitschrift „Saprossy Shisni"[103].
„Die Rechtsparteien haben bereits ihren Entschluss gefasst", sagen die „Saprossy Shisni", „sie werden sich zwecks Bekämpfung der gesamten progressiven Opposition zu einer reaktionären Masse vereinigen... Dem Block der Rechten muss deshalb ein Block der Linken entgegen gestellt werden, der alle progressiven Gesellschaftselemente umfasst" (siehe „Saprossy Shisni" Nr. 6).
Wer aber sind diese „progressiven Elemente"?
Das sind die friedlichen Erneuerer[104] die Kadetten, die Trudowiki, die Sozialdemokraten. Das heißt „progressive" Bourgeois, liberalisierende Gutsbesitzer, nach dem Gutsherrenland dürstende Bauern und gegen die Bourgeois kämpfende Proletarier.
Und die „Saprossy Shisni" streben die Vereinigung dieser „Elemente" an!
Nicht wahr, das ist sehr originell und - töricht?
Und dieses Organ prinzipienloser Leute will den Sozialdemokraten über die Taktik bei den Wahlen zur IV. Duma Belehrungen erteilen?
Sonderlinge!...

Petersburger „Swesda" (Der Stern) Nr. 30, 15. April 1912.
Unterschrift: K. S-n.
Nach dem russischen Zeitungstext.

DAS LEBEN SIEGT!

„Die von den Arbeitern eingesandten Petitionen,
in denen sie die Freiheit... der Koalitionen
fordern, haben ihre Lage nicht im geringsten
erleichtert, sondern im Gegenteil, die Antwort,
die die Arbeiter auf diese Forderung erhielten,
war ein Blutbad“...

Aus der Rede des Deputierten Kusnezow

Vor nicht so langer Zeit - es ist erst ein Jahr her - eröffneten die Eiferer der „legalen Partei“, die Herren Liquidatoren, mit Pauken und Trompeten die so genannte Petitionskampagne.
Das „publizistische“ Organ der Liquidatoren, das allen bekannte „Delo Shisni“[105], schrieb, die nächste Aufgabe der Arbeiterbewegung sei der Kampf für das Koalitionsrecht durch Petitionen.
Das „wissenschaftliche“ Organ der Liquidatoren, „Nascha Sarja“[106], versicherte den Arbeitern, um diese Aufgabe „zu begründen“, die Petitionen würden „breite Massen“ um sich organisieren.
Da aber spielte sich auf den Lena-Goldfeldern das blutige Drama ab, trat das lebendige Leben mit seinen unerbittlichen Widersprüchen auf die Bühne - und die Petitionstaktik der Liquidatoren zerstob zu Staub. Der gesetzliche Streik, Petitionen, Bitten - alles ist hin! Die „erneuerte“ Ordnung hat ihr wahres Gesicht gezeigt. Und der Vertreter dieser Ordnung, der Minister Makarow, hat, gleichsam der größeren Klarheit halber, erklärt, die Erschießung von 500 Arbeitern sei noch nicht alles, das sei erst der Anfang, auch in Zukunft werde mit Gottes Hilfe das gleiche geschehen...
Das hat gesessen! Die mit soviel Lärm eingeleitete Petitionstaktik ist am Leben zerschellt! Die Politik der Petitionen hat sich als ohnmächtig erwiesen!
Nicht Petitionen ist es also beschieden, den uralten Streit zwischen dem alten und dem neuen Rußland zu entscheiden...
Die zahlreichen Meetings und Streiks der Arbeiter aber, die sich an allen Ecken und Enden Rußlands anlässlich des Lena-Gemetzels erhoben haben - sprechen sie nicht ein übriges Mal davon, dass die Arbeiter nicht den Weg der Petitionen gehen werden?
Man höre den Arbeiterdeputierten Kusnezow:
„Im Grunde haben die von den Arbeitern eingesandten Petitionen, in denen sie die Freiheit der Koalitionen fordern, ihre Lage nicht im geringsten erleichtert, sondern im Gegenteil, die Antwort, die die Arbeiter auf diese Forderung erhielten, war ein Blutbad“...
Das sagt der Deputierte Kusnezow.
Anders kann ein Arbeiterdeputierter, der auf die Stimme des ihm vertrauten Arbeitermilieus horcht, auch nicht sprechen.
Nein, die Liquidatoren haben kein Glück!...
Nun, und die Petitionstaktik? Wohin soll man die stecken? Natürlich irgendwohin, recht weit weg von den Arbeitern...
Ja, ja, die Lehren des Lebens gehen offensichtlich nicht einmal an den Liquidatoren spurlos vorbei. Der Petitionsrausch beginnt, wie es scheint, zu weichen. Nun wohl, wir begrüßen sie zu der Ernüchterung, wir begrüßen sie von ganzem Herzen!
Wir wiederholen ja schon seit langem: Das Leben ist allmächtig, es bleibt stets Sieger...

Petersburger „Swesda“ (Der Stern) Nr. 30,
15. April 1912.
Unterschrift: K. Salin.
Nach dem russischen Zeitungstext.

SIE ARBEITEN GUT…

Nach den Schüssen an der Lena - Streiks und Proteste in ganz Rußland.
Nach den in der Duma abgegebenen „Erläuterungen“ des Ministers Makarow - eine Demonstration in der Hauptstadt Rußlands.
Die Regierung wollte Rußland in die eiserne Umklammerung blutiger „Verfügungen“ zwingen.
Rußland aber hat gezeigt, dass es stärker ist als die Regierung, und hat beschlossen, seinen eigenen Weg zu gehen...
Werfen wir noch einen Blick auf die Geschichte der Ereignisse an der Lena.
Auf den Lena-Goldfeldern streikten 6000 Arbeiter. Es war ein friedlicher, organisierter Streik. Natürlich steht es der lügenhaften „Retsch“ frei, von einer „spontanen Rebellion“ an der Lena zu sprechen (siehe Nr. 103). Wir aber urteilen nicht nach der lügenhaften „Retsch“, sondern nach dem „Rapport“ des Augenzeugen Tultschinski. Herr Tultschinski aber behauptet, die Arbeiter hätten sich an jenem Tage musterhaft benommen und sie hätten „keinerlei Steine und Knüppel“ gehabt. Denn die höllischen Arbeitsbedingungen auf den Goldfeldern, die minimalen Forderungen der Arbeiter, der freiwillige Verzicht auf die Achtstundenforderung, die Bereitschaft der Arbeiter zu weiteren Zugeständnissen - alles das ist das bekannte Bild des friedlichen Lena-Streiks.
Nichtsdestoweniger hielt es die Regierung für notwendig, die Arbeiter niederzuschießen, friedliche, unbewaffnete Arbeiter, die Tabaksbeutel in den Händen hatten und Eingaben für die Freilassung der verhafteten Kollegen in den Taschen trugen...
Treschtschenko ist nicht zur Verantwortung gezogen worden - ist es nicht klar, dass er auf Verfügung von oben gehandelt hat?
Man hat beschlossen, die Arbeiter zur Verantwortung zu ziehen und nicht Treschtschenko - ist es etwa nicht klar, dass irgendjemand das Blut des Proletariats braucht?
Am Tage der Schüsse wollte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens wollte man den gierigen Appetit der Lena-Kannibalen befriedigen. Zweitens wollte man die Arbeiter der anderen Städte und Landschaften einschüchtern. Tragt, wollte man sagen, ohne Murren das Joch des Kapitals, sonst verfahren wir mit euch ebenso wie mit den Lena-Arbeitern.
Das Ergebnis ist, dass weder das eine noch das andere erreicht wurde. Die Lena-Kannibalen sind nicht zufrieden gestellt, denn der Streik auf den Goldfeldern geht weiter.
Die Arbeiter der anderen Städte aber sind nicht nur nicht eingeschüchtert, sondern zum Zeichen des Protestes gegen das Blutbad führen sie im Gegenteil einen Streik nach dem anderen durch.
Mehr noch. Rußlands Hauptstadt, Petersburg, hat Makarows „Erläuterungen“ mit einer Demonstration von tausenden Studenten und Arbeitern beantwortet.
Der feinfühligste Teil der russischen Gesellschaft, die studierende Jugend, hat dem revolutionärsten Teil des russischen Volkes, dem Proletariat, die Hand hingestreckt, die roten Banner erhoben und verkündet: Jawohl, „so war es“, aber so darf es nicht mehr sein!
Von dem friedlichen ökonomischen Streik an der Lena zu politischen Streiks über ganz Rußland, von politischen Streiks über ganz Rußland zu einer vieltausendköpfigen Demonstration von Studenten und Arbeitern direkt im Zentrum Rußlands - das haben die Vertreter der Staatsmacht in ihrem Kampf gegen die Arbeiter erreicht.
Jawohl, brav „wühlt der Maulwurf“ der Befreiungsbewegung, die weit blickende russische Regierung!
Noch zwei oder drei solche „Heldentaten“, und man wird unzweifelhaft sagen können, dass von der marktschreierischen Phrase des Ministers Makarow nur eine klägliche Erinnerung übrig geblieben ist.
Arbeitet nur, ihr Herren, arbeitet nur!

Petersburger „Swesda" (Der Stern) Nr. 31,
17. April 1912.
Unterschrift: K. Solin.
Nach dem russischen Zeitungstext.

IN GANG GEKOMMEN!...

In Ketten geschlagen lag das Land seinen Unterdrückern zu Füßen. Es brauchte eine Volksverfassung - und es erhielt barbarische Willkür, Maßnahmen der „Verbote“ und des „Gutdünkens“.
Es benötigte ein Volksparlament - und man gab ihm eine Herrenduma, die Duma Purischkewitschs und Gutschkows.
Es brauchte die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Streiks, der Koalitionen - aber es sieht rings um sich nur zerstörte Arbeiterorganisationen, verbotene Zeitungen, verhaftete Redakteure, auseinander gejagte Versammlungen, verbannte Streikteilnehmer.
Es forderte Boden für die Bauern - und man tischte ihm Agrargesetze auf, die die Bauernmassen einem Häuflein von Dorfreichen zuliebe in eine noch größere Bodennot stürzten.
Man versprach ihm den Schutz der „Persönlichkeit“ und des „Eigentums“ - aber die Gefängnisse und Verbannungsorte sind von „Unzuverlässigen“ überfüllt, und die Chefs der Kriminalpolizeibehörden (man denke an Kiew, an Tiflis!) schließen ein Bündnis mit Banditen und Dieben, um die Persönlichkeit zu knechten und das Eigentum zu plündern.
Man versprach ihm „Wohlleben“ und „Gedeihen“, aber die Bauernwirtschaft verkümmert immer mehr, Dutzende Millionen Bauern hungern, Skorbut und Typhus raffen Tausende dahin...
Das Land aber duldete und duldete...
Diejenigen aber, die nicht mehr dulden konnten, nahmen sich das Leben.
Doch alles hat einmal ein Ende - auch die Geduld des Landes ist zu Ende.
Die Schüsse an der Lena haben das Eis des Schweigens gebrochen, und - der Strom der Volksbewegung ist in Gang gekommen.
In Gang gekommen!...
Alles, was .es Böses und Unheilvolles im gegenwärtigen Regime gab, alles, woran das vielgeprüfte Rußland dahinkrankte - alles das hat sich in der einen Tatsache, in den Ereignissen an der Lena, zusammengeballt.
Das ist der Grund, warum gerade die Schüsse an der Lena zum Signal für Streiks und Demonstrationen wurden.
Hierin - und nur hierin - muss man die Erklärungen für die letzten Ereignisse suchen.
Die Obermacher der Duma aber - Oktobristen, Kadetten, Progressisten[107] - warten auf „Erläuterungen“ von oben, aus dem Munde der Vertreter der Staatsmacht!
Die Oktobristen „fragen an“, die Progressisten „fragen“ einfach, die Kadetten „finden es zeitgemäß“, von irgendwelchen Treschtschenkos, kläglichen Marionetten in den Händen der Ereignisse, zu reden!
Und das zu einer Zeit, wo Makarow ihnen bereits sein prahlerisches „So war es und so wird’s bleiben“ hingeschleudert hat!
In der Hauptstadt Rußlands streiken Zehntausende von Arbeitern, die Truppen sind in Alarmzustand versetzt worden, wegen innerer „Komplikationen“ gehen die Angelegenheiten „unserer“ Außenpolitik in der Frage der Dardanellen in die Brüche - sie aber warten auf Antwort von oben aus den „Sphären“!
Die Blinden! Sie sehen nicht, dass in diesen Tagen das Wort dem Proletariat und nicht den Vertretern der Staatsgewalt gehört...

Petersburger „Swesda“ (Der Stern) Nr. 32, 19. April 1912.
Unterschrift: K. S.
Nach dem russischen Zeitungstext.

WIE SIE SICH FÜR DIE WAHLEN RÜSTEN

Es nahen die Wahlen zur IV. Duma[108], und die Feinde der Befreiungsbewegung mobilisieren ihre Kräfte.

Da haben wir vor allem die konterrevolutionären Parteien: die äußersten Rechten, die Nationalisten, die Oktobristen. Sie alle unterstützen auf diese oder jene Weise die Regierung. Worauf können sie in der bevorstehenden Wahlkampagne rechnen? Natürlich nicht auf die Sympathie der breiten Schichten der Bevölkerung: die Parteien, die ihr Schicksal mit dem Schicksal der Regierung des Lena-Blutbades verbunden haben, können nicht auf die Sympathie der Massen rechnen! Ihre einzige Hoffnung sind die „Verfügungen“ der Regierung. An „Verfügungen“ aber wird, wie üblich, kein Mangel sein. Das Innenministerium hat bereits an die Gouverneure ein Rundschreiben versandt, worin es empfiehlt, „Maßnahmen zu treffen, damit von den Amtsbezirken durchaus zuverlässige und nicht zu den Linken gehörende Leute als Bevollmächtigte gewählt werden“. Worauf aber in Wirklichkeit alle diese „Maßnahmen“ hinauslaufen werden, das wissen wir aus der Praxis: Streichung linker Kandidaten aus den Listen, künstlich gegen sie angestrengte Prozesse, Verhaftung, Verbannung - das sind diese „Maßnahmen“! Anderseits rät der Heilige Synod den Eparchialbischöfen, an den bevorstehenden Wahlen aufs lebhafteste mitzuwirken, standhafte Verteidiger der Kircheninteressen in die Duma zu bringen und zu diesem Zweck Wahlkongresse der Eparchialgeistlichkeit einzuberufen, zur Herausgabe besonderer Wahlzeitungen zu schreiten usw.

Schlecht, sehr schlecht steht es um die Angelegenheiten der Regierungsparteien, wenn selbst die Kirchenväter gezwungen sind, ihretwegen die „kirchlichen Angelegenheiten“ den „weltlichen Angelegenheiten“ zuliebe zu vernachlässigen!

Wahlen unter dem Druck der geistlichen und der weltlichen Gouverneure - auf diese Mittel also können sie rechnen.

Freilich gibt es noch ein Mittel - die Marke der Parteilosigkeit aufzukleben und sich durch Beschwindelung der Wähler irgendwie in die Duma einzuschleichen, um dann die Maske abzuwerfen. Eben dorthin wird die „Sache“ von den Kownoer Nationalisten gewendet, die in den letzten Tagen in der Maske der Parteilosigkeit aufgetreten sind. Aber das ist ein raffiniertes Mittel und dürfte wohl für unsere plumpen Büffel von Reaktionären nicht geeignet sein...

Anders die russischen Liberalen: Kadetten, friedliche Erneuerer, Progressisten. Das ist ein flinkes Publikum, und ihm würde es wohl gelingen, die Marke der Parteilosigkeit voll und ganz auszunutzen... Eine solche Parteilosigkeit brauchen aber die Kadetten, die ihre Schminke immer mehr verlieren, sie brauchen sie dringend.

Die Sache ist die, dass der Mann auf der Straße während der III. Duma gelernt hat, die Oktobristen und Kadetten kritisch zu betrachten. Anderseits sind die Leute der „ersten Kurie“, die städtischen Großbourgeois, von den Oktobristen „enttäuscht“, die ihre Hoffnungen nicht „gerechtfertigt“ haben. Es gibt also eine Möglichkeit, die Oktobristen, die Konkurrenten der Kadetten in den Ministerialvorzimmern, „aus dem Sattel zu werfen“. Wie aber kann eine Brücke zur „ersten Kurie“ geschlagen werden, wenn nicht über die progressiven friedlichen Erneuerer? Deshalb - es lebe das Bündnis mit den friedlichen Erneuerern! Freilich muss man zu diesem Zweck „ein klein bisschen“ nach rechts rücken, aber was ist das schon für ein Malheur: Darf man denn nicht nach rechts rücken, wenn das so vorteilhaft ist?

Also nach rechts ausrichten!

Anderseits sind die „kleinen und mittleren Städter“ der „zweiten Kurie“, die Intelligenz, die Handlungsgehilfen und andere, inzwischen erheblich nach links gerückt, besonders in Verbindung mit den um sich greifenden Ereignissen an der Lena. Die Kadetten spüren die Last ihrer politischen Sünden, sie haben allzu oft versucht, die Sache der „Volksfreiheit“ zu verraten, sie würden, weiß Gott, auch jetzt mit Freuden in die Ministerialvorzimmer rennen,

wenn sie überzeugt wären, dass man sie hineinlässt! Aber gerade deshalb beginnen die städtischen demokratischen Schichten, die Kadetten scheel anzusehen. Muss man noch sagen, dass es ziemlich gefährlich ist, vor solchen Wählern ohne Maske, mit der eigenen Physiognomie liberaler Verräter aufzutreten? Was aber soll man in solchem Fall für die nach links gerückte Stadtbevölkerung ausdenken, die bereits von den Kadetten abrückt, aber noch nicht bei den Sozialdemokraten angelangt ist? Natürlich progressiven Nebel... Verzeihung - progressive Parteilosigkeit. Oh, man glaube nicht, dass die Progressisten Kadetten seien! Nein, sie sind durchaus keine Kadetten, sie werden nur für die kadettischen Kandidaten stimmen, sie sind bloß „parteilose" Kommis der Kadetten... Und die Kadetten machen Reklame für die „parteilosen" Progressisten: Man kann nicht anders, man muss wenigstens in Worten nach links rücken, zur... Parteilosigkeit hin!

Also nach links ausrichten!

Einerseits... anderseits... weiter nach rechts... weiter nach links... Das ist die Politik der Partei des liberalen Volksbetrugs, der Partei der Kadetten.

Den Wähler beschwindeln - auf dieses Mittel werden die russischen Liberalen rechnen.

Und - das muss betont werden - die parteilose Scharlatanerie kann bei den Wahlen eine große Rolle spielen. Sie kann eine große Rolle spielen, wenn die Sozialdemokraten den liberalen Herren nicht die Maske herunterreißen, wenn sie anlässlich der beginnenden Wahlen keine energische Kampagne führen, wenn sie nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte aufbieten, damit sich die städtischen demokratischen Schichten um den Führer der Befreiungsbewegung, um das russische Proletariat zusammenschließen.

Petersburger „Swesda" (Der Stern) Nr. 32,
19. April 1912.
Unterschrift: K. Solin.
Nach dem russischen Zeitungstext.

DIE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die erste Woge des politischen Aufschwungs beginnt abzuebben. Die „letzten“ Streiks sind im Gange. Hier und da hört man noch die Stimmen protestierender Streikender, aber das werden die „letzten“ Stimmen sein. Das Land beginnt vorderhand das „gewöhnliche“ Aussehen anzunehmen...

Welche Lehren kann das Proletariat aus den letzten Ereignissen ziehen?

Rekonstruieren wir das Bild der „Tage der Bewegung“.

4. April. Das Blutbad an der Lena. Etwa 500 Tote und Verwundete. Im Lande ist es scheinbar ruhig. Die Stimmung der Regierung ist fest. Es beginnen Proteststreiks im Süden.

10. April. Anfrage in der Duma. Die Zahl der Streiks wächst. Die Stimmung wird unruhig.

11.April. Antwort des Ministers Makarow: „So war es und so wird’s bleiben.“ Timaschow ist „nicht völlig“ mit Makarow einverstanden. Die erste Verwirrung in den Reihen der Vertreter der Staatsmacht. In Petersburg sind Meetings und Streiks im Gange. In der Provinz wächst die Bewegung an.

15. April. In Petersburg demonstrieren Studenten und Arbeiter.

18.April. In Petersburg streiken mehr als 100000 Arbeiter. Die Arbeiter veranstalten Demonstrationen. Die Staatsgewalt verliert den Kopf. Makarow wagt nicht, sich in der Duma zu zeigen. Timaschow bringt eine Entschuldigung vor. Die Staatsmacht weicht zurück. Zugeständnis an die „öffentliche Meinung“.

Die Schlussfolgerung ist klar: Durch Schweigen und Dulden kann man die Befreiung nicht erreichen. Je lauter die Stimme der Arbeiter ertönt, umso mehr verlieren die Kräfte der Reaktion den Kopf, umso rascher weichen sie zurück...

„Tage der Bewegung“ sind das beste Feld zur Erprobung der politischen Parteien. Man muss die Parteien nicht danach beurteilen, was sie sagen, sondern danach, wie sie sich „in den Tagen des Kampfes“ benehmen. Wie aber haben sich die Parteien, die sich „Volksparteien“ nennen, in diesen Tagen benommen?

Die Gruppe der extrem-erzreaktionären Gutsbesitzer mit den Samyslowskis und Markows an der Spitze verbarg mit Mühe ihre Freude über das Blutbad an der Lena. Man gestatte doch, die Staatsmacht hat Kraft und Strenge gezeigt - mögen die „Faulenzer“, die Arbeiter, wissen, mit wem sie es zu tun haben! Sie haben Makarow Beifall geklatscht. Sie haben gegen die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma gestimmt. Ihre Zeitung „Semschtschina“[109] hetzte die Staatsmacht in jeder Weise gegen die „Agitatoren“ an der Lena, gegen die über ganz Rußland streikenden Arbeiter, gegen die Arbeiterzeitung „Swesda“ auf.

Die Gruppe der gemäßigt-erzreaktionären Gutsbesitzer mit den Balaschows und Krupenskis an der Spitze hatte im Grunde nichts gegen das Blutbad - sie bedauerte bloß, dass die Staatsmacht allzu durchsichtig und offen handelte. Deshalb wünschte sie, während sie Krokodilstränen über die „Getöteten“ vergoss, der Regierung gleichzeitig ein „taktvolles Vorgehen“ bei den Erschießungen. Sie stimmte gegen die Anfrage der sozial-demokratischen Fraktion, und ihr Organ „Nowoje Wremja“[110] schlug der Staatsgewalt vor, mit „überzeugten Streikenden“ „keine Umstände zu machen“, den Demonstranten „keine leichte Geldstrafe oder Haft, sondern eine sehr strenge Sühne“ aufzuerlegen und keine verhafteten „Agitatoren“ mehr aus den Gefängnissen zu entlassen.

Die Partei der konservativen Gutsbesitzer und parasitären Schichten der Bourgeoisie, die Partei der Oktobristen mit den Gutschkows und Gololobows an der Spitze, trauerte nicht um die Erschossenen, sondern darum, dass dem von ihr unterstützten Kabinett „Unannehmlichkeiten“ (Streiks) wegen „unrichtiger Anwendung der Feuerwaffe“ an der Lena entstanden sind. Sie nannte in ihrem Organ „Golos Moskwy“[111] Makarows Auftreten „nicht ganz taktvoll“ und gab der Überzeugung Ausdruck, dass die Regierung „an dem vergossenen Blut unschuldig“ sei. Sie brachte die Anfrage der Sozialdemokraten zu Fall. Sie machte die

Behörden gegen die „Hetzer“ scharf. Als dann Timaschow daranging, Makarow zu rehabilitieren, da klatschte sie ihm Beifall und hielt den „Zwischenfall“ für erledigt.
Die Partei der liberalen Gutsbesitzer und der Mittelschichten der Bourgeoisie, die Partei der Kadetten mit den Miljukows und Maklakows an der Spitze, trat mit donnernden Phrasen gegen das Blutbad an der Lena auf, fand jedoch, dass es sich nicht um die Grundlagen des Regimes, sondern um Personen vom Schlage Treschtschenkos und Belosjorows handelte. Sie gab sich deshalb, nachdem sie über Makarows Auftreten ihr pharisäisches „Wir haben uns geirrt“ durchgesungen hatte, mit dem „reuigen“ Auftreten Timaschows durchaus zufrieden und wurde still. Einerseits unterstützte sie die sozialdemokratische Fraktion, die das Gericht des Landes über die Vertreter der Staatsmacht forderte. Anderseits begrüßte sie die Vertreter der Industriebourgeoisie, die Herren friedlichen Erneuerer, die die gleichen Vertreter der Staatsmacht ersuchten, die streikenden Arbeiter mit „kultivierten Maßnahmen“ zu beschwichtigen. Und damit keinerlei Zweifel über ihre, der Partei der Kadetten, Regierungstreue übrig blieben - erklärte sie wahrhaftig in ihrer „Retsch“ den Lena-Streik für eine „spontane Rebellion“.
So benahmen sich alle diese „Volksparteien“ in den „Tagen der Bewegung“.
Mögen die Arbeiter dessen eingedenk sein und es ihnen an den „Tagen der Wahlen“ zur IV. Duma gebührend heimzahlen.
Nur die Sozialdemokratie verteidigte in den „Tagen des Kampfes“ die Interessen der Arbeiter, nur sie sagte die ganze Wahrheit.
Die Schlussfolgerung ist klar: Die Sozialdemokratie ist die einzige Verteidigerin des Proletariats. Alle übrigen erwähnten Parteien sind Feinde der Arbeiterklasse, mit dem Unterschied jedoch, dass sie auf verschiedene Weise gegen die Arbeiter kämpfen: die einen mit „kultivierten Maßnahmen“, andere mit „nicht ganz kultivierten“, und wieder andere sogar mit „durchaus unkultivierten“ Maßnahmen.
Jetzt, wo die erste Woge des Aufschwungs abebbt, beginnen die dunklen Kräfte, die ihr Antlitz hinter einem Schleier von Krokodilstränen versteckt hatten, aufs Neue in Erscheinung zu treten. Die „Semschtschina“ ruft nach „Maßnahmen“ gegen die Arbeiterpresse. Das „Nowoje Wremja“ fordert auf, gegen die „überzeugten“ Arbeiter schonungslos vorzugehen. Die Behörden aber machen sich ans „Werk“ und verhaften immer und immer wieder „Unzuverlässige“. Worauf können sie aber bei ihrem „neuen Feldzug“ rechnen, woher kommt den Behörden, die beinahe schon den Kopf verloren hatten, eine solche Kühnheit?
Sie können nur auf eins rechnen: auf die Unmöglichkeit, jedes Mal Massenproteste zu erheben, auf die Unorganisiertheit der Arbeiter, auf ihre mangelnde Bewusstheit.

Petersburger „Swesda“ (Der Stern) Nr. 33,
22.April 1912.
Unterschrift: K. Solin.
Nach dem russischen Zeitungstext.

UNSERE ZIELE

Wer die „Swesda" liest und ihre Mitarbeiter kennt, die auch die Mitarbeiter der „Prawda"[112] sind, der begreift unschwer, in welcher Richtung die „Prawda" arbeiten wird. Den Weg der russischen Arbeiterbewegung mit dem Lichte der internationalen Sozialdemokratie erleuchten, unter den Arbeitern die Wahrheit über Freunde und Feinde der Arbeiterklasse verbreiten und die Interessen der Arbeitersache treu hüten - diese Ziele wird die „Prawda" verfolgen.

Indem wir uns solche Ziele setzen, beabsichtigen wir durchaus nicht, die Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen, die es unter den sozialdemokratischen Arbeitern gibt. Noch mehr: Wir glauben, dass eine mächtige und lebensvolle Bewegung ohne Meinungsverschiedenheiten undenkbar ist, - nur auf dem Friedhof ist die „völlige Identität der Ansichten" zu verwirklichen! Aber dies bedeutet noch nicht, dass es mehr Differenzpunkte als Punkte der Übereinstimmung gibt. Bei weitem nicht! Wie sehr die fortgeschrittenen Arbeiter auch auseinander gehen mögen, sie können nicht vergessen, dass sie alle, ohne Unterschied der Fraktionen, in gleicher Weise ausgebeutet werden, dass sie alle, ohne Unterschied der Fraktionen, in gleicher Weise rechtlos sind. Deshalb wird die „Prawda" vor allem und hauptsächlich zur Einheit des Klassenkampfs des Proletariats, zur Einheit unter allen Umständen, aufrufen. In dem Maße, wie wir gegen die Feinde unversöhnlich sein müssen, müssen wir untereinander nachgiebig sein. Krieg gegen die Feinde der Arbeiterbewegung, Frieden und einmütige Arbeit innerhalb der Bewegung - davon wird sich die „Prawda" in ihrer tagtäglichen Arbeit leiten lassen.

Das zu betonen ist jetzt besonders notwendig, wo die Lena-Ereignisse und die bevorstehenden Wahlen zur IV. Duma vor den Arbeitern mit außerordentlicher Nachdrücklichkeit die Frage der Notwendigkeit aufwerfen, sich zu einer einheitlichen Klassenorganisation zusammenzuschließen...

Indem wir an die Arbeit gehen, sind wir uns bewusst, dass unser Weg voller Dornen ist. Es genügt, sich an die „Swesda" zu erinnern, die unzählige Male konfisziert und „belangt" worden ist. Doch vor Dornen haben wir keine Angst, wenn die Sympathie der Arbeiter, die jetzt die „Prawda" umgibt, auch künftig anhält. Aus dieser Sympathie wird sie die Energie für den Kampf schöpfen! Wir möchten, dass diese Sympathie wächst. Wir möchten außerdem, dass sich die Arbeiter nicht auf die Sympathie beschränken, sondern an der Leitung unserer Zeitung aktiv mitarbeiten. Mögen die Arbeiter nicht sagen, Schriftstellerei sei für sie eine „ungewohnte" Arbeit: Die Arbeiterliteraten fallen nicht fertig vom Himmel, sie werden nur nach und nach, im Laufe der literarischen Arbeit herangebildet. Man muss nur mutig ans Werk gehen: ein paar Mal wird man stolpern, und dann lernt man schreiben...

Also einmütig ans Werk!

„Prawda" Nr. 1
22. April 1912.
Artikel ohne Unterschrift.
Nach dem russischen Zeitungstext.

WÄHLERAUFTRAG DER PETERSBURGER ARBEITER AN IHREN ARBEITERDEPUTIERTEN[113]

Die von der Bewegung des Jahres 1905 aufgestellten Forderungen des russischen Volkes sind ungelöst geblieben.

Die Entwicklung der Reaktion und der „erneuerten Ordnung“ hat diese Forderungen nicht nur nicht befriedigt, sondern sie im Gegenteil noch mehr verschärft.

Die Arbeiter sind häufig nicht nur der Möglichkeit zu streiken beraubt - denn sie haben keine Garantie, dass man nicht dafür auf sie schießen wird; nicht nur der Möglichkeit, Verbände zu gründen und Versammlungen zu veranstalten - denn sie haben keine Garantie, dass man sie nicht dafür verhaften wird -, sondern auch der Möglichkeit, zur Duma zu wählen, da sie sowieso „erläutert“[114] oder verbannt werden: Hat man doch in diesen Tagen Putilow-Arbeiter und Arbeiter von der Newa-Werft „erläutert“!

Wir sprechen schon gar nicht von den zu Dutzenden von Millionen hungernden Bauern, die der Willkür der Gutsbesitzer und der Semstwovorsteher ausgesetzt sind...

Alles das spricht von der Notwendigkeit, die Forderungen des Jahres 1905 zu befriedigen.

Der Zustand des Wirtschaftslebens Rußlands aber, die bereits auftretenden Anzeichen der kommenden Industriekrise und die immer stärker werdende Verelendung breiter Schichten der Bauernschaft geben der Notwendigkeit einen besonderen Nachdruck, die Aufgaben des Jahres 1905 zu lösen.

Wir sind deshalb der Meinung, dass Rußland am Vorabend kommender Massenbewegungen steht, die vielleicht tiefer sein werden als im Jahre 1905. Dafür zeugen die Lena-Aktionen, die Proteststreiks gegen die „Erläuterungen“ usw.

Vorkämpfer dieser Bewegungen wird wie im Jahre 1905 die fortgeschrittenste Klasse der russischen Gesellschaft sein, das russische Proletariat.

Sein Bundesgenosse aber kann nur die vielgeprüfte Bauernschaft sein, die an der Befreiung Rußlands von feudalen Fesseln ein Lebensinteresse hat.

Einen Zweifrontenkampf - gegen die feudal-bürokratischen Zustände und gegen die liberale Bourgeoisie, die ein Bündnis mit der alten Staats-acht sucht -, diese Form müssen die künftigen Aktionen des Volkes annehmen.

Und dieser Kampf wird nur insoweit siegreich sein, als die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksbewegung marschieren wird.

Damit jedoch die Arbeiterklasse die Mission des Führers der Volksbewegung in Ehren erfüllen kann, muss sie mit dem Bewusstsein ihrer Interessen und mit großer Organisiertheit gerüstet sein.

Die Dumatribüne ist unter den gegebenen Verhältnissen eines der besten Mittel, die breiten Massen des Proletariats aufzuklären und zu organisieren.

Eben zu diesem Zweck entsenden wir unseren Deputierten in die Duma und beauftragen ihn sowie die gesamte sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma, unsere Forderungen von der Dumatribüne aus weithin zu verbreiten, nicht aber ein leeres gesetzgeberisches Spiel in der Herrenduma zu treiben.

Wir möchten, dass die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma und im Besonderen unser Deputierter das Banner der Arbeiterkasse in dem ihnen feindlichen Lager der schwarzen Duma hochhalten.

Wir möchten, dass die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion von der Höhe der Dumatribüne laut ihre Stimmen erheben und über das Endziel des Proletariats, über die vollen und unverkürzten Forderungen des Jahres 1905, über die russische Arbeiterklasse als den Führer der Volksbewegung, über die Bauernschaft als den zuverlässigsten Bundesgenossen der Arbeiterklasse, über die liberale Bourgeoisie als die Verräterin der „Volksfreiheit“ sprechen.

Wir möchten, dass die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma auf dem Boden der oben erwähnten Losungen einig und geschlossen in ihrer Tätigkeit sein möge.
Dass sie ihre Kraft aus dem ständigen Umgang mit den breiten Massen schöpfen möge.
Dass sie mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse Rußlands gleichen Schritt halten möge.

Erschienen als besonderes Flugblatt
in der ersten Oktoberhälfte 1912.
Nach dem russischen Wortlaut des Flugblatts.

DER WILLE DER BEVOLLMÄCHTIGTEN

Die Resultate der Wahlen in der Arbeiterkurie stehen endgültig fest.[115] Von den sechs Wahlmännern sind drei Liquidatoren und drei Anhänger der „Prawda". Wer von ihnen soll als Deputierter aufgestellt werden? Wer müsste eigentlich aufgestellt werden? Hat die Versammlung der Bevollmächtigten in dieser Hinsicht irgendwelche Weisungen gegeben?

Die Liquidatoren haben ihre Anhänger deshalb durchgebracht, weil sie vor den Bevollmächtigten ihre Ansichten verheimlichten, die Meinungsverschiedenheiten vertuschten und sich als Anhänger der „Einheit" aufspielten. Unterstützt wurden sie von den parteilosen Bevollmächtigten, die ihren Worten Glauben schenkten und keine Meinungsverschiedenheiten lieben. Aber wie sehr sich die Liquidatoren auch bemüht haben, das Wasser zu trüben, in einer Beziehung - und zwar in der wichtigsten -- hat sich der Wille der Bevollmächtigten dennoch gezeigt. Das ist die Frage des Wählerauftrags. Die Versammlung der Bevollmächtigten hat mit überwältigender Mehrheit einen ganz bestimmten Auftrag an den Deputierten, den Wählerauftrag der Anhänger der „Prawda", angenommen.

Der „Lutsch"[116] verschweigt das in seinem Rechenschaftsbericht über die Wahlen, aber es gelingt ihm nicht, die allen Bevollmächtigten bekannte Wahrheit vor den Lesern zu verheimlichen. Wir werden ihm nicht erlauben, den Willen der Bevollmächtigten zu entstellen.

Der Wählerauftrag ist eine Direktive an den Deputierten. Der Wählerauftrag macht den Deputierten. Wie der Wählerauftrag, so auch der Deputierte. Wovon aber spricht der Wählerauftrag, den die Petersburger Großbetriebe vorgeschlagen haben und den die Versammlung der Bevollmächtigten angenommen hat?

Der Wählerauftrag spricht vor allem von den Aufgaben des Jahres 1905, davon, dass diese Aufgaben ungelöst geblieben sind, dass die ökonomische und politische Lage des Landes ihre Lösung unvermeidlich macht. Die Befreiung des Landes kann, dem Wählerauftrag zufolge, nur durch Kampf erreicht werden, einen Kampf an zwei Fronten: gegen die feudal-bürokratischen Überbleibsel einerseits und gegen die verräterische liberale Bourgeoisie anderseits. Wobei ein zuverlässiger Verbündeter der Arbeiter nur die Bauernschaft sein kann. Aber der Kampf kann nur unter der Bedingung der Hegemonie (Führerrolle) des Proletariats siegreich sein. Je mehr Bewusstsein und Organisiertheit die Arbeiterschaft hat, desto besser wird sie die Rolle des Volksführers erfüllen. Da nun die Dumatribüne unter den gegebenen Bedingungen eines der besten Mittel der Organisierung und Aufklärung der Massen ist, schicken die Arbeiter ihren Deputierten in die Duma, damit er sich, ebenso wie die gesamte sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma, für die grundlegenden Aufgaben des Proletariats, für die vollen und unverkürzten Forderungen des Landes einsetze...

Das ist der Inhalt des Wählerauftrags.

Man begreift unschwer, dass sich dieser Wählerauftrag grundlegend von der „Plattform" der Liquidatoren unterscheidet - er ist ganz und gar antiliquidatorisch.

Die Frage ist nun: Wenn sich die Liquidatoren dennoch erdreisten und ihren eigenen Deputiertenkandidaten aufstellen, was soll dann mit dem Wählerauftrag werden, den doch der Deputierte durchführen soll, da ja der Kongress der Bevollmächtigten einen bestimmten Beschluss hierüber gefasst hat?

Ein von einem Liquidator durchgeführter antiliquidatorischer Wählerauftrag - werden sich unsere Liquidatoren bis zu einer solchen Schmach versteigen?

Fühlen sie, dass das Spiel mit der „Einheit" sie in die Sackgasse getrieben hat?

Oder haben sie vielleicht die Absicht, gegen den Wählerauftrag zu verstoßen, ihn in Vergessenheit geraten zu lassen?

Was aber wird dann aus dem Willen der Bevollmächtigten, zu dessen Schutz die Arbeiter Petersburgs zweifellos in die Schranken treten werden?

Werden sich die Liquidatoren erdreisten, den Willen der Bevollmächtigten mit Füßen zu treten?

Sie sprechen noch von einem Sieg, fühlen sie aber, dass ihnen der Wählerauftrag eine tödliche Niederlage beigebracht hat, indem er unterstrich, dass nur ein Antiliquidator Deputierter sein kann?

„Prawda“ Nr. 147,
19. Oktober 1912.
Unterschrift: K. St.
Nach dem russischen Zeitungstext.

ZU DEN ERGEBNISSEN DER WAHLEN IN DER ARBEITERKURIE PETERSBURGS

1. DIE WAHL DER BEVOLLMÄCHTIGTEN

Der kennzeichnendste Zug in der Stimmung der Arbeiter im Vergleich mit dem Jahre 1907 ist der große Aufschwung des Interesses an den Wahlen. Sieht man von den kleinen Grüppchen ab, die hier und da über die Betriebe verstreut sind, so kann man ohne weiteres sagen, dass die Boykottstimmung völlig fehlt. Obuchow[117] hat nicht boykottiert, sondern wurde durch den Willen der Werkverwaltung der Wahlmöglichkeit beraubt. Die Newa-Werft war der einzige Betrieb, wo die Boykottisten organisiert auftraten, aber auch dort sprachen sich die Arbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit für die Beteiligung aus. Die breiten Massen der Arbeiter waren für die Wahlen. Noch mehr, sie erstrebten die Wahlen und wählten mit großem Interesse, soweit ihnen keine unüberwindlichen Hindernisse bereitet wurden. Dafür zeugen auch die kürzlich erfolgten Massenproteste gegen die „Erläuterungen“...

Es sind fast ausschließlich Sozialdemokraten oder den Sozialdemokraten Nahestehende gewählt worden. Durch Umstände, die nicht in unserer Macht stehen, ist es nur in einigen Betrieben gelungen, die Plattform der konsequenten Arbeiterdemokratie zu entwickeln, um so mehr, als die Liquidatoren ihre Plattform wohlweislich vor den Arbeitern versteckten. Dort aber, wo das gelang, nahmen die Arbeiter die Plattform der Antiliquidatoren in Gestalt des „Wählerauftrags“ an. In solchen Fällen erklärten die Liquidatoren - augenscheinlich weil sie weder vor sich selbst noch vor ihren Ansichten Achtung haben -, dass sie „im Grunde ebenfalls für einen solchen Wählerauftrag“ seien (Newa-Werft), wobei sie „Abänderungsvorschläge“ über die Koalitionsfreiheit einbrachten, die als überflüssig abgelehnt wurden. Folglich wurde hauptsächlich „nach Personen“ gewählt. Und die Bevollmächtigten erwiesen sich in ihrer übergroßen Mehrheit als Sozialdemokraten oder ihnen Nahestehende.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse, das besagt die Wahl der Bevollmächtigten.

2. DIE WAHL DER WAHLMÄNNER

Unter den versammelten 82 Bevollmächtigten waren 26 entschiedene Antiliquidatoren, 15 entschiedene Liquidatoren und die übrigen 41 „Sozialdemokraten schlechthin“, den Sozialdemokraten Nahestehende und parteilose Linke.

Für wen werden sich diese 41 aussprechen, welche politische Linie werden sie gutheißen - das war die Frage, die die „Fraktionäre“ vor allem interessierte.

Die Versammlung der Bevollmächtigten sprach sich mit übergroßer Mehrheit für den von den Anhängern der „Prawda“ vorgeschlagenen Wählerauftrag aus. Damit bestimmte sie ihre Physiognomie. Es triumphierte die politische Linie der Antiliquidatoren. Der Versuch der Liquidatoren, das zu verhindern, scheiterte.

Wären die Liquidatoren politisch ehrlich, hätten sie Achtung vor ihren Ansichten, so hätten sie ihre Kandidaten zurückgezogen und alle Plätze den Anhängern der „Prawda“ überlassen. Denn es ist ganz von selbst klar, dass nur Anhänger des Wählerauftrags Kandidaten sein konnten. Gegner des Wählerauftrags als Verteidiger des Wählerauftrags - darauf konnten sich nur politische Bankrotteure einlassen. Die Liquidatoren ließen sich auch darauf ein! Indem sie vor den Bevollmächtigten ihre Ansichten verhehlten, sich zeitweilig als „Unsrige“ verstellten, die angeblich gegen den beschlossenen Wählerauftrag „nichts einzuwenden haben“, sich als Anhänger der Einheit aufspielten und sich über die Antiliquidatoren als Tiber Spalter

beklagten, bemühten sie sich, die nichtfraktionellen Bevollmächtigten zu rühren, um irgendwie ihre eigenen Leute „durchzuschmuggeln“. Und wirklich, sie schmuggelten sie durch, indem sie die Bevollmächtigten betrogen.
Es war klar, dass das Abenteurertum der Liquidatoren kein Ende haben würde.
Nicht weniger klar war auch, dass die politische Linie der „Prawda“, und nur sie, die Sympathie des Petersburger Proletariats findet, dass entsprechend dem Willen der Bevollmächtigten nur ein Anhänger der „Prawda“ Arbeiterdeputierter sein kann.
Einen größeren Sieg haben wir gar nicht gewünscht...

3. ZWEI EINHEITEN

Bevor wir zur Wahl des Deputierten übergehen, müssen wir ein paar Worte von der „Einheit“ sagen, die bei der Wahl der Wahlmänner eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und an die sich die Liquidatoren wie ein Ertrinkender an einen Strohhalm klammern.
Trotzki schrieb kürzlich im „Lutsch“, die „Prawda“ sei einstmals für die Einheit gewesen, jetzt aber sei sie gegen die Einheit. Ist das wahr? Es ist sowohl wahr als auch unwahr. Wahr ist, dass die „Prawda“ für die Einheit war. Unwahr ist, dass sie jetzt gegen die Einheit ist: die „Prawda“ ruft die konsequente Arbeiterdemokratie stets zur Einheit auf.
Worum handelt es sich also? Darum, dass die „Prawda“ und der „Lutsch“ samt Trotzki ganz verschiedene Ansichten über die Einheit haben. Es gibt offensichtlich verschiedene Einheiten.
Die „Prawda“ meint, dass nur die Bolschewiki und die Parteianhänger unter den Menschewiki zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeschlossen werden können. Einheit auf dem Boden der Abgrenzung von den parteifeindlichen Elementen, den Liquidatoren! Für eine solche Einheit ist die „Prawda“ stets eingetreten und wird sie stets eintreten.
Trotzki aber sieht die Sache anders an: er wirft alle, sowohl die Gegner des Parteiprinzips als auch dessen Anhänger, in einen Topf. Selbst-verständlich ergibt sich bei ihm keinerlei Einheit: fünf Jahre hält er diese kindische Predigt von der Vereinigung des Unvereinbaren, und jetzt hat er es erreicht, dass wir zwei Zeitungen, zwei Plattformen, zwei Konferenzen und keinen Tropfen Einheit zwischen der Arbeiterdemokratie und den Liquidatoren haben!
Während sich die Bolschewiki und die Parteianhänger unter den Menschewiki immer mehr zu einem einheitlichen Ganzen zusammenschließen, reißen die Liquidatoren einen Abgrund zwischen sich und diesem Ganzen auf.
Die Praxis der Bewegung bestätigt den Einheitsplan der „Prawda“. Die Praxis der Bewegung zerschlägt den kindischen Plan Trotzkis von der Vereinigung des Unvereinbaren.
Noch mehr. Aus einem Prediger der phantastischen Einheit wird Trotzki zu einem Kommis der Liquidatoren, der ein den Liquidatoren genehmes Werk verrichtet.
Trotzki hat alles Erdenkliche getan, dass wir zwei miteinander konkurrierende Zeitungen, zwei konkurrierende Plattformen, zwei einander ablehnende Konferenzen bekamen - und jetzt singt uns dieser Athlet mit den falschen Muskeln selber Lieder über die Einheit!
Das ist keine Einheit, sondern ein Spiel, eines Komödianten würdig.
Und wenn dieses Spiel den Liquidatoren die Möglichkeit gegeben hat, drei Wahlmänner durchzubringen, so geschah das, weil es in der kurzen Zeit nicht möglich war, die Komödianten der Einheit, die ihr Banner vor den Arbeitern versteckt haben, zu entlarven...

4. DIE WAHL DES DEPUTIERTEN

Hieraus begreift man unschwer, von welcher „Einheit“ die Liquidatoren reden konnten, als sie den Anhängern der „Prawda“ den Vorschlag machten, einen einzigen Dumakandidaten aufzustellen. Sie schlugen einfach vor, gegen den Willen der Bevollmächtigten, gegen den

Wählerauftrag des Petersburger Proletariats für den Kandidaten der Liquidatoren zu stimmen. Was konnten die Anhänger der „Prawda“ hierauf anders antworten, als dass der Wählerauftrag der Bevollmächtigten geheiligt ist und nur ein Anhänger des Wählerauftrags Deputierter sein kann? Sollte man den Willen der Bevollmächtigten der Charakterlosigkeit der Liquidatoren zuliebe verletzen oder über die Launen der letzteren dem Wählerauftrag des Petersburger Proletariats zuliebe hinweg schreiten? Der „Lutsch“ erhebt ein Geschrei über die Spaltungstätigkeit der „Prawda“ und verbreitet über die Wahlmänner Lügenmärchen, aber weshalb haben sich die Liquidatoren nicht einverstanden erklärt, zwischen den sechs Wahlmännern der Arbeiter losen zu lassen, wie ihnen das von der „Prawda“ vorgeschlagen wurde? Im Interesse einer einheitlichen Arbeiterkandidatur sind wir sogar bis zu diesem Zugeständnis gegangen, weshalb aber, fragen wir, haben die Liquidatoren die Auslosung abgelehnt? Weshalb haben die Anhänger des „Lutsch“ sechs Kandidaturen zur Duma einer einzigen vorgezogen? Vielleicht im Interesse der „Einheit“?

Der „Lutsch“ sagt, Gudkow habe Badajew, einen Anhänger der „Prawda“, als Kandidaten vorgeschlagen, aber dieser Vorschlag, so fügt die liquidatorische Zeitung bescheiden hinzu, sei nicht angenommen worden. Haben die Liquidatoren des „Lutsch“ denn vergessen, dass es ihr Anhänger Petrow, nicht aber ein „Prawdist“, abgelehnt hat, seine Kandidatur zurückzuziehen, und dass er so in der Praxis das Streben der Liquidatoren nach der „Einheit“ gezeigt hat? Und trotzdem nennt man das Einheit! Vielleicht stellt auch die Tatsache, dass Gudkow, ein anderer Anhänger des „Lutsch“, seine Kandidatur aufgestellt hat, nachdem Badajew, ein Anhänger der „Prawda“, bereits gewählt war, ebenfalls Einheit dar? Wer wird das glauben?

Der „Lutsch“ macht eine pharisäische Reklame für den politisch unbestimmten Sudakow, der seine Kandidatur angeblich im Interesse der Einheit zurückgezogen habe. Aber weiß denn der „Lutsch“ nicht, dass sich Sudakow einfach nicht zur Wahl stellen konnte, da er nur zwei Zettel erhalten hatte? Wie soll man eine Zeitung nennen, die es wagt, vor aller Augen zu lügen?

Politische Charakterlosigkeit - sollte dies wirklich der einzige „Vorzug“ der Liquidatoren sein? Die Liquidatoren haben sich bemüht, mit dem Willen der Kadetten und Oktobristen und gegen den Willen der Petersburger Arbeiter ihren Mann in die Duma hineinzuschmuggeln. Aber begreift der von den Arbeitermassen losgerissene „Lutsch“ denn wirklich nicht, dass die Petersburger Arbeiter einem solchen Deputierten ihr Misstrauen aussprechen würden?

„Prawda“ Nr. 151,
24. Oktober 1912.
Unterschrift: K. St.
Nach dem russischen Zeitungstext.

HEUTE SIND WAHLEN

Heute finden die Wahlen in Petersburg statt. Die Wahlen in der zweiten Kurie. Es kämpfen zwei Lager: Sozialdemokraten und Kadetten. Die Wähler müssen entscheiden, wem sie das Schicksal des Landes anvertrauen wollen.
Was wollen die Sozialdemokraten?
Was wollen die Kadetten?
Die Sozialdemokraten streben als Vertreter der Arbeiterklasse nach der Befreiung der Menschheit von jeder Ausbeutung.
Die Kadetten aber bauen als Vertreter der liberalen Bourgeoisie ihre Zukunft auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf, zwar einer etwas gesäuberten Ausbeutung, aber immerhin einer Ausbeutung.
Die Sozialdemokraten sind der Meinung, dass die Frage der Erneuerung des Landes ungelöst geblieben ist, dass sie gelöst werden muss - durch die Bemühungen des Landes selbst gelöst werden muss.
Die Kadetten dagegen meinen, Redereien über eine Erneuerung seien überflüssig, da „wir Gott sei Dank eine Verfassung haben"...
Die Sozialdemokraten sind der Meinung, dass Rußland sich auf dem Wege zur Erneuerung des Landes in zwei Rußlands geteilt hat: das alte, offizielle und das neue, kommende.
Die Kadetten dagegen meinen, dass nach der „Gewährung einer Verfassung" „eine solche Gegenüberstellung" von zwei Rußlands „nunmehr unmöglich" sei, denn „Rußland ist eins".
Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Das konstitutionelle Ideal der Kadetten ist bereits verwirklicht. Der Rahmen der Bestimmungen vom 3. Juni engt sie nicht ein.
Hören wir z. B., was Miljukow im Jahre 1909 auf einem Bankett in London erklärte, wo gemeinsam mit ihm der Oktobrist Gutschkow und der „gemäßigte" Schwarzhunderter Bobrinski Rußland „vertraten":
„Sie sehen Menschen von überaus verschiedener Schattierung der politischen Überzeugungen vor sich, aber diese Unterschiede, die einander ergänzen, repräsentieren unser großes Ideal eines konstitutionellen Rußlands" (siehe das Buch I. Jefremows „Die russischen Volksvertreter" usw., S.81).
Also der Schwarzhunderter Bobrinski, der den Kadetten Miljukow im Interesse... „der Volksfreiheit" „ergänzt" - das ist, wie man erfährt, das „große Ideal" der Kadetten.
Auf dem Londoner Bankett gab es keinen einzigen Vertreter der Arbeiter, keinen einzigen Vertreter der Bauern, aber die „großen Ideale" der Kadetten kommen, wie man erfährt, ohne die Arbeiter, ohne die Bauern aus.
Die Verfassung der Bobrinskis, Gutschkows und Miljukows ohne Vertreter der Arbeiter, ohne Vertreter der Bauern - da sind sie, die „Ideale" der Kadetten!
Soll man sich hiernach darüber wundern, dass die Kadetten in der dritten Duma: 1. für das volksfeindliche Budget, 2. für indirekte Steuern, 3. für Geldbewilligungen für Gefängnisse usw. gestimmt haben?
Soll man sich hiernach darüber wundern, dass sich die Kadetten gegen die Forderungen der Arbeiter, der Bauern und der gesamten Demokratie aussprechen?
Soll man sich hiernach darüber wundern, dass die Kadetten durch den Mund Maklakows „mehr Energie, Strenge und Härte" gegenüber der Studentenbewegung verlangt und in der „Retsch" den friedlichen Streik der Lena-Arbeiter als „spontane Rebellion" verunglimpft haben?
Nein, dies ist keine Partei der „Volksfreiheit", sondern eine Partei der Verräter der „Volksfreiheit".
Solche Leute sind nur dazu fähig, mit der Bürokratie hinter dem Rücken des Volkes zu schachern. „Verhandlungen" mit Witte, Stolypin und Trepow sowie jetzt mit Sasonow sind durchaus kein Zufall.

Solche Leute sind nur dazu fähig, im Bunde mit den Schwarzen bei den Wahlen in Charkow, Kostroma, Jekaterinodar und Riga die Sozialdemokraten zum Durchfallen zu bringen.
Solchen Leuten das Schicksal des Landes anzuvertrauen ist dasselbe, wie das Land den Feinden zum blutigen Hohn zu überlassen.
Wir geben unserer Zuversicht Ausdruck, dass Wähler mit Selbstachtung ihre Ehre nicht mit dem Schicksal der Kadetten verbinden werden.
Mögen heute die Kadetten für ihre schweren Sünden gegen das russische Volk die gebührende Strafe davontragen!
Arbeiter-Wähler! Stimmt für die Vertreter eurer Interessen, für die Sozialdemokraten!
Handlungsgehilfen-Wähler! Stimmt nicht für die Kadetten, die die Interessen eurer Erholungszeit missachtet haben - stimmt für die Sozialdemokraten, die einzigen konsequenten Verteidiger eurer Interessen!
Polnische Wähler! Ihr erstrebt das Recht freier nationaler Entwicklung - denkt daran, dass die Freiheit der Nationalitäten ohne die allgemeine Freiheit undenkbar ist und dass die Kadetten die Freiheit verraten!
Jüdische Wähler! Ihr erstrebt die Gleichberechtigung der Juden, denkt aber daran, dass die Miljukows, die mit den Bobrinskis Küsse tauschen, und die Kadetten, die mit den Rechten einen Block bilden, nicht nach der Gleichberechtigung streben werden!
Für die Verräter der Volksfreiheit oder für ihre Verteidiger, für die Kadetten oder für die Sozialdemokraten - Bürger, trefft eure Wahl!

„Prawda“ Nr. 152,
25. Oktober 1912.
Unterschrift: K. St.
Nach dem russischen Zeitungstext.

1913

AN ALLE ARBEITER UND ARBEITERINNEN RUSSLANDS![118]

Der 9. Januar

Genossen!

Abermals begehen wir den 9. Januar - den Tag, der sich dem Gedächtnis durch das Blut von Hunderten unserer Arbeiterbrüder ein-geprägt hat, die Zar Nikolaus Romanow am 9. Januar 1905 dafür zusammenschießen ließ, dass sie, friedliche und unbewaffnete Menschen, zu ihm kamen, ihn um ein besseres Leben zu bitten.

Acht Jahre sind seitdem vergangen. Acht lange Jahre, in deren Verlauf der Zar und die Gutsbesitzer außer einem kurzen Augenblick aufblitzender Freiheit unser Land dauernd gepeinigt und gequält haben!

Ja, auch jetzt werden in Rußland, wie früher, Arbeiter wegen eines friedlichen Streiks zusammengeschossen, wie man das an der Lena tat. Auch jetzt werden, wie früher; Millionen und aber Millionen Bauern in die Hungersnot getrieben, wie das im Jahre 1911 der Fall war. Auch jetzt werden, wie früher, in den zaristischen Gefängnissen die besten Söhne des Volkes gefoltert, blutig verhöhnt und zu Massenselbstmorden getrieben, wie das kürzlich in Kutomar, Algatschi[119] usw. der Fall war. Auch jetzt werden, wie früher, auf Beschluss des zaristischen Gerichts Matrosen und Soldaten erschossen, die Boden für die Bauern und Freiheit für das ganze Volk fordern, wie das kürzlich mit 17 Schwarzmeermatrosen der Fall war[120]. So verwirklicht Nikolaus Romanow, von Gnaden der Gutsbesitzer Selbstherrscher aller Reußen, seine Macht, seine ihm „von Gott“ geschenkte und von den synodalen Frevlern im Priesterrock und von den Schwarzhunderternden Purischkewitschs und Chwostows - gesegnete Macht.

Nach wie vor würgt die Monarchie der Romanows, die sich anschickt, in diesem Jahre das dreihundertjährige Jubiläum ihrer blutigen Herrschaft über unser Land zu feiern, Rußland in ihren Krallen.

Aber Rußland ist nicht mehr jenes eingeschüchterte und demütige Rußland, das lange Jahre schweigend unter dem Joche der Romanows gelitten hat. Vor allem aber ist unsere russische Arbeiterklasse, die an der Spitze aller Freiheitskämpfer marschiert, nicht mehr die alte. Den 9. Januar 1913 begehen wir nicht mehr als gebeugte, erniedrigte Sklaven, sondern mit erhobenem Haupt, als eine geschlossene Armee von Kämpfern, die spüren, die wissen, dass das Rußland des Volkes neu erwacht, dass das Eis der Konterrevolution zerschlagen ist, dass der Strom der Volksbewegung sich wieder in Gang gesetzt hat, dass „uns neue Kämpferscharen folgen“ .. .

Acht Jahre! Wie wenig durchschritten, wie viel erlitten... In dieser Zeit haben wir drei Reichsdumas gesehen. Die ersten zwei, in denen die Liberalen die Mehrheit hatten, in denen aber die Stimmen der Arbeiter und der Bauern laut erschallten, hat der Zar, den Willen der erzreaktionären Gutsbesitzer erfüllend, auseinandergejagt. Die dritte Duma war eine Schwarzhunderterversammlung und arbeitete fünf Jahre lang gemeinsam mit der Zarenbande an der noch größeren Knechtung und Unterdrückung der Bauern, der Arbeiter, des gesamten Volksrußlands.

In den Jahren der schwarzen Konterrevolution hatte die Arbeiterklasse den bittersten Kelch zu leeren. Seit dem Jahre 1907, als es den Kräften der alten Ordnung gelang, die revolutionäre Bewegung der Massen zeitweilig zu unterdrücken, stöhnen die Arbeiter unter einem doppelten Joch. An ihnen übt die Zarenbande am schonungslosesten Rache. Über sie bricht die Offensive des Kapitals herein. Die Fabrikanten und Schlotbarone nützen die politische Reaktion aus, um Schritt für Schritt alles wegzunehmen, was die Arbeiter mit soviel Mühe, mit soviel Opfern erobert haben. Mit Hilfe von Aussperrungen, unter dem Schutze der

Gendarmerie und der Polizei, verlängern die Unternehmer den Arbeitstag, verringern sie den Arbeitslohn, führen sie in den Fabriken und Werken die alten Zustände ein.
Mit zusammengebissenen Zähnen schweigen die Arbeiter. Die Jahre 1908 und 1909 waren Jahre des größten Siegestaumels der Schwarzhunderter und des größten Rückgangs der Arbeiterbewegung. Aber schon im Sommer 1910 beginnen die Arbeiterstreiks wieder aufzuleben. Das Ende des Jahres 1911 bringt dann den aktiven Protest von Zehntausenden von Arbeitern dagegen, dass die auf Grund einer Provokation verurteilten sozialdemokratischen Deputierten der II. Duma in der Zwangsarbeit bleiben[121].
Die Massenbewegung der Arbeiter endete mit dem Streik vom 22. November 1907 anlässlich des Zwangsarbeitsurteils gegen die sozial-demokratischen Deputierten der II. Duma. Die Massenbewegung der Arbeiter begann erneut Ende 1911, abermals im Zusammenhang mit dem Schicksal der sozialdemokratischen Deputierten der II. Duma, dieser Vorkämpfer, dieser Helden der Arbeiterklasse, deren Werk jetzt die Arbeiterdeputierten der IV. Duma fortsetzen.
Die Belebung des politischen Kampfes bringt auch eine Belebung des ökonomischen Kampfes der Arbeiter mit sich. Der politische Streik nährt den ökonomischen und umgekehrt. Eine Woge ereilt die andere, und in einem mächtigen Strom brandet die Arbeiterbewegung gegen die Zwingburgen der Monarchie des Zaren und der Selbstherrschaft des Kapitals an. Immer neue und neue Schichten der Arbeiter erwachen zu einem neuen Leben. Immer breitere Massen werden in den neuen Kampf hineingezogen. Die Streiks aus Anlass des Blutbades an der Lena, die Ausstände am 1. Mai, die Proteststreiks dagegen, dass Arbeiter des Wahlrechts beraubt werden, und der Proteststreik gegen die Hinrichtung der Schwarzmeermatrosen zogen etwa eine Million Teilnehmer heran. Das waren revolutionäre Streiks, Streiks, die auf ihr Banner schrieben: „Nieder mit der Monarchie der Romanows, nieder mit der ganzen alten, verfaulten, Rußland würgenden Gutsherrenordnung!“
Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter wird breiter und stärker. Die Arbeiterklasse beginnt, auch andere Schichten der Bevölkerung zu neuem Kampf zu wecken. Alles Ehrliche, alles, was nach einem besseren Leben drängt, beginnt gegen die Gewalttaten der Zarenmeute zu protestieren. Selbst die Bourgeoisie murrt, selbst sie ist mit der vollen und ungeteilten Herrschaft der Purischkewitschs unzufrieden.
Das Regime vom 3. Juni hat niemand und nichts befriedet. All die Jahre der Konterrevolution haben gezeigt, dass es in Rußland kein freies Leben geben kann, solange die Monarchie der Romanows noch unversehrt ist, solange die Herrschaft der Gutsbesitzer unangetastet bleibt.
Es wächst eine neue Revolution heran, in der die Arbeiterklasse wiederum die ehrenvolle Rolle des Führers der ganzen Befreiungsarmee spielen wird.
Auf dem Banner der Arbeiterklasse stehen nach wie vor die drei alten Forderungen geschrieben, derentwegen so viele Opfer gebracht worden sind, derentwegen so viel Blut vergossen wurde.
Achtstundentag für die Arbeiter!
Allen Boden der Gutsbesitzer, des Zaren und der Klöster ohne Entschädigung für die Bauern!
Demokratische Republik für das ganze Volk !
Um diese Forderungen wurde und wird im heutigen Rußland gekämpft. Auch in den jüngsten Tagen der Lena-Streiks haben die Arbeiter sie aufgestellt. Auch am 9. Januar wird die Arbeiterklasse sie aufstellen.
Schon den 9. Januar 1912 versuchten die Arbeiter in Petersburg, Riga und Nikolajew mit Streiks und Demonstrationen zu begehen. Am 9. Januar 1913 werden wir dies überall tun - in ganz Rußland. Am 9. Januar 1905 wurde im Blute der Arbeiter die erste russische Revolution geboren. Möge der Anfang des Jahres 1913 zum Vorabend der zweiten Revolution in Rußland werden. Das Haus der Romanows, das dazu rüstet, im Jahre 1913 sein dreihundertjähriges Jubiläum zu feiern, ist im Begriff, sich noch für lange auf dem Rücken Rußlands einzurichten. Sagen wir dieser Bande am 9. Januar 1913:
Genug! Nieder mit der Monarchie der Romanows! Es lebe die demokratische Republik!

Genossen! Möge der 9. Januar 1913 nirgends unbeachtet vorübergehen, wo der russische Arbeiter lebt und kämpft.

Durch Versammlungen, Resolutionen, Meetings und, wo das möglich ist,

durch einen eintägigen Streik und

Demonstrationen

wollen wir überall diesen Tag begehen.
Gedenken wir an diesem Tage unserer im Kampfe gefallenen Helden! Wir werden ihr Andenken am besten ehren, wenn an diesem Tage über ganz Rußland hin unsere alten Forderungen laut werden:
Demokratische Republik!
Konfiskation der Gutsbesitzerländereien!
Achtstundentag!

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen
Arbeiterpartei Rußlands

Genossen!
Bereitet den Protest am 9. Januar vor.

Erschienen als besondere Proklamation
Ende Dezember 1912 - Anfang Januar 1913.
Nach dem russischen Wortlaut der Proklamation.

DIE WAHLEN IN PETERSBURG

(Brief aus St. Petersburg)

Zum Unterschied von den Wahlen des Jahres 1907 fielen die Wahlen von 1912 mit einer revolutionären Belebung innerhalb der Arbeiterschaft zusammen. Während damals die Wogen der Revolution sanken und die Konterrevolution triumphierte, hat im Jahre 1912 die erste Woge einer neuen Revolution begonnen. Gerade deshalb zeigten die Arbeiter damals eine flaue Wahlbeteiligung, und stellenweise boykottierten sie sogar die Wahlen, boykottierten sie natürlich passiv, womit sie zeigten, dass der passive Boykott ein unzweifelhaftes Anzeichen der Schlaffheit und der Ermüdung ist. Eben deshalb sind die Arbeiter jetzt, in der Atmosphäre der ansteigenden Revolution, mit großem Interesse zur Wahl gegangen und haben die flaue politische Gleichgültigkeit beiseite geworfen. Noch mehr: Die Arbeiter haben für die Wahlen gekämpft, sie erstrebten und erreichten das Wahlrecht durch grandiose Streiks gegen die „Erläuterungen", trotz aller Polizeikniffe und Hindernisse. Das ist ein unzweifelhaftes Anzeichen dafür, dass die politische Erstarrung vorbei, dass die Revolution über den toten Punkt hinweg ist. Freilich ist die Woge der neuen Revolution noch nicht so stark, dass man die Frage, sagen wir, eines allgemeinen politischen Streiks aufwerfen könnte. Aber sie ist schon so stark, dass man stellenweise das Spinngewebe der „Erläuterungen" im Interesse einer Belebung der Wahlen, im Interesse der Organisierung der Kräfte des Proletariats, im Interesse der politischen Aufklärung der Massen zerreißen kann.

I
DIE ARBEITERKURIE

1. Der Kampf um die Wahlen

Es wird nicht überflüssig sein zu bemerken, dass die Initiative der Streikkampagne dem Vertreter des Zentralkomitees und dem Petersburger Komitee unserer Partei gehörte. In den späten Abendstunden des 4. Oktober, am Tage vor der Wahl der Wahlmänner, wurde uns bekannt, dass die Kreiskommission die Bevollmächtigten der größten Betriebe (der Putilow-Werke und anderer) „erläutert" hat. Nach einer Stunde tritt der Vollzugsausschuss des Petersburger Komitees gemeinsam mit dem Vertreter des ZK[122] zusammen und fasst nach Aufstellung einer neuen Wahlmännerliste den Beschluss, einen eintägigen Proteststreik auszurufen. In der gleichen Nacht tritt die sozialdemokratische Betriebsgruppe der Putilow-Werke zusammen und nimmt den Beschluss des Petersburger Komitees an. Am 5. beginnt der Putilow-Streik. Das ganze Werk streikt. Am 7. (am Sonntag) tritt die sozialdemokratische Betriebsgruppe der Newa-Werft zusammen und schließt sich dem Beschluss des Petersburger Komitees an. Am 8. streikt der ganze Betrieb. Ihnen folgen andere Fabriken und Werke. Es streiken nicht nur die „erläuterten" Betriebe, sondern auch nicht „erläuterte" (Pahl), außerdem diejenigen, die gemäß den „Wahlbestimmungen" nicht das Recht hatten, in der Arbeiterkurie zu wählen. Man streikt aus Solidarität. An revolutionären Liedern und Kundgebungen ist kein Mangel ... Am 8.Oktober spät abends wird bekannt, dass die Gouvernementswahlkommission die Wahl der Wahlmänner kassiert, die „Erläuterungen" der Kreiskommission aufhebt, die Putilow-Arbeiter wieder „in ihre Rechte einsetzt" und eine größere Anzahl von Betrieben zu den Wahlen heranzieht. Die Arbeiter triumphieren. Die Arbeiter haben gesiegt.
Interessant ist die Resolution, die von den Arbeitern der Newa-Werft und der Putilow-Werke bei der Ausrufung des Streiks gefasst wurde:

„Indem wir gegen die Verletzung unseres Wahlrechts protestieren, erklären wir, dass nur der Sturz des Zarismus und die Erringung der demokratischen Republik den Arbeitern das Wahlrecht und die wirkliche ‘Wahlfreiheit sichern können.“
Die Resolution der Liquidatoren, in der es heißt: „...nur das allgemeine Wahlrecht zur Reichsduma könnte das Wahlrecht garantieren“, wurde abgelehnt. Diese Resolutionen waren vorher von den sozialdemokratischen Betriebsgruppen erörtert worden, und als sich z. B. in der Gruppe der Newa-Werft herausstellte, dass die Resolution der Liquidatoren keine Zustimmung fand, da verpflichteten sich ihre Anhänger, sie in der Versammlung vor der parteilosen Masse nicht aufzustellen, sondern die von der Gruppe beschlossene zu unterstützen. Zu ihrer Ehre muss gesagt werden, dass sie ihr Wort gehalten haben. Dafür antworteten die Antiliquidatoren mit der gleichen Loyalität, indem sie Gudkow zum Bevollmächtigten wählten, den sie, da sie die Mehrheit im Betrieb haben, hätten „durchfallen“ lassen können. Es wäre nicht schlecht, wenn sich auch nur ein Tropfen des gleichen Verantwortungsgefühls beim „Lutsch“ fände, der so gut darüber zu schreiben weiß, was in den Betrieben nicht war, der jedoch die oben erwähnte Resolution der Newa-Werft verschwieg, die Resolution der Putilow-Arbeiter aber obendrein noch entstellte.
Also die Arbeiter haben um die Wahlen gekämpft und die Wahlen durchgesetzt. Mögen die Petersburger Sozialrevolutionäre, die in der Newa-Werft so erfolglos gegen die Wahlen aufgetreten sind, hieraus eine Lehre ziehen.
Die Arbeiter kämpften für die Wahlen unter der Losung der demokratischen Republik. Mögen die Fetischisten der „Teilreformen“, die Liquidatoren aus dem „Lutsch“, hieraus eine Lehre ziehen.

2. Der Wählerauftrag an den Deputierten

Die Streiks gegen die „Erläuterungen“ waren noch nicht beendet, als der Kongress der Bevollmächtigten zusammentrat. Man konnte von vornherein sagen, dass der vom Petersburger Komitee ausgearbeitete und von den Großbetrieben Petersburgs (Putilow-Werke, Newa-Werft, Pahl) gebilligte Wählerauftrag von den Bevollmächtigten angenommen werden würde. Und in der Tat, der Wählerauftrag wurde von der übergroßen Mehrheit angenommen, während sich eine unbedeutende Gruppe von Liquidatoren der Stimme enthielt. Den Versuchen der letzteren, die Abstimmung zu verhindern, wurde mit Zurufen „Stört nicht!“ begegnet.
In ihrem Wählerauftrag an den Deputierten sprechen die Bevollmächtigten von den „Aufgaben des Jahres 1905“, sprechen sie davon, dass diese Aufgaben „ungelöst geblieben sind“, dass die ökonomische und politische Entwicklung Rußlands „ihre Lösung unvermeidlich macht“. Es ist der Kampf der Arbeiter und der revolutionären Bauern für den Sturz des Zarismus, entgegen der Paktiererpolitik der kadettischen Bourgeoisie, ein Kampf, dessen Führer nur das Proletariat sein kann, der, dem Wählerauftrag zufolge, die Aufgaben des Jahres 1905 lösen könnte (siehe den „Wählerauftrag“ im „Sozialdemokrat“ Nr. 28/29).
Wie man sieht, ist dies etwas ganz anderes als die liberal-liquidatorische „Revision der Agrarbeschlüsse der III. Duma“ oder die „allgemeinen Wahlen zur Reichsduma“ (siehe die Plattform der Liquidatoren).[123]
Die Petersburger Arbeiter sind den revolutionären Traditionen unserer Partei treu geblieben. Die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie, und nur sie, sind vom Kongress der Bevollmächtigten anerkannt worden. Entschieden haben die Frage auf dem Kongress die Parteilosen (von 82 Bevollmächtigten waren 41 „Sozialdemokraten schlechthin“ und Parteilose), und wenn sogar in einer solchen Versammlung der Wählerauftrag des Petersburger Komitees angenommen wurde, so bedeutet dies, dass die Losungen des Petersburger Komitees in den Gefühlen und Gedanken der Arbeiterklasse fest verwurzelt sind.

Wie standen zu alledem die Liquidatoren? Wenn sie an ihre Ansichten glaubten und nicht in Sachen der politischen Ehrlichkeit hinkten, so hätten sie einen offenen Kampf gegen den Wählerauftrag eingeleitet und ihren eigenen Wählerauftrag vorgeschlagen oder aber, nachdem sie eine Niederlage erlitten, ihre Kandidaten von den Listen zurückgezogen. Stellten sie doch ihre Kandidatenliste für die Wahl der Wahlmänner gegen die Liste der Antiliquidatoren auf - warum konnten sie nicht auch ihre Ansichten, ihren Wählerauftrag offen aufstellen? Und als der Wählerauftrag der Antiliquidatoren angenommen wurde, warum konnten sie nicht ehrlich und offen erklären, dass sie als Gegner des Wählerauftrags nicht zu künftigen Verteidigern des Wählerauftrags gewählt werden können, dass sie ihre Kandidaturen zurückziehen und den Anhängern des Wählerauftrags Platz machen? Das ist doch eine elementare Regel der politischen Ehrlichkeit. Oder vielleicht haben die Liquidatoren den Wählerauftrag deshalb umgangen, weil die Frage nicht vollständig genug debattiert wurde und die Sache auf dem Kongress mit den Stimmen der Parteilosen entschieden wurde? Weshalb aber haben sie sich in diesem Fall nicht dem Beschluss der 26 sozialdemokratischen Bevollmächtigten gefügt, die einige Tage vor dem Kongress der Bevollmächtigten illegal zusammentraten und nach einer Diskussion die Plattform der Antiliquidatoren (mit einer Mehrheit von 16 gegen 9 bei einer Stimmenthaltung) annahmen, wo doch auf der Versammlung sowohl die Führer der Liquidatoren als auch ihre Bevollmächtigten anwesend waren? Von welchen höheren Erwägungen haben sich die Liquidatoren leiten lassen, als sie gleichzeitig sowohl den Wählerauftrag des ganzen Kongresses als auch den Willen der 26 sozialdemokratischen Bevollmächtigten mit Füßen traten? Offensichtlich konnte es hier nur eine Erwägung geben: den Antiliquidatoren die Suppe zu versalzen und ihre eigenen Leute „irgendwie“ durchzuschmuggeln. Aber darum handelt es sich ja gerade, dass die Liquidatoren, wenn sie in den offenen Kampf gegangen wären, keinen einzigen ihrer Anhänger durchgebracht hätten, denn es war für alle klar, dass die liquidatorische „Revision der Agrarbeschlüsse der III. Duma“ unter den Bevollmächtigten keine Sympathie finden würde. Es blieb nur eins: sein Banner zu verstecken, sich als Anhänger des Wählerauftrags auszugeben, zu erklären „eigentlich sind auch wir für einen nahezu ebensolchen Wählerauftrag“ und „irgendwie“ die eigenen Leute durchzubringen. So handelten sie denn auch. Indem die Liquidatoren aber so handelten, erkannten sie ihre Niederlage an und registrierten sich selber als politische Bankrotteure.

Aber den Gegner nötigen, sein Banner einzurollen, das heißt ihn nötigen, die Untauglichkeit seines Banners zuzugeben, das heißt ihn nötigen, die ideelle Überlegenheit seines Feindes zuzugeben - das eben nennt man einen moralischen Sieg davontragen.

Es ist nur „seltsam“: Die Liquidatoren haben eine „breite Arbeiterpartei“, die Antiliquidatoren dagegen haben nur einen „verknöcherten Zirkel“, und dennoch hat der „enge Zirkel“ die „breite Partei“ besiegt!

Was für Wunder doch auf der Welt geschehen!...

3. Einheit als Maske und die Deputiertenwahl

Wenn bürgerliche Diplomaten einen Krieg vorbereiten, so beginnen sie, besonders eifrig von „Frieden“ und „freundschaftlichen Beziehungen“ zu schreien. Wenn irgendein Außenminister einer „Friedenskonferenz“ eifrig das Wort zu reden beginnt, so weiß man unbedingt, dass „seine Regierung“ bereits neue Dreadnoughts und Eindecker in Auftrag gegeben hat. Bei einem Diplomaten müssen die Worte von den Taten abweichen - was für ein Diplomat wäre er denn sonst? Worte sind eines, Taten sind etwas ganz anderes. Gute Worte sind eine Maske zur Verdeckung schlimmer Taten. Ein aufrichtiger Diplomat ist so viel wie trockenes Wasser oder hölzernes Eisen.

Das gleiche muss von den Liquidatoren mit ihrem falschen Einheitsgeschrei gesagt werden. Kürzlich schrieb Genosse Plechanow, ein Anhänger der Vereinigung in der Partei, über die Resolutionen der Liquidatorenkonferenz[124], dass „sie auf zehn Werst nach Diplomatie stinken“. Und dann nannte der gleiche Genosse Plechanow ihre Konferenz „spalterisch“. Direkter gesprochen, betrügen die Liquidatoren die Arbeiter mit diplomatischem Einheitsgeschrei, denn während sie von Einheit reden, bewerkstelligen sie die Spaltung. Und wirklich sind die Liquidatoren Diplomaten in der Sozialdemokratie, die mit guten Worten über die Einheit die schlimme Tat der von ihnen betriebenen Spaltung verdecken. Wenn ein Liquidator sich eifrig für die Einheit ins Zeug legt, so weiß man unbedingt, dass er die Einheit bereits im Namen der Spaltung mit Füßen getreten hat.
Die Wahlen in Petersburg sind ein direkter Beweis hierfür.
Die Einheit ist vor allem die Einheit der Aktionen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter innerhalb der Arbeiterklasse, die noch unorganisiert, noch nicht vom Lichte des Sozialismus erleuchtet ist. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter stellen auf ihren Versammlungen Fragen, erörtern sie, fassen Beschlüsse und treten dann mit diesen Beschlüssen, die für die Minderheit unbedingt bindend sind, als ein einheitliches Ganzes vor die Parteilosen hin. Ohne das gibt es keine Einheit der Sozialdemokratie und kann es keine geben! Wurde in Petersburg ein solcher Beschluss gefasst? Jawohl. Es war der Beschluss der 26 sozialdemokratischen Bevollmächtigten (beider Richtungen), die die Plattform der Antiliquidatoren annahmen. Weshalb haben sich die Liquidatoren diesem Beschlusse nicht gefügt? Weshalb haben sie den Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Bevollmächtigten hintertrieben? Weshalb haben sie die Einheit der Sozialdemokratie in Petersburg mit Füßen getreten? Weil die Liquidatoren Diplomaten in der Sozialdemokratie sind, die unter der Maske der Einheit die Spaltung bewerkstelligen.
Einheit bedeutet weiter die Einheit der Aktionen des Proletariats gegenüber der ganzen bürgerlichen Welt. Die Vertreter des Proletariats fassen Beschlüsse und führen sie durch, indem sie als ein einheitliches Ganzes auftreten, unter der Bedingung der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Ohne das gibt es keine Einheit des Proletariats und kann es keine geben! Hatte das Petersburger Proletariat einen solchen Beschluss gefasst? Jawohl. Es war der antiliquidatorische Wählerauftrag, der vom Kongress der Bevollmächtigten mit Stimmenmehrheit beschlossen worden war. Weshalb haben sich die Liquidatoren dem Wählerauftrag der Bevollmächtigten nicht gefügt? Weshalb haben sie den Willen der Bevollmächtigten hintertrieben? Weshalb haben sie die Einheit der Arbeiterklasse in Petersburg mit büßen getreten? Weil die liquidatorische Einheit eine diplomatische Phrase ist, die die Politik der Hintertreibung der Einheit verdeckt...
Als die Liquidatoren schließlich drei Wahlmänner erhielten, nachdem sie den Willen der Mehrheit hintertrieben, Schwankende (Sudakow) durchgebracht und Versprechungen von höchst diplomatischer Art ausgeteilt hatten, da erhob sich die Frage: Was nun?
Der einzige ehrliche Ausweg war die Auslosung. Und die Antiliquidatoren schlugen den Liquidatoren die Auslosung vor, aber die Liquidatoren lehnten sie ab!!
Über den Vorschlag verhandelte mit dem Bolschewik X der Liquidator Y (die Namen der auf beiden Seiten Verhandelnden können von uns im Falle der Notwendigkeit und unter der Bedingung genannt werden, dass die notwendige Konspiration gewahrt wird)[125]; und er gab nach Befragung seiner Gesinnungsfreunde zur Antwort: „Die Auslosung ist unannehmbar, da unsere Wahlmänner durch den Beschluss unseres leitenden Kollektivs gebunden sind.“
Mögen doch die Herren Liquidatoren versuchen, diese unsere Erklärung zu widerlegen!
Die Hintertreibung des Willens der Mehrheit der sozialdemokratischen Bevollmächtigten, die Hintertreibung des Willens der Mehrheit des Kongresses der Bevollmächtigten, die Ablehnung der Auslosung, die Ablehnung einer einheitlichen Kandidatur zur Duma, alles dies im Interesse der Einheit - das ist bei euch nun schon eine sehr originelle „Einheit“, ihr Herren Liquidatoren!

Übrigens ist die Spalterpolitik der Liquidatoren nichts Neues. Schon seit 1908 betreiben sie ihre Agitation gegen die illegale Partei. Das skandalöse Benehmen der Liquidatoren bei den Wahlen in Petersburg ist eine Fortsetzung ihrer alten Spalterpolitik.
Man sagt, Trotzki habe durch seine „Vereinigungs“-Kampagne in die alten „Angelegenheiten“ der Liquidatoren einen „neuen Geist“ hineingebracht. Aber das ist nicht wahr. Trotz der „heroischen“ Anstrengungen Trotzkis und seiner „furchtbaren Drohungen“ erwies er sich zu guter Letzt als einfacher marktschreierischer Athlet mit falschen Muskeln, denn in fünf Jahren „Arbeit“ hat er niemand außer den Liquidatoren zu vereinigen vermocht. Neues Geschrei - alte Taten!
Kehren wir jedoch zu den Wahlen zurück. Indem die Liquidatoren die Auslosung ablehnten, konnten sie nur auf eins rechnen: darauf, dass die Bourgeoisie (die Kadetten und die Oktobristen) dem Liquidator den Torzug geben würde! Um diese nette Rechnung zu durchkreuzen, konnte das Petersburger Komitee nicht anders handeln, als dass es allen Wahlmännern die Direktive gab, sich zur Wahl zu stellen, denn die Liquidatoren hatten auch einen „Schwankenden“ (Sudakow), und überhaupt hatten sie keine geschlossene Gruppe. In Durchführung der Direktive des PK stellten sich alle antiliquidatorischen Wahlmänner zur Wahl. Und die nette Rechnung der Liquidatoren ging schief! Demoralisation gab es nicht bei den Antiliquidatoren, sondern unter den liquidatorischen Wahlmännern, die sich gegen den Beschluss ihres „Kollektivs“ um die Wette zur Wahl stellten. Zu wundern brauchte man sich nicht darüber, dass sich Gudkow mit der Kandidatur Badajews einverstanden erklärte (auf Gudkow drückte der antiliquidatorische Wählerauftrag, der in seinem Betrieb angenommen worden war!), sondern über die Tatsache, dass sich der Liquidator Petrow und anschließend auch Gudkow selbst nach der Wahl Badajews zur Wahl stellten.
Aus dem Gesagten gibt es nur eine Schlussfolgerung: Die Einheit ist für die Liquidatoren eine Maske, die ihre Spalterpolitik verbergen soll, ein Steckenpferd, auf dem sie gegen den Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats von Petersburg in die Duma hineinreiten wollten.

II
DIE STÄDTISCHE KURIE

Die Ereignisse an der Lena und überhaupt die Belebung innerhalb der Arbeiterschaft sind an dem Wähler der zweiten Kurie nicht spurlos vorübergegangen. Die demokratischen Schichten der Stadtbevölkerung sind um ein bedeutendes nach links gerückt. Haben sie vor fünf Jahren, nach der Niederlage der Revolution, die Ideale des Jahres 1905 „begraben“, so haben jetzt, nach den Massenstreiks, die alten Ideale aufzuleben begonnen. Es herrscht eine gewisse Stimmung der Unzufriedenheit mit der zweiseitigen Politik der Kadetten, was die Kadetten unbedingt bemerken mussten.
Anderseits haben die Oktobristen die Hoffnungen der großen Handelsherren und Fabrikanten „nicht gerechtfertigt“. Es sind Vakanzen entstanden, was die Kadetten wiederum unbedingt bemerken mussten.
So beschlossen die Kadetten schon im Mai dieses Jahres, an zwei Fronten zu spielen. Nicht zu kämpfen, sondern zu spielen.
Dadurch erklärt sich auch jene Doppelbödigkeit der Wahlkampagne der Kadetten in den beiden verschiedenen Kurien, die dem Wähler unbedingt auffallen musste.
Zum Zentrum der Wahlkampagne der Sozialdemokraten wurde der gegen die Kadetten geführte Kampf um den Einfluss auf die demokratischen Schichten. Hegemonie der konterrevolutionären Bourgeoisie oder Hegemonie des revolutionären Proletariats - das ist jenes bekannte „Schema“ der Bolschewiki, gegen das die Liquidatoren viele Jahre hoffnungslos kämpfen und dem sie sich jetzt, als einer offensichtlichen und unvermeidlichen Lebensnotwendigkeit, zu fügen gezwungen sind.

Der Sieg in der zweiten Kurie hing von der Haltung der demokratischen Schichten ab, die ihrer Lage nach demokratisch sind, sich aber ihrer Interessen noch nicht bewusst geworden sind. Wem werden diese Schichten folgen, der Sozialdemokratie oder den Kadetten? Es gab auch ein drittes Lager, die Rechten mit den Oktobristen, aber von einer „Schwarzhundertergefahr" brauchte man nicht ernstlich zu reden, denn es war klar, dass die Rechten nur eine unbedeutende Stimmenzahl würden aufbringen können. Die Redensarten aber, man solle „die Bourgeoisie nicht einschüchtern", riefen, obgleich sie laut wurden (siehe den Artikel von R D. im „Newski Golos"[126]) nur ein Lächeln hervor, denn es war klar, dass es der Sozialdemokratie bevorstand, diese selbe Bourgeoisie in Gestalt ihrer kadettischen Advokaten nicht nur „einzuschüchtern", sondern auch aus ihrer Stellung zu vertreiben.
Hegemonie der Sozialdemokratie oder Hegemonie der Kadetten - so hatte das Leben selber die Frage gestellt.
Hieraus war klar, dass die Sozialdemokratie während der ganzen Wahlkampagne äußerst geschlossen vorgehen musste.
Eben deshalb schloss die Wahlkommission des Petersburger Komitees ein Abkommen mit einer anderen Kommission, die aus Menschewiki und liquidatorischen Einzelgängern bestand. Das war ein Abkommen über Personen bei voller Freiheit der Wahlagitation und mit der unerlässlichen Bedingung, dass „keine Person, die ihren Namen oder ihre Tätigkeit mit dem Kampf gegen das Parteiprinzip verbunden hat" (Auszug aus dem „Protokoll" der Verhandlungen) in die Liste der Dumakandidaten aufgenommen werden kann. Die bekannte Liste der Sozialdemokratie für die zweite Kurie kam erst dadurch zustande, dass Ab ... und L..., die bekannten Petersburger Liquidatoren, die „ihren Namen und ihre Tätigkeit verbunden haben" usw., von den Antiliquidatoren abgelehnt wurden. Es ist nicht überflüssig, gleich hier zur Charakteristik der „Anhänger der Einheit" zu bemerken, dass sie sich nach der Wahl Tschcheidses in Tiflis entschieden weigerten, ihn durch die Kandidatur eines früheren Mitglieds der III. Duma, des Sozialdemokraten Pokrowski, zu ersetzen, wobei sie mit einer Parallelliste und einer Desorganisierung der Kampagne drohten.
Aber die Klausel von der „Freiheit der Wahlagitation „ hat sich wohl als überflüssig erwiesen, denn der Verlauf der Kampagne hat augenfällig gezeigt, dass im Kampf gegen die Kadetten keine andere Kampagne als eine revolutionär-sozialdemokratische, d. h. eine bolschewistische Kampagne, möglich ist. Wer erinnert sich nicht der Ausführungen der Petersburger Redner und Kandidaten der Sozialdemokratie über die „Hegemonie des Proletariats" und über die „alten Kampfmethoden" im Gegensatz zu den „neuen parlamentarischen" Methoden, über die „zweite Bewegung" und über die „Untauglichkeit der Losung eines verantwortlichen Kadettenkabinetts"? Wo ist das Geleier der Liquidatoren über die „Nichtspaltung der Opposition", über die „Linksentwicklung der kadettischen Bourgeoisie", über den „Druck" auf diese Bourgeoisie hingeraten? Und die antikadettische Agitation der Liquidatoren - vom „Lutsch", die die Kadetten manchmal sogar zu sehr „fraßen" und „einschüchterten" - zeugt das alles etwa nicht davon, dass das Leben selber sogar „durch den Mund von Säuglingen" die Wahrheit gesprochen hat?
Wo ist denn das prinzipienfeste Gewissen der Dan, Martow und der anderen Gegner der „Kadettenfresserei" hingeraten?
Die „breite Arbeiterpartei" der Liquidatoren hat im Kampf gegen den „unterirdischen Zirkel" wiederum eine Niederlage erlitten. Man denke nur: die „breite Arbeiter(?)partei" ist in der Gefangenschaft eines kleinen, aber auch ganz kleinen „Zirkels"! Das sind Wunder...

III
ZUSAMMENFASSUNG

Aus dem Gesagten ist vor allem klar, dass die Reden von den zwei Lagern, dem Lager der Anhänger des Regimes vom 3. Juli und dem Lager seiner Gegner, keinen Boden unter sich haben. In Wirklichkeit sind bei den Wahlen drei und nicht zwei Lager hervorgetreten: das Lager der Revolution (die Sozialdemokraten), das Lager der Konterrevolution (die Rechten) und das Lager der Paktierer, die die Revolution unterminieren und Wasser auf die Mühle der Konterrevolution leiten (die Kadetten). Von einer „einheitlichen Opposition“ gegen die Reaktion gab es nicht einmal eine Spur.

Weiter sprechen die Wahlen davon, dass die Abgrenzung zwischen den beiden extremen Lagern noch schroffer werden, dass das mittlere Lager infolgedessen zusammenschmelzen wird, wobei es die demokratisch Gesinnten für die Sozialdemokratie frei macht, sich selbst aber allmählich zur Konterrevolution hinbewegt.

Infolgedessen verlieren die Reden über „Reformen“ von oben, über die Unmöglichkeit von „Ausbrüchen“ und über eine „organische Entwicklung“ Rußlands unter der Ägide der „Verfassung“ jeden Boden. Der Gang der Dinge führt unvermeidlich zu einer neuen Revolution, und es steht uns bevor, „ein neues 1905“ zu erleben, entgegen den Versicherungen der Larins und sonstiger Liquidatoren.

Schließlich sprechen die Wahlen davon, dass das Proletariat und nur das Proletariat dazu berufen ist, an die Spitze der kommenden Revolution zu treten, alles Ehrliche und Demokratische in Rußland, alles was nach der Befreiung des Heimatlandes aus der Sklaverei schmachtet, Schritt für Schritt um sich zu sammeln. Es genügt, sich mit dem Gang der Wahlen in der Arbeiterkurie bekannt zu machen, es genügt, sich mit den Sympathien der Petersburger Arbeiter bekannt zu machen, die im Wählerauftrag der Bevollmächtigten ihren klaren Ausdruck gefunden haben, es genügt, sich mit ihrem revolutionären Kampf für die Wahlen bekannt zu machen, um sich davon zu überzeugen.

Alles das gibt Grund zu der Behauptung, dass die Wahlen in Petersburg die Richtigkeit der Losungen der revolutionären Sozialdemokratie voll und ganz bestätigt haben.

Lebenskraft und Stärke der revolutionären Sozialdemokratie - das ist die erste Schlussfolgerung.

Politischer Bankrott der Liquidatoren - das ist die zweite Schlussfolgerung.

„Sozialdemokrat“ Nr. 30
12. (25.) Januar 1913.
Unterschrift: K. Stalin.
Nach, dem russischen Zeitungstext.

AUF DEM WEGE ZUM NATIONALISMUS

(Brief aus dem Kaukasus)

In der Reihe der Beschlüsse, die den Ruhm der Liquidatorenkonferenz verewigen, steht der Beschluss über die „national-kulturelle Autonomie“ nicht an letzter Stelle.
Hier ist er:
„Nach Entgegennahme der Mitteilung der kaukasischen Delegation, wonach sowohl auf der letzten Konferenz der kaukasischen Organisationen der SDAPR als auch in den literarischen Organen dieser Organisationen die Meinung der kaukasischen Genossen über die Notwendigkeit hervorgetreten ist, die Forderung der national-kulturellen Autonomie aufzustellen, konstatiert die Konferenz, ohne zu dieser Forderung der Sache nach Stellung zu nehmen, dass eine solche Auslegung des Parteiprogrammpunktes, der jeder Nationalität das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt, dem genauen Sinn des Parteiprogramms nicht zuwiderläuft, und gibt dem Wunsche Ausdruck, die nationale Frage möge auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags der SDAPR gesetzt werden.“
Dieser Beschluss ist nicht nur deshalb wichtig, weil er das opportunistische Ausweichen der Liquidatoren vor der Tatsache der aufgestiegenen nationalistischen Welle zum Ausdruck bringt. Er ist noch deshalb wichtig, weil in ihm jeder Satz Gold wert ist.
Was ist beispielsweise allein die Erklärung wert, dass die Konferenz, „ohne sich über das Wesen dieser Forderungen zu äußern“, dennoch „konstatiert“ und beschließt? S0 wird doch nur in Operetten „beschlossen“!
Oder der Satz, dass „eine solche Auslegung des Parteiprogrammpunktes, der jeder Nationalität das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt, dem genauen Sinn des Parteiprogramms nicht zuwiderläuft“. Man denke doch nur! Der erwähnte Programmpunkt (Punkt 9) spricht von der Freiheit der Nationalitäten, vom Recht der Nationalitäten, sich frei zu entwickeln, von der Pflicht der Partei, gegen jegliche Vergewaltigung der Nationalitäten zu kämpfen. Allgemein gesprochen darf das Recht der Nationalitäten, dem Sinn dieses Punktes entsprechend, nicht beschränkt werden, es kann sowohl bis zur Autonomie und Föderation als auch bis zur Separation gehen. Heißt dies, dass es für die Partei gleichgültig, gleichermaßen gut ist, wie die betreffende Nationalität über ihr Schicksal entscheidet, zugunsten des Zentralismus oder des Separatismus? Heißt dies, dass man auf Grund des abstrakten Rechtes der Nationalitäten allein, „ohne zu dieser Forderung der Sache nach Stellung zu nehmen“, wenn auch nur indirekt, den einen die Autonomie, anderen die Föderation, wieder anderen die Separation empfehlen kann? Die Nationalität entscheidet über ihr Schicksal, heißt das aber, dass die Partei den Willen der Nationalität nicht im Geiste einer Entscheidung beeinflussen soll, die dem Interesse des Proletariats am meisten entspricht? Die Partei ist für die Freiheit des Glaubensbekenntnisses, für das Recht der Menschen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen. Kann man daraus schließen, dass die Partei für den Katholizismus in Polen, für die griechische Orthodoxie in Georgien, für das Gregorianertum in Armenien eintreten, dass sie diese Formen der Weltanschauung nicht bekämpfen wird?... Und ist es nicht von selbst klar, dass der Punkt 9 des Parteiprogramms und die national-kulturelle Autonomie zwei ganz verschiedene Ebenen sind, die einander in genau dem gleichen Grade „zuwiderlaufen“ können wie, sagen wir, die Cheopspyramide der famosen Konferenz der Liquidatoren?
Aber gerade auf diese Weise, durch Taschenspielertricks, „entscheidet“ doch die Konferenz die Frage.
In dem erwähnten Beschluss der Liquidatoren ist das Wichtigste der ideologische Zerfall unter den kaukasischen Liquidatoren, die das alte Banner des Internationalismus in Kaukasien verraten und diesen Beschluss auf der Konferenz durchgesetzt haben.

Die Wendung der kaukasischen Liquidatoren zum Nationalismus ist kein Zufall. Sie haben die Liquidierung der Parteitraditionen schon lange begonnen. Die Abschaffung des „sozialen Teils“ des Minimalprogramms, die Streichung der „Hegemonie des Proletariats“ (siehe „Diskussionny Listok“ Nr. 2[[127]), die Erklärung der illegalen Partei zu einer Nebenorganisation der legalen Organisationen (siehe „Dnewnik“ Nr. 9[128]) - alles das sind allgemein bekannte Dinge. Jetzt ist die nationale Frage an die Reihe gekommen.
Gleich vom Beginn ihres Entstehens an (dem Anfang der neunziger Jahre) trugen die Organisationen in Kaukasien einen streng internationalen Charakter. Eine einheitliche Organisation der georgischen, russischen, armenischen und mohammedanischen Arbeiter, die einen einmütigen Kampf gegen die Feinde führen - das war das Bild des Parteilebens ... Im Jahre 1903, auf dem ersten, dem Gründungskongress der kaukasischen (eigentlich transkaukasischen) sozialdemokratischen Organisationen, der den Kaukasischen Bund ins Leben rief, wurde das internationale Prinzip des Organisationsaufbaus erneut als das einzig richtige proklamiert. Seit jener Zeit ist die kaukasische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Nationalismus gewachsen. Die georgischen Sozialdemokraten kämpften gegen „ihre“ Nationalisten, die Nationaldemokraten und Föderalisten; die armenischen Sozialdemokraten gegen „ihre“ Daschnakzakaner; die mohammedanischen gegen die Panislamisten[129]. Und im Kampf gegen sie erweiterte und festigte die kaukasische Sozialdemokratie ihre Organisationen unabhängig von den Fraktionen... Im Jahre .1906, auf der Gebietskonferenz Kaukasiens, tauchte die Frage der national-kulturellen Autonomie zum ersten Mal auf. Ein Grüppchen von Kutaisern brachte sie ein und verlangte eine positive Entscheidung. Die Frage „fiel mit Pauken -und Trompeten durch“, wie man sich damals ausdrückte, und zwar unter anderem deshalb, weil beide Fraktionen, vertreten durch Kostrow und den Schreiber dieser Zeilen, gleichermaßen scharf gegen sie auftraten. Es wurde ein, Beschluss gefasst, der besagte, dass die so genannte „Gebietsselbstverwaltung Kaukasiens“ die beste Lösung der nationalen Frage ist, eine Lösung, die den Interessen des im Kampfe vereinigten kaukasischen Proletariats am meisten entspricht. Jawohl, so war es im Jahre 1906. Und dieser Beschluss wurde auf den folgenden Konferenzen wiederholt, er wurde sowohl in der menschewistischen als auch in der bolschewistischen kaukasischen Presse, der legalen wie der illegalen, vertreten und popularisiert...
Aber da kam das Jahr 1912 und „es stellte sich heraus“, dass „wir“ die national-kulturelle Autonomie brauchen, natürlich (natürlich!) im Interesse des Proletariats! Worum handelte es sich denn? Was hatte sich geändert? Vielleicht war das kaukasische Proletariat weniger sozialistisch geworden? Aber dann wäre es doch am unvernünftigsten gewesen, nationale organisatorische und „kulturelle“ Schranken zwischen den Arbeitern aufzurichten! Vielleicht war es sozialistischer geworden? Aber wie soll man in solchem Falle diejenigen, mit Verlaub zu sagen, „Sozialisten“ nennen, die dem Verfall unterliegende und für niemand notwendige Schranken künstlich errichten und festigen? ... Worum also handelt es sich? Es handelt sich darum, dass sich die „sozialdemokratischen Oktobristen“ von Tiflis im Schlepptau des bäuerlichen Kutais befinden. Die Angelegenheiten der Liquidatoren Kaukasiens wird von nun an der durch den streitbaren Nationalismus erschreckte Kutaiser Bauer besorgen. Die kaukasischen Liquidatoren vermochten der nationalistischen Welle nicht standzuhalten, sie ließen das erprobte Banner des Internationalismus fallen und ... begannen „auf den Wogen“ des Nationalismus zu schwanken, nachdem sie den letzten Reichtum über Bord geworfen hatten: „Wozu denn das, ein leerer Spaß“...
Aber wer A sagt, der muss auch B sagen: alles hat seine Logik! Der georgischen, armenischen, mohammedanischen (und russischen?) nationalkulturellen Autonomie der kaukasischen Liquidatoren werden die Parteien der georgischen, armenischen, mohammedanischen und anderen Liquidatoren folgen. An Stelle der gemeinsamen Organisation werden nach Nationalitäten getrennte Organisationen entstehen, sozusagen ein georgischer, ein armenischer und andere „Bünde“.

Zielen die Herren kaukasischen Liquidatoren mit ihrer „Lösung“ der nationalen Frage nicht darauf ab?
Nun wohl, wir können ihnen Kühnheit wünschen. Macht, was ihr wollt!
Jedenfalls können wir ihnen versichern, dass der andere Teil der kaukasischen Organisationen, die parteitreuen unter den georgischen, russischen, armenischen und mohammedanischen Sozialdemokraten, entschieden mit den Herren National-Liquidatoren, mit diesen Verrätern an dem ruhmreichen Banner des Internationalismus in Kaukasien, brechen wird.

„Sozialdemokrat“ Nr. 30,
12. (25.) Januar 1913.
Unterschrift: K. St.
Nach dem russischen Zeitungstext.

MARXISMUS UND NATIONALE FRAGE[130]

Die Periode der Konterrevolution in Rußland brachte nicht nur „Donner und Blitz“, sondern auch Enttäuschung über die Bewegung, Unglauben an die gemeinsamen Kräfte. Man hatte an eine „lichte Zukunft“ geglaubt - und da hatte man gemeinsam gekämpft, einerlei zu welcher Nationalität man gehörte: Die gemeinsamen Fragen vor allem! Zweifel schlichen sich in die Seele, und man begann auseinander zugehen, jeder in sein nationales Kämmerlein: Ein jeder baue nur auf sich selbst! Das „nationale Problem“ vor allem!

Im Lande vollzog sich unterdessen eine bedeutsame und jähe Wandlung des wirtschaftlichen Lebens. Das Jahr 1905 war nicht umsonst gewesen: Die Überreste der Leibeigenschaftsordnung auf dem Lande hatten einen weiteren Stoß erlitten. Eine Reihe von Jahren guter Ernte nach den Hungerjahren und der auf sie folgende industrielle Aufschwung brachten den Kapitalismus vorwärts. Die Differenzierung auf dem Lande und das Wachstum der Städte, die Entwicklung des Handels und der Verkehrswege machten einen großen Schritt vorwärts. Das gilt besonders für die Randgebiete. Dieser Umstand musste aber zwangsläufig den Prozess der wirtschaftlichen Konsolidierung der Nationalitäten Rußlands beschleunigen. Sie mussten in Bewegung geraten...

In derselben Richtung, der des Erwachens der Nationalitäten, wirkte das „konstitutionelle Regime“, das sich in dieser Zeit durchsetzte. Die Entwicklung der Zeitungen und der Literatur überhaupt, eine gewisse Freiheit der Presse und der Kulturinstitutionen, die Zunahme der Zahl der Volkstheater und dergleichen mehr trugen zweifellos zum Erstarken der „nationalen Gefühle“ bei. Die Duma mit ihrer Wahlkampagne und ihren politischen Gruppen bot neue Möglichkeiten für die Belebung der Nationen, eine neue breite Arena für deren Mobilmachung.

Die von oben ausgehende Welle eines streitbaren Nationalismus, eine ganze Reihe von Repressalien der „Machthabenden“, die sich an den Randgebieten wegen ihrer „Freiheitsliebe“ rächten, lösten eine Gegenwelle des Nationalismus von unten aus, der mitunter in brutalen Chauvinismus überging. Das Erstarken des Zionismus[131] unter den Juden, der wachsende Chauvinismus in Polen, der Panislamismus unter den Tataren, das Erstarken des Nationalismus unter den Armeniern, Georgiern und Ukrainern, die allgemeine Neigung des Spießers zum Antisemitismus - alles das sind allbekannte Tatsachen.

Die Welle des Nationalismus rollte immer stärker heran und drohte, die Arbeitermassen zu erfassen. Und je mehr die Freiheitsbewegung abebbte, umso üppiger kamen die Blüten des Nationalismus zur Entfaltung.

In diesem schweren Augenblick fiel der Sozialdemokratie eine hohe Mission zu - dem Nationalismus entgegenzutreten, die Massen vor der allgemeinen „Seuche“ zu bewahren. Denn die Sozialdemokratie, und nur sie allein, war dazu imstande, da sie dem Nationalismus die bewährte Waffe des Internationalismus, die Einheit und Unteilbarkeit des Klassenkampfes entgegenstellte. Und je stärker die Welle des Nationalismus heranrollte, um so lauter musste die Stimme der Sozialdemokratie für die Brüderlichkeit und Einheit der Proletarier aller Nationalitäten Rußlands erschallen. Besondere Standhaftigkeit war dabei für die Sozialdemokraten der Randgebiete erforderlich, die mit der nationalistischen Bewegung unmittelbar zusammenstoßen.

Aber nicht alle Sozialdemokraten zeigten sich auf der Höhe der Aufgabe, vor allem nicht die Sozialdemokraten in den Randgebieten. Der „Bund“, der früher die gemeinsamen Aufgaben betont hatte, begann nunmehr seine besonderen, rein nationalistischen Ziele in den Vordergrund zu rücken: Es kam so weit, dass er das „Feiern des Sabbats“ und die „Anerkennung des Jiddischen“ für einen Kampfpunkt seiner Wahlkampagne erklärte. („Bericht über die IX. Konferenz des ‚Bund’“) Auf den „Bund“ folgte der Kaukasus: ein gewisser Teil der kaukasischen Sozialdemokraten, der früher zusammen mit den anderen kaukasischen Sozialdemokraten die „national-kulturelle Autonomie“ abgelehnt hatte, stellt sie jetzt als eine

aktuelle Forderung auf. („Verlautbarung der Augustkonferenz“) Schon ganz zu schweigen von der Konferenz der Liquidatoren, die die nationalistischen Schwankungen diplomatisch sanktioniert hat. (ebenda)
Daraus folgt aber, dass die Auffassungen der Sozialdemokratie Rußlands in der nationalen Frage noch nicht allen Sozialdemokraten klar sind.
Offenbar tut eine ernste und allseitige Erörterung der nationalen Frage not. Es bedarf einer einmütigen und unermüdlichen Arbeit der konsequenten Sozialdemokraten gegen den nationalistischen Nebel, woher er auch kommen möge.

I
DIE NATION

Was ist eine Nation?
Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft, eine bestimmte Gemeinschaft von Menschen.
Diese Gemeinschaft ist keine Rassen- und keine Stammesgemeinschaft. Die heutige italienische Nation hat sich aus Römern, Germanen, Etruskern, Griechen, Arabern usw. gebildet. Die französische Nation ist aus Galliern, Römern, Briten, Germanen usw. entstanden. Dasselbe muss von den Engländern, Deutschen usw. gesagt werden, die sich aus Menschen verschiedener Rassen und Stämme zu Nationen formierten.
Also ist die Nation keine Rassen- und keine Stammesgemeinschaft, sondern eine historisch entstandene Gemeinschaft von Menschen.
Anderseits steht es außer Zweifel, dass die großen Staaten eines Cyrus oder Alexander nicht als Nationen bezeichnet werden konnten, obgleich sie historisch entstanden waren, sich aus verschiedenen Stämmen und Rassen gebildet hatten. Das waren keine Nationen, sondern zufällige und lose verbundene Konglomerate von Gruppen, die je nach den Erfolgen oder Niederlagen dieses oder jenes Eroberers auseinander fielen oder sich vereinigten.
Also ist die Nation kein zufälliges und kein ephemeres Konglomerat, sondern eine stabile Gemeinschaft von Menschen.
Aber nicht jede stabile Gemeinschaft ergibt eine Nation. Auch Österreich und Rußland sind stabile Gemeinschaften, jedoch nennt sie niemand Nationen. Wodurch unterscheidet sich die nationale Gemeinschaft von der Staatsgemeinschaft? Unter anderem dadurch, dass die nationale Gemeinschaft ohne gemeinsame Sprache undenkbar ist, während für den Staat eine gemeinsame Sprache nicht unbedingt erforderlich ist. Die tschechische Nation in Österreich und die polnische in Rußland wären ohne eine für jede von ihnen gemeinsame Sprache unmöglich, während die Integrität Rußlands und Österreichs nicht dadurch beeinträchtigt wird, dass es in ihnen eine ganze Reihe von Sprachen gibt. Es handelt sich natürlich um Sprachen, die das Volk spricht, und nicht um die offiziellen Kanzleisprachen.
Also Gemeinschaft der Sprache als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.
Das bedeutet natürlich nicht, dass verschiedene Nationen immer und überall verschiedene Sprachen sprechen, oder dass alle, die ein und dieselbe Sprache sprechen, unbedingt eine Nation bilden. Gemeinsame Sprache für jede Nation, aber nicht unbedingt verschiedene Sprachen für verschiedene Nationen! Es gibt keine Nation, die gleichzeitig verschiedene Sprachen spräche, das bedeutet aber noch nicht, dass es nicht zwei Nationen geben kann, die eine Sprache sprechen! Die Engländer und die Nordamerikaner sprechen eine Sprache, und doch bilden sie nicht eine Nation. Dasselbe gilt von den Norwegern und Dänen, von den Engländern und Iren.
Aber warum bilden beispielsweise die Engländer und die Nordamerikaner, trotz der gemeinsamen Sprache, nicht eine Nation?
Vor allem deswegen, weil sie nicht zusammen, sondern auf getrennten Territorien leben. Eine Nation bildet sich nur im Ergebnis eines lang andauernden und regelmäßigen Verkehrs, im

Ergebnis eines Zusammenlebens der Menschen von Generation zu Generation. Ein lang andauerndes Zusammenleben ist aber ohne gemeinsames Territorium unmöglich. Die Engländer und die Amerikaner bevölkerten früher ein und dasselbe Territorium, England, und bildeten eine Nation. Dann siedelte ein Teil der Engländer aus England nach einem neuen Territorium, nach Amerika, über und bildete hier, auf dem neuen Territorium, im Laufe der Zeit eine neue, die nordamerikanische Nation. Die verschiedenen Territorien haben zur Bildung von verschiedenen Nationen geführt.

Also Gemeinschaft des Territoriums als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Das ist aber noch nicht alles. Gemeinschaft des Territoriums ergibt an sich noch keine Nation. Dazu ist außerdem noch eine innere wirtschaftliche Bindung nötig, die die einzelnen Teile der Nation zu einem Ganzen vereinigt. Zwischen England und Nordamerika besteht keine solche Bindung, und darum bilden sie zwei verschiedene Nationen. Aber auch die Nordamerikaner selbst würden nicht den Namen einer Nation verdienen, wenn die einzelnen Ecken und Enden Nordamerikas nicht untereinander durch die unter ihnen bestehende Arbeitsteilung, durch die Entwicklung der Verkehrswege usw. zu einem wirtschaftlichen Ganzen verbunden wären.

Man nehme etwa die Georgier. Die Georgier aus der Zeit vor der Reform lebten auf gemeinsamem Territorium und sprachen eine Sprache, und dennoch bildeten sie, streng genommen, nicht eine Nation, denn, zerfallen in eine ganze Anzahl voneinander getrennter Fürstentümer, konnten sie kein gemeinsames Wirtschaftsleben führen, bekriegten sich jahrhundertelang, ruinierten einander, hetzten einander die Perser und die Türken auf den Hals. Die kurzlebige und zufällige Vereinigung von Fürstentümern, die herzustellen manchmal irgendeinem vom Glück begünstigter Herrscher gelang, berührte bestenfalls nur die administrative Oberfläche, sie zerschlug sich bald an den Launen der Fürsten und der Gleichgültigkeit der Bauern. Anders konnte es bei der wirtschaftlichen Zersplitterung Georgiens gar nicht sein ... Georgien trat als Nation erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Erscheinung, als die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Entfaltung des Wirtschaftslebens des Landes, die Entwicklung der Verkehrswege und das Aufkommen des Kapitalismus eine Arbeitsteilung unter den einzelnen Gebieten Georgiens herbeiführten, die wirtschaftliche Abgeschlossenheit der Fürstentümer endgültig durchbrachen und sie zu einem Ganzen zusammenfügten.

Dasselbe muss auch von den anderen Nationen gesagt werden, die das Stadium des Feudalismus durchgemacht und den Kapitalismus in ihrem Lande entwickelt haben.

Also Gemeinschaft des Wirtschaftslebens, wirtschaftliche Verbundenheit als eine der charakteristischen Besonderheiten der Nation.

Aber auch das ist noch nicht alles. Außer allem Gesagten müssen noch die Besonderheiten der Geistesprägung der zu einer Nation vereinigten Menschen berücksichtigt werden. Nationen unterscheiden sich voneinander nicht nur durch ihre Lebensbedingungen, sondern auch durch ihre Geistesprägung, die in den Besonderheiten der nationalen Kultur ihren Ausdruck findet. Wenn England, Nordamerika und Irland, die eine Sprache sprechen, nichtsdestoweniger drei verschiedene Nationen bilden, so spielt hierbei keine geringe Rolle die spezifische psychische Wesensart, die sich bei ihnen infolge ungleicher Existenzbedingungen von Generation zu Generation herausgebildet hat.

Natürlich ist die psychische Wesensart, oder, wie sie anders genannt wird, der „Nationalcharakter“, an und für sich für den Beobachter etwas Ungreifbares, insofern sie aber in der einer Nation gemeinsamen Eigenart der Kultur ihren Ausdruck findet, ist sie greifbar und darf nicht ignoriert werden.

Es erübrigt sich zu sagen, dass der „Nationalcharakter“ nicht etwas ein für allemal Feststehendes ist, sondern sich mit den Lebensbedingungen ändert; aber da er in jedem gegebenen Augenblick existiert, drückt er der Physiognomie der Nation seinen Stempel auf.

Also Gemeinschaft der psychischen Wesensart, die in einer Gemeinschaft der Kultur ihren Ausdruck findet, als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Damit haben wir alle Merkmale der Nation erschöpft.
Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.
Dabei versteht sich von selbst, dass die Nation, wie jede historische Erscheinung überhaupt, dem Gesetz der Veränderung unterworfen ist, ihre Geschichte, ihren Anfang und ihr Ende hat.
Es muss hervorgehoben werden, dass keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört die Nation auf, eine Nation zu sein.
Man kann sich Menschen mit gemeinsamem „Nationalcharakter" vorstellen, ohne jedoch deshalb sagen zu können, dass sie eine Nation bilden, wenn sie wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben, verschiedene Sprachen sprechen usw. Das gilt beispielsweise für die russischen, die galizischen, die amerikanischen, die georgischen Juden und die Bergjuden, die unseres Erachtens keine einheitliche Nation bilden.
Man kann sich Menschen mit gemeinsamem Territorium und Wirtschaftsleben vorstellen, aber ohne gemeinsame Sprache und gemeinsamen „Nationalcharakter" werden sie dennoch keine Nation bilden. Das gilt z. B. für die Deutschen und die Letten im Ostseegebiet.
Schließlich sprechen die Norweger und die Dänen eine Sprache, aber sie bilden nicht eine Nation, weil die anderen Merkmale fehlen.
Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation.
Man könnte meinen, der „Nationalcharakter" sei nicht eines der Merkmale, sondern das einzige wesentliche Merkmal der Nation, während alle übrigen Merkmale eigentlich nur Bedingungen der Entwicklung der Nation und nicht ihre Merkmale seien. Diesen Standpunkt nehmen zum Beispiel die in Österreich bekannten sozialdemokratischen Theoretiker der nationalen Frage R. Springer und besonders O. Bauer ein.
Untersuchen wir ihre Theorie der Nation.
Nach Springer „ist die Nation ein Verband gleich denkender und gleich redender Personen, eine Kulturgemeinschaft moderner Menschen, die nicht mehr an die Scholle gebunden sind" (R. Springer, „Das nationale Problem", Verlag „Obschtschestwennaja Polsa", 1909, S. 43.)
Also „ein Verband" gleich denkender und gleich sprechender Personen, wie sehr sie auch voneinander getrennt seien, wo sie auch leben mögen.
Bauer geht noch weiter.
Was ist eine Nation? fragt er. „Ist es die Gemeinschaft der Sprache, die die Menschen zu einer Nation vereint? Aber Engländer und Iren... sprechen dieselbe Sprache und sind darum doch nicht ein Volk; die Juden haben keine gemeinsame Sprache und sind darum doch eine Nation." (O. Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie", Verlag „Serp", 1909, S. 1/2.)
Was ist denn nun eine Nation?
„Die Nation ist eine relative Charaktergemeinschaft." (Ebenda, S. 6.)
Was ist denn aber Charakter, in diesem Falle Nationalcharakter?
Der Nationalcharakter ist „die Summe der Merkmale, die die Menschen der einen Nationalität von den Menschen einer anderen Nationalität unterscheiden, der Komplex der körperlichen und geistigen Merkmale, der eine Nation von der anderen scheidet." (Ebenda, S. 2.)
Bauer weiß natürlich, dass der Nationalcharakter nicht vom Himmel herunterfällt, und fügt deshalb hinzu:
„Der Charakter der Menschen wird... niemals durch etwas anderes bestimmt als durch ihr Schicksal"... „Die Nation ist nie etwas anderes als Schicksalsgemeinschaft", die ihrerseits bestimmt werde durch die „Bedingungen, unter denen die Menschen ihren Lebensunterhalt produzieren und den Ertrag ihrer Arbeit verteilen." (Ebenda, S. 24/25.)
So gelangen wir, wie Bauer sagt, zur „vollständigen" Begriffsbestimmung der Nation.
„Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen." (Ebenda, S. 139.)

Also nationale Charaktergemeinschaft auf dem Boden der Schicksalsgemeinschaft, betrachtet außerhalb des unbedingten Zusammenhanges mit der Gemeinschaft des Territoriums, der Sprache und des Wirtschaftslebens.
Was bleibt denn aber da von der Nation übrig? Von was für einer nationalen Gemeinschaft kann bei Menschen die Rede sein, die wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben und von Generation zu Generation verschiedene Sprachen sprechen?
Bauer spricht von den Juden als Nation, obgleich sie „keine gemeinsame Sprache haben“ (Ebenda, S 2.), aber von was für einer „Schicksalsgemeinschaft“ und nationalen Verbundenheit kann, sagen wir, bei den georgischen, daghestanischen, russischen und amerikanischen Juden die Rede sein, die voneinander gänzlich getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben und verschiedene Sprachen sprechen?
Die erwähnten Juden führen zweifellos mit den Georgiern, Daghestanern, Russen und Amerikanern ein gemeinsames wirtschaftliches und politisches Leben, in einer gemeinsamen Kulturatmosphäre mit ihnen; dies muss zwangsläufig ihrem Nationalcharakter seinen Stempel aufdrücken; wenn ihnen etwas Gemeinsames verblieben ist, so sind es die Religion, die gemeinsame Abstammung und gewisse Überreste eines Nationalcharakters. Das alles steht außer Zweifel. Wie kann man aber ernstlich behaupten wollen, dass verknöcherte religiöse Riten und sich verflüchtigende psychologische Überreste auf das „Schicksal“ der erwähnten Juden stärker einwirken als das lebendige sozialökonomische und kulturelle Milieu, worin sie leben? Aber nur unter dieser Voraussetzung kann man ja von den Juden schlechthin als einer einheitlichen Nation sprechen.
Worin aber unterscheidet sich dann die Nation Bauers von dein mystischen und sich selbst genügenden „Nationalgeist“ der Spiritualisten?
Bauer reißt eine unüberbrückbare Kluft zwischen dein „Unterscheidungsmerkmal“ der Nation (dem Nationalcharakter) und den „Bedingungen“ ihres Lebens auf, indem er sie voneinander trennt. Was ist denn aber der Nationalcharakter anderes als die Widerspiegelung der Lebensbedingungen, als ein Niederschlag von Eindrücken, die aus dem Milieu, worin die Menschen leben, aufgenommen wurden? Wie kann man sich allein auf den Nationalcharakter beschränken und ihn von dem Boden, der ihn erzeugt hat, absondern und trennen?
Ferner: Wodurch unterschied sich eigentlich die englische Nation am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts von der nordamerikanischen, als Nordamerika noch „Neu-England“ hieß? Doch gewiss nicht durch den Nationalcharakter, denn die Nordamerikaner sind ja aus England gekommen, sie haben nach Amerika außer der englischen Sprache auch noch den englischen Nationalcharakter mitgenommen und konnten diesen natürlich nicht so rasch verlieren, obgleich sich unter dem Einfluss der neuen Verhältnisse bei ihnen gewiss ein eigener, besonderer Charakter herausbildete. Und doch bildeten sie damals trotz ihrer größeren oder geringeren Charaktergemeinschaft bereits eine von England verschiedene Nation! Offenbar unterschied sich damals „Neu-England“ als Nation von England als Nation nicht durch einen besonderen Nationalcharakter, oder nicht so sehr durch den Nationalcharakter, als vielmehr durch das von England verschiedene Milieu, durch die Lebensbedingungen.
Somit ist klar, dass es in Wirklichkeit keinerlei alleiniges Unterscheidungsmerkmal der Nation gibt. Es gibt nur eine Summe von Merkmalen, aus denen beim Vergleich von Nationen bald das eine Merkmal (der Nationalcharakter), bald das zweite (die Sprache), bald das dritte (das Territorium, die wirtschaftlichen Bedingungen) prägnanter hervortritt. Die Nation ist eine Kombination aller Merkmale zusammengenommen.
Bauers Standpunkt, der die Nation mit dem Nationalcharakter identifiziert, löst die Nation von ihrem Boden los und verwandelt sie in eine unsichtbare, sich selbst genügende Kraft. Es ergibt sich nicht eine Nation, die lebt und wirkt, sondern etwas Mystisches, Ungreifbares und Jenseitiges. Denn, wie gesagt, was für eine jüdische Nation ist das beispielsweise, die aus

georgischen, daghestanischen, russischen, amerikanischen und anderen Juden besteht, deren Mitglieder einander nicht verstehen (verschiedene Sprachen sprechen), in verschiedenen Teilen des Erdballs leben, einander niemals sehen werden, niemals, weder im Frieden noch im Krieg, gemeinsam vergehen werden?!

Nein, nicht für solche papierene „Nationen" stellt die Sozialdemokratie ihr nationales Programm auf. Sie kann nur mit wirklichen Nationen rechnen, die handeln und sich bewegen und darum auch erzwingen, dass man mit ihnen rechnet.

Bauer verwechselt offenbar die Nation, die eine historische Kategorie ist, mit dem Volksstamm, der eine ethnographische Kategorie ist.

Übrigens scheint Bauer die Schwäche seiner Position selbst zu empfinden. Spricht er am Anfang seines Buches die Juden nachdrücklich als Nation an (Ebenda, S. 2), so korrigiert er sich am Ende des Buches und behauptet: „…die kapitalistische Gesellschaft lässt sie (die Juden) überhaupt nicht als Nation bestehen" (Ebenda, S. 389), sie lasse sie durch andere Nationen assimilieren. Als Ursache davon erweise sich: „Die Juden haben kein geschlossenes Siedlungsgebiet" (Ebenda, S. 388), während beispielsweise die Tschechen, die nach Bauer als Nation weiter bestehen müssen, ein solches Gebiet haben. Kurzum: Die Ursache liege im Fehlen eines Territoriums.

Mit dieser Argumentation hat Bauer den Beweis erbringen wollen, dass die nationale Autonomie nicht die Forderung der jüdischen Arbeiter sein kann (Ebenda, S. 396), hat aber damit versehentlich seine eigene Theorie umgestoßen, die die Gemeinschaft des Territoriums als eines der Merkmale der Nation leugnet.

Bauer geht jedoch weiter. Am Anfang seines Buches erklärt er mit Bestimmtheit: „Die Juden haben keine gemeinsame Sprache und sind darum doch eine Nation." (Ebenda, S. 2) Kaum ist er aber bei der hundertdreißigsten Seite angelangt, so hat er bereits die Front gewechselt und erklärt ebenso bestimmt: „Reine Nation ist möglich ohne gemeinsame Sprache" (Ebenda, S. 130).

Bauer hat hier beweisen wollen, dass „die Sprache das wichtigste Werkzeug menschlichen Verkehrs" (Ebenda, S. 130) ist, er hat aber gleichzeitig versehentlich auch bewiesen, was zu beweisen gar nicht seine Absicht war, nämlich die Unhaltbarkeit seiner eigenen Theorie der Nation, einer Theorie, die die Bedeutung der Sprachgemeinschaft leugnet.

So widerlegt die mit idealistischen Fäden genähte Theorie sich selbst.

II
DIE NATIONALE BEWEGUNG

Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie, sondern eine historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozess der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig der Prozess des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. So geschah es z. B. in Westeuropa. Die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener und andere formierten sich zu Nationen bei dem siegreichen Vormarsch des über die feudale Zersplitterung triumphierenden Kapitalismus.

Die Bildung von Nationen bedeutete dort aber gleichzeitig ihre Verwandlung in selbständige Nationalstaaten. Die englische, die französische und andere Nationen stellen gleichzeitig den englischen und andere Staaten dar. Irland, das außerhalb dieses Prozesses geblieben ist, ändert nichts an dem allgemeinen Bild.

Etwas anders verliefen die Dinge in Osteuropa. Während sich im Westen die Nationen zu Staaten entwickelten, bildeten sich im Osten Nationalitätenstaaten, Staaten, die sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzen. Derartige Staaten sind Österreich-Ungarn und Rußland. In Österreich erwiesen sich die Deutschen als in politischer Hinsicht am meisten

entwickelt - sie übernahmen denn auch das Werk der Vereinigung der österreichischen Nationalitäten zu einem Staat. In Ungarn erwiesen sich die Madjaren, der Kern der ungarischen Nationalitäten, als die zur Staatsbildung geeignetsten, und sie waren auch die Vereiniger Ungarns. In Rußland wurde die Rolle des Vereinigers der Nationalitäten von den Großrussen übernommen, an deren Spitze eine historisch entstandene, starke und organisierte adelige Militärbürokratie stand.
So ging die Sache im Osten vor sich.
Diese eigentümliche Art der Staatenbildung konnte nur unter den Verhältnissen des noch nicht beseitigten Feudalismus, unter den Verhältnissen des schwach entwickelten Kapitalismus stattfinden, als die in den Hintergrund gedrängten Nationalitäten noch nicht dazu gekommen waren, sich ökonomisch zu geschlossenen Nationen zu konsolidieren.
Der Kapitalismus beginnt sich aber auch in den östlichen Staaten zu entwickeln. Handel und Verkehrswege entwickeln sich. Es entstehen Großstädte. Die Nationen konsolidieren sich ökonomisch. Der in das geruhsame Dasein der zurückgedrängten Nationalitäten eingebrochene Kapitalismus rüttelt diese auf und setzt sie in Bewegung. Die Entwicklung der Presse und des Theaters, die Tätigkeit des Reichsrats (in Österreich) und der Duma (in Rußland) tragen zur Stärkung der „nationalen Gefühle“ bei. Die aufgekommene Intelligenz wird von der „nationalen Idee“ durchdrungen und wirkt in derselben Richtung...
Aber die zu selbständigem Dasein erwachten zurückgedrängten Nationen bilden jetzt keine unabhängigen Nationalstaaten mehr: sie begegnen auf ihrem Wege dem stärksten Widerstand der führenden Schichten der herrschenden Nationen, die sich schon längst an die Spitze des Staates gestellt haben. Zu spät!...
So formieren sich zu Nationen die Tschechen, die Polen usw. in Österreich; die Kroaten und andere in Ungarn; die Letten, Litauer, Ukrainer, Georgier, Armenier und andere in Rußland. Was in Westeuropa Ausnahme war (Irland), wurde im Osten zur Regel.
Im Westen antwortete Irland auf seine Ausnahmestellung mit einer nationalen Bewegung. Im Osten mussten die erwachten Nationen dasselbe tun.
So gestalteten sich die Umstände, die die jungen Nationen des europäischen Ostens zum Kampf antrieben.
Der Kampf begann und entbrannte eigentlich nicht zwischen den Nationen im Ganzen genommen, sondern zwischen den herrschenden Klassen der machthabenden und denen der zurückgedrängten Nationen. Den Kampf führt gewöhnlich entweder das städtische Kleinbürgertum der unterdrückten Nation gegen die Großbourgeoisie der herrschenden Nation (Tschechen und Deutsche), oder die ländliche Bourgeoisie der unterdrückten Nation gegen die Gutsherren der herrschenden Nation (Ukrainer in Polen), oder aber die ganze „nationale“ Bourgeoisie der unterdrückten Nationen gegen den regierenden Adel der machthabenden Nation (Polen, Litauen, die Ukraine in Rußland).
Die Bourgeoisie ist die handelnde Hauptperson.
Die grundlegende Frage für die junge Bourgeoisie ist der Markt. Ihr Ziel ist, ihre Waren abzusetzen und aus dem Konkurrenzkampf gegen die Bourgeoisie anderer Nationalität als Sieger hervorzugehen. Daher ihr Wunsch, sich ihren „eigenen“, „heimatlichen“ Markt zu sichern. Der Markt ist die erste Schule, in der die Bourgeoisie den Nationalismus erlernt.
Doch bleibt es gemeinhin nicht bei dem Markt allein. In den Kampf greift die halbfeudale, halbbürgerliche Bürokratie der herrschenden Nation mit ihren Methoden „des Einsperrens und Verbietens“ ein. Die Bourgeoisie der machthabenden Nation - einerlei ob sie klein oder groß ist - erhält die Möglichkeit, „rascher“ und „entschiedener“ mit ihrem Konkurrenten fertig zu werden. Die „Kräfte“ vereinigen sich, und es setzt gegenüber der „fremdstämmigen“ Bourgeoisie eine ganze Anzahl von Beschränkungsmaßnahmen ein, die in Repressalien münden. Aus der wirtschaftlichen Sphäre greift der Kampf auf die politische über. Beschränkung der Freizügigkeit, Knebelung der Sprache, Schmälerung der Wahlrechte, Verminderung der Zahl der Schulen, religiöse Bedrückungen und dergleichen mehr prasseln

nur so auf den Kopf des „Konkurrenten“ nieder. Diese Maßnahmen bezwecken natürlich nicht nur die Wahrnehmung der Interessen der bürgerlichen Klassen der machthabenden Nation, sondern sie verfolgen auch sozusagen spezifisch kastenmäßige Ziele der regierenden Bürokratie. Im Hinblick auf die Resultate ist dies jedoch ganz gleichgültig: die bürgerlichen Klassen und die Bürokratie gehen in diesem Fall Hand in Hand - ganz gleich, ob es sich um Österreich-Ungarn oder um Rußland handelt.

Die von allen Seiten bedrängte Bourgeoisie der unterdrückten Nation gerät naturgemäß in Bewegung. Sie appelliert an die „heimischen unteren Volksschichten“, erhebt ein Geschrei vom „Vaterland“ und gibt ihre eigene Sache für die Sache des ganzen Volkes aus. Sie wirbt für sich eine Armee aus „Landsleuten“ im Interesse - der „Heimat“. Und die „unteren Volksschichten“ verschließen sich nicht immer ihrem Werben, sondern scharen sich um ihr Banner: die Repressalien von oben treffen auch die unteren Schichten und lösen bei ihnen Unzufriedenheit aus.

So setzt die nationale Bewegung ein.

Die Stärke der nationalen Bewegung wird durch den Grad bedingt, in dem die breiten Schichten der Nation - das Proletariat und die Bauernschaft - an ihr beteiligt sind.

Ob das Proletariat unter das Banner des bürgerlichen Nationalismus tritt oder nicht- das hängt von dem Grad der Entwicklung der Klassengegensätze, vom Klassenbewusstsein und von der Organisiertheit des Proletariats ab. Das klassenbewusste Proletariat hat sein eigenes erprobtes Banner, und es hat keine Ursache, unter das Banner der Bourgeoisie zu treten.

Was die Bauern anbelangt, so hängt ihre Beteiligung an der nationalen Bewegung vor allem vom Charakter der Repressalien ab. Wenn die Repressalien die Interessen der „Scholle“ berühren, wie dies in Irland der Fall war, so treten die breiten Bauernmassen unverzüglich unter das Banner der nationalen Bewegung.

Wenn es anderseits beispielsweise in Georgien keinen einigermaßen ernst zu nehmenden antirussischen Nationalismus gibt, so vor allem deswegen, weil es dort keine russischen Gutsbesitzer und keine russische Großbourgeoisie gibt, die einen derartigen Nationalismus unter den Massen nähren könnten. In Georgien gibt es einen antiarmenischen Nationalismus, dies kommt aber daher, weil es dort noch eine armenische Großbourgeoisie gibt, die die noch nicht erstarkte georgische Kleinbourgeoisie niederringt und sie zu einem antiarmenischen Nationalismus drängt.

Je nach diesen Faktoren nimmt die nationale Bewegung entweder Massencharakter an und breitet sich immer mehr aus (Irland, Galizien), oder aber sie wird zu einer Kette kleiner Geplänkel und artet in Skandale und einen „Kampf“ um Firmenschilder aus (einige Kleinstädte in Böhmen).

Der Inhalt der nationalen Bewegung kann natürlich nicht überall der gleiche sein: Er wird ganz und gar durch die verschiedenartigen Forderungen bedingt, die von der Bewegung aufgestellt werden. In Irland trägt die Bewegung den Charakter einer Agrarbewegung, in Böhmen einen „Sprachen“charakter; hier verlangt man staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Freiheit des Glaubensbekenntnisses, dort „eigene“ Beamte oder einen eigenen Landtag. In den verschiedenartigen Forderungen schimmern mitunter die verschiedenartigen Merkmale durch, die für die Nation im allgemeinen kennzeichnend sind (Sprache, Territorium usw.). Beachtung verdient der Umstand, dass man nirgends Forderungen nach dem Bauerschen allumfassenden „Nationalcharakter“ antrifft. Das ist auch begreiflich: der „Nationalcharakter“ an und für sich ist etwas Ungreifbares, und J. Strasser bemerkt ganz richtig: „...was sollen wir in der Politik... mit ihm anfangen?“ (J. Strasser, „Der Arbeiter und die Nation“, 1912, S. 33.)

Das sind im allgemeinen die Formen und der Charakter der nationalen Bewegung.

Aus dem Gesagten wird klar, dass der nationale Kampf unter den Bedingungen des aufsteigenden Kapitalismus ein Kampf der bürgerlichen Klassen untereinander ist. Manchmal gelingt es der Bourgeoisie, das Proletariat in die nationale Bewegung hineinzuziehen, und

dann scheint der nationale Kampf äußerlich ein Kampf „des ganzen Volkes“ zu sein, aber nur äußerlich. Seinem Wesen nach bleibt er stets ein bürgerlicher Kampf, der hauptsächlich für die Bourgeoisie vorteilhaft und ihr genehm ist.

Daraus folgt aber keineswegs, dass das Proletariat nicht gegen die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten kämpfen soll.

Beschränkung der Freizügigkeit, Entziehung des Wahlrechts, Knebelung der Sprache, Verringerung der Zahl der Schulen und sonstige Repressalien treffen die Arbeiter in nicht geringerem, wenn nicht in höherem Maße als die Bourgeoisie. Eine solche Lage kann die freie Entwicklung der geistigen Kräfte des Proletariats der unterworfenen Nationen nur hemmen. Man kann nicht ernstlich von einer vollen Entfaltung der geistigen Anlagen des tatarischen oder des jüdischen Arbeiters sprechen, wenn ihm nicht die Möglichkeit gegeben wird, seine Muttersprache in Versammlungen und Vorträgen zu gebrauchen, wenn ihm seine Schulen geschlossen werden.

Die Politik nationalistischer Repressalien ist aber für die Sache des Proletariats auch noch in anderer Hinsicht gefährlich. Sie lenkt die Aufmerksamkeit breiter Schichten von den sozialen Fragen, von den Fragen des Klassenkampfes ab und lenkt sie auf nationale Fragen, auf „gemeinsame“ Fragen des Proletariats und der Bourgeoisie hin. Dies aber schafft einen günstigen Boden für die verlogene Predigt einer „Interessenharmonie“, für die Vertuschung der Klasseninteressen des Proletariats, für die geistige Knechtung der Arbeiterschaft. Dadurch wird der Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationalitäten ein ernstliches Hindernis bereitet. Wenn ein beträchtlicher Teil der polnischen Arbeiter bis jetzt in der geistigen Knechtschaft der bürgerlichen Nationalisten verharrt, wenn er bis jetzt abseits von der internationalen Arbeiterbewegung steht, so hauptsächlich deswegen, weil die althergebrachte antipolnische Politik der „Machthabenden“ den Boden für eine solche Knechtschaft schafft und die Befreiung der Arbeiter aus dieser Knechtschaft erschwert.

Die Politik der Repressalien bleibt aber nicht hierbei stehen. Vom „System“ der Unterdrückung geht sie nicht selten zum „System“ der Verhetzung der Nationen über, zum „System“ des Gemetzels und der Pogrome. Natürlich ist dieses „System“ nicht überall und nicht immer möglich, aber wo es möglich ist - wo nämlich die elementaren Freiheiten fehlen -, nimmt es nicht selten erschreckende Ausmaße an und droht, die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter in Blut und Tränen zu ertränken. Der Kaukasus und Südrußland bieten nicht wenige Beispiele dafür. „Teile und herrsche“ - das ist das Ziel der Verhetzungspolitik. Und soweit eine derartige Politik Erfolg hat, ist sie das größte Übel für das Proletariat, ist sie ein höchst ernstliches Hindernis für die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Nationalitäten eines Staates.

Die Arbeiter sind jedoch interessiert an der völligen Vereinigung aller ihrer Klassengenossen zu einer einheitlichen internationalen Armee, an ihrer raschen und endgültigen Befreiung aus der geistigen Knechtschaft der Bourgeoisie, an der vollen und freien Entfaltung der geistigen Kräfte ihrer Mitbrüder, welcher Nation sie auch angehören mögen.

Darum kämpfen die Arbeiter und werden auch weiter kämpfen gegen die Politik der Unterdrückung der Nationen in allen ihren Formen, von den raffiniertesten bis zu den brutalsten, ebenso wie gegen die Politik der Verhetzung in allen ihren Formen.

Darum proklamiert die Sozialdemokratie aller Länder das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Recht auf Selbstbestimmung, das heißt: Nur die Nation selbst hat das Recht, über ihr Schicksal zu bestimmen; niemand hat das Recht, sich in das Leben einer Nation gewaltsam einzumischen, ihre Schulen und sonstigen Einrichtungen zu zerstören, ihre Sitten und Gebräuche umzustoßen, ihre Sprache zu knebeln, ihre Rechte zu schmälern.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Sozialdemokratie alle und jegliche Gebräuche und Einrichtungen einer Nation unterstützen wird. Im Kampf gegen die Vergewaltigung einer Nation wird sie nur für das Recht der Nation eintreten, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen,

gleichzeitig aber eine Agitation gegen die schädlichen Gebräuche und Einrichtungen dieser Nation betreiben, um den werktätigen Schichten der gegebenen Nation die Möglichkeit zu geben, sich ihrer zu entledigen.
Recht auf Selbstbestimmung, das heißt: Die Nation kann sich nach eigenem Gutdünken einrichten. Sie hat das Recht, ihr Leben nach den Grundsätzen der Autonomie einzurichten. Sie hat das Recht, zu anderen Nationen in föderative Beziehungen zu treten. Sie hat das Recht, sich gänzlich loszutrennen. Die Nation ist souverän, und alle Nationen sind gleichberechtigt.
Das bedeutet natürlich nicht, dass die Sozialdemokratie für jede beliebige Forderung einer Nation eintreten wird. Eine Nation hat das Recht, sogar zu alten Zuständen zurückzukehren, aber das heißt noch nicht, dass die Sozialdemokratie einen derartigen Beschluss dieser oder jener Institution der gegebenen Nation unterschreiben wird. Die Pflichten der Sozialdemokratie, die die Interessen des Proletariats verficht, und die Rechte der Nation, die aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt ist, sind zwei verschiedene Dinge.
In ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen steckt sich die Sozialdemokratie das Ziel, der Politik der nationalen Unterdrückung ein Ende zu setzen, sie unmöglich zu machen und damit den Kampf unter den Nationen zu untergraben, ihn abzustumpfen und auf ein Mindestmaß zu reduzieren.
Dadurch unterscheidet sich die Politik des klassenbewussten Proletariats wesentlich von der Politik der Bourgeoisie, die bemüht ist, den nationalen Kampf zu vertiefen und anzufachen, die nationale Bewegung weiter zutreiben und zuzuspitzen.
Eben darum kann das klassenbewusste Proletariat nicht unter das „nationale“ Banner der Bourgeoisie treten.
Eben darum kann die von Bauer empfohlene so genannte „evolutionistisch-nationale“ Politik nicht zur Politik des Proletariats werden. Bauers Versuch, seine „evolutionistisch-nationale“ Politik mit der Politik der „modernen Arbeiterklasse“ zu identifizieren, (O. Bauer, a. a. 0., S. 166.) ist ein Versuch, den Klassenkampf der Arbeiter dem Kampf der Nationen anzupassen.
Die Geschicke der ihrem Wesen nach bürgerlichen nationalen Bewegung sind naturgemäß an das Schicksal der Bourgeoisie gebunden. Ein endgültiges Verebben der nationalen Bewegung ist erst mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich. Erst im Reiche des Sozialismus kann völliger Friede hergestellt werden. Aber den nationalen Kampf auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ihn an der Wurzel zu untergraben, ihn für das Proletariat in höchstmöglichem Grade unschädlich zu machen, das ist auch im Rahmen des Kapitalismus möglich. Davon zeugen, sagen wir, die Beispiele der Schweiz und Amerikas. Dazu muss das Land demokratisiert, muss den Nationen die Möglichkeit freier Entwicklung gewährt werden.

III
DIE FRAGESTELLUNG

Die Nation hat das Recht, über ihr Schicksal frei zu bestimmen. Sie hat das Recht, sich einzurichten, wie es ihr beliebt, wobei sie natürlich nicht den Rechten anderer Nationen Abbruch tun darf. Das ist. unbestreitbar.
Aber wie soll sie sich nun einrichten, welche Formen soll ihre künftige Verfassung annehmen, wenn die Interessen der Mehrheit der Nation und vor allem die des Proletariats maßgebend sein sollen?
Die Nation hat das Recht, sich autonom einzurichten. Sie hat sogar das Recht, sich loszutrennen. Aber das heißt noch nicht, dass sie das unter allen Umständen tun muss, dass Autonomie oder Separation immer und überall für die Nation, das heißt für ihre Mehrheit, das heißt für die werktätigen Schichten, von Vorteil sein wird. Die transkaukasischen Tataren als Nation könnten sich, sagen wir, auf ihrem Landtag versammeln und unter dem Einfluss ihrer

Begs und Mullahs die alten Zustände wiederherstellen, den Beschluss fassen, sich vom Reich loszutrennen. Nach dem Sinn des Punktes über die Selbstbestimmung haben sie das volle Recht dazu. Läge das aber im Interesse der werktätigen Schichten der tatarischen Nation? Kann denn die Sozialdemokratie gleichgültig zuschauen, wie bei der Lösung der nationalen Frage die Begs und Mullahs die Massen hinter sich her führen? Soll die Sozialdemokratie hier nicht eingreifen und in bestimmter Weise den Willen der Nation beeinflussen? Soll sie nicht mit einem konkreten Plan für die Lösung der Frage hervortreten, der für die tatarischen Massen am vorteilhaftesten ist?

Welche Lösung aber ist mit den Interessen der werktätigen Massen am besten zu vereinbaren? Autonomie, Föderation oder Separation?

Alles das sind Fragen, deren Beantwortung von den konkreten historischen Verhältnissen abhängt, in denen die gegebene Nation lebt.

Mehr noch. Wie überhaupt alles, ändern sich auch die Verhältnisse, und eine Entscheidung, die im gegebenen Augenblick richtig ist, kann sich zu einer anderen Zeit als gänzlich unannehmbar erweisen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war Marx Verfechter der Lostrennung Russisch-Polens, und er hatte Recht, denn damals handelte es sich um die Befreiung einer höheren Kultur von einer sie zerstörenden niedrigeren. Auch stand die Frage damals nicht nur in der Theorie, nicht akademisch, sondern in der Praxis, im Leben selbst...

Ende des 19. Jahrhunderts sprechen sich die polnischen Marxisten schon gegen eine Lostrennung Polens aus, und auch sie haben recht, denn in den letzten fünfzig Jahren sind tief greifende Veränderungen im Sinne einer ökonomischen und kulturellen Annäherung Rußlands und Polens eingetreten. Außerdem ist in dieser Zeit die Frage der Lostrennung aus einem Gegenstand des praktischen Lebens zu einem Gegenstand akademischer Diskussionen geworden, die höchstens die im Ausland lebenden Intellektuellen aufregen.

Dies schließt natürlich die Möglichkeit des Eintritts gewisser innerer und äußerer Konjunkturen nicht aus, die die Frage der Lostrennung Polens von neuem aktuell machen können.

Hieraus folgt, dass die nationale Frage nur im Zusammenhang mit den in ihrer Entwicklung betrachteten historischen Bedingungen gelöst werden kann.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen, unter denen eine Nation lebt, sind der einzige Schlüssel zur Entscheidung der Frage, wie sich nämlich diese oder jene Nation einrichten, welche Formen ihre künftige Verfassung annehmen soll. Dabei ist es möglich, dass sich für jede Nation eine besondere Lösung der Frage erforderlich macht. Wenn irgendwo eine dialektische Stellung der Frage notwendig ist, so eben hier, in der nationalen Frage.

Deswegen müssen wir uns entschieden gegen eine sehr verbreitete, aber auch sehr summarische Methode der „Lösung“ der nationalen Frage wenden, die ihren Ursprung vom „Bund“ herleitet. Wir meinen die wohlfeile Methode, sich auf die österreichische und südslawische Sozialdemokratie (Die südslawische Sozialdemokratie ist im Süden Österreichs tätig.) zu berufen, die angeblich die nationale Frage bereits gelöst hat und von der die russischen Sozialdemokraten die Lösung bloß zu übernehmen brauchten. Dabei wird vorausgesetzt, dass alles, was, sagen wir, für Österreich richtig ist, auch für Rußland richtig sei. Das Wichtigste und im gegebenen Fall Entscheidende wird aus dem Auge gelassen: die konkreten historischen Verhältnisse in Rußland überhaupt und im Leben jeder einzelnen Nation innerhalb Rußlands im Besonderen.

Lassen wir beispielshalber den bekannten Bundisten W. Kossowski zu Worte kommen:

„Als auf dem IV. Kongress des ‚Bund’ die prinzipielle Seite der Frage (gemeint ist die nationale Frage. J. St.) erörtert wurde, fand die von einem Kongressteilnehmer im Geiste der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Lösung der Frage allgemeine Billigung.“ (W. Kossowski, „Fragen der Nationalität“, 1907, S. 16/17.)

Das Ergebnis war, dass die nationale Autonomie „vom Kongress einstimmig angenommen“ wurde.
Weiter nichts! Keine Analyse der russischen Wirklichkeit, keine Klärung der Frage nach den Lebensbedingungen der Juden in Rußland: Erst entlehnt man die Lösung bei der südslawischen sozialdemokratischen Partei, dann „billigt“ man sie, dann wird sie „einstimmig angenommen“! So stellen und „lösen“ die Bundisten die nationale Frage in Rußland...
Nun sind aber die Verhältnisse in Österreich von denen in Rußland grundverschieden. Dadurch ist es denn auch zu erklären, weshalb die Sozialdemokratie in Österreich, die in Brünn (1899)[132] ein nationales Programm im Geiste der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei (allerdings mit einigen unbedeutenden Abänderungen) angenommen hat, die Frage durchaus, sozusagen, nicht russisch anfasst und sie natürlich nicht russisch löst.
Vor allem die Stellung der Frage. Wie wird die Frage von Springer und Bauer gestellt, den österreichischen Theoretikern der national-kulturellen Autonomie und den Interpreten des Brünner nationalen Programms und der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei?
„Ob ein Nationalitätenstaat“, sagt Springer, „möglich ist und ob insbesondere die österreichischen Nationalitäten gezwungen sind, ein Staatswesen zu bilden, ist eine Vorfrage, die hier nicht beantwortet, sondern als entschieden vorausgesetzt ist. Wer diese Möglichkeit und Notwendigkeit nicht zugibt, für den ist freilich unsere Erörterung gegenstandslos. Unser Thema lautet: Da diese Nationen einmal beisammen sein müssen, unter welchen Rechtsformen können sie dies relativ am besten?“ (R. Springer, a. a. O., S. 14.)
Also die staatliche Integrität Osterreichs als Ausgangspunkt. Dasselbe sagt Bauer:
„Wir setzen also zunächst voraus, dass die österreichischen Nationen in demselben staatlichen Verbande bleiben, in dem sie jetzt zusammenleben, und fragen, wie die Nationen innerhalb dieses Verbandes ihr Verhältnis zueinander und zum Staate einrichten werden.“ (O. Bauer, a. a. O., S. 399)
Also wieder die Integrität Osterreichs vor allem.
Kann die Sozialdemokratie Rußlands die Frage so stellen? Nein, das kann sie nicht. Sie kann es darum nicht, weil sie von Anfang an den Standpunkt der Selbstbestimmung der Nationen einnimmt, kraft welcher der Nation das Recht auf Lostrennung zusteht.
Sogar der Bundist Goldblatt hat auf dem zweiten Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands zugegeben, dass die Sozialdemokratie auf den Standpunkt der Selbstbestimmung nicht verzichten kann. Goldblatt sagte damals:
„Gegen das Selbstbestimmungsrecht kann nichts eingewendet werden. Wenn irgendeine Nation um ihre Selbständigkeit kämpft, so darf dem nicht entgegengetreten werden. Wenn Polen keine ‚gesetzliche Ehe’ mit Rußland eingehen will, so steht es uns nicht zu, ihm das zu verwehren.“
Das stimmt alles. Daraus folgt aber, dass die Ausgangspunkte der österreichischen und der russischen Sozialdemokraten nicht nur nicht gleich, sondern, im Gegenteil, einander diametral entgegengesetzt sind. Kann man danach noch von der Möglichkeit reden, das nationale Programm bei den Österreichern zu entlehnen?
Weiter. Die Österreicher gedenken, die „Freiheit der Nationalitäten“ durch kleine Reformen, in langsamem Schritt zu verwirklichen. Wenn sie die national-kulturelle Autonomie als praktische Maßnahme vorschlagen, so rechnen sie in keiner Weise mit einer radikalen Veränderung, mit einer demokratischen Freiheitsbewegung, die sie gar nicht vorsehen. Die russischen Marxisten dagegen verbinden die Frage der „Freiheit der Nationalitäten“ mit der voraussichtlichen radikalen Veränderung, mit der demokratischen Freiheitsbewegung; sie haben keinen Grund, auf Reformen zu rechnen. Dies aber ändert die Sache wesentlich im Hinblick auf das voraussichtliche Schicksal der Nationen in Rußland.

„Freilich“, sagt Bauer, „ist es wenig wahrscheinlich, dass die nationale Autonomie das Ergebnis einer großen Entschließung, einer kühnen Tat sein wird. In einem langsamen Entwicklungsprozess, in schweren Kämpfen, die immer wieder die Gesetzgebung stilllegen und die bestehende Verwaltung starr erhalten ... wird sich Osterreich Schritt für Schritt der nationalen Autonomie entgegen entwickeln. Nicht eine große gesetzgeberische Tat, sondern eine Unzahl von Einzelgesetzen für einzelne Länder, einzelne Gemeinden werden die neue Verfassung schaffen.“ (Ebenda, S. 422.)

Dasselbe sagt Springer:

„Ich weiß vor allem“, schreibt er, „dass Institutionen dieser Art (Organe der nationalen Autonomie. J. St.) nicht in Jahren und nicht in einem Jahrzehnt geschaffen werden. Die Reorganisation der preußischen Verwaltung allein hat geraume Zeit erfordert ...Somit bedurfte Preußen zweier Jahrzehnte zur endgültigen Feststellung seiner fundamentalen Verfassungseinrichtungen. Man glaube nicht, dass ich mich über das Maß der Zeiten und Schwierigkeiten in Osterreich irgendwelcher Täuschung hingebe.“ (R. Springer, a. a. O., S. 281/282.)

Alles das ist sehr bestimmt gesagt. Können aber die russischen Marxisten anders als die nationale Frage mit „kühnen, entschlossenen Taten“ verbinden? Können sie auf Teilreformen, auf eine „Unzahl von Einzelgesetzen“ als Mittel zur Eroberung der „Freiheit der Nationalitäten“ rechnen? Wenn sie das aber nicht können und auch nicht sollen, folgt denn daraus nicht klar, dass die Kampfmethoden und die Perspektiven der Österreicher und der Russen grundverschieden sind? Wie kann man sich angesichts dieser Sachlage auf die einseitige und halbschlächtige national-kulturelle Autonomie der Österreicher beschränken? Von zwei Dingen eins: Entweder rechnen die Anhänger der Entlehnung nicht auf „entschlossene und kühne Taten“ in Rußland, oder aber sie rechnen darauf, doch „sie wissen nicht, was sie tun“.

Schließlich stehen Rußland und Österreich vor grundverschiedenen aktuellen Aufgaben, was auch verschiedene Methoden bei der Lösung der nationalen Frage erheischt. Österreich lebt in parlamentarischen Verhältnissen, ohne Parlament wäre dort unter den gegenwärtigen Umständen keine Entwicklung möglich. Das parlamentarische Leben und die Gesetzgebung Österreichs werden aber häufig durch die schroffen Zusammenstöße der nationalen Parteien völlig stillgelegt. Daraus eben ist die chronische politische Krise zu erklären, an der Österreich seit langem krankt. Deswegen ist dort die nationale Frage die Achse des politischen Lebens, eine Existenzfrage. Kein Wunder daher, dass die österreichischen sozialdemokratischen Politiker vor allem die Frage der nationalen Zusammenstöße irgendwie zu lösen suchen, natürlich auf dem Boden des bereits bestehenden Parlamentarismus, mit parlamentarischen Mitteln...

Anders in Rußland. In Rußland haben wir erstens „Gott sei Dank kein Parlament“[133]. Zweitens - und das ist die Hauptsache - bildet in Rußland nicht die nationale Frage, sondern die Agrarfrage die Achse des politischen Lebens. Darum ist das Schicksal der russischen Frage und somit auch der „Befreiung“ der Nationen in Rußland mit der Lösung der Agrarfrage, das heißt mit der Vernichtung der Überreste der Leibeigenschaft, das heißt mit der Demokratisierung des Landes verbunden. Daraus lässt sich denn auch erklären, warum in Rußland die nationale Frage nicht als eine selbständige und entscheidende Frage, sondern als ein Teil der allgemeinen und wichtigeren Frage der Befreiung des Landes von seinen Fesseln hervortritt.

„Die Unfruchtbarkeit des österreichischen Parlaments“, schreibt Springer, „ist gerade dadurch hervorgerufen, dass jede Reform innerhalb der nationalen Parteien Gegensätze schafft, die ihr Gefüge lockern könnten. Darum vermeiden die führenden Persönlichkeiten geradezu jede Anregung. Ein Fortschritt Österreich ist überhaupt nur denkbar, wenn den Nationen unentziehbare Rechtspositionen eingeräumt werden, die ihnen die ständige Erhaltung einer

nationalen Kampftruppe im Parlament ersparen und es ihnen möglich machen, sich wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zuzuwenden.“ (Ebenda, S. 36.)
Dasselbe sagt Bauer:
„Der nationale Frieden ist zunächst eine Notwendigkeit für den Staat. Der Staat kann es nicht vertragen, dass die albernste Sprachenfrage, dass jeder Streit erregter Menschen an der Sprachgrenze, dass jede neue Schule die Gesetzgebung stilllegt.“ (Bauer, a. a. O., S. 401.)
Das alles ist verständlich. Nicht weniger verständlich ist es aber, dass in Rußland die nationale Frage auf einer ganz anderen Ebene liegt. Nicht die nationale, sondern die Agrarfrage entscheidet das Schicksal des Fortschritts in Rußland. Die nationale Frage ist eine untergeordnete Frage.
Also eine verschiedene Fragestellung, verschiedene Perspektiven und Kampfmethoden, verschiedene unmittelbare Aufgaben. Ist es etwa nicht einleuchtend, dass bei einer derartigen Lage der Dinge nur Papiermenschen, die die nationale Frage jenseits von Raum und Zeit „lösen“, in Österreich Beispiele suchen und sich mit einer Entlehnung des Programms abgeben können?
Noch einmal: Die konkreten historischen Verhältnisse als Ausgangspunkt, eine dialektische Stellung der Frage als einzig richtige Fragestellung - das ist der Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage.

IV
DIE NATIONAL-KULTURELLE AUTONOMIE

Wir sprachen oben von der formalen Seite des österreichischen nationalen Programms, von den methodologischen Grundlagen, derentwegen die russischen Marxisten sich nicht einfach an der österreichischen Sozialdemokratie ein Beispiel nehmen und deren Programm zu dem ihrigen machen können.
Sprechen wir nunmehr vom Programm selbst, von seinem Wesen. Welches ist also das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokratie?
Dies lässt sich in zwei Worten ausdrücken: national-kulturelle Autonomie.
Das bedeutet erstens, dass die Autonomie nicht, sagen wir, Böhmen oder Polen eingeräumt wird, die hauptsächlich von Tschechen und Polen bevölkert sind, sondern den Tschechen und den Polen schlechthin, unabhängig vom Territorium, einerlei welchen Teil Österreichs sie bewohnen mögen.
Eben darum heißt die Autonomie nationale, nicht aber territoriale Autonomie.
Das bedeutet zweitens, dass sich die über alle Ecken und Enden Osterreichs verstreuten Tschechen, Polen, Deutschen usw. individuell, als Einzelpersonen betrachtet, als geschlossene Nationen konstituieren und als solche dem österreichischen Staat angehören. Österreich wird in einem solchen Fall nicht als Verband autonomer Gebiete, sondern als Verband autonomer Nationalitäten erscheinen, die unabhängig vom Territorium konstituiert sind.
Das bedeutet drittens, dass sich die allgemeinen nationalen Institutionen, die zu diesem Zweck für die Polen, die Tschechen usw. geschaffen werden sollen, nicht mit „politischen“, sondern nur mit „kulturellen“ Fragen befassen werden. Die spezifisch politischen Fragen werden sich im Parlament ganz Osterreichs (dem Reichsrat) konzentrieren.
Darum heißt diese Autonomie auch noch kulturelle, national-kulturelle Autonomie.
Hier der Wortlaut des Programms, das von der österreichischen Sozialdemokratie auf dem Brünner Parteitag 1899 angenommen wurde. (Für dieses Programm stimmten auch die Vertreter der südslawischen sozialdemokratischen Partei. Siehe „Debatten zur nationalen Frage auf dem Brünner Parteitag“, 1906, S. 72.)
Nachdem das Programm erwähnt, „dass die nationalen Wirren in Österreich jeden politischen Fortschritt ... lähmen“, dass „die endliche Regelung der Nationalitätenfrage ... vor allem eine

kulturelle Notwendigkeit ist“, dass „sie nur möglich ist in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist“, fährt es folgendermaßen fort:

„Die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart (In der russischen Übersetzung von M. Panin (siehe Bauers Buch in der Übersetzung Panins) heißt es statt „nationale Besonderheiten“ „nationale Individualitäten“. Panin hat diese Stelle falsch übersetzt, im deutschen Text steht nicht das Wort „Individualität“, dort wird von der „nationalen Eigenart“ [diese beiden Worte bei Stalin deutsch] gesprochen, das heißt von Besonderheiten, was bei weitem nicht ein und dasselbe ist.) aller Völker in Osterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung. Daher muss vor allem anderen jeder bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorresziert [verworfen] werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Osterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird.
3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.
4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.“

Das Programm schließt mit einem Appell an die Solidarität aller Nationen Österreichs… („Verhandlungen des Gesamtparteitages zu Brünn“, 1899.)

Man bemerkt unschwer, dass in diesem Programm noch einige Spuren des „Territorialismus“ übrig geblieben sind, aber im Allgemeinen ist es eine Formulierung der nationalen Autonomie. Nicht umsonst wird es von Springer, dem ersten Agitator der national-kulturellen Autonomie, mit Begeisterung aufgenommen. (R. Springer, a. a. O., S. 286.) Bauer ist ebenfalls für dieses Programm, das er als „theoretischen Sieg“ (O. Bauer, a. a. O., S. 549.) der nationalen Autonomie bezeichnet; nur schlägt er vor, größerer Klarheit halber den Punkt 4 durch eine bestimmtere Formulierung zu ersetzen, die von der Notwendigkeit spräche, die „nationalen Minderheiten innerhalb jedes Selbstverwaltungsgebietes als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu konstituieren“, zwecks Verwaltung des Schulwesens und der sonstigen Kulturangelegenheiten. (Ebenda, S. 555.)

So sieht das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokratie aus.

Betrachten wir nun seine wissenschaftlichen Grundlagen.

Sehen wir zu, wie die österreichische Sozialdemokratie die von ihr propagierte national-kulturelle Autonomie begründet.

Wenden wir uns den Theoretikern dieser letzteren, Springer und Bauer, zu.

Den Ausgangspunkt für die nationale Autonomie bildet die Auffassung der Nation als eines Personenverbandes, unabhängig von einem bestimmten Gebiet.

„Die Nationalität steht“, nach Springer, „in keiner wesentlichen Beziehung zum Gebiet“; sie ist „ein autonomer Personenverband“. (R. Springer, a. a. 0., S. 19.)

Bauer spricht ebenfalls von der Nation als einer „Personengemeinschaft“, der nicht „die ausschließliche Herrschaft in einem bestimmten Gebiete“ zugesichert ist. (O. Bauer, a. a. O., S. 286.)

Die Personen, die eine Nation bilden, leben aber nicht immer in kompakter Masse - sie zerfallen häufig in Gruppen und sind auf diese Weise in fremde nationale Organismen eingesprenkelt. Es ist der Kapitalismus, der sie zum Broterwerb in verschiedene Gebiete und Städte treibt. Aber auf fremden nationalen Gebieten befindlich und dort Minderheiten bildend,

haben diese Gruppen unter den örtlichen nationalen Mehrheiten zu leiden, nämlich unter der Knebelung ihrer Sprache, Schule und dergleichen mehr. Daher die nationalen Zusammenstöße. Daher die „Untauglichkeit" der Gebietsautonomie. Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist nach Springers und Bauers Meinung die Konstituierung der in den verschiedenen Teilen des Staates verstreuten Minderheit der gegebenen Nationalität zu einem allgemeinen, alle Klassen umfassenden nationalen Verband. Nur ein derartiger Verband würde, ihrer Meinung nach, die kulturellen Interessen der nationalen Minderheiten schützen können, nur er wäre imstande, dem nationalen Hader ein Ende zu machen.

„Daraus ergibt sich die Notwendigkeit", sagt Springer, „die Nationalitäten zu konstituieren, mit Rechten und mit Verantwortlichkeit auszustatten..." (R. Springer, a. a. O., S. 74) Ja, „ein Gesetz ist leicht gemacht, aber ob es als Gesetz wirkt..." „Will man für die Nationen ein Gesetz schaffen, dann muss man erst die Nationen schaffen ..." (Ebenda, S. 88/89.) „Ohne die Konstituierung der Nationalitäten ist ein nationales Recht und das Ende der Wirren... nicht möglich." (Ebenda, S. 89.)

In demselben Sinne äußert sich Bauer, wenn er die „Konstituierung der Minderheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaften auf Grund des Personalitätsprinzips" als „Forderung der Arbeiterklasse" (O. Bauer, a. a. O., S. 552.) aufstellt.

Wie sollen aber die Nationen konstituiert werden? Wie soll die Zugehörigkeit des einzelnen zu dieser oder jener Nation bestimmt werden?

„Nationalzugehörigkeit", sagt Springer, „ist durch die Matrikeln festgesetzt. Jeder im Kreisgebiet Domizilierende unterliegt dem Zwange, sich zu einer Nationalität des Kreises zu erklären." (R. Springer, a. a. O., S. 226.)

„Das Personalitätsprinzip", sagt Bauer, „setzt voraus, dass die Bevölkerung nach Nationalitäten geschieden werde... Auf Grund der freien Nationalitätserklärung der mündigen Staatsbürger sollen Nationalkataster angelegt werden." (O. Bauer, a. a. O., S. 368.)

Weiter.

„Alle Deutschen in den national einheitlichen Kreisen", sagt Bauer, „ferner alle im nationalen Kataster eingetragenen Deutschen in den Doppelkreisen bilden die deutsche Nation und wählen den Nationalrat." (Ebenda, S. 375.)

Dasselbe gilt für die Tschechen, Polen usw.

„Der Nationalrat. Dieser ist", laut Springer, „das Kulturparlament der Nation, ihm obliegt die Feststellung der Grundsätze und die Bewilligung der Mittel, somit die ganze Obsorge für das nationale Unterrichtswesen, für die nationale Literatur, für Kunst und Wissenschaft, die Errichtung von Akademien, Museen, Galerien, Theatern" usw. (R. Springer, a. a. O., S. 234)

Dieser Art sind die Organisation der Nation und deren zentrale Institution.

Mit der Schaffung solcher alle Klassen umfassenden Institutionen ist die österreichische Sozialdemokratie nach Bauers Meinung bestrebt, „die nationale Kultur ... zum Besitztum des ganzen Volkes zu machen und dadurch alle Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft zusammenzuschließen" (O. Bauer, a. a. O., S. 553.)

Man könnte meinen, alles das bezöge sich nur auf Osterreich. Bauer aber ist damit nicht einverstanden. Er behauptet entschieden, dass die nationale Autonomie auch für andere Staaten obligatorisch sei, die wie Österreich aus mehreren Nationalitäten bestehen.

„Im Nationalitätenstaat", meint Bauer, „setzt die Arbeiterklasse aller Nationen der nationalen Machtpolitik der besitzenden Klassen die Forderung der nationalen Autonomie entgegen." (Ebenda, S. 337.)

Indem er also unmerklich für die Selbstbestimmung der Nationen die nationale Autonomie unterschiebt, fährt er dann fort:

„So wird die nationale Autonomie, die Selbstbestimmung der Nationen, notwendig das Verfassungsprogramm der Arbeiterklasse aller Nationen im Nationalitätenstaat." (Ebenda, S. 333.)

Er geht aber noch weiter. Er glaubt fest daran, dass die von ihm und Springer „konstituierten", alle Klassen umfassenden „nationalen Verbände" eine Art Prototyp der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sein werden. Denn er glaubt zu wissen: „Sie (die sozialistische Gesellschaftsordnung) wird die Menschheit in national abgegrenzte Gemeinwesen gliedern" (Ebenda, S. 555.), im Sozialismus werde eine „Gliederung der Menschheit in autonome nationale Gemeinwesen" (Ebenda, S. 556.) erfolgen, so werde „die sozialistische Gesellschaft zweifellos ein buntes Bild von nationalen Personenverbänden und Gebietskörperschaften bieten" (Ebenda, S. 543.), und schlussfolgert: „Das sozialistische Nationalitätsprinzip ist die höhere Einheit des Nationalitätsprinzips und der nationalen Autonomie." (Ebenda, S. 542.)
Das dürfte genügen...
So begründen Bauer und Springer in ihren Werken die national-kulturelle Autonomie.
Auffallend ist vor allem die gänzlich unbegreifliche und durch nichts zu rechtfertigende Unterschiebung der nationalen Autonomie für die Selbstbestimmung der Nationen. Von zwei Dingen eins: Entweder hat Bauer die Selbstbestimmung nicht begriffen, oder er hat sie begriffen, engt sie aber aus irgendeinem Grunde bewusst ein. Denn es ist unzweifelhaft, dass: a) die national-kulturelle Autonomie die Integrität des Nationalitätenstaates voraussetzt, während die Selbstbestimmung über den Rahmen dieser Integrität hinausgeht; b) die Selbstbestimmung der Nation die ganze Fülle der Rechte einräumt, die nationale Autonomie dagegen nur „kulturelle" Rechte. Dies zum ersten.
Zweitens ist in der Zukunft sehr wohl ein Zusammentreffen innerer und äußerer Konjunkturen möglich, bei dem sich diese oder jene Nationalität entschließt, aus dem Nationalitätenstaat, sagen wir aus Österreich, auszutreten - haben doch die ruthenischen Sozialdemokraten auf dem Brünner Parteitag erklärt, sie seien bereit, „die beiden Teile" ihres Volkes zu einem Ganzen zu vereinigen („Debatten zur nationalen Frage auf dem Brünner Parteitag", S. 48.). Wie soll man es dann mit der „für die Arbeiterklasse aller Nationen notwendigen" nationalen Autonomie halten? Was ist das für eine „Lösung" der Frage, die die Nationen mechanisch in das Prokrustesbett der Staatsintegrität hineinzwängt?
Weiter. Die nationale Autonomie widerspricht dem ganzen Entwicklungsgang der Nationen. Sie gibt die Losung der Konstituierung von Nationen aus, aber lassen sie sich denn künstlich zusammenschweißen, wenn das Leben, wenn die wirtschaftliche Entwicklung ganze Gruppen von ihnen losreißt und über verschiedene Gebiete verstreut? Kein Zweifel, dass sich in den ersten Entwicklungsstadien des Kapitalismus Nationen zusammenschließen. Außer Zweifel steht aber auch, dass in den höheren Stadien des Kapitalismus ein Prozess der Zerstreuung der Nationen einsetzt, ein Prozess, der von den Nationen eine ganze Anzahl von Gruppen loslöst, die auf Erwerb ausziehen und dann auch für immer in andere Gebiete des Staates übersiedeln; die Auswanderer verlieren dabei die alten Bindungen, gehen an den neuen Wohnorten neue ein, eignen sich von Generation zu Generation neue Sitten und Gepflogenheiten, vielleicht auch eine neue Sprache an. Es fragt sich: Lassen sich denn solche voneinander abgesonderte Gruppen zu einem einheitlichen nationalen Verband zusammenfassen? Wo sind die wunder wirkenden Reifen, mit denen man Nichtzusammenzuhaltendes zusammenhalten könnte? Wäre es denkbar, beispielsweise die baltischen und die transkaukasischen Deutschen „zu einer Nation zusammenzuschließen"? Ist dies alles aber undenkbar und unmöglich, wodurch unterscheidet sich dann die nationale Autonomie von der Utopie der alten Nationalisten, die bemüht waren, das Rad der Geschichte zurückzudrehen?
Aber die Einheit der Nation zerfällt nicht nur infolge der Abwanderung. Sie zerfällt auch von innen heraus, infolge der Verschärfung des Klassenkampfes. In den ersten Stadien des Kapitalismus kann man noch von einer „Kulturgemeinschaft" des Proletariats und der Bourgeoisie sprechen. Mit der Entwicklung der Großindustrie und der Verschärfung des Klassenkampfes jedoch beginnt die „Gemeinschaft" dahin zu schmelzen. Man kann nicht im Ernst von einer „Kulturgemeinschaft" der Nation reden, wenn Unternehmer und Arbeiter ein

und derselben Nation aufhören, einander zu verstehen. Von was für einer „Schicksalsgemeinschaft" kann die Rede sein, wenn die Bourgeoisie nach Krieg lechzt, das Proletariat aber erklärt: „Krieg dem Kriege"? Lässt sich denn aus solchen entgegengesetzten Elementen ein einheitlicher, alle Klassen umfassender nationaler Verband zustande bringen? Kann denn nach alledem noch von einem „Zusammenschluss aller Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft" (O. Bauer, a. a. O., S. 553.) gesprochen werden? Folgt denn daraus nicht klar, dass die nationale Autonomie dem ganzen Gang des Klassenkampfes widerspricht?

Doch setzen wir für einen Augenblick voraus, dass die Losung „Organisiere die Nation" realisierbar sei. Man kann noch die bürgerlich-nationalistischen Parlamentarier verstehen, die bemüht sind, eine Nation „zu organisieren", um mehr Stimmen zu ergattern. Seit wann aber geben sich Sozialdemokraten damit ab, Nationen „zu organisieren", Nationen „zu konstituieren", Nationen „zu schaffen"?

Was sind das für Sozialdemokraten, die in der Epoche der größten Verschärfung des Klassenkampfes alle Klassen umfassende nationale Verbände organisieren? Bis jetzt hatte die österreichische wie jede andere Sozialdemokratie die eine Aufgabe: das Proletariat zu organisieren. Aber diese Aufgabe ist offenbar „veraltet". Springer und Bauer stellen jetzt eine „neue", interessantere Aufgabe: eine Nation „zu schaffen", „zu organisieren".

Übrigens, Logik verpflichtet: Wer die nationale Autonomie akzeptiert hat, der muss auch diese „neue" Aufgabe akzeptieren - diese akzeptieren heißt aber die Klassenposition verlassen, den Weg des Nationalismus betreten.

Die national-kulturelle Autonomie Springers und Bauers ist eine verfeinerte Spielart des Nationalismus.

Auch ist es durchaus kein Zufall, dass das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokraten von der Pflicht spricht, für „die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker" Sorge zu tragen. Man denke nur: „Pflege" einer solchen „nationalen Eigenart" der transkaukasischen Tataren wie der Selbstgeißelung während des „Schachsai-Wachsai"-Festes, „Entwicklung" einer solchen „nationalen Eigenart" der Georgier wie des „Rechtes auf Rache"!...

Ein solcher Punkt gehört in ein ausgemacht bürgerlich-nationalistisches Programm, und wenn wir ihn im Programm der österreichischen Sozialdemokraten vorfinden, so nur deswegen, weil die nationale Autonomie sich mit derartigen Punkten verträgt, ihnen nicht widerspricht.

Jedoch, untauglich für die Gegenwart, ist die nationale Autonomie noch untauglicher für die zukünftige, die sozialistische Gesellschaft.

Bauers Prophezeiung über die „Gliederung der Menschheit in national abgegrenzte Gemeinwesen" (Siehe den Anfang dieses Kapitels.) wird durch den ganzen Entwicklungsgang der modernen Menschheit widerlegt. Die nationalen Schranken festigen sich nicht, sie werden vielmehr zerstört und stürzen ein. Marx schrieb schon in den vierziger Jahren: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr", „die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen."[134] Die Fortentwicklung der Menschheit mit ihrem riesigen Anwachsen der kapitalistischen Produktion, mit ihrer Durcheinanderwürfelung der Nationalitäten und Zusammenfassung der Menschen auf immer umfangreicheren Territorien bestätigt diesen Gedanken von Marx entschieden.

Bauers Wunsch, die sozialistische Gesellschaft als „ein buntes Bild von nationalen Personenverbänden und Gebietskörperschaften" hinzustellen, ist ein zaghafter Versuch, die Marxsche Konzeption des Sozialismus durch die reformierte Konzeption Bakunins zu ersetzen. Die Geschichte des Sozialismus zeigt, dass alle derartigen Versuche Elemente des unvermeidlichen Zusammenbruchs in sich bergen.

Wir wollen ganz absehen von dem unbestimmten, von Bauer gepriesenen „sozialistischen Nationalitätsprinzip", das unserer Meinung nach eine Ersetzung des sozialistischen Prinzips des Klassenkampfes durch das bürgerliche „Nationalitätsprinzip" bedeutet. Wenn die

nationale Autonomie von solch einem zweifelhaften Prinzip ausgeht, so muss zugegeben werden, dass sie der Arbeiterbewegung nur Schaden bringen kann.
Dieser Nationalismus ist freilich nicht so durchsichtig, denn er ist durch sozialistische Phrasen geschickt maskiert, aber umso schädlicher ist er für das Proletariat. Mit einem unverhüllten Nationalismus kann man immer fertig werden: Es ist nicht schwer, ihn zu erkennen. Viel schwieriger ist es, einen maskierten und in seiner Maske unerkennbaren Nationalismus zu bekämpfen. Da er sich des Sozialismus als Schutzschildes bedient, ist er weniger verwundbar und viel zählebiger. Wo er unter Arbeitern anzutreffen ist, vergiftet er die Atmosphäre und verbreitet die schädlichen Ideen des gegenseitigen Misstrauens und der Absonderung der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten.
Aber die Schädlichkeit der nationalen Autonomie ist hiermit nicht erschöpft. Sie bereitet den Boden nicht nur für die Absonderung der Nationen, sondern auch für die Zersplitterung der einheitlichen Arbeiterbewegung. Die Idee der nationalen Autonomie schafft die psychologischen Voraussetzungen für die Trennung der einheitlichen Arbeiterpartei in einzelne, nach Nationalitäten aufgebaute Parteien. Ebenso wie die Partei zersplittern sich die Gewerkschaften, und es tritt eine vollständige Absonderung ein. So wird die einheitliche Klassenbewegung in einzelne nationale Bächlein zerteilt.
Österreich, die Heimat der „nationalen Autonomie“, liefert die traurigsten Beispiele für diese Erscheinung. Die Sozialdemokratische Partei Osterreichs, ehedem einheitlich, hat schon 1897 (auf dem Wimberger Parteitag[135]) begonnen, sich in gesonderte Parteien zu zersplittern. Nach dem Brünner Parteitag (1899), der die nationale Autonomie akzeptierte, wurde die Zersplitterung noch stärker. Schließlich ist es so weit gekommen, dass es statt einer einheitlichen internationalen Partei jetzt sechs nationale Parteien gibt, von denen die tschechische sozialdemokratische Partei mit der deutschen Sozialdemokratie sogar nichts zu tun haben will.
Mit den Parteien sind aber die Gewerkschaften verbunden. In Österreich wird die Hauptarbeit in den Gewerkschaften wie in den Parteien von den gleichen sozialdemokratischen Arbeitern geleistet. Es war daher zu befürchten, dass der Separatismus in der Partei zu einem Separatismus in den Gewerkschaften führen würde, dass sich die Gewerkschaften ebenfalls spalten würden. So ist es auch gekommen: Die Gewerkschaften haben sich ebenfalls nach Nationalitäten geschieden. Jetzt kommt es nicht selten sogar so weit, dass die tschechischen Arbeiter Streiks der deutschen Arbeiter brechen oder bei Gemeindewahlen zusammen mit den tschechischen Bourgeois gegen die deutschen Arbeiter auftreten.
Hieraus lässt sich ersehen, dass die nationale Frage durch national-kulturelle Autonomie nicht zu lösen ist. Damit nicht genug: Diese spitzt die Frage zu und verwirrt sie dadurch, dass sie einen günstigen Boden für die Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung, für die Absonderung der Arbeiter nach Nationalitäten, für verstärkte Reibungen zwischen ihnen schafft.
So geht also die Saat der nationalen Autonomie auf.

V
DER „BUND“, SEIN NATIONALISMUS, SEIN SEPARATISMUS

Oben sprachen wir davon, dass sich Bauer, der die nationale Autonomie für die Tschechen, die Polen usw. für notwendig hält, nichtsdestoweniger gegen eine solche Autonomie für die Juden ausspricht. Auf die Frage, ob die Arbeiterklasse die Autonomie für das jüdische Volk fordern soll, antwortet Bauer: „Die nationale Autonomie kann nicht die Forderung der jüdischen Arbeiter sein.“ (O. Bauer, a. a. O., S. 381, 396.) Der Grund liegt nach Bauer darin, dass

„...die kapitalistische Gesellschaft sie (die Juden, J. St.) überhaupt nicht als Nation bestehen lässt“ (Ebenda, S. 389.).
Kurzum: Die jüdische Nation hört auf zu existieren - für wen sollte man also die nationale Autonomie fordern? Die Juden werden assimiliert.
Diese Auffassung vom Schicksal der Juden als Nation ist nicht neu. Marx hat sie bereits in den vierziger Jahren geäußerte (K. Marx, „Zur Judenfrage“, 1906.)[136], wobei er hauptsächlich die deutschen Juden im Auge hatte. Kautsky hat sie 1903 in Bezug auf die russischen Juden wiederholt. (K. Kautsky, „Das Massaker von Kischinew und die Judenfrage“, 1903 [„Die Neue Zeit“, XXI. Jahrgang, 1903, 2. Halbjahr, S. 303 ff.].) Jetzt wiederholt Bauer sie in Bezug auf die österreichischen Juden, jedoch mit dem Unterschied, dass er nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft der jüdischen Nation in Abrede stellt.
Die Unmöglichkeit, die Juden als Nation zu erhalten, erklärt Bauer damit, dass „die Juden kein geschlossenes Siedlungsgebiet haben“ (O. Bauer, a. a. O., S. 388.). Diese Erklärung ist zwar im Grunde richtig, bringt aber nicht die ganze Wahrheit zum Ausdruck. Die Sache ist vor allem die, dass die Juden keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihr Gerippe, sondern auch als „nationalen“ Markt zusammenhält. Von den 5 bis 6 Millionen russischen Juden sind nur 3 bis 4 Prozent auf irgendeine Weise mit der Landwirtschaft verbunden. Die übrigen 96 Prozent sind im Handel, in der Industrie, in den städtischen Institutionen beschäftigt und leben überhaupt in den Städten, bilden aber, über ganz Rußland verstreut, in keinem Gouvernement die Mehrheit.
Als nationale Minderheiten in fremdnationale Gebiete eingesprenkelt, bedienen die Juden somit vornehmlich „fremde“ Nationen, sei es als Industrielle und Händler, sei es als Angehörige freier Berufe, wobei sie sich naturgemäß den „fremden Nationen“ in der Sprache usw. anpassen. Alles dies führt infolge der zunehmenden Durcheinanderwürfelung der Nationalitäten, die den entwickelten Formen des Kapitalismus eigen ist, zur Assimilation der Juden. Die Aufhebung der „Ansiedlungszone“ könnte die Assimilation nur beschleunigen.
Angesichts dieser Sachlage nimmt die Frage der nationalen Autonomie für die russischen Juden einen etwas kuriosen Charakter an: Man schlägt die Autonomie für eine Nation vor, deren Zukunft in Abrede gestellt wird, deren Existenz erst zu beweisen ist!
Dessen ungeachtet hat der „Bund“ diesen kuriosen und schwankenden Standpunkt bezogen, als er auf seinem VI. Kongress (1905) ein „nationales Programm“ im Geiste der nationalen Autonomie beschloss.
Zwei Umstände haben den „Bund“ zu diesem Schritt gedrängt.
Der erste Umstand ist die Existenz des „Bund“ als Organisation der jüdischen und nur der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter. Schon vor 1897 steckten sich die sozialdemokratischen Gruppen, die unter den jüdischen Arbeitern wirkten, das Ziel, eine „speziell jüdische Arbeiterorganisation“ zu schaffen. („Formen der nationalen Bewegung“ usw. unter Redaktion von Kastelanski, S. 772.) Diese Organisation schufen sie denn auch 1897 dadurch, dass sie sich zum „Bund“ zusammenschlossen. Das geschah also zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie Rußlands als Ganzes faktisch noch nicht existierte. Seitdem wuchs und breitete sich der „Bund“ unaufhörlich aus und hob sich immer mehr vom grauen Alltag der Sozialdemokratie Rußlands ab ... Nun aber kommt das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts. Es setzt eine Massenbewegung der Arbeiter ein. Die polnische Sozialdemokratie wächst und zieht die jüdischen Arbeiter in den Massenkampf hinein. Die Sozialdemokratie Rußlands wächst und zieht die „bundistischen“ Arbeiter an. Der nationale Rahmen des „Bund“, dem die territoriale Basis fehlt, wird zu eng. Der „Bund“ steht vor der Frage: entweder in der allgemeinen internationalen Woge aufzugehen oder seine selbständige Existenz als exterritoriale Organisation zu behaupten. Der „Bund“ entscheidet sich für das letztere.
So entsteht die „Theorie“ des „Bund“, er sei der „alleinige Vertreter des jüdischen Proletariats“.

Es wird jedoch unmöglich, diese sonderbare „Theorie“ auf irgendeine „einfache“ Art zu rechtfertigen. Man braucht irgendeine „prinzipielle“ Unterlage, eine „prinzipielle“ Rechtfertigung. Eine solche Unterlage bot sich eben in Gestalt der national-kulturellen Autonomie. Der „Bund“ griff denn auch nach ihr, indem er sie bei der österreichischen Sozialdemokratie entlehnte. Hätten die Osterreicher kein solches Programm gehabt, so hätte es der „Bund“ erfunden, um seine selbständige Existenz „prinzipiell“ zu rechtfertigen.
So nimmt der „Bund“, nach einem zaghaften Versuch im Jahre 1901 (IV. Kongress), im Jahre 1905 (VI. Kongress) endgültig das „nationale Programm“ an.
Der zweite Umstand ist die Sonderstellung der Juden als einzelner nationaler Minderheiten innerhalb kompakter fremdnationaler Mehrheiten in geschlossenen Siedlungsgebieten. Wir haben bereits davon gesprochen, dass diese Stellung die Existenz der Juden als Nation untergräbt und sie auf den Weg der Assimilation drängt. Das aber ist ein objektiver Prozess. Subjektiv, in den Köpfen der Juden, ruft er eine Reaktion hervor und wirft die Frage einer Garantie der Rechte der nationalen Minderheit, einer Garantie gegen die Assimilation auf. Da der „Bund“ die Lebensfähigkeit der jüdischen „Nationalität“ predigt, konnte er nicht umhin, sich auf den Standpunkt der „Garantie“ zu stellen. Hier nun einmal angelangt, musste er die nationale Autonomie akzeptieren. Konnte sich nämlich der „Bund“ an irgendeine Autonomie klammern, so nur an die nationale, d. h. an die national-kulturelle Autonomie: von einer politisch-territorialen Autonomie der Juden konnte gar keine Rede sein, da die Juden kein bestimmtes geschlossenes Siedlungsgebiet haben.
Bezeichnend ist, dass der „Bund“ von Anfang an den Charakter der nationalen Autonomie als Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten, als Garantie der „freien Entwicklung“ der Nationen betonte. Kein Zufall auch, dass Goldblatt, Vertreter des „Bund“ auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands, die nationale Autonomie formulierte als „Institution, die ihnen (den Nationen. J. St.) die völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung garantiert“ (Protokoll des II. Parteitages, S. 176.). Den gleichen Antrag brachten die Gesinnungsgenossen des „Bund“ in der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma ein...
So bezog der „Bund“ die kuriose Position der nationalen Autonomie der Juden.
Oben haben wir die nationale Autonomie im allgemeinen untersucht. Die Untersuchung ergab, dass nationale Autonomie zum Nationalismus führt. Weiter unten werden wir sehen, dass der „Bund“ auch da gelandet ist. Der „Bund“ betrachtet aber die nationale Autonomie noch von einer speziellen Seite, von der Seite der Garantien der Rechte der nationalen Minderheiten. Untersuchen wir das Problem auch von dieser speziellen Seite. Das ist umso notwendiger, als die Frage der nationalen Minderheiten - und nicht nur der jüdischen - für die Sozialdemokratie von ernster Bedeutung ist.
Also „Institutionen, die“ den Nationen „die völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“
Was sind das aber für „Institutionen, die garantieren“ usw.?
Da gibt es vor allem den „Nationalrat“ Springers und Bauers, eine Art Landtag für Kulturangelegenheiten.
Können aber diese Institutionen „die völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung“ der Nation garantieren? Können irgendwelche Landtage für Kulturangelegenheiten den Nationen eine Garantie gegen nationalistische Repressalien geben?
Der „Bund“ meint ja.
Die Geschichte besagt jedoch das Gegenteil.
In Russisch-Polen bestand eine Zeitlang ein Sejm, ein politischer Landtag, und der war natürlich bemüht, den Polen die Freiheit der „kulturellen Entwicklung“ zu garantieren, aber er hatte dabei keinen Erfolg, ja im Gegenteil - er kam in dem ungleichen Kampf gegen die gesamten politischen Verhältnisse Rußlands selbst zu Fall.

In Finnland besteht seit langem ein Landtag, der gleichfalls bemüht ist, die finnische Nationalität vor „Anschlägen“ zu schützen, oh er aber in dieser Richtung viel ausrichtet - das sieht ja alle Welt.
Es gibt natürlich Landtage und Landtage, und mit dem demokratisch organisierten finnischen Landtag ist nicht so leicht fertig zu werden wie mit dem aristokratischen polnischen. Aber entscheidend ist dennoch nicht der Landtag selbst, sondern sind die allgemeinen Zustände in Rußland. Herrschten in Rußland heute dieselben rohen asiatischen gesellschaftlich-politischen Zustände, wie sie in der Vergangenheit, zur Zeit der Auflösung des polnischen Sejms, geherrscht haben, so würde es dem finnischen Landtag bei weitem schlimmer ergehen. Außerdem ist die Politik der „Anschläge“ auf Finnland im Wachsen begriffen, und es lässt sich nicht behaupten, dass sie Niederlagen erlitte...
Verhält es sich so mit den alten, historisch entstandenen Institutionen, mit den politischen Landtagen, so vermögen junge Landtage, junge Institutionen, noch dazu so schwache wie die „kulturellen“ Landtage, die freie Entwicklung der Nationen um so weniger zu garantieren.
Offenbar kommt es nicht auf die „Institutionen“, sondern auf die allgemeinen Zustände im Lande an. Ist das Land nicht demokratisiert, so fehlen auch die Garantien für „völlige Freiheit der kulturellen Entwicklung“ der Nationalitäten. Man kann mit Bestimmtheit sagen: je demokratischer ein Land, desto weniger „Anschläge“ auf die „Freiheit der Nationalitäten“, desto mehr Garantien gegen „Anschläge“.
Rußland ist ein halbasiatisches Land, und darum nimmt dort die Politik der „Anschläge“ nicht selten die allerrohesten Formen, die Formen des Pogroms, an. Es erübrigt sich zu sagen, dass die „Garantien“ in Rußland auf ein äußerstes Mindestmaß reduziert sind.
Deutschland - das ist schon Europa mit mehr oder weniger politischer Freiheit. Kein Wunder, dass dort die Politik der „Anschläge“ niemals Pogromformen annimmt.
In Frankreich bestehen natürlich noch mehr „Garantien“, da Frankreich demokratischer als Deutschland ist.
Wir wollen schon gar nicht von der Schweiz sprechen, wo die Nationalitäten dank ihrer hoch entwickelten, wenn auch bürgerlichen Demokratie ein freies Leben führen - einerlei ob sie Minderheiten oder Mehrheiten darstellen.
Der „Bund“ ist also auf dem Holzwege, wenn er behauptet, dass „Institutionen“ an und für sich die volle kulturelle Entwicklung der Nationalitäten garantieren können.
Man könnte einwenden, der „Bund“ selbst betrachte die Demokratisierung Rußlands als Vorbedingung für die „Schaffung von Institutionen“ und Freiheitsgarantien. Das stimmt aber nicht. Aus dem „Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund’“[137] geht hervor, dass der „Bund“ die Schaffung von „Institutionen“ auf der Basis der heutigen Zustände in Rußland durch „Reformierung“ der jüdischen Gemeinde zu erreichen gedenkt.
„Die Gemeinde“, führte auf dieser Konferenz einer der Führer des „Bund“ aus, „kann zum Kern der zukünftigen national-kulturellen Autonomie werden. Die national-kulturelle Autonomie ist eine Form der Selbstbedienung der Nation, eine Form der Befriedigung der nationalen Bedürfnisse. Unter der Form der Gemeinde steckt derselbe Inhalt. Es sind Glieder einer und derselben Kette, Etappen einer und derselben Evolution.“ („Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund’“, 1911, S. 62.)
Hiervon ausgehend beschloss die Konferenz, dafür zu kämpfen, „dass die jüdische Gemeinde reformiert und im Wege der Gesetzgebung in eine weltliche Institution umgewandelt wird“, die demokratisch organisiert ist (Ebenda, S. 83/84.).
Es ist klar, dass der „Bund“ als Vorbedingung und Garantie nicht die Demokratisierung Rußlands, sondern die künftige „weltliche Institution“ der Juden betrachtet, die durch „Reformierung der jüdischen Gemeinde“, sozusagen auf „gesetzgeberischem“ Wege, durch die Duma, zu erlangen wäre.
Wir haben aber bereits gesehen, dass „Institutionen“ an und für sich, ohne dass im ganzen Staat demokratische Zustände bestehen, nicht als „Garantien“ dienen können.

Wie aber soll es nun dennoch in der künftigen demokratischen Ordnung werden? Wird man nicht auch unter dem Demokratismus besondere „kulturelle Institutionen“ brauchen, „die garantieren“ usw.? Wie verhält es sich damit beispielsweise in der demokratischen Schweiz? Gibt es dort spezielle kulturelle Institutionen von der Art des Springersehen „Nationalrats“? Es gibt sie dort nicht. Aber leiden darunter nicht die kulturellen Interessen, beispielsweise der Italiener, die dort eine Minderheit bilden? Man hört nichts davon. Das ist auch ganz verständlich: Die Demokratie macht in der Schweiz jedwede speziell kulturellen „Institutionen“, die angeblich etwas „garantieren“ usw., überflüssig.

Ohnmächtig in der Gegenwart, überflüssig in der Zukunft - so sehen also die Institutionen der national-kulturellen Autonomie, so sieht die nationale Autonomie aus.

Sie wird aber noch schädlicher, wenn man sie einer „Nation“ aufzuzwingen versucht, deren Existenz und Zukunft in Zweifel steht. In solchen Fällen sehen sich die Anhänger der nationalen Autonomie gezwungen, alle Eigenarten der „Nation“ zu hüten und zu konservieren, nicht nur die nützlichen, sondern auch die schädlichen - nur um die „Nation“ vor der Assimilation „zu retten“, nur um sie „zu bewahren“.

Diesen gefährlichen Weg musste der „Bund“ unausweichlich betreten. Und er hat ihn tatsächlich betreten. Wir meinen hier die bekannten Beschlüsse der letzten Konferenzen des „Bund“ über den „Sabbat“, das „Jiddische“ usw.

Die Sozialdemokratie setzt sich für das Recht aller Nationen auf die Muttersprache ein, der „Bund“ begnügt sich aber damit nicht - er verlangt, dass man „mit besonderem Nachdruck“ für die „Rechte der jüdischen Sprache“ (Ebenda, S. 85.) eintreten, wobei der „Bund“ selber bei den Wahlen zur IV. Duma „demjenigen von ihnen (d. h. von den Wahlmännern) den Vorzug gibt, der sich verpflichtet, für die Rechte der jüdischen Sprache einzutreten“ („Bericht über die IX. Konferenz des ‚Bund'“, 1912, S. 42.)

Kein allgemeines Recht auf die Muttersprache, sondern ein besonderes Recht auf die jüdische Sprache, das Jiddische! Mögen die Arbeiter der einzelnen Nationalitäten vor allem für ihre eigene Sprache kämpfen, die Juden für die jüdische, die Georgier für die georgische usw. Der Kampf für das allgemeine Recht aller Nationen ist Nebensache. Ihr braucht nicht unbedingt das Recht aller unterdrückten Nationalitäten auf ihre Muttersprache anzuerkennen; habt ihr aber das Recht auf das Jiddische anerkannt, dann wisset: Der „Bund“ wird für euch stimmen, der „Bund“ wird euch „den Vorzug geben“.

Worin unterscheidet sich dann aber der „Bund“ von den bürgerlichen Nationalisten?

Die Sozialdemokratie erstrebt die Festsetzung eines gesetzlichen Ruhetages in der Woche, der „Bund“ aber begnügt sich damit nicht, sondern fordert, dass „dem jüdischen Proletariat auf gesetzgeberischem Wege das Recht eingeräumt werde, den Sabbat zu feiern, unter Aufhebung des Zwanges, noch einen anderen Tag zu feiern“ („Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund'“, S. 83.).

Es ist anzunehmen, dass der „Bund“ „einen Schritt weiter“ gehen und das Recht fordern wird, alle altjüdischen Feiertage zu feiern. Haben aber, zum Leidwesen des „Bund“, die jüdischen Arbeiter die Vorurteile abgestreift und wollen sie diese Feiertage nicht feiern, so wird ihnen der „Bund“ durch seine Agitation für das „Recht auf den Sabbat“ den Sabbat in Erinnerung bringen, wird in ihnen sozusagen den „Geist des Sabbats“ kultivieren...

Durchaus verständlich sind deshalb die „flammenden Reden“ der Redner auf der VIII. Konferenz des „Bund“, die die Schaffung von „jüdischen Krankenhäusern“ forderten, und zwar mit der Begründung, dass „sich der Kranke unter den Seinigen besser fühlt“, dass „sich der jüdische Arbeiter unter polnischen Arbeitern nicht wohl fühlen wird“, dass „er sich unter jüdischen Krämern wohl fühlen wird“ (Ebenda, S. 68.).

Alles Jüdische erhalten, alle nationalen Eigenarten der Juden konservieren, einschließlich der offenkundig für das Proletariat schädlichen, die Juden von allem Nichtjüdischen abgrenzen, sogar besondere Krankenhäuser für sie einrichten - so tief ist also der „Bund“ gesunken!

Genosse Plechanow hatte tausendmal Recht, als er sagte, dass der „Bund" „den Sozialismus dem Nationalismus anpasst". Gewiss, WI. Kossowski und Leute seines Schlages aus dem „Bund" mögen Plechanow einen „Demagogen" schelten („Nascha Sarja", 1912, Nr.9/10, S. 120.)[138] - Papier ist geduldig -, wer aber mit der Tätigkeit des „Bund" vertraut ist, dem fällt es nicht schwer zu begreifen, dass sich diese tapferen Leute einfach fürchten, die Wahrheit über sich zu sagen, und sich hinter Kraftausdrücken wie „Demagogie" verstecken...

Da nun der „Bund" in der nationalen Frage auf diesem Standpunkt verharrt, musste er naturgemäß auch in der Organisationsfrage den Weg der Absonderung der jüdischen Arbeiter, den Weg der nationalen Kurien in der Sozialdemokratie betreten. Das ist nun einmal die Logik der nationalen Autonomie!

Und in der Tat, von der Theorie der „alleinigen Vertretung" geht der „Bund" zur Theorie der „nationalen Abgrenzung" der Arbeiter über. Der „Bund" fordert von der Sozialdemokratie Rußlands, dass sie „in ihrem Organisationsaufbau eine Abgrenzung nach Nationalitäten vornehme" („Verlautbarung über den VII. Kongress des ‚Bund'"[139], S. 7.). Von der „Abgrenzung" aber geht er „einen Schritt weiter" zur Theorie der „Absonderung". Nicht umsonst wurden auf der VIII. Konferenz des „Bund" Stimmen laut, wonach „in der Absonderung die nationale Existenz" („Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund'", S. 72.) beschlossen liege.

Der organisatorische Föderalismus birgt Elemente der Zersetzung und des Separatismus. Der „Bund" befindet sich auf dem Wege zum Separatismus.

Es bleibt ihm auch eigentlich gar kein anderer Weg. Allein schon seine Existenz als exterritoriale Organisation treibt ihn auf die Bahn des Separatismus. Der „Bund" hat kein bestimmtes geschlossenes Territorium, er betätigt sich auf „fremden" Territorien, während die mit ihm in Fühlung stehenden sozialdemokratischen Parteien, die polnische, die lettische und die Sozialdemokratie Rußlands, internationale Territorialkollektive sind. Das aber führt dazu, dass jede Erweiterung dieser Kollektive eine „Einbuße" für den „Bund", eine Einengung seines Tätigkeitsfeldes bedeutet. Von zwei Dingen eins: Entweder muss sich die gesamte Sozialdemokratie Rußlands nach den Grundsätzen des nationalen Föderalismus umstellen - und dann erhält der „Bund" die Möglichkeit, sich das jüdische Proletariat „zu sichern", oder aber das internationale Territorialprinzip dieser Kollektive bleibt in Kraft - und dann stellt sich der „Bund" nach den Grundsätzen der Internationalität um, wie dies bei der polnischen und der lettischen Sozialdemokratie der Fall ist.

Daraus erklärt sich denn auch, warum der „Bund" seit allem Anfang die „Umgestaltung der Sozialdemokratie Rußlands nach föderativen Grundsätzen" („Zur Frage der nationalen Autonomie und der Umgestaltung der Sozialdemokratie Rußlands nach föderativen Grundsätzen", Ausgabe des „Bund", 1902.) fordert.

Im Jahre 1906 wählte der „Bund", dem von unten kommenden Vereinigungsdrang nachgebend, einen Mittelweg: er trat der Sozialdemokratie Rußlands bei. Aber wie tat er das? Während die polnische und die lettische Sozialdemokratie ihren Eintritt zwecks friedlicher gemeinsamer Arbeit vollzogen, vollzog ihn der „Bund", um für die Föderation Krieg zu führen. Der Bundistenführer Medem sagte denn auch damals:

„Wir kommen nicht eines Idylls wegen, sondern um zu kämpfen. Es gibt kein Idyll, und nur Manilows können auf ein Idyll in der nächsten Zeit hoffen. Der ‚Bund' muss vom Scheitel bis zur Sohle gerüstet in die Partei eintreten." („Nasche Slowo" Nr. 3, Wilna 1906, S.24.)

Es wäre verfehlt, hierin etwa Medems bösen Willen erblicken zu wollen. Nicht um bösen Willen handelt es sich hier, sondern um die besondere Position des „Bund", kraft deren er nicht umhin kann, gegen die nach den Grundsätzen der Internationalität aufgebaute Sozialdemokratie Rußlands zu kämpfen. Durch seinen Kampf gegen sie verletzte aber der „Bund" naturgemäß die Interessen der Einheit. Es kommt schließlich so weit, dass der „Bund" formell mit der Sozialdemokratie Rußlands bricht, nachdem er die Parteisatzungen verletzt hat und bei den Wahlen zur IV. Duma mit den polnischen Nationalisten gegen die polnischen Sozialdemokraten zusammengegangen ist.

Der „Bund“ hat offenbar gefunden, dass ihm der Bruch das selbständige Wirken am besten sichert.

So hat das „Prinzip“ der organisatorischen „Abgrenzung“ zum Separatismus, zum völligen Bruch geführt.

Gegen die alte „Iskra“[140] in der Frage des Föderalismus polemisierend, schrieb der „Bund“ einst:

„Die ‚Iskra’ möchte uns versichern, die föderativen Beziehungen des ‚Bund’ zur Sozialdemokratie Rußlands müssten das Band zwischen ihnen lockern. Wir können diese Ansicht nicht mit dem Hinweis auf die Praxis in Rußland widerlegen, aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokratie Rußlands nicht als föderativer Verband besteht. Wir können uns aber auf die außerordentlich lehrreiche Erfahrung der Sozialdemokratie in Österreich berufen, die auf Grund des Parteitagsbeschlusses von 1897 einen Föderativcharakter angenommen hat.“ („Zur Frage der nationalen Autonomie“ usw., S. 17.)

Dies wurde 1902 geschrieben.

Jetzt schreiben wir aber das Jahr 1913 Jetzt haben wir sowohl die „Praxis“ Rußlands als auch die „Erfahrung der Sozialdemokratie Österreichs“ vor Augen.

Wovon aber sprechen diese?

Beginnen wir mit der „außerordentlich lehrreichen Erfahrung der Sozialdemokratie Österreichs“. Bis 1896 besteht in Österreich noch die einheitliche sozialdemokratische Partei. In diesem Jahr fordern die Tschechen auf dem Internationalen Kongress in London zum ersten Male eine separate Vertretung und erhalten sie auch. Im Jahre 1897 wird die einheitliche Partei auf dem Wiener (Wimberger) Parteitag formell liquidiert und an ihrer Stelle ein föderativer Verband von sechs nationalen „sozialdemokratischen Gruppen“ gegründet. In der Folge verwandeln sich diese „Gruppen“ in selbständige Parteien. Diese Parteien lösen nach und nach die Bindungen untereinander. Nach den Parteien spaltet sich die Parlamentsfraktion, es bilden sich nationale „Klubs“. Es folgen die Gewerkschaften, die sich ebenfalls nach Nationalitäten zersplittern. Dann kommen sogar die Genossenschaften an die Reihe, zu deren Zersplitterung die tschechischen Separatisten die Arbeiter auffordern (Siehe die in den „Dokumenten des Separatismus“ zitierten Worte aus der Broschüre Vaneks[141], S. 29.). Wir wollen schon ganz davon schweigen, dass die separatistische Agitation das Solidaritätsgefühl der Arbeiter abschwächt und sie nicht selten auf den Weg des Streikbruchs treibt.

„Die außerordentlich lehrreiche Erfahrung der Sozialdemokratie Osterreichs“ spricht also gegen den „Bund“, für die alte „Iskra“. Der Föderalismus in der österreichischen Partei hat zum Separatismus übelster Art, zur Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung geführt.

Oben sahen wir, dass die „Praxis in Rußland“ dasselbe besagt. Die bundistischen Separatisten haben ebenso wie die tschechischen Separatisten mit der gemeinsamen sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratie Rußlands, gebrochen. Was die Gewerkschaften, die bundistischen Gewerkschaften, anbelangt, so waren sie von Anfang an nach dem Nationalitätenprinzip aufgebaut, d. h. von den Arbeitern anderer Nationalitäten losgelöst.

Völlige Absonderung, völliger Bruch - das zeigt uns die „russische Praxis“ des Föderalismus.

Kein Wunder, dass ein derartiger Zustand der Dinge auf die Arbeiter in dem Sinne einwirkt, dass ihr Solidaritätsgefühl nachlässt und sie demoralisiert werden, wobei die Demoralisation auch in den „Bund“ eindringt. Wir meinen die immer häufiger werdenden Zusammenstöße zwischen jüdischen und polnischen Arbeitern auf Grund der Arbeitslosigkeit. Man höre, was für Reden darüber auf der IX. Konferenz des „Bund“ zu vernehmen waren:

„...Wir betrachten die polnischen Arbeiter, die uns verdrängen, als Pogromhelden, als Gelbe, wir unterstützen ihre Streiks nicht, wir sprengen sie. Ferner antworten wir auf Verdrängung mit Verdrängung: Als Antwort auf die Nichtzulassung von jüdischen Arbeitern in den Fabriken lassen wir keine polnischen Arbeiter an die Handwerksmaschinen heran... Nehmen wir diese Sache nicht in unsere Hände, so werden die Arbeiter anderen Gefolgschaft leisten.“ („Bericht über die IX. Konferenz des ‚Bund’“, S. 19.)

So spricht man auf der Konferenz des „Bund“ von der Solidarität.
Weiter kann man in der „Abgrenzung“ und „Absonderung“ schon nicht mehr gehen. Der „Bund“ hat sein Ziel erreicht: Er trennt die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten und führt sie zur Rauferei, zum Streikbruch. Anders geht es nicht: „Nehmen wir diese Sache nicht in unsere Hände, so werden die Arbeiter anderen Gefolgschaft leisten“...
Desorganisation der Arbeiterbewegung, Demoralisation in den Reihen der Sozialdemokratie - dahin führt der Föderalismus des „Bund“.
So hat sich die Idee der national-kulturellen Autonomie, die von ihr geschaffene Atmosphäre, in Rußland als noch verderblicher erwiesen denn in Österreich.

VI
DIE KAUKASIER,
DIE KONFERENZ DER LIQUIDATOREN

Oben sprachen wir von den Schwankungen eines Teils der kaukasischen Sozialdemokraten, der der nationalistischen „Seuche“ nicht standhielt. Diese Schwankungen äußerten sich darin, dass die genannten Sozialdemokraten - so befremdend das auch scheinen mag - in die Fußtapfen des „Bund“ traten und die national-kulturelle Autonomie proklamierten.
Gebietsautonomie für den ganzen Kaukasus und national-kulturelle Autonomie für die Nationen, die innerhalb der Grenzen Kaukasiens leben - so wird diese Forderung von diesen Sozialdemokraten formuliert, die sich, nebenbei bemerkt, den russischen Liquidatoren anschließen.
Hören wir ihren anerkannten Führer, den nicht unbekannten N.:
„Wie jedermann weiß, unterscheidet sich der Kaukasus stark von den zentralen Gouvernements sowohl in der Rassenzusammensetzung seiner Bevölkerung als auch in seinem Territorium und seiner landwirtschaftlichen Kultur. Die Erschließung und materielle Entwicklung eines solchen Gebiets erfordert einheimische Arbeitskräfte, Kenner der lokalen Besonderheiten, Menschen, die das örtliche Klima und die örtliche Kultur gewohnt sind. Es ist notwendig, dass alle Gesetze über die Erschließung des örtlichen Territoriums an Ort und Stelle erlassen und von einheimischen Kräften durchgeführt werden. Folglich würde zum Kompetenzbereich der zentralen Körperschaft der kaukasischen Selbstverwaltung das Erlassen von Gesetzen über lokale Fragen gehören... Die Funktionen des kaukasischen Zentrums bestehen somit im Erlassen von Gesetzen, die auf die wirtschaftliche Erschließung des örtlichen Territoriums, auf das materielle Gedeihen des Gebiets abzielen.“ (Siehe die georgische Zeitung „Tschweni Zchowreba“ (Unser Leben) [142], 1912, Nr. 12.)
Also Gebietsautonomie des Kaukasus.
Wenn man von der etwas verworrenen und ungefügen Motivierung N.’s absieht, so muss man zugeben, dass seine Schlussfolgerung richtig ist. In Anbetracht der Besonderheiten der Zusammensetzung und der Lebensverhältnisse Kaukasiens ist eine Gebietsautonomie des Kaukasus, die im Rahmen der allgemeinen Staatsverfassung wirksam wäre, was auch N. nicht ablehnt, in der Tat notwendig. Das hat auch die Sozialdemokratie Rußlands anerkannt, als sie auf ihrem II. Parteitag die „territoriale Selbstverwaltung für alle diejenigen Randgebiete“ proklamierte, „die sich in ihren Lebensverhältnissen und der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung von den eigentlich russischen Gebieten unterscheiden“.
Martow, der diesen Punkt auf dem II. Parteitag zur Diskussion stellte, motivierte ihn damit, dass „uns die riesige Ausdehnung Rußlands und die Erfahrungen unserer zentralisierten Verwaltung veranlassen, die territoriale Selbstverwaltung für solch große Einheiten wie Finnland, Polen, Litauen und den Kaukasus für notwendig und zweckmäßig zu halten“.
Daraus folgt aber, dass unter Gebietsselbstverwaltung Gebietesautonomie zu verstehen ist.

W. geht jedoch weiter. Seiner Ansicht nach erfasst die Gebietesautonomie des Kaukasus „bloß eine Seite der Frage“.

„Bis jetzt haben wir nur von der materiellen Entwicklung des örtlichen Lebens gesprochen. Die ökonomische Entwicklung eines Gebiets wird aber nicht nur durch die wirtschaftliche Tätigkeit gefördert, sondern auch durch die geistige, die kulturelle“... „Eine kulturell starke Nation ist auch in der wirtschaftlichen Sphäre stark“... „Aber die kulturelle Entwicklung der Nationen ist nur in der nationalen Sprache möglich“ ... „Darum sind alle Fragen, die mit der Muttersprache zusammenhängen, national-kulturelle Fragen. Das sind die Fragen der Volksbildung, des Gerichtsverfahrens, der Kirche, der Literatur, der Kunst, der Wissenschaft, des Theaters usw. Wenn die materielle Entwicklung des Gebietes die Nationen vereinigt, so wirken die national-kulturellen Angelegenheiten trennend, da sie jede einzelne Nation auf ein abgesondertes Arbeitsfeld versetzen. Die erste Art von Tätigkeit ist an ein bestimmtes Territorium gebunden“... „Anders die national-kulturellen Angelegenheiten. Sie sind nicht an ein bestimmtes Territorium, sondern an die Existenz einer bestimmten Nation gebunden. Das Schicksal der georgischen Sprache interessiert einen Georgier in gleicher Weise, wo immer er auch leben mag. Es hieße große Ignoranz an den Tag legen, wollte man sagen, dass die georgische Kultur nur die in Georgien ansässigen Georgier angehe. Nehmen wir beispielsweise die armenische Kirche. An der Führung ihrer Angelegenheiten sind Armenier in verschiedenen Orten und Staaten beteiligt. Das Territorium spielt hier gar keine Rolle. Oder zum Beispiel an der Gründung eines georgischen Museums sind sowohl der Georgier in Tiflis als auch der in Baku, in Kutais, in Petersburg usw. interessiert. Also muss die Verwaltung und Leitung aller national-kulturellen Angelegenheiten den daran interessierten Nationen selbst überlassen werden. Wir proklamieren die national-kulturelle Autonomie der kaukasischen Nationalitäten.“ (Ebenda)

Kurzum: Da Kultur nicht Territorium und Territorium nicht Kultur ist, sei die national-kulturelle Autonomie erforderlich. Das ist alles, was N. zu ihren Gunsten zu sagen weiß.

Wir wollen hier nicht noch einmal auf die national-kulturelle Autonomie im allgemeinen eingehen: oben haben wir bereits von ihrem negativen Charakter gesprochen. Wir möchten bloß betonen, dass die überhaupt untaugliche national-kulturelle Autonomie unter den Verhältnissen des Kaukasus auch noch unsinnig und töricht ist.

Und das aus folgenden Gründen.

Die national-kulturelle Autonomie setzt mehr oder weniger entwickelte Nationalitäten voraus, Nationalitäten mit entwickelter Kultur und Literatur. Ohne diese Voraussetzungen verliert diese Autonomie jeden Sinn, wird sie zur Absurdität. Im Kaukasus gibt es aber eine ganze Reihe von Völkerschaften mit primitiver Kultur, mit besonderer Sprache, aber ohne eigene Literatur, Völkerschaften, die sich überdies in einem Übergangsstadium befinden, sich zum Teil assimilieren, zum Teil weiterentwickeln. Wie soll die national-kulturelle Autonomie auf sie angewandt werden? Was soll mit solchen Völkerschaften geschehen? Wie sollen sie zu besonderen national-kulturellen Verbänden „organisiert“ werden, was ja bei der national-kulturellen Autonomie zweifellos vorausgesetzt wird?

Was soll mit den Mingrelen, Abchasen, Adsharen, Swanen, Lesghiern usw. geschehen, die verschiedene Sprachen sprechen, aber keine eigene Literatur haben? Zu welchen Nationen sollen sie gezählt werden? Ist es möglich, sie zu nationalen Verbänden „zu organisieren“? Im Namen welcher „Kulturangelegenheiten“ sollen sie „organisiert“ werden?

Was soll mit den Osseten geschehen, von denen die transkaukasischen Osseten durch die Georgier assimiliert werden (aber noch lange nicht assimiliert sind), die vorkaukasischen aber teilweise durch die Russen assimiliert werden, sich teilweise jedoch weiterentwickeln und eine eigene Literatur begründen? Wie sind sie zu einem einheitlichen nationalen Verband „zu organisieren“?

Zu welchem nationalen Verband sind die Adsharen zu zählen, die georgisch reden, aber eine türkische Kultur haben und sich zum Islam bekennen? Soll man sie etwa auf Grund der

religiösen Angelegenheiten gesondert von den Georgiern und auf Grund der übrigen Kulturangelegenheiten mit den Georgiern zusammen „organisieren“? Und die Kobuleten? Und die Inguschen? Und die Ingiloier?

Was ist das für eine Autonomie, die eine ganze Reihe von Völkerschaften aus der Liste streicht?

Nein, das ist keine Lösung der nationalen Frage - das ist die Frucht einer müßigen Phantasie.

Doch stellen wir uns das Unvorstellbare vor und nehmen wir an, die national-kulturelle Autonomie unseres N. sei Wirklichkeit geworden. Wozu wird sie führen, welche Resultate wird sie zeitigen? Nehmen wir beispielsweise die transkaukasischen Tataren mit ihrem minimalen Prozentsatz an Lese- und Schreibkundigkeit, mit ihren Schulen, denen die allmächtigen Mullahs vorstehen, mit ihrer von religiösem Geist durchdrungenen Kultur... Es ist nicht schwer zu begreifen, dass ihre Organisierung zu einem national-kulturellen Verband bedeuten würde, die Mullahs an ihre Spitze zu setzen, bedeuten würde, sie den reaktionären Mullahs mit Haut und Haar auszuliefern, bedeuten würde, eine neue Bastion zur geistigen Knechtung der tatarischen Massen durch ihren ärgsten Feind zu schaffen.

Seit wann aber leiten Sozialdemokraten Wasser auf die Mühlen der Reaktionäre?

Absonderung der transkaukasischen Tataren in einem nationalkulturellen Verband, der die Massen der Knechtung durch die schlimmsten Reaktionäre ausliefert - wussten denn die kaukasischen Liquidatoren wirklich nichts Besseres „zu proklamieren“?...

Nein, das ist keine Lösung der nationalen Frage.

Die nationale Frage im Kaukasus kann nur im Geiste der Einbeziehung der zu spät gekommenen Nationen und Völkerschaften in den all-gemeinen Strom der höheren Kultur gelöst werden. Nur eine solche Lösung kann fortschrittlich und für die Sozialdemokratie annehmbar sein. Die Gebietsautonomie des Kaukasus ist gerade deswegen annehmbar, weil sie die zu spät gekommenen Nationen in die allgemeine kulturelle Entwicklung einbezieht, ihnen behilflich ist, die Schalen der Abgeschlossenheit kleiner Nationalitäten abzuwerfen, sie vorwärts treibt und ihnen den Zutritt zu den Gütern der höheren Kultur erleichtert. Demgegenüber wirkt die national-kulturelle Autonomie in direkt entgegen gesetzter Richtung, denn sie kapselt die Nationen in den alten Schalen ab, hält sie auf den niederen Entwicklungsstufen der Kultur fest, hindert sie, höhere Kulturstufen zu ersteigen.

Damit lähmt die nationale Autonomie die positiven Seiten der Gebietsautonomie und macht diese zunichte.

Ebendarum ist auch der gemischte Typus der von N. vorgeschlagenen Autonomie untauglich, der die national-kulturelle Autonomie mit der Gebietsautonomie kombiniert. Diese widernatürliche Kombination macht die Sache nicht besser, sondern verschlechtert sie, denn nicht genug damit, dass sie die Entwicklung der zu spät gekommenen Nationen hemmt, verwandelt sie die Gebietsautonomie noch in eine Arena für Zusammenstöße zwischen den zu nationalen Verbänden organisierten Nationen.

Somit würde die überhaupt untaugliche national-kulturelle Autonomie im Kaukasus zu einem sinnlosen reaktionären Unternehmen werden.

So sieht die national-kulturelle Autonomie N.’s und seiner kaukasischen Gesinnungsgenossen aus.

Ob die kaukasischen Liquidatoren „einen Schritt vorwärts“ tun und auch in der Organisationsfrage dem „Bund“ folgen werden, wird die Zukunft zeigen. In der Geschichte der Sozialdemokratie ging bis jetzt der Föderalismus in der Organisation stets der nationalen Autonomie im Programm voraus. Die österreichischen Sozialdemokraten praktizierten schon ab 1897 den organisatorischen Föderalismus, und erst nach zwei Jahren (1899) akzeptierten sie die nationale Autonomie. Die Bundisten begannen zum ersten Mal 1901 vernehmlich über nationale Autonomie zu reden, den organisatorischen Föderalismus aber praktizierten sie bereits ab 1897.

Die kaukasischen Liquidatoren haben beim Ende, bei der nationalen Autonomie, angefangen. Wandeln sie weiter in den Fußtapfen des „Bund“, so werden sie zunächst das ganze jetzige Organisationsgebäude niederreißen müssen, das schon Ende der neunziger Jahre auf der Grundlage der Internationalität errichtet wurde.
So leicht es aber war, für die den Arbeitern einstweilen noch unverständliche nationale Autonomie Stellung zu nehmen, so schwer wird es fallen, das in jahrelanger Arbeit errichtete Gebäude einzureißen, das die Arbeiter aller Nationalitäten des Kaukasus mit soviel Sorgfalt und Liebe aufgeführt und ausgebaut haben. Dieses herostratische Unterfangen braucht man nur in Angriff zu nehmen, damit den Arbeitern die Augen aufgehen und sie das nationalistische Wesen der national-kulturellen Autonomie erkennen.

Sind die Kaukasier dabei, die nationale Frage auf die gewöhnliche Weise zu lösen, durch mündliche Debatten und literarische Diskussion, so hat sich die allrussische Konferenz der Liquidatoren eine ganz ungewöhnliche Methode ausgedacht. Eine leichte und einfache Methode. Man höre:
„Nach Entgegennahme der Mitteilung der kaukasischen Delegation... über die Notwendigkeit..., die Forderung der national-kulturellen Autonomie aufzustellen, konstatiert die Konferenz, ohne zu dieser Forderung der Sache nach Stellung zu nehmen, dass eine solche Auslegung des Programmpunktes, der jeder Nationalität das Recht auf Selbstbestimmung zuerkennt, dem genauen Sinn des Programms nicht zuwiderläuft.“
Also zuerst „der Sache nach keine Stellung nehmen zu dieser“ Frage, und dann „konstatieren“. Eine originelle Methode...
Was „konstatiert“ denn nun diese originelle Konferenz?
Sie konstatiert, dass die „Forderung“ der national-kulturellen Autonomie „dem genauen Sinn des Programms nicht zuwiderläuft“, das das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennt.
Untersuchen wir diese These.
Der Punkt über die Selbstbestimmung spricht von den Rechten der Nationen. Diesem Punkt zufolge haben die Nationen nicht nur das Recht auf Autonomie, sondern auch auf Lostrennung. Es handelt sich um politische Selbstbestimmung. Wen wollten die Liquidatoren irreführen, als sie dieses in der gesamten internationalen Sozialdemokratie seit langem festgelegte Recht auf politische Selbstbestimmung der Nationen hin und her zu deuteln suchten?
Oder werden sich vielleicht die Liquidatoren herauszuwinden suchen und sich hinter dem Sophismus verschanzen: Die national-kulturelle Autonomie laufe ja den Rechten der Nationen „nicht zuwider“? Das heißt, wenn sich sämtliche Nationen eines gegebenen Staates einverstanden erklären, ihr Leben nach den Grundsätzen der national-kulturellen Autonomie einzurichten, so hätte sie, die gegebene Summe von Nationen, das volle Recht dazu, und niemand dürfe sich herausnehmen, ihnen eine andere Form des politischen Lebens gewaltsam aufzuzwingen. Ebenso neu wie gescheit! Sollte man nicht vielleicht noch hinzufügen, dass die Nationen, allgemein gesprochen, das Recht haben, ihre Verfassung abzuschaffen, sie durch ein Willkürregiment zu ersetzen, zu den alten Zuständen zurückzukehren, denn die Nationen, und nur die Nationen selbst, haben ja das Recht, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Wir wiederholen: In diesem Sinne läuft weder die national-kulturelle Autonomie noch eine beliebige nationale Reaktion den Rechten der Nationen „zuwider“.
Wollte die ehrenwerte Konferenz etwa das sagen?
Nein, nicht das. Sie sagt direkt, dass die national-kulturelle Autonomie nicht den Rechten der Nationen, sondern „denn genauen Sinn“ des Programms „nicht zuwiderläuft“. Es ist hier vom Programm und nicht von den Rechten der Nationen die Rede.
Das ist auch begreiflich. Hätte sich irgendeine Nation an die Konferenz der Liquidatoren gewandt, so hätte die Konferenz direkt konstatieren können, dass die Nation ein Recht auf national-kulturelle Autonomie hat. An die Konferenz gewandt hat sich aber nicht eine Nation,

sondern eine „Delegation“ kaukasischer Sozialdemokraten, zwar schlechter Sozialdemokraten, aber immerhin Sozialdemokraten. Und diese fragten nicht nach den Rechten der Nationen, sondern danach, ob die national-kulturelle Autonomie nicht den Prinzipien der Sozialdemokratie widerspricht, ob sie nicht „dem genauen Sinn“ des Programms der Sozialdemokratie „zuwiderläuft“.

Also Rechte der Nationen und „genauer Sinn“ des Programms der Sozialdemokratie sind nicht ein und dasselbe.

Offenbar gibt es auch solche Forderungen, die, ohne den Rechten der Nationen zuwiderzulaufen, „dem genauen Sinn“ des Programms zuwiderlaufen können.

Ein Beispiel. Im Programm der Sozialdemokraten gibt es einen Punkt über die Freiheit des Glaubensbekenntnisses. Diesem Punkt zufolge kommt jeder beliebigen Gruppe von, Personen das Recht zu, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen: zum Katholizismus, zur griechischen Orthodoxie usw. Die Sozialdemokratie wird alle religiösen Repressalien, alle Verfolgungen der Griechisch-Orthodoxen, der Katholiken und der Protestanten bekämpfen. Bedeutet dies etwa, dass der Katholizismus, der Protestantismus usw. „dem genauen Sinn des Programms nicht zuwiderlaufen“? Nein, durchaus nicht. Die Sozialdemokratie wird stets gegen die Verfolgung des Katholizismus und des Protestantismus protestieren, sie wird stets für das Recht der Nationen eintreten, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen, aber gleichzeitig wird sie, von den wohlverstandenen Interessen des Proletariats ausgehend, sowohl gegen den Katholizismus und den Protestantismus als auch gegen die griechische Orthodoxie agitieren, um der sozialistischen Weltanschauung zum Triumph zu verhelfen.

Und sie wird das darum tun, weil Protestantismus, Katholizismus, griechische Orthodoxie usw. ohne Zweifel „dem genauen Sinn“ des Programms, das heißt den wohlverstandenen Interessen des Proletariats, „zuwiderlaufen“.

Das gleiche muss von der Selbstbestimmung gesagt werden. Die Nationen haben das Recht, sich nach ihrem Gutdünken einzurichten; sie haben das Recht, jede beliebige ihrer nationalen Institutionen beizubehalten, eine schädliche so gut wie eine nützliche, niemand darf sich herausnehmen (niemand hat das Recht dazu!), sich gewaltsam in das Leben der Nationen einzumischen. Das bedeutet aber noch nicht, dass die Sozialdemokratie nicht gegen schädliche Institutionen der Nationen, gegen unzweckmäßige Forderungen der Nationen kämpfen und agitieren wird. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie ist verpflichtet, so zu agitieren und den Willen der Nationen so zu beeinflussen, dass sich die Nationen in einer Form einrichten, die den Interessen des Proletariats am meisten entspricht. Darum eben wird die Sozialdemokratie in ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gleichzeitig, sagen wir, sowohl gegen die Lostrennung der Tataren als auch gegen die national-kulturelle Autonomie der kaukasischen Nationen agitieren, denn beides läuft, ohne den Rechten dieser Nationen zuwiderzulaufen, „dem genauen Sinn“ des Programms, das heißt den Interessen des kaukasischen Proletariats, zuwider.

Offenbar sind „die Rechte der Nationen“ und „der genaue Sinn“ des Programms zwei ganz verschiedene Ebenen. Während „der genaue Sinn“ des Programms die Interessen des Proletariats zum Ausdruck bringt, die in seinem Programm wissenschaftlich formuliert sind, können die Rechte der Nationen die Interessen jeder beliebigen Klasse zum Ausdruck bringen - die der Bourgeoisie, der Aristokratie, der Geistlichkeit usw., je nach der Stärke und dem Einfluss dieser Klassen. Dort handelt es sich um Pflichten des Marxisten, hier um Rechte der Nationen, die aus verschiedenen Klassen bestehen. Die Rechte der Nationen und die Prinzipien des Sozialdemokratismus können einander ebenso sehr oder ebenso wenig „zuwiderlaufen“ wie, sagen wir, die Cheopspyramide der famosen Konferenz der Liquidatoren. Sie sind einfach nicht miteinander zu vergleichen.

Daraus folgt aber, dass die ehrenwerte Konferenz in ganz unverzeihlicher Weise zwei ganz verschiedene Dinge durcheinander geworfen hat. Nicht eine Lösung der nationalen Frage ist dabei herausgekommen, sondern ein Unsinn, demzufolge die Rechte der Nationen und die

Prinzipien der Sozialdemokratie einander „nicht zuwiderlaufen“ - folglich kann jede Forderung einer Nation mit den Interessen des Proletariats in Einklang gebracht werden, folglich wird keine einzige Forderung der nach Selbstbestimmung strebenden Nationen „dem genauen Sinn“ des Programms „zuwiderlaufen“!
Um die Logik kümmern sie sich nicht...
Diesem Unsinn ist denn auch der von nun an berühmte Beschluss der Liquidatorenkonferenz entsprungen, wonach die Forderung der national-kulturellen Autonomie „dem genauen Sinn“ des Programms „nicht zuwiderläuft“.
Die Konferenz der Liquidatoren verstößt jedoch nicht nur gegen die Gesetze der Logik.
Mit der Sanktionierung der national-kulturellen Autonomie verstößt sie auch gegen ihre Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie Rußlands. Sie verstößt in unzweideutigster Weise gegen „den genauen Sinn“ des Programms, denn bekanntlich hat der II. Parteitag, der das Programm angenommen hat, die national-kulturelle Autonomie entschieden abgelehnt. Darüber wurde auf diesem Parteitag folgendes gesagt:
„Goldblatt (Bundist):... ich halte die Schaffung von besonderen Institutionen für notwendig, die die Freiheit der kulturellen Entwicklung der Nationalitäten gewährleisten würden, und beantrage daher folgenden Zusatz zu Paragraph 8: ‚und die Schaffung von Institutionen, die ihnen die volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren’ (das ist bekanntlich die bundistische Formulierung der national-kulturellen Autonomie. J. St.).
Martynow weist darauf hin, dass die allgemeinen Institutionen so beschaffen sein müssen, dass sie auch die Einzelinteressen gewährleisten. Es sei unmöglich, irgendeine besondere Institution zu schaffen, die die Freiheit der kulturellen Entwicklung der Nationalität gewährleiste.
Jegorow: In der Frage der Nationalität können wir nur verneinende Vorschläge annehmen, das heißt wir sind gegen jegliche Beeinträchtigung der Nationalität. Uns als Sozialdemokraten geht es aber nichts an, ob sich die eine oder die andere Nationalität als solche entwickeln wird oder nicht. Das ist Sache eines elementar verlaufenden Prozesses.
Kolzow: Die Delegierten des ‚Bund’ fühlen sich immer beleidigt, sobald man auf ihren Nationalismus zu sprechen kommt. Indessen ist der Abänderungsantrag, den der Delegierte des ‚Bund’ eingebracht hat, rein nationalistischer Natur. Man verlangt von uns rein offensive Maßnahmen zur Stützung selbst derjenigen Nationalitäten, die im Aussterben begriffen sind.“
...Das Ergebnis ist, „dass der Antrag Goldblatt von der Mehrheit gegen drei Stimmen abgelehnt wird“.
Also ist es klar, dass die Konferenz der Liquidatoren „dem genauen Sinn“ des Programms „zuwider“ handelte. Sie hat gegen das Programm verstoßen.
Jetzt versuchen sich die Liquidatoren durch Berufung auf den Stockholmer Parteitag zu rechtfertigen, der angeblich die national-kulturelle Autonomie sanktioniert hat. So schreibt Wl. Kossowski:
„Bekanntlich wurde es nach dem Vertrag, der auf dem Stockholmer Parteitag angenommen wurde, dem ‚Bund’ freigestellt, sein nationales Programm beizubehalten (bis der Gesamtparteitag über die nationale Frage entscheidet). Dieser Parteitag hat anerkannt, dass die national-kulturelle Autonomie jedenfalls dem Programm der Gesamtpartei nicht widerspreche.“ („Nascha Sarja“, 1912, Nr.9110, S. 120.)
Aber die Versuche der Liquidatoren sind vergeblich. Der Stockholmer Parteitag hat gar nicht daran gedacht, das Programm des „Bund“ zu sanktionieren - er hat sich bloß bereit erklärt, einstweilen die Frage offen zulassen. Dem wackeren Kossowski hat es an Mut gefehlt, die ganze Wahrheit zu sagen. Die Tatsachen sprechen jedoch für sich selbst. Hier sind sie:
„Es wird ein Abänderungsantrag von Galin eingebracht: ‚Die Frage des nationalen Programms bleibt offen, da der Parteitag sie nicht erörtert hat’ (dafür 50 Stimmen, dagegen 32).
Zuruf: Was heißt das – ‚bleibt offen’?

Vorsitzender: Wenn wir sagen, dass die nationale Frage offen bleibt, so heißt das, dass der ‚Bund' seinen Beschluss in dieser Frage bis zum nächsten Parteitag aufrechterhalten kann“ („Nasche Slowo“, 1906, Nr. 8, S. 53.)

Wie man sieht, hat der Parteitag die Frage des nationalen Programms des „Bund“ nicht einmal „erörtert“, er hat sie einfach „offen“ gelassen und es dem „Bund“ freigestellt, bis zum nächsten Gesamtparteitag über das Schicksal seines Programms selbst zu entscheiden. Mit anderen Worten: Der Stockholmer Parteitag ist der Frage ausgewichen, ohne über die national-kulturelle Autonomie sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite ein Urteil abzugeben.

Demgegenüber lässt sich die Liquidatorenkonferenz in bestimmtester Weise auf die Beurteilung der Sache ein, erkennt die national-kulturelle Autonomie als annehmbar an und sanktioniert sie im Namen des Parteiprogramms.

Der Unterschied springt in die Augen.

Auf diese Weise hat die Liquidatorenkonferenz trotz aller Kniffe und Schliche die nationale Frage nicht um einen Schritt vorwärts gebracht.

Scharwenzeln vor dem „Bund“ und den kaukasischen National-Liquidatoren - das ist alles, wozu sie sich als fähig erwiesen hat.

VII
DIE NATIONALE FRAGE IN RUSSLAND

Es bleibt uns noch übrig, die positive Lösung der nationalen Frage zu umreißen.

Wir gehen davon aus, dass die Frage nur in untrennbarem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation in Rußland gelöst werden kann.

Rußland durchlebt eine Übergangszeit, wo es zu einem „normalen“, „verfassungsmäßigen“ Leben noch nicht gekommen ist, wo die politische Krise noch nicht gelöst ist. Es stehen Tage der Stürme und „Komplikationen“ bevor. Daher die Bewegung, die vorhandene und die kommende, die sich die vollständige Demokratisierung zum Ziel setzt.

Eben im Zusammenhang mit dieser Bewegung muss die nationale Frage untersucht werden.

Also vollständige Demokratisierung des Landes als Grundlage und Vorbedingung der Lösung der nationalen Frage.

Bei der Lösung der Frage muss nicht nur die innere, sondern auch die äußere Lage berücksichtigt werden. Rußland liegt zwischen Europa und Asien, zwischen Österreich und China. Das Anwachsen des Demokratismus in Asien ist unausbleiblich. Das Anwachsen des Imperialismus in Europa ist kein Zufall. In Europa wird es dem Kapital zu eng, und auf der Suche nach neuen Märkten, billigen Arbeitskräften, neuen Anlagemöglichkeiten drängt es ungestüm in fremde Länder. Das führt aber zu außenpolitischen Verwicklungen und zum Krieg. Niemand kann sagen, dass der Balkankrieg[143] das Ende und nicht der Anfang von Verwicklungen sei. Es ist deshalb sehr wohl ein Zusammentreffen innerer und äußerer Konjunkturen möglich, bei dem es diese oder jene Nationalität in Rußland notwendig fände, die Frage ihrer Unabhängigkeit aufzuwerfen und zu lösen. Und natürlich ist es nicht Sache der Marxisten, in solchen Fällen Hindernisse zu schaffen.

Daraus folgt aber, dass die russischen Marxisten ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht auskommen werden.

Also Selbstbestimmungsrecht als unumgänglicher Punkt bei der Lösung der nationalen Frage.

Weiter. Was soll mit den Nationen werden, die es aus diesen oder jenen Gründen vorziehen werden, im Rahmen des Ganzen zu verbleiben?

Wir haben gesehen, dass die national-kulturelle Autonomie untauglich ist. Erstens ist sie künstlich und lebensunfähig, denn sie setzt voraus, dass Menschen, die das Leben, das wirkliche Leben, auseinander reißt und in die verschiedenen Ecken und Enden des Staates

verstreut, künstlich zu einer Nation zusammengezogen werden. Zweitens treibt sie zum Nationalismus, denn sie führt zum Standpunkt der „Abgrenzung“ der Menschen nach nationalen Kurien, zum Standpunkt der „Organisierung“ von Nationen, zum Standpunkt der „Wahrung“ und Pflege der „nationalen Eigenart“ - eine Sache, die der Sozialdemokratie ganz und gar nicht zukommt. Es ist kein Zufall, dass sich die mährischen Separatisten im Reichsrat nach ihrer Trennung von den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit den mährischen bürgerlichen Abgeordneten zu einem, sozusagen, mährischen „Kolo“ [Ring] zusammengeschlossen haben. Kein Zufall ist es auch, dass die Separatisten aus dem „Bund“, die den „Sabbat“ und das „Jiddische“ verherrlichen, im Nationalismus versumpft sind. In der Duma gibt es noch keine bundistischen Abgeordneten, aber im Wirkungsbereich des „Bund“ gibt es die klerikal-reaktionäre jüdische Gemeinde, in deren „leitenden Institutionen“ der „Bund“ einstweilen eine „Vereinigung“ der jüdischen Arbeiter und Bourgeois arrangiert. („Bericht über die VIII. Konferenz des ‚Bund’“, Schluss der Resolution über die Gemeinde.) Das ist nun einmal die Logik der national-kulturellen Autonomie.

Die nationale Autonomie ist also keine Lösung der Frage.

Wo ist nun der Ausweg?

Die einzig richtige Lösung ist die Gebietsautonomie, die Autonomie solcher ausgeprägter Einheiten, wie es Polen, Litauen, die Ukraine, der Kaukasus usw. sind.

Der Vorzug der Gebietsautonomie besteht vor allem darin, dass man es bei ihr nicht mit einer Fiktion ohne Territorium, sondern mit einer bestimmten Bevölkerung zu tun hat, die auf einem bestimmten Territorium lebt. Ferner scheidet sie nicht die Menschen nach Nationen, festigt nicht die nationalen Schranken - im Gegenteil, sie reißt diese Schranken ein und vereinigt die Bevölkerung, um einer Scheidung anderer Art, der Scheidung nach Klassen, den Weg zu ebnen. Schließlich bietet sie die Möglichkeit, aufs beste die Naturschätze des betreffenden Gebietes zu erschließen und die Produktivkräfte zu entfalten, ohne dass erst die Beschlüsse des gemeinsamen Zentrums abgewartet werden müssten - Funktionen, die der national-kulturellen Autonomie abgehen.

Also Gebietsautonomie als unumgänglicher Punkt bei der Lösung der nationalen Frage.

Kein Zweifel, dass kein einziges Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung national homogen ist, denn in jedes von ihnen sind nationale Minderheiten eingesprenkelt. So die Juden in Polen, die Letten in Litauen, die Russen im Kaukasus, die Polen in der Ukraine usw. Man könnte daher befürchten, dass die nationalen Mehrheiten die Minderheiten unterdrücken werden. Solche Befürchtungen sind aber nur in dem Falle begründet, wenn das Land bei den alten Zuständen bleibt. Man gebe dem Land einen vollständigen Demokratismus, und diese Befürchtungen werden jeden Boden verlieren.

Es wird vorgeschlagen, die zerstreuten Minderheiten zu einem einheitlichen nationalen Verband zusammenzufassen. Die Minderheiten brauchen aber keinen künstlichen Verband, sondern reale Rechte bei sich zu Hause. Was könnte ihnen ein solcher Verband ohne völlige Demokratisierung geben? Oder: Wozu braucht man einen nationalen Verband bei völliger Demokratisierung?

Was bewegt eine nationale Minderheit besonders?

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein nationaler Verband fehlt, sondern weil ihr das Recht auf die Muttersprache vorenthalten wird. Man gebe ihr das Recht, ihre Muttersprache zu gebrauchen, und die Unzufriedenheit wird von selbst verschwinden.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein künstlicher Verband fehlt, sondern weil ihr die eigene nationale Schule vorenthalten wird. Man gebe ihr eine solche Schule, und ihre Unzufriedenheit wird jeden Boden verlieren.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ihr ein nationaler Verband fehlt, sondern weil ihr Gewissensfreiheit (die Freiheit des Glaubensbekenntnisses), Freizügigkeit usw. vorenthalten werden. Man gebe ihr diese Freiheiten, und sie wird nicht mehr unzufrieden sein.

Also nationale Gleichberechtigung in allen ihren Formen (Sprache, Schulen usw.) als unumgänglicher Punkt bei der Lösung der nationalen Frage. Unumgänglich ist folglich ein auf der Grundlage völliger Demokratisierung des Landes erlassenes allgemeines Staatsgesetz, das ausnahmslos alle Arten nationaler Vorrechte und jede wie immer geartete Beengung oder Einschränkung der Rechte der nationalen Minderheiten verbietet.

Hierin und nur hierin kann die wirkliche und nicht papierene Garantie der Rechte der Minderheit bestehen.

Man kann das Bestehen eines logischen Zusammenhangs zwischen dem organisatorischen Föderalismus und der national-kulturellen Autonomie bestreiten oder nicht bestreiten. Unbestreitbar ist jedoch, dass diese letztere eine günstige Atmosphäre für einen uferlosen Föderalismus schafft, der in einen völligen Bruch, in Separatismus übergeht. Wenn die Tschechen in Österreich und die Bundisten in Rußland mit der Autonomie begannen, dann zur Föderation übergingen und beim Separatismus landeten, so hat hierbei eine große Rolle zweifellos die nationalistische Atmosphäre gespielt, die naturgemäß von der national-kulturellen Autonomie verbreitet wird. Es ist kein Zufall, dass nationale Autonomie und Föderation in der Organisation Hand in Hand gehen. Das ist auch verständlich. Beide fordern die Scheidung nach Nationalitäten. Beide setzen eine Organisierung nach Nationalitäten voraus. Die Ähnlichkeit liegt auf der Hand. Der Unterschied ist lediglich der, dass man dort die Bevölkerung überhaupt - hier aber die sozialdemokratischen Arbeiter scheidet.

Wir wissen, wozu die Scheidung der Arbeiter nach Nationalitäten führt. Zerfall der einheitlichen Arbeiterpartei, Teilung der Gewerkschaften nach Nationalitäten, Verschärfung der nationalen Reibungen, nationales Streikbrechertum, völlige Demoralisation in den Reihen der Sozialdemokratie - das sind die Resultate des organisatorischen Föderalismus. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Österreich und die Tätigkeit des „Bund“ in Rußland sind ein beredtes Zeugnis dafür.

Das einzige Mittel dagegen ist die Organisierung nach den Grundsätzen der Internationalität.

Lokale Zusammenfassung der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands zu einheitlichen und geschlossenen Kollektiven, Zusammenfassung dieser Kollektive zu einer einheitlichen Partei - das ist die Aufgabe.

Es versteht sich von selbst, dass ein derartiger Aufbau der Partei eine weitgehende Autonomie der gebiete innerhalb des einheitlichen Partei-ganzen nicht ausschließt, sondern voraussetzt.

Die Erfahrungen des Kaukasus zeigen die ganze Zweckmäßigkeit eines solchen Organisationstypus. Wenn es den Kaukasiern gelungen ist, die nationalen Reibungen zwischen den armenischen und den tatarischen Arbeitern zu überwinden, wenn es ihnen gelungen ist, die Bevölkerung gegen die Möglichkeit von Metzeleien und Schießereien zu sichern, wenn in Baku, diesem Kaleidoskop nationaler Gruppen, nationale Zusammenstöße jetzt schon unmöglich sind, wenn es dort gelungen ist, die Arbeiter in das einheitliche Fahrwasser einer machtvollen Bewegung hineinzuziehen, so hat der internationale Aufbau der kaukasischen Sozialdemokratie hierbei nicht die letzte Rolle gespielt.

Der Typus der Organisation wirkt nicht allein auf die praktische Arbeit. Er drückt dem ganzen geistigen Leben des Arbeiters seinen unauslöschlichen Stempel auf. Der Arbeiter lebt das Leben seiner Organisation, dort wächst er geistig, dort wird er erzogen. Dadurch nun, dass er in seiner Organisation verkehrt, dort jedes Mal mit seinen Genossen aus anderen Nationalitäten zusammentrifft und mit ihnen zusammen unter der Führung des gemeinsamen Kollektivs den gemeinsamen Kampf führt, wird er tief von dem Gedanken durchdrungen, dass die Arbeiter vor allem Angehörige einer einzigen Klassenfamilie, Glieder der einheitlichen Armee des Sozialismus sind. Das aber kann nicht ohne gewaltige erzieherische Bedeutung für breite Schichten der Arbeiterklasse bleiben.

Darum ist der internationale Organisationstypus eine Schule kameradschaftlichen Fühlens, die größte Agitation zugunsten des Internationalismus.

Anders die Organisation nach dem Nationalitätenprinzip. Nach Nationalitäten organisiert, kapseln sich die Arbeiter in ihren nationalen Schalen ab, grenzen sich durch organisatorische Zwischenwände gegeneinander ab. Hervorgehoben wird nicht das Gemeinsame unter den Arbeitern, sondern das, was sie voneinander unterscheidet. Hier ist der Arbeiter vor allem Angehöriger seiner Nation: Jude, Pole usw. Kein Wunder, dass der nationale Föderalismus in der Organisation die Arbeiter im Geist der nationalen Absonderung erzieht.

Darum ist der nationale Organisationstypus eine Schule nationaler Borniertheit und Verknöcherung.

Wir haben somit zwei prinzipiell verschiedene Organisationstypen vor uns: den Typus der internationalen Geschlossenheit und den Typus der organisatorischen „Scheidung" der Arbeiter nach Nationalitäten.

Die Versuche, beide Typen miteinander in Übereinstimmung zu bringen, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die versöhnlerischen Satzungen der österreichischen Sozialdemokratie, die 1897 auf dem Wimberger Parteitag ausgearbeitet wurden, blieben in der Luft hängen. Die österreichische Partei zerfiel in Stücke und zog die Gewerkschaften nach sich. Die „Versöhnung" erwies sich nicht nur als utopisch, sondern auch als schädlich. Strasser hat recht, wenn er behauptet, dass der „Separatismus seinen ersten Triumph auf dem Wimberger Parteitag" feierte (J. Strasser, a. a. O.). Dasselbe in Rußland. Die „Versöhnung" mit dem Föderalismus des „Bund", die auf dem Stockholmer Parteitag zustande gekommen war, endete mit einem vollständigen Zusammenbruch. Der „Bund" vereitelte das Stockholmer Kompromiss. Gleich am Tage nach Stockholm wurde der „Bund" zu einem Hemmschuh bei der Vereinigung der Arbeiter der einzelnen Orte zu einer einheitlichen, die Arbeiter aller Nationalitäten umfassenden Organisation. Und der „Bund" setzte seine separatistische Taktik hartnäckig fort, obgleich die Sozialdemokratie Rußlands sowohl 1907 als auch 1908 wiederholt die Forderung stellte, die Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten von unten her endlich zu verwirklichen.[144] Der „Bund", der mit der organisatorischen nationalen Autonomie begonnen hatte, ging in der Praxis zur Föderation über, um beim völligen Bruch, beim Separatismus zu landen. Durch seinen Bruch mit der Sozialdemokratie Rußlands trug er aber Zerfahrenheit und Desorganisation in sie hinein. Es sei beispielshalber nur an den Fall Jagiello[145] erinnert.

Darum muss der Weg der „Versöhnung" als utopisch und schädlich aufgegeben werden.

Von zwei Dingen eins: Entweder der Föderalismus des „Bund", und dann stellt sich die Sozialdemokratie Rußlands nach den Grundsätzen der „Scheidung" der Arbeiter nach Nationalitäten um; oder internationaler Organisationstypus, und dann stellt sich der „Bund" nach den Grundsätzen der territorialen Autonomie, nach dem Vorbild der kaukasischen, der lettischen und der polnischen Sozialdemokratie, um und macht die Bahn frei für die unmittelbare Vereinigung der jüdischen Arbeiter mit den Arbeitern der anderen Nationalitäten Rußlands.

Ein Mittelding gibt es nicht: Prinzipien siegen, lassen sich aber nicht „versöhnen".

Also Prinzip der internationalen Zusammenfassung der Arbeiter als unumgänglicher Punkt bei der Lösung der nationalen Frage.

Wien, Januar 1913.

Zuerst veröffentlicht in der Zeitschrift
„Prosweschtschenije" (Die Aufklärung)[146] Nr. 3-5,
März bis Mai 1913.
Unterschrift: K. Stalin.

DIE LAGE IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAKTION

In Nr. 44 der „Prawda“ ist eine „Erklärung“ von sieben sozialdemokratischen Deputierten erschienen, in der sie gegen die sechs Arbeiterdeputierten feindlich auftreten[147].

In der gleichen Nummer der „Prawda“ geben ihnen die sechs Arbeiterdeputierten Antwort und nennen ihr Auftreten den ersten Schritt zur Spaltung.

Somit sehen sich die Arbeiter vor die Frage des Seins oder Nichtseins der einheitlichen sozialdemokratischen Fraktion gestellt.

Bislang war die sozialdemokratische Fraktion einheitlich und durch ihre Einheit stark, genügend stark, um die Widersacher des Proletariats zu zwingen, mit ihr zu rechnen.

Jetzt wird sie vielleicht zum Gaudium und zur Freude der Feinde in zwei Teile zerfallen…

Worum handelt es sich? Aus welchem Grunde sind die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion so scharf auseinander geraten? Was hat die sieben Deputierten dazu veranlasst, ihre Kollegen in der Zeitung, vor dem Angesicht der Feinde der Arbeiterklasse, anzugreifen?

Sie werfen in ihrer „Erklärung“ zwei Fragen auf: die Frage der Mitarbeit am „Lutsch“ und an der „Prawda“ und die Frage der Verschmelzung dieser Zeitungen.

Die sieben Deputierten sind der Auffassung, die sozialdemokratischen Deputierten seien verpflichtet, an beiden Zeitungen mitzuarbeiten, die Weigerung der sechs Deputierten, am „Lutsch“ mitzuarbeiten, sei eine Verletzung der Einheit der sozialdemokratischen Fraktion.

Ist dem aber wirklich so? Haben die sieben Deputierten Recht?

Erstens ist es seltsam, wie man an einer Zeitung mitarbeiten kann, deren Richtung man nicht nur nicht teilt, sondern für schädlich hält. Wie kann man beispielsweise den orthodoxen Marxisten Bebel verpflichten, an einer revisionistischen Zeitung mitzuarbeiten, oder den Revisionisten Vollmar, an einer orthodoxen? In Deutschland würde man über eine solche Forderung lachen, denn dort weiß man, dass die Einheit der Aktion Verschiedenheiten der Ansichten nicht ausschließt. Bei uns aber... bei uns gibt es Gott sei dank noch keine Kultiviertheit.

Zweitens haben wir den direkten Wink der Erfahrung in Rußland, wonach die Mitarbeit der Deputierten an zwei verschiedenen Zeitungen die Fraktionseinheit durchaus nicht untergräbt. Wir sprechen von der dritten Fraktion[148]. Es ist für niemand ein Geheimnis, dass von den 13 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Reichsduma 9 nur an der „Swesda“ und 2 nur am „Shiwoje Delo“[149] mitgearbeitet haben, während die beiden übrigen von einer Mitarbeit sowohl an der einen als auch der anderen Zeitung völlig absahen ... Und dennoch hat diese Sachlage die Einheit der dritten Fraktion um kein Tüttelchen erschüttert! Die Fraktion ist ständig als eine einheitliche Fraktion aufgetreten.

Offenbar befinden sich die sieben Deputierten auf einem falschen Wege, wenn sie die obligatorische Mitarbeit am „Lutsch“ fordern. Sie sind sich offensichtlich über die Frage noch nicht völlig klar geworden.

Weiter. Die sieben Deputierten verlangen die Verschmelzung der „Prawda“ und des „Lutsch“ zu einer einzigen nichtfraktionellen Zeitung.

Wie aber können sie verschmolzen werden? Ist es möglich, sie zu einer einzigen Zeitung zu verschmelzen?

Wissen denn die sieben Deputierten, diese „Gesinnungsgenossen“ des „Lutsch“, nicht, dass der „Lutsch“ als erster eine solche Verschmelzung ablehnt? Haben sie Nr. 108 des „Lutsch“ gelesen, wo geschrieben steht:

„Die Einheit kann nicht durch einfache mechanische Maßnahmen wie die einer Verschmelzung der beiden Organe erreicht werden usw.“?

Und wenn sie es gelesen haben, wie können sie dann ernsthaft von einer Verschmelzung reden?

Zweitens, ist den sieben Deputierten die Haltung der Führer des Liquidatorentums zur Einheit überhaupt und zu einem gemeinsamen Organ im Besonderen bekannt?
Man höre P. Axelrod, einen Inspirator des „Lutsch“. Er schrieb in Nr. 6 des „Newski Golos“, als ein Teil der Petersburger Arbeiter beschloss, als Gegengewicht gegen die „Swesda“ und das „Shiwoje Delo“ eine nichtfraktionelle Zeitung herauszugeben, folgendes:
„Der Gedanke an ein nichtfraktionelles sozialdemokratisches Organ ist gegenwärtig eine Utopie, und zwar eine Utopie, die den Interessen der parteipolitischen Entwicklung und des organisatorischen Zusammenschlusses des Proletariats unter dein Banner der Sozialdemokratie objektiv zuwiderläuft. Man werfe die Natur zur Tür hinaus, sie wird durchs Fenster wieder hereinkommen...Wird das projektierte Arbeiterorgan zwischen den beiden entgegengesetzten Lagern eine neutrale Position einnehmen können?... Offensichtlich nicht“ (siehe „Newski Golos“ Nr.6).
Bei Axelrod ergibt sich also, dass eine gemeinsame Zeitung nicht nur unmöglich, sondern auch schädlich ist, denn sie „läuft den Interessen der politischen Entwicklung des Proletariats zuwider“.
Hören wir den nicht ganz unbekannten Dan, einen anderen Inspirator des „Lutsch“.
„Die großen politischen Aufgaben“, schreibt er, „machen einen schonungslosen Krieg gegen das Antiliquidatorentum unvermeidlich... Das Antiliquidatorentum ist eine ewige Bremse, eine ewige Desorganisation.“ Man müsse... „mit allen Kräften bestrebt sein, es im Keime zu ersticken“ (siehe „Nascha Sarja“ Nr.6, Jahrgang 1911).
Also „schonungsloser Krieg gegen das Antiliquidatorentum“, das heißt gegen die „Prawda“, „das Antiliquidatorentum“, das heißt die „Prawda“, „ersticken“ - das ist es, was Dan in Vorschlag bringt.
Wie können die sieben Deputierten nach alledem ernsthaft von einer Verschmelzung der beiden Zeitungen reden?
Wen wollen sie denn verschmelzen, vereinigen? Von zwei Dingen eins:
Entweder haben sie die Frage nicht begriffen und sich noch nicht in die Position des „Lutsch“ hineingefunden, für dessen Anhänger sie sich halten - und dann „wissen sie selbst nicht, was sie tun“.
Oder sie sind echte Lutschisten, die zusammen mit Dan bereit sind, „das Antiliquidatorentum zu ersticken“, die zusammen mit Axelrod nicht an die Möglichkeit einer gemeinsamen Zeitung glauben, aber mit lauter Stimme von der Einheit reden, um heimlich der Spaltung der Fraktion den Boden zu bereite
Wie dem auch sein mag, eines ist unzweifelhaft: Die Arbeiter stehen vor der Frage der Erhaltung der einheitlichen sozialdemokratischen Fraktion, der eine Spaltung droht.
Die Fraktion ist in Gefahr!
Wer kann die Fraktion retten, wer kann die Einheit der Fraktion sichern?
Die Arbeiter und nur die Arbeiter! Niemand sonst, außer den Arbeitern!
Es ist deshalb die Pflicht der klassenbewussten Arbeiter, ihre Stimme gegen die Spaltungsversuche innerhalb der Fraktion zu erheben, woher sie auch kommen mögen.
Es ist die Pflicht der klassenbewussten Arbeiter, die sieben sozialdemokratischen Deputierten, die gegen die andere Hälfte der sozialdemokratischen Fraktion aufgetreten sind, zur Ordnung zu rufen.
Die Arbeiter müssen jetzt sofort in die Sache eingreifen, um die Einheit der Fraktion zu schützen.
Schweigen ist jetzt unmöglich. Mehr als das - Schweigen wäre jetzt verbrecherisch.

„Prawda“ Nr. 47,
26. Februar 1913.
Unterschrift: K. Stalin
Nach dem russischen Zeitungstext.

DER JAHRESTAG DES LENA-GEMETZELS[150]

Genossen!
Ein Jahr ist seit der Erschießung von 500 unserer Genossen an der Lena vergangen. Wegen eines friedlichen ökonomischen Streiks wurden am 4. April 1912 auf den Lena-Goldfeldern auf Befehl des russischen Zaren, zu Nutz und Frommen eines Häufleins von Millionären 500 unserer Brüder niedergeschossen.
Der Rittmeister Treschtschenko, der im Namen des Zaren dieses Gemetzel veranstaltete und hohe Auszeichnungen von der Regierung sowie eine fürstliche Belohnung von den Goldgrubenbesitzern erhalten hat, treibt sich jetzt in aristokratischen Kneipen herum und wartet auf den Posten des Chefs einer Ochrana-Abteilung. In einer hitzigen Minute versprach man, für die Familien der Getöteten zu sorgen; es stellt sich heraus, dass sie frech belogen worden sind. Man versprach, eine staatliche Versicherung für die Arbeiter an der Lena einzuführen; es stellt sich heraus, dass sie betrogen worden sind. Man versprach, die Sache „zu untersuchen“, in Wirklichkeit aber hat man sogar die Ermittlungen unterdrückt, die der eigene Abgesandte - der Senator Manuchin - angestellt hat.
„So war es und so wird’s bleiben“ - erklärte der Henkerminister Makarow von der Dumatribüne aus. Und er hat recht behalten: Der Zar und seine Regierenden waren und bleiben Lügner, Meineidige, Bluthunde und eine Kamarilla, die den Willen einer Handvoll barbarischer Gutsbesitzer und Millionäre vollstreckt.
Am 9. Januar 1905 wurde auf dem Platz vor dem Winterpalast in Petersburg der Glaube an die alte vorrevolutionäre Selbstherrschaft zerschossen.
Am 4. April 1912 wurde an der fernen Lena der Glaube an die jetzige „erneuerte“ nachrevolutionäre Selbstherrschaft zerschossen.
Jeder, der geglaubt hat, dass bei uns jetzt eine konstitutionelle Ordnung existiert, jeder, der geglaubt hat, dass die alten Greueltaten nicht mehr möglich sind, hat sich davon überzeugt, dass dem nicht so ist, dass die Zarenbande nach wie vor ihr Willkürregiment über das große russische Volk führt, dass die Monarchie Nikolaus Romanows nach wie vor Hunderte und Tausende von Leichen russischer Arbeiter und Bauern für ihren Altar heischt, dass nach wie vor in ganz Rußland die Peitschen knallen und die Kugeln der zaristischen Söldlinge, der Treschtschenkos, pfeifen, denen die wehrlosen russischen Bürger als Zielscheibe dienen.
Das Blutbad an der Lena hat eine neue Seite in unserer Geschichte eröffnet. Das Maß der Geduld ist erschöpft. Die angestaute Volksempörung hat den Damm durchbrochen. Der Strom des Volkszorns ist in Gang gekommen. Die Worte des Zarenlakaien Makarow „So war es, und so wird’s bleiben“ haben Öl ins Feuer gegossen. Sie haben ebenso gewirkt wie im Jahre 1905 der Befehl Trepows, eines anderen zaristischen Bluthundes: „Keine Patronen sparen!“ Das Arbeitermeer wallt auf und schäumt. Und mit einem einmütigen, fast eine halbe Million Teilnehmer erfassenden Proteststreik haben die russischen Arbeiter auf das Blutbad an der Lena geantwortet. Sie haben unser altes rotes Banner hoch erhoben, worauf die Arbeiterklasse aufs neue die drei Hauptforderungen der russischen Revolution geschrieben hat:
Achtstundentag für die Arbeiter.
Konfiskation aller Ländereien der Gutsbesitzer und des Zaren für die Bauern.
Demokratische Republik für das ganze Volk!
Ein Jahr des Kampfes liegt hinter uns. Blicken wir zurück, so können wir mit Befriedigung sagen: Der Anfang ist gemacht, das Jahr ist nicht vergebens gewesen.
Der Lena-Streik verschmolz mit dem Streik vom 1. Mai. Die ruhmvolle Maifeier des Jahres 1912 hat sich mit goldenen Lettern in die Geschichte unserer Arbeiterbewegung eingetragen. Seit dieser Zeit hat der Kampf keine Minute aufgehört. Der politische Streik greift um sich und wächst. Auf die Erschießung von 16 Sewastopoler Matrosen antworten 150000 Arbeiter mit einem revolutionären Streik, wobei sie das Bündnis des revolutionären Proletariats mit der

revolutionären Armee proklamieren. Gegen die Fälschung der Wahl der Arbeiterdeputierten zur Duma protestiert das Petersburger Proletariat mit einem Streik. Am Tage der Eröffnung der IV. Duma[151] an dem Tage, wo die sozialdemokratische Fraktion die Versicherungsanfrage einbringt, veranstalten die Petersburger Arbeiter eintägige Streiks und Demonstrationen. Am 9. Januar 1913 schließlich streiken an die 200000 russische Arbeiter, um das Andenken der gefallenen Kämpfer zu ehren und das ganze demokratische Rußland zu neuem Kampf aufzurufen.

Das ist die Bilanz des Jahres 1912.

Genossen! Es naht der erste Jahrestag des Lena-Gemetzels. Auf diese oder jene Weise müssen wir dieses Tages gedenken, dazu sind wir verpflichtet. Wir müssen zeigen, dass wir das Andenken unserer getöteten Genossen ehren. Wir müssen zeigen, dass wir den blutigen Tag des 4. April ebenso wenig vergessen haben, wie wir den Blutsonntag des 9. Januar vergessen haben.

Allüberall muss des Lena-Jahrestages durch Meetings, Demonstrationen, Spenden usw. gedacht werden.

Möge das gesamte proletarische Rußland an diesem Tage einmütig den gemeinsamen Kampfruf erheben:

Nieder mit der Monarchie der Romanows!

Es lebe die neue Revolution!

Es lebe die demokratische Republik!

Ruhm und Ehre den gefallenen Kämpfern!

Das Zentralkomitee der SDAPR.

Nachdrucken und verbreiten!

Rüstet zur Feier des 1.Mai!

Geschrieben im Januar/Februar 1943.
Nach dem russischen Wortlaut
der hektographierten Proklamation.

ANMERKUNGEN

1. K. Kautskys Broschüre [deutsch: „Die Neue Zeit“, 25. Jg., 1. Bd., S. 284 bis 290 und 324-333] erschien in georgischer Übersetzung in Tiflis im März 1907. In Nr. 7 der bolschewistischen Zeitung „Dro“ vom 18. März 1907 wurde eine Mitteilung über das Erscheinen der Broschüre K. Kautskys in georgischer Sprache mit einem Vorwort von Koba (J.W. Stalin) veröffentlicht.
2. Kadetten (K.D.) - Konstitutionell-Demokratische Partei - Hauptpartei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, gegründet im Oktober 1905 (siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 1, S. 406, russ. [deutsche Ausgabe, S. 355], Anmerkung 52).
3. „Perwy sbornik“ (Erster Sammelband) - menschewistischer Sammelband, der 1906 in Petersburg erschien.
4. „Nasche Delo“ (Unsere Sache) - menschewistische Wochenzeitschrift; erschien in Moskau vom 24. September bis zum 25. November 1906.
5. „Towarischtsch“ (Der Genosse) - Tageszeitung, die von März 1906 bis Dezember 1907 in Petersburg erschien; formal war sie kein Organ irgendeiner Partei, faktisch aber ein Organ der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit.
6. „Otkliki“ (Antwortstimmen) - menschewistische Sammelbände, die in den Jahren 1906 und 1907 in Petersburg erschienen. Es erschienen drei Sammelbände.
7. „Mir Boshi“ (Die Welt Gottes) - Monatsschrift liberaler Richtung, die ab 1892 in Petersburg erschien. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurden in dieser Zeitschrift Artikel der „legalen Marxisten“ veröffentlicht. Während der Revolution von 1905 arbeiteten die Menschewiki an der Zeitschrift mit. Von 1906 bis 1918 erschien sie unter dem Titel „Sowremenny Mir“ (Die Welt der Gegenwart).
8. „Golos Truda“ (Die Stimme der Arbeit) - menschewistische Zeitung, die vom 21. Juni bis zum 7. Juli 1906 in Petersburg erschien.
9. „Trudowiki“ oder „Trudowaja Gruppa“ - Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die sich im April 1906 aus Bauerndeputierten der I. Reichsduma bildete (siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 1, S. 410, russ. [deutsche Ausgabe, S. 359], Anmerkung 77). Volkssozialisten (Narodnyje Sozialisty, nach den Anfangsbuchstaben auch NS-Leute genannt) - kleinbürgerliche Organisation, die sich 1906 aus Elementen des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre bildete. Die von den Volkssozialisten aufgestellten politischen Forderungen gingen über den Rahmen der konstitutionellen Monarchie nicht hinaus. Lenin nannte sie „Sozialkadetten“ und „sozialrevolutionäre Menschewiki“.
10. Gemeint ist die am 6. Januar 1907 abgehaltene Petersburger sozialdemokratische Konferenz über die Frage der Wahltaktik bei den Wahlen zur II. Reichsduma. Auf der Konferenz waren 40 Bolschewiki und 31 Menschewiki anwesend. Das ZK der SDAPR, das in seiner Mehrheit aus Menschewiki bestand, schlug den Delegierten vor, sich in eine städtische Konferenz und in eine Gouvernementskonferenz zu teilen. Die Menschewiki gedachten auf diese Weise, eine größere Anzahl Stimmen zu erhalten. Die Konferenz lehnte es ab, diesem Verlangen nachzukommen, da es dem Statut der Partei widerspricht. Zum Zeichen des Protestes verließen die menschewistischen Delegierten die Sitzung. Die zurückgebliebenen Delegierten fassten den Beschluss, die Konferenz fortzusetzen. Nach Entgegennahme des Referats W.I. Lenins sprach sich die Konferenz gegen den Abschluss von Wahlabkommen mit den Kadetten aus, indem sie solche Abkommen nicht nur als prinzipiell unzulässig, sondern auch als politisch absolut schädlich verurteilte. Die Konferenz beschloss, „sofort die für Petersburg höchst wichtige Frage von Abkommen mit der revolutionären Demokratie auf die Tagesordnung zu setzen“.

Die auf der Konferenz anwesenden menschewistischen Vertreter des ZK erklärten, die Konferenzbeschlüsse seien für die Petersburger sozialdemokratische Organisation nicht bindend, und die Menschewiki, die die Konferenz verlassen hatten, traten in der Presse mit dem Vorschlag auf, einen Block mit den Kadetten zu bilden.

11. „Retsch“ (Die Rede) - Tageszeitung, das Zentralorgan der Kadettenpartei, die von Februar 1906 bis zum 26. Oktober 1917 in Petersburg erschien.
12. „Tschweni Zchowreba“ (Unser Leben) - bolschewistische Tageszeitung, die in Tiflis ab 18. Februar 1907 legal erschien. Die Zeitung wurde von J.W. Stalin geleitet. Es erschienen 13 Nummern. Am 6. März 1907 wurde die Zeitung „wegen extremer Richtung“ verboten.
13. „Na Otscheredi“ (An der Tagesordnung) - menschewistisches Wochenblatt, das von Dezember 1906 bis März 1907 in Petersburg erschien. Es kamen vier Nummern heraus.
14. „Dro“ (Die Zeit) - bolschewistische Tageszeitung, die nach dem Verbot der Zeitung „Tschweni Zchowreba“ vom 11. März bis zum 15. April 1907 in Tiflis erschien. Der Leiter der Zeitung war J.W. Stalin. Zur Redaktion der Zeitung gehörten auch M. Zchakaja und M. Dawitaschwili. Es erschienen 31 Nummern.
15. Siehe Marx/Engels, Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 7, S. 495 [deutsch in: Karl Marx/Friedrich Engels, „Die Revolution von 1848, Auswahl aus der ‚Neuen Rheinischen Zeitung’ Berlin 1949, S. 185]. Die „Neue Rheinische Zeitung“ erschien in Köln vom 1. Juni 1848 bis zum 19. Mai 1849. Die Leiter der Zeitung waren Karl Marx und Friedrich Engels.
16. Gurko war Gehilfe des Innenministers; Lidwal war ein großer Spekulant und Abenteurer, dem Gurko im Jahre 1906 einen Kommissionsauftrag über Getreidelieferung an die hungernden Gouvernements zuschanzte. Die Beteiligung des zaristischen Würdenträgers an der Spekulationsaffäre Lidwals führte zu einem Aufsehen erregenden Gerichtsverfahren, das als „Lidwaliade“ bekannt geworden ist. Für Gurko hatte die Sache keine anderen Folgen, als dass er seines Amtes enthoben wurde.
17. Oktobristen oder „Verband vom 17. Oktober“ - konterrevolutionäre Partei der großen Handels- und Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer, gegründet im November 1905. Die Oktobristen unterstützten restlos das Stolypinregime, die Innen- und Außenpolitik des Zarismus.
18. „Parus“ (Das Segel) - Tageszeitung, Organ der Kadetten, das im Jahre 1907 in Moskau erschien.
19. „Sewodnja“ (Heute) - bürgerliche Abendzeitung vom Boulevardtypus, die in den Jahren 1906 bis 1908 in Petersburg erschien.
20. „Slowo“ (Das Wort) - Tageszeitung, die im Dezember 1904 in Petersburg zu erscheinen begann. Von Oktober 1905 bis Juli 1906 war sie ein Organ der Partei der Oktobristen.
21. G. P. Telija wurde 1880 geboren und starb in Suchum am 19. März 1907. Am 25. März fand in der Ortschaft Tschagani, Kreis Kutais, das Begräbnis G. Telijas statt.
22. Gemeint ist die Maidemonstration der Tifliser Arbeiter, die am 22. April 1901 unter der unmittelbaren Führung J.W. Stalins stattfand. Die Demonstration erfolgte auf dem Soldatenmarkt, im Zentrum von Tiflis; es beteiligten sich etwa 2000 Personen. Während der Demonstration kam es zu einem Zusammenstoß mit Polizei und Militär, wobei 14 Arbeiter verwundet und mehr als 50 verhaftet wurden. Über die Tifliser Demonstration wurde in der Leninschen „Iskra“ berichtet: „Das Tifliser Ereignis vom Sonntag, dem 22. April (a. St.), ist für den ganzen Kaukasus historisch

denkwürdig: mit diesem Tage beginnt im Kaukasus die offene revolutionäre Bewegung“ („Iskra“ Nr. 6, Juli 1901).

23. Am 23. Februar 1903 fand auf Beschluss des Tifliser Komitees der SDAPR eine Demonstration der Tifliser Arbeiter statt, an der etwa 6000 Personen teilnahmen. Die Demonstration endete in einem Zusammenstoß mit dem Militär. Es wurden 150 Personen verhaftet.
24. „Proletariatis Brdsola“ (Der Kampf des Proletariats) - georgische illegale Zeitung, Organ des Kaukasischen Bundes der SDAPR (siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 1, S. 399, russ. [deutsche Ausgabe, S. 348/349], Anmerkung 21).
25. „Achali Zchowreba“ (Neues Leben) - bolschewistische Tageszeitung, die in Tiflis vom 20. Juni bis zum 14. Juli 1906 erschien. Es erschienen 20 Nummern. Der Leiter der Zeitung war J.W. Stalin, ständige Mitarbeiter waren M. Dawitaschwili, G. Telija, G. Kikodse u. a.
26. Der V. Parteitag der SDAPR wurde in London vom 30. April bis zum 19. Mai 1907 abgehalten. In allen grundlegenden Fragen nahm der Parteitag bolschewistische Resolutionen an. J.W. Stalin war auf dem Parteitag als Delegierter der Tifliser Organisation anwesend. Die Arbeitsergebnisse des Parteitags beleuchtete J.W. Stalin in seinem Artikel „Der Londoner Parteitag der SDAPR (Aufzeichnungen eines Delegierten)“ (siehe den vorliegenden Band).
27. „Bund“ - „Allgemeiner jüdischer Arbeiterverband in Polen, Litauen und Rußland“; gegründet im Oktober 1897 (siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 1, S. 395, russ. [deutsche Ausgabe, S. 345], Anmerkung 7).
28. „Spilka“ (Verband) - ukrainischer sozialdemokratischer Verband, der den Menschewiki nahe stand. Die „Spilka“ entstand Ende 1904 durch Abspaltung von der kleinbürgerlichen, nationalistischen „Revolutionär-Ukrainischen Partei“ (RUP). In den Jahren der Stolypinreaktion hörte sie auf zu bestehen.
29. „Lachwari“ (Die Lanze) - menschewistische georgische Tageszeitung, die von April bis Juni 1907 in Tiflis erschien.
30. „S’chiwi“ (Der Strahl) - Tageszeitung der georgischen Menschewiki, die von Dezember 1905 bis Januar 1906 in Tiflis erschien.
31. Die II. Reichsduma wurde von der Zarenregierung am 3. Juni 1907 auseinandergejagt. Die sozialdemokratische Dumafraktion, die 65 Deputierte zählte, wurde in provokatorischer Weise einer militärischen Verschwörung angeklagt. Der größte Teil der sozialdemokratischen Deputierten wurde zu Zwangsarbeit und Verbannung mit Zwangsansiedlung verurteilt.
32. Der Artikel „Der Londoner Parteitag der SDAPR (Aufzeichnungen eines Delegierten)“ wurde nicht beendet; die Beendigung wurde durch die im zweiten Halbjahr 1907 verstärkt einsetzende polizeiliche Bespitzelung und die darauf folgende Verhaftung J.W. Stalins verhindert.
33. Wergeshski, A. - literarisches Pseudonym A. W. Tyrkowas, einer Mitarbeiterin der Kadettenzeitung „Retsch“.
34. Kuskowa, J. D. - Mitverfasserin des „Kredo“, des Programms der „Ökonomisten“; in den Jahren 1906 und 1907 arbeitete sie an halb kadettischen, halb menschewistischen Zeitschriften und Zeitungen mit.
35. Alexinski, G. A. - Deputierter der II. Reichsduma; gehörte zum bolschewistischen Teil der sozialdemokratischen Fraktion. Nach dem Londoner Parteitag der SDAPR trat er für die Taktik des Boykotts der III. Reichsduma ein. In der Folgezeit rückte er von der Partei der Bolschewiki ab. Nach der sozialistischen Oktoberrevolution wurde er weißgardistischer Emigrant.
36. Die Frage über den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart (7. Kongress der II. Internationale) wurde anfänglich in die Tagesordnung des Londoner Parteitags der

SDAPR aufgenommen, dann aber durch den Partei tag von der Erörterung abgesetzt. Der Kongress fand vom 5. bis zum 11. (18.-24.) August 1907 statt. Von den Bolschewiki waren auf dem Kongress W.I. Lenin, A. W. Lunatscharski, M. M. Litwinow u. a. anwesend.

37. Rjadowoi - Pseudonym A. A. Malinowskis, bekannter unter dem Namen Bogdanow (er führte auch das Pseudonym „Maximow“). Im Jahre 1903 schloss er sich den Bolschewiki an. Nach dem Londoner Parteitag der SDAPR rückte er von der bolschewistischen Partei ab (siehe Anmerkung 80 zum vorliegenden Band). Er starb im Jahre 1928.
38. Über die Spaltung der Petersburger Organisation siehe J.W. Stalins Artikel „Der Wahlkampf in Petersburg und die Menschewiki“ (vorliegender Band)
39. Der Entwurf eines Aufrufs zur Bodenfrage „Von der Reichsduma“ wurde von den Kadetten ausgearbeitet und am 5. Juli 1906 als Antwort auf die Regierungserklärung vom 20. Juni 1906 über den bäuerlichen Bodenbesitz veröffentlicht. Die Kadetten versuchten die Bauern zu überreden, die Fertigstellung des Bodengesetzes durch die Duma abzuwarten. Das von den Menschewiki geführte ZK der SDAPR schlug der sozialdemokratischen Dumafraktion vor, für den Entwurf der Kadetten zu stimmen. Die Fraktion stimmte gegen den Entwurf.
40. Volksparteiler (Nationaldemokraten) - konterrevolutionäre nationalistische Partei der polnischen Bourgeoisie, gegründet im Jahre 1897. Während der Revolution von 1905-1907 wurden die Volksparteiler zur Hauptpartei der polnischen Konterrevolution, zur Partei der polnischen Schwarzhunderter.
41. Gemeint sind die Reden der Menschewiki A. L. Dshaparidse und I. G. Zereteli, menschewistischer Deputierter der II. Reichsduma auf dem V. (dem „Londoner“) Parteitag der SDAPR (siehe das Protokoll des V. Parteitags der SDAPR, Moskau 1935, S. 250 und 354/355, russ.).
42. Die Guesdisten - Anhänger J. Guesdes - linke, marxistische Strömung unter den französischen Sozialisten. Im Jahre 1901 gründeten die Guesdisten die „Sozialistische Partei Frankreichs“. Die Guesdisten kämpften gegen die Opportunisten in der französischen Arbeiterbewegung, traten gegen die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie und gegen den Eintritt der Sozialisten in eine bürgerliche Regierung auf. Nach Ausbruch des imperialistischen Weltkrieges stellte sich Guesde auf den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und trat in die bürgerliche Regierung ein. Der dem revolutionären Marxismus treu gebliebene Teil der Guesdisten trat später In die Kommunistische Partei Frankreichs ein.
43. Gemeint ist ein Artikel Juri Perejaslawskis (G. Chrustaljows). „Bakinski Den“ (Der Bakuer Tag) - liberale Tageszeitung, die von Juni 1907 bis Januar 1908 erschien.
44. J. Larin, L. A. Rin (M. A. Lurje) - Liquidator-Menschewik, der 1907 die Idee der Einberufung eines „breiten Arbeiterkongresses“ propagierte. Im Jahre 1917 trat J. Larin in die Partei der Bolschewiki ein. El (I.I.. Lusin) - Liquidator-Menschewik.
45. Gemeint ist die Broschüre „Der allrussische Arbeiterkongress und die ‚Bolschewiki’“ in georgischer Sprache 1907 in Tiflis erschienen. „Brodjaga“ - der Menschewik Georgi Eradse; „Schura“ - seine Frau, die Menschewikin Pyschkina.
46. Tscherewanins Artikel über den Arbeiterkongress wurde in dem menschewistischen Sammelband „Die politische Lage und die taktischen Probleme“, Moskau 1906, veröffentlicht.
47. Lindow - Pseudonym G. D. Leiteisens.
48. Im Herbst 1907 führte das Bakuer Komitee unter der Leitung des Genossen Stalin die Wahlkampagne anlässlich der Wahlen zur III. Reichsduma durch. Auf der am 22. September abgehaltenen Versammlung der Bevollmächtigten der Bakuer Arbeiter wurden Bolschewiki als Wahlmänner zur III. Reichsduma gewählt. Der von J.W.

Stalin geschriebene „Wählerauftrag“ wurde von der Versammlung angenommen und als besonderes Flugblatt in der Druckerei des SDAPR-Bezirkskomitees Balachany gedruckt.

49. Der Artikel wurde im Zusammenhang mit der beabsichtigten Einberufung einer Beratung der Erdölindustriellen mit Vertretern der Bakuer Arbeiter geschrieben. Die Taktik des Boykotts der Beratung, die die Bolschewiki damals durchführten, fand in den Arbeitermassen weitgehende Unterstützung. Vom 10. Oktober bis zum 1. November 1907 fanden auf den Ölfeldern und in den Betrieben Bakus Arbeiterversammlungen statt, die die Frage der Beratung erörterten. Zwei Drittel der in diesen Versammlungen anwesenden Arbeiter sprachen sich gegen die Beteiligung an der Beratung aus. Die Menschewiki, die für eine Beratung um jeden Preis waren, erlitten eine Niederlage.
50. Arbeiter der Erdölfelder sind Arbeiter, die bei der Anlage von Bohrlöchern und in der Erdölförderung beschäftigt werden. Werkarbeiter sind Arbeiter der mechanischen Werkstätten, der Kraftwerke und anderer Hilfsbetriebe, die für die Erdölindustrie arbeiten.
51. „Bakschisch“ (wörtlich: Geschenk) - System kleiner Almosen in Form von Prämien, das von den Bakuer Erdölindustriellen in breitem Ausmaß angewandt wurde, um die Arbeiter vom politischen Kampf abzulenken und die Arbeiterbewegung zu spalten. Die Prämien waren verschieden hoch und hingen vom Gutdünken der Unternehmer ab. Die Bolschewiki traten entschieden gegen die Forderung von Prämien während der Streiks auf und kämpften für die Erhöhung des Arbeitslohns.
52. Kotschegar - Pseudonym I. Schitikows (Samarzews), des offiziellen Redakteurs und Herausgebers der Zeitung „Gudok“.
53. „Neftjanoje Delo“ (Das Erdölwesen) - Organ der Erdölindustriellen, herausgegeben vom Rat des Kongresses der Erdölindustriellen in Baku in den Jahren 1899 bis 1920. Rat des Kongresses - Organisation der erdölindustriellen Bourgeoisie - wurde auf den Kongressen der Erdölindustriellen aus Vertretern der größten Firmen gewählt. Aufgabe des Rats des Kongresses war der organisierte Kampf gegen die Arbeiterklasse, die Vertretung der Interessen der Erdöl-industriellen bei der Regierung, die Sicherung hoher Profite für die Erdöl-industriellen u. dgl. m.
54. Daschnakzakaner, Daschnaken - Mitglieder der armenischen bürgerlich-nationalistischen Partei „Daschnakzutjun“. Die Daschnaken vertraten die Interessen der armenischen Bourgeoisie und schürten die nationale Feindschaft zwischen den Werktätigen Transkaukasiens.
55. Im November 1907 stellten die Bakuer Bolschewiki mit J.W. Stalin an der Spitze die Losung auf: „Eine Beratung mit Garantien, oder keinerlei Beratung!“ Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter bereit waren, sich an der Beratung zu beteiligen, waren folgende: aktive Teilnahme der Gewerkschaften an der Beratungskampagne, Erörterung der Forderungen durch breite Schichten der Arbeiterschaft, freier Zusammentritt des künftigen Bevollmächtigtenrats und Wahl des Zeitpunkts der Eröffnung der Beratung durch die Arbeiter selbst. Auf den Ölfeldern und in den Betrieben Bakus begann eine breite Kampagne anlässlich der Wahlen zum Bevollmächtigtenrat, der die Bedingungen für die Beteiligung der Arbeiter an der Beratung endgültig beschließen und seine Vertreter für die Organisationskommission zur Einberufung der Beratung wählen sollte. Die Versammlungen der Arbeiter anlässlich der Bevollmächtigtenwahlen fanden offen statt. Die meisten Arbeiter sprachen sich für die Linie der Bolschewiki aus. Die Daschnaken und die Sozialrevolutionäre, die für den Boykott der Beratungen eintraten, sowie die Menschewiki, die für eine Beratung ohne alle Garantien waren, fanden keine Unterstützung bei den Massen.

56. „Gudok“ (Die Sirene) - legale bolschewistische Zeitung, Wochenorgan des Verbandes der Arbeiter der Erdölindustrie Bakus. Nr. 1 des „Gudok“ erschien am 12. August 1907. Im „Gudok“ wurde eine Anzahl richtungweisender Artikel J.W. Stalins veröffentlicht, die im vorliegenden Band aufgenommen sind. Am „Gudok“ arbeiteten S. Schaumian, A. Dshaparidse, S. Spandarian u. a. aktiv mit. Die letzte von der bolschewistischen Redaktion herausgegebene Nummer der Zeitung, Nr. 34, erschien am 1. Juli 1908. Mit Nr. 35 ging der „Gudok“ in die Hände der Menschewiki über. Die Bolschewiki begannen in Baku eine neue legale Gewerkschaftszeitung, den „Bakinski Rabotschi“ (Der Bakuer Arbeiter), herauszugeben, dessen erste Nummer am 6. September 1908 erschien.
57. An dem Streik auf den Erdölfeldern Mirsojews in Baku beteiligten sich an die 1500 Arbeiter. Der Streik begann am 14. Februar 1908 und dauerte 73 Tage.
58. Die Wahl der Arbeiterbevollmächtigten wurde Anfang Februar 1908 zu Ende geführt. Auf Verfügung Woronzow-Daschkows, des Statthalters im Kaukasus, wurde die Einberufung des Bevollmächtigtenrats jedoch verschoben. Der Bevollmächtigtenrat hielt seine erste Sitzung am 30. März 1908, die folgenden am 6., 10., 26. und 29. April ab. G. K. Ordshonikidse schrieb später von der Tätigkeit des Bevollmächtigtenrats folgendes: „Während in ganz Rußland die schwarze Reaktion herrschte, tagte in Baku ein richtiges Arbeiterparlament. In diesem Parlament wurden alle Forderungen der Bakuer Arbeiter offen ausgearbeitet, und unsere Redner entwickelten dort unser gesamtes Minimalprogramm.“ Im Bevollmächtigtenrat stimmten für den Vorschlag der Bolschewiki - Beratung mit Garantien - 199 Bevollmächtigte, für den Boykott der Beratung wurden 124 Stimmen abgegeben. Die Anhänger des Boykotts - Sozialrevolutionäre und Daschnaken - verließen die Sitzung des Rates. Der Vorschlag, den Wählerauftrag für ultimativ zu erklären, wurde mit einer Mehrheit von 113 gegen 54 Stimmen angenommen.
59. „Promyslowy Westpik“ (Der Ölfeldbote) - legale menschewistische Zeitung, Organ des Verbandes der Maschinenarbeiter, das im November und Dezember 1907 sowie von März bis Juli 1908 zwei- oder dreimal wöchentlich in Baku erschien.
60. K-sa (Kara-Mursa, P.) - Mitglied der Kadettenpartei, Redakteur des „Neftjanoje Delo“, des Organs der Bakuer Erdölindustriellen.
61. „Kotschi“ - Räuber, gedungener Mörder.
62. Chanlar Safaralijew - bolschewistischer Arbeiter und talentierter Organisator der Aserbaidshaner Arbeiter. Nach dem erfolgreich durchgeführten Streik auf den Naphthalanölfeldern wurde Chanlar in der Nacht vom 19. zum 20. September 1907 von einem durch die Erdölindustriellen gedungenen Mörder tödlich verwundet. Einige Tage später starb Chanlar. Auf den Aufruf des SDAPR-Bezirkskomitees von Bibi-Eibat hin fand ein zweitägiger allgemeiner Streik statt; die Arbeiter verlangten von der Naphthalangesellschaft, dass sie den Mörder Chanlars, nämlich den Bohrmeister Dshafar, sowie den Verwalter Abusarbek von den Ölfeldern entferne. Chanlars Begräbnis wurde zu einer machtvollen Protestdemonstration, an der sich 20000 Arbeiter beteiligten. J.W. Stalin hielt am Grabe Chanlars eine Rede.
63. Der Artikel „Die Presse“ wurde von J.W. Stalin im Sommer 1908 im Bakuer Gefängnis geschrieben, wo er sich vom 25. März bis zum 9. November 1908, bis zur Verbannung nach Solwytschegodsk, befand.
64. „Naperzkali“ (Der Funke) - Tageszeitung der georgischen Menschewiki, die von Mai bis Juli 1908 in Tiflis erschien.
65. „Asri“ (Der Gedanke) - menschewistische georgische Zeitung, die vom 29. Januar bis zum 2. März 1908 in Tiflis erschien.

66. Die Brüder Schendrikow (Leo, Ilja, Gleb) gründeten in Baku im Jahre 1904 eine Subatowsche Organisation unter dem Namen „Organisation der Arbeiter von Balachany und Bibi-Eibat“ (später wurde sie in „Bund der Bakuer Arbeiter“ umbenannt). Die Schendrikowleute betrieben eine Verleumdungskampagne gegen die Bolschewiki. Durch die Aufstellung eng zünftlerischer ökonomischer Losungen desorganisierten die Schendrikowleute den Streikkampf, versuchten sie die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand zu vereiteln, agitierten sie für die Schaffung von „Schlichtungskammern“, Artels u. dgl. m. Die Schendrikows erhielten Subsidien von den Erdölindustriellen und den zaristischen Behörden. Die Menschewiki erkannten die Subatowsche Organisation der Schendrikowleute offiziell als Parteiorganisation an. Die Schendrikowleute wurden von den Bakuer Bolschewiki als Söldlinge der zaristischen Ochrana entlarvt und aus dem Felde geschlagen. Die Zeitschrift „Prawoje Delo“ (Die gerechte Sache) wurde von den Schendrikows in Petersburg herausgegeben. Nr. 1 der Zeitschrift erschien im November 1907, Nr.2 und 3 im Mai 1908. Die weiter unten erwähnten Groschew und Kalinin waren Menschewiki, Anhänger der Schendrikows.
67. Gukassow, A. - einer der größten Erdölindustriellen Bakus, Leiter des Rats des Kongresses der Erdölindustriellen.
68. Die Sitzung der Organisationskommission in der Frage der Einberufung einer Beratung mit den Erdölindustriellen fand am 13. Mai 1908 in Anwesenheit von 14 Erdölindustriellen und 15 Arbeitern statt. Am gleichen Tage wurde in den Zeitungen bekannt gegeben, Vertreter der Gewerkschaften würden nicht zu der Kommission zugelassen. Die zur Sitzung erschienene Arbeiterdelegation lehnte es ab, ohne die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern mit der Arbeit zu beginnen. Unter Berufung auf diese Weigerung erklärte der Kommissionsvorsitzende Dshunkowski (ein Mitglied des Rats beim zaristischen Statthalter im Kaukasus) die Sitzung der Organisationskommission für geschlossen.
69. „Land und Freiheit“, „Im Kampf wirst du dein Recht erringen“ - Losungen der Partei der Sozialrevolutionäre.
70. Der Generalstreik begann in Baku am 1. Juli 1903, in Tiflis am 14. Juli, in Batum am 17. Juli. Der Streik erfasste ganz Transkaukasien und griff auch auf Südrußland über (Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw u. a. Städte).
71. Der Bakuer Generalstreik begann am 13. Dezember 1904 mit einem Streik auf den Erdölfeldern Rothschilds, Nobels, Mirsojews in den Ölbezirken Balachany und Bibi-Eibat. Vom 14. bis zum 18. Dezember griff der Streik auf die meisten Bakuer Betriebe über. Der Streik wurde unter der Führung J.W. Stalins durchgeführt. In den vom Bakuer Komitee in den ersten Streiktagen erlassenen Proklamationen wurden politische Losungen aufgestellt und wirtschaftliche Forderungen formuliert - Achtstundentag, Erhöhung des Arbeitslohns, Abschaffung der Geldstrafen usw. Während des Streiks fanden zahlreiche Kundgebungen und Versammlungen der Arbeiter statt. Der Streik endete mit dem Sieg der Arbeiter, mit dem Abschluss eines Kollektivvertrags zwischen den Arbeitern und Erdölindustriellen, des ersten Kollektivvertrags in der Geschichte der Arbeiterbewegung Rußlands. „Dieser Streik war gleichsam ein gewitterkündender Blitz am Vorabend des großen revolutionären Sturmes“ („Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang“, Moskau 1945, S. 54, russ. [deutsche Ausgabe, Berlin 1950, S. 72]). Ausführlich beleuchtet wird die Bedeutung des Bakuer Dezemberstreiks im vorliegenden Band.
72. „Baku“ - bürgerliche Zeitung, die mit kurzen Unterbrechungen in den Jahren 1902 bis 1918 erschien. Die Zeitung vertrat die Interessen vorwiegend der armenischen Erdöl- und Handelsbourgeoisie.

73. Gemeint ist der Artikel „Die Arbeiterkommission in Baku“ in Nr. 4 der georgischen menschewistischen Zeitung „Homli“ vom 17. Juli 1908.
74. L. A. Rins (J. Larins) Broschüre „Über die Beratung mit den Erdölindustriellen“ wurde 1907 vom Verband der Maschinenarbeiter herausgegeben.
75. „Proletari“ (Der Proletarier) - von den Bolschewiki nach dem IV. Parteitag (dem „Vereinigungsparteitag“) gegründete illegale Zeitung, die vom 21. August (3. September) 1906 bis zum 28. November (11. Dezember) 1909 erschien. Es erschienen 50 Nummern des „Proletari“; die ersten 20 Nummern wurden in Finnland, die übrigen in Genf und Paris herausgegeben. Der „Proletari“ war faktisch das Zentralorgan der Bolschewiki und wurde von W.I. Lenin redigiert. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari“ eine hervorragende Rolle bei der Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen.
76. „Golos Sozial-Demokrata“ (Die Stimme des Sozialdemokraten) -Auslandsorgan der Liquidatoren-Menschewiki, das von Februar 1908 bis Dezember 1911 erschien. Zur Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ gehörten G. W. Plechanow, P. B. Axelrod, J. O. Martow, F. 1. Dan, A. S. Martynow. Im Zusammenhang mit der ausgesprochen liquidatorischen Richtung des „Golos“ stellte Plechanow im Dezember 1908 seine Mitarbeit an ihm ein, um dann auch offiziell aus der Redaktion auszutreten. Trotz des Beschlusses der Plenartagung des ZK der SDAPR im Januar 1910, die Herausgabe des „Golos Sozial-Demokrata“ einzustellen, fuhren die Menschewiki fort, ihn auch weiter herauszugeben, und predigten in der Zeitung offen die Ideen des Liquidatorentums.
77. „Sozialdemokrat“ - Zentralorgan der SDAPR, erschien von Februar 1908 bis Januar 1917. Die erste Nummer der Zeitung kam in Rußland heraus, dann wurde ihre Herausgabe ins Ausland verlegt, zunächst nach Paris und darauf nach Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluss des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „Sozialdemokrat“ wurden richtungweisende Artikel W.I. Lenins gedruckt. Innerhalb der Redaktion des „Sozialdemokrat“ kämpfte W.I. Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Ein Teil der Redaktion (Kamenew und Sinowjew) nahm gegenüber den Liquidatoren eine versöhnlerische Haltung ein und versuchte, die Durchführung der Leninschen Linie zu vereiteln. Die Menschewiki Martow und Dan, die die Redaktionsarbeit im Zentralorgan sabotierten, verteidigten gleichzeitig im „Golos Sozial-Demokrata“ offen das Liquidatorentum. Lenins unversöhnlicher Kampf gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion des „Sozialdemokrat“. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozialdemokrat“ von W.I. Lenin redigiert. Die Zeitung veröffentlichte eine Anzahl von Artikeln J.W. Stalins, die im vorliegenden Band enthalten sind. Im „Sozialdemokrat“ wurden über die Tätigkeit der örtlichen Parteiorganisationen systematisch Materialien veröffentlicht, darunter auch über die Tätigkeit der Parteiorganisationen in Transkaukasien.
78. Vom 21. bis zum 23. Juli 1907 fand die dritte (die „Zweite allrussische“) Konferenz der SDAPR und vom 5. bis zum 12. November 1907 die vierte (die „Dritte allrussische“) Konferenz der SDAPR statt.
79. „Aus der Partei“ war die Überschrift eines Teils in der Zeitung „Bakinski Proletari“.
80. Die erweiterte Redaktion des „Proletari“ war faktisch ein bolschewistisches Zentrum, gewählt in der Sitzung des bolschewistischen Teils des V. (des „Londoner“) Parteitags der SDAPR im Jahre 1907. Die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ fand vom B. bis zum 17. (21.-30.) Juni 1909 unter Leitung W.I. Lenins in Paris statt. Die Beratung verurteilte den Otsowismus und den Ultimatismus als „umgestülptes Liquidatorentum“. Die von den Otsowisten ins Leben gerufene

„Partei“schule auf Kapri wurde von der Beratung als „Zentrum der Fraktion, die sich von den Bolschewiki abspaltet“, bezeichnet. A. Bogdanow (von W. Schanzer unterstützt) lehnte es ab, sich dem Beschluss der erweiterten Redaktion des „Proletari“ zu fügen, und wurde aus der bolschewistischen Organisation ausgeschlossen.

81. Die Resolution des Bakuer Komitees wurde am 3. (16.) Oktober 1909 in der Nummer 49 des „Proletari“ mit folgendem Zusatz der Redaktion veröffentlicht: „über die Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner haben wir auch nichts anderes gesagt als das, was die Bakuer Genossen über sie gesagt haben. Die Bakuer Genossen selbst protestieren gegen die Haltung des Genossen Maximow, der erklärt hat, sich den Beschlüssen der Redaktion nicht fügen zu wollen. Wenn sich aber Genosse Maximow den Beschlüssen des Organs der Bolschewiki untergeordnet und keine desorganisatorische Kampagne gegen die bolschewistische Fraktion eingeleitet hätte, so hätte es auch keinerlei ‚Abspaltung’ gegeben. ‚Nichtunterordnung’ aber ist natürlich nichts anderes als ‚Abspaltung’. Über das Thema unserer angeblich ‚spalterischen’ Politik haben wir uns in der vorliegenden Nummer eingehend in dem Artikel ‚Unterhaltung mit Petersburger Bolschewiki’ anlässlich ihrer analogen Resolution ausgesprochen, die früher als die Bakuer in der Redaktion eingegangen ist.“ Der von der Redaktion erwähnte Artikel „Unterhaltung mit Petersburger Bolschewiki“ stammt aus der Feder W.I. Lenins (siehe „Sämtliche Werke“, Bd. XIV, S. 169-178, russ.).
82. „Amscharas“ (wörtlich „Landsleute“) nannte man die ungelernten iranischen Arbeiter, die erwerbshalber nach Baku kamen.
83. Die „Briefe aus dem Kaukasus“ wurden im November und Dezember 1909 geschrieben und waren dazu bestimmt, im „Proletari“ oder im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht zu werden. Da der „Proletari“ damals sein Erscheinen einstellte, wurden die Briefe an die Redaktion des Zentralorgans der SDAPR, den „Sozialdemokrat“, gesandt. Den „Brief aus dem Kaukasus“, der eine scharfe Kritik am Liquidatorentum enthielt, wollte der menschewistische Teil der Redaktion des „Sozialdemokrat“ nicht ins Zentralorgan aufnehmen. Der Brief wurde im „Diskussionsblatt“ (Beilage zum „Sozialdemokrat“) veröffentlicht.
84. Die Bestimmungen vom 12. Juni 1890 über die Semstwoinstitutionen wurden von der Zarenregierung an Stelle der Bestimmungen von 1864 eingeführt. Die neuen Bestimmungen, die an Stelle des früheren Vermögenszensus einen ständischen Zensus einführten, gaben den Adligen die absolute Mehrheit im größten Teil der Kreisversammlungen des Semstwos und verstärkten die Abhängigkeit des Semstwos von der zentralen Staatsmacht.
85. „Bakinski Proletari“ (Der Bakuer Proletarier) - illegale bolschewistische Zeitung, die vom 20. Juni 1907 bis zum 27. August 1909 in Baku erschien. Es erschienen sieben Nummern. Die erste Nummer des „Bakinski Proletari“ erschien als Organ des Bezirks Balachany der Bakuer Organisation der SDAPR, die zweite Nummer als Organ der Bezirke Balachany und Tschernogorod der Bakuer Organisation der SDAPR; mit der dritten Nummer wurde die Zeitung zum Organ des Bakuer Komitees der SDAPR. Der „Bakinski Proletari“ erschien unter der Redaktion J.W. Stalins. In der Zeitung wurde eine Anzahl seiner richtungweisenden Artikel veröffentlicht, die im vorliegenden Band aufgenommen sind. Am „Bakinski Proletari“ arbeiteten auch S. Schaumian, A. Dshaparidse, S. Spandarian u. a. mit. Nach der fünften Nummer wurde das Erscheinen des „Bakinski Proletari“ unterbrochen. Er erschien wieder am 1. August 1909, als J.W. Stalin nach seiner Flucht aus der Solwytschegodsker Verbannung nach Baku zurückgekehrt war. Die letzte Nummer der Zeitung, Nr. 7, erschien am 27. August 1909. Die Redaktion

des „Bakinski Proletari“ war mit dem „Proletari“ und dem „Sozialdemokrat“ eng verbunden.

86. „Trud“ (Die Arbeit) - allgemeine Konsumgenossenschaft der Arbeiter der Stadt Baku und der Erdölbezirke, gegründet Anfang 1908. Die Konsumgenossenschaft „Trud“ hatte etwa 1200 Mitglieder und eröffnete Filialen in den Bezirken Balachany, Bibi-Eibat, Sawoksalny und Tschernogorod. Im Jahre 1909 gab die Genossenschaft die Wochenzeitschrift „Trudowoi Golos“ (Die Stimme der Arbeit) heraus. Die Bolschewiki arbeiteten in der Genossenschaft aktiv mit.
87. Die Klubs „Snanije - Sila“ (Wissen ist Macht) und „Nauka“ (Wissenschaft) steckten es sich zum Ziel, die Selbstbildung der Erdölarbeiter zu fördern. Sie veranstalteten allgemeinbildende und technische Kurse, Zirkel und Vorträge. Die Mittel der Klubs setzten sich aus den Mitgliedsbeiträgen und den durch die Vorträge und Aufführungen erzielten Einnahmen zusammen. Der Klub „Snanije - Sila“, der die Erdölbezirke betreute, wurde von Bolschewiki, der Klub „Nauka“ von Menschewiki geleitet.
88. Der Kongress zur Bekämpfung der Trunksucht wurde in Petersburg am 28. Dezember 1909 eröffnet und dauerte mehrere Tage. Auf dem Kongress waren 510 Delegierte anwesend. Die Arbeitergruppe des Kongresses zählte 43 Personen, darunter zwei Delegierte der Bakuer Arbeiter. Ein Teil der Arbeiterdelegierten wurde gleich nach dem Kongress von der Polizei verhaftet.
89. „Dassazkissi“„ (Der Anfang) - georgische legale Zeitung der Menschewiki, die vom 4. bis zum 30. März 1908 in Tiflis erschien.
90. An, N., Kostrow - Pseudonyme Noah Jordanijas, eines Führers der Liquidatoren-Menschewiki Georgiens.
91. Worte G.W. Plechanows aus seiner Rede, gehalten auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris im Jahre 1889.
92. Gemeint ist das Bodengesetz (Ukas), erlassen von dem zaristischen Minister Stolypin am 9. November 1906, über das Ausscheiden der Bauern aus der Dorfgemeinschaft und die Bildung von Einzelgehöften.
93. In dem Brief ist von der Plenartagung des ZK der SDAPR die Rede, die vom 2. bis zum 23. Januar (15. Januar-5. Februar) 1910 in Paris stattfand. Die Plenartagung beschloss, es sei notwendig, „mit allen mehr oder weniger organisierten Fraktionen aufzuräumen und sie zu Strömungen zu machen, die die Aktionseinheit der Partei nicht beeinträchtigen“. Auf Verlangen W.I. Lenins verurteilte die Plenartagung das Liquidatorentum und den Otsowismus (in der Resolution jedoch werden „Liquidatorentum“ und „Otsowismus“ nicht direkt bei ihrem wirklichen Namen genannt). Das Vorherrschen versöhnlerischer Elemente auf der Plenartagung ermöglichte es ihnen, eine Anzahl antileninscher Beschlüsse durchzubringen. Trotz des Protestes W.I. Lenins gelangten einige Liquidatoren-Menschewiki in die zentralen Parteiinstitutionen. Nach der Plenartagung verstärkten die Liquidatoren den Kampf gegen die Partei.
94. Gemeint ist der Beschluss über die Reorganisation (die „Reform“) der zentralen Parteiinstitutionen - des Zentralkomitees, der Redaktion des Zentralorgans, des Auslandsbüros des ZK und des russischen Kollegiums des ZK, gefasst von der Plenartagung des ZK der SDAPR im Januar 1910 (siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und der Plenartagungen des ZK, Teil I, 6. Auflage, Moskau 1940, S. 157, 158, russ.).
95. In dem Brief ist von den sechs Monaten die Rede, die noch bis zum Ablauf der Solwytschegodsker Verbannungsfrist J.W. Stalins, d. h. bis Ende Juni 1911 verblieben.

96. „Mysl“ (Der Gedanke) - bolschewistische legale Monatsschrift für philosophische und sozialökonomische Fragen, die von Dezember 1910 bis April 1911 in Moskau erschien. Es kamen fünf Nummern heraus. Gegründet wurde die Zeitschrift von W.I. Lenin, der auch der faktische Leiter der Zeitschrift war. In Nr. 1-4 der „Mysl“ wurden Artikel W. 1. Lenins veröffentlicht. Engste Mitarbeiter der Zeitschrift waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, I.I. Skworzow-Stepanow. Außer den Bolschewiki arbeiteten an der Zeitschrift Plechanow und andere parteitreue Menschewiki mit.
97. „Rabotschaja Gaseta“ (Arbeiterzeitung) - populäre bolschewistische Zeitung, die vom 30.Oktober (12. November) 1910 bis zum 30. Juli (12. August) 1912 in Paris erschien. Der Gründer und Leiter der Zeitung war W.I. Lenin. Die Prager Parteikonferenz (Januar 1912) vermerkte die Verdienste, die sich die „Rabotschaja Gaseta“ durch ihr Eintreten für die Partei und das Parteiprinzip erwarb, und erkannte sie als offizielles Organ des Zentralkomitees der Partei an.
98. „Swesda“ (Der Stern) - bolschewistische legale Zeitung, die vom 16. Dezember 1910 bis zum 22. April 1912 (anfangs wöchentlich, später zwei- oder dreimal in der Woche) in Petersburg erschien. Die Tätigkeit der „Swesda“ wurde von W.I. Lenin gelenkt, der regelmäßig aus dem Ausland seine Artikel für die Zeitung einsandte. Engste Mitarbeiter der „Swesda“ waren W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, N.N. Baturin, K. S. Jeremejew u. a. Auch A. M. Gorki arbeitete an der Zeitung mit. Im Frühjahr 1912, während seines Aufenthalts in Petersburg, hatte J.W. Stalin die unmittelbare Leitung der Zeitung in der Hand und veröffentlichte in ihr eine Anzahl von Artikeln, die im vorliegenden Band abgedruckt sind. Die Auflage der einzelnen Nummern der Zeitung erreichte 50000 bis 60000 Exemplare. Die „Swesda“ bereitete das Erscheinen der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ (Die Wahrheit) vor. Am 22. April (5. Mai) 1912 verbot die Zarenregierung die „Swesda“. Die Fortsetzung der „Swesda“ war die „Newskaja Swesda“ (Der Newastern), die bis Oktober 1912 erschien.
99. Das Flugblatt „Für die Partei!“ wurde von J.W. Stalin Anfang März 1912 geschrieben und zusammen mit dem von W.I. Lenin geschriebenen Flugblatt „Die Wahlplattform der SDAPR“ im ganzen Lande weithin verbreitet. In Nr. 26 des „Sozialdemokrat“ teilte das Büro des ZK folgendes mit: „Das ZK hat in Rußland die Flugblätter: 1. Für die Partei (6000); 2. Wahlplattform (10000) herausgegeben. Diese Flugblätter sind nach 18 Orten geliefert worden, darunter auch nach einer Anzahl der größten Zentren... Die Flugblätter des ZK sind überall mit Freuden aufgenommen worden, man bedauerte nur, dass es so wenige waren.“ Am 29. März 1912 schrieb G. K. Ordshonikidse aus Kiew, beide Flugblätter hätten „einen sehr guten Eindruck gemacht, das Publikum ist begeistert“. Etwas später schrieb N. K. Krupskaja im Auftrage W.I. Lenins: „Wir haben Eure beiden Briefe (über die örtlichen Angelegenheiten und die vorgesehenen Pläne) und die beiden Flugblätter ‚Für die Partei und ‚Plattform’ erhalten. Wir begrüßen sie sehr.“
100. In dem Flugblatt wird von der sechsten Allrussischen Parteikonferenz gesprochen, die vom 5. bis zum 17. (18.-30.) Januar 1912 in Prag stattfand. Die Konferenz vereinigte die bolschewistischen Organisationen und formierte die bolschewistische Partei als selbständig existierende Partei. Durch den Beschluss der Konferenz wurden die Menschewiki aus der Partei verjagt, wurde mit der formalen Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki in einer Partei für immer Schluss gemacht. Die Prager Konferenz legte den Grundstein zu einer Partei neuen Typus (siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, Moskau 1945, S. 134-139, russ. [deutsche Ausgabe, Berlin 1950, S. 174-182]).

101. Die Proklamation „Es lebe der 1. Mai!“ wurde von J.W. Stalin Anfang April 1912 in Moskau geschrieben. Gedruckt wurde sie heimlich in einer legalen Druckerei in Tiflis. Die Auflage der Proklamation wurde dann nach Petersburg befördert.
102. Artikel 87 der Staatsgrundgesetze gab dem Ministerrat das Recht, während der Unterbrechungen der Arbeit der Reichsduma dem Zaren unmittelbar Gesetzesvorlagen zur Bestätigung zu unterbreiten. Auf diese Weise brachte Stolypin eine Anzahl wichtiger Gesetze unter Umgehung der Duma durch, insbesondere in der Agrarfrage.
103. „Saprossy Shisni“ (Anforderungen des Lebens) - Zeitschrift, die in den Jahren 1909 bis 1912 in Petersburg erschien. Im Sommer 1912 schrieb W.I. Lenin über diese Zeitschrift an A. M. Gorki: „Nebenbei bemerkt, eine seltsame Zeitschrift - liquidatorisch-trudowikisch-wechistisch“ (siehe Lenin-Sammelband I, S. 125, russ.)
104. Friedliche Erneuerer („Partei der friedlichen Erneuerung“) - Partei der großen Handels- und Industriebourgeoisie und der Großgrundbesitzer, gegründet im Jahre 1906. Lenin nannte die friedlichen Erneuerer die „Partei der friedlichen Ausplünderung“.
105. „Delo Shisni“ (Die Sache des Lebens) - legale Zeitschrift der Liquidatoren-Menschewiki, die vom 22. Januar bis zum 31. Oktober 1911 in Petersburg erschien.
106. „Nascha Sarja“ (Unsere Morgenröte) - legale Monatsschrift, Organ der Liquidatoren-Menschewiki, das von 1910 bis 1914 in Petersburg erschien.
107. Progressisten - liberal-monarchistische Gruppe der russischen Bourgeoisie, die eine Zwischenstellung zwischen Oktobristen und Kadetten einnahm. Führer der Progressisten waren die Moskauer Fabrikanten Rjabuschinski, Konowalow u. a.
108. Die Wahlen zur IV. Reichsduma fanden im Herbst 1912 statt. Aber schon seit dem Frühjahr 1912 arbeiteten die Bolschewiki, geführt von W.I. Lenin und J.W. Stalin, an der Vorbereitung der Wahlkampagne. Die bolschewistische Partei trat bei den Wahlen zur IV. Duma selbständig auf, und zwar unter den Losungen der demokratischen Republik, des Achtstundentages, der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien. Im März 1912 verfasste W.I. Lenin „Die Wahlplattform der SDAPR“, die als Flugblatt herausgegeben und in einer Anzahl der größten Städte Rußlands verbreitet wurde. Die Arbeit der Bolschewiki in der Wahlkampagne wurde unmittelbar von J.W. Stalin geleitet. Seine Verhaftung am 22. April 1912 unterbrach vorübergehend seine Arbeit an der Vorbereitung der Wahlen zur Reichsduma. J.W. Stalin kehrte, nachdem er aus der Narymer Verbannung geflohen war, im September 1912, als die Wahlkampagne in vollem Gange war, nach Petersburg zurück.
109. „Semschtschina“ (Das Landvolk) - Schwarzhunderterzeitung, die von 1909 bis 1917 in Petersburg erschien; sie war das Organ der extrem rechten Deputierten der Reichsduma.
110. „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit) - Zeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien; sie war das Organ der reaktionären Kreise des Adels und der bürokratischen Beamtenschaft. Von 1905 an wurde das Blatt zu einem der Organe der Schwarzhunderter.
111. „Golos Moskwy“ (Die Stimme Moskaus) - Tageszeitung, Organ der Oktobristenpartei, das von Dezember 1906 bis 1915 in Moskau erschien. Redakteur und Herausgeber der Zeitung war A. I. Gutschkow.
112. „Prawda“ (Die Wahrheit) - bolschewistische Arbeitertageszeitung, die vom 22. April 1912 bis zum B. Juli 1914 in Petersburg erschien. Die „Prawda“ wurde auf Weisung W.I. Lenins und auf Initiative J.W. Stalins gegründet. Als Mitglied des Zentralkomitees der Partei leitete J.W. Stalin die Ausarbeitung der Plattform der „Prawda“ und arbeitete an der Zusammenstellung der ersten Nummer der Zeitung mit. Am 22. April, am Tage des Erscheinens der ersten Nummer der „Prawda”,

wurde J.W. Stalin verhaftet. Erst im Herbst 1912 konnte er seine Arbeit in der „Prawda" wieder aufnehmen, nachdem er aus der Narymer Verbannung geflohen war. Von Oktober 1912 bis Februar 1913 erschienen in der „Prawda" eine Anzahl richtungweisender Artikel J.W. Stalins, die im vorliegenden Band Aufnahme gefunden haben. Redaktionsmitglieder und engste Mitarbeiter der „Prawda" waren W.M. Molotow, M. S. Olminski, N. N. Baturin, J. M. Swerdlow, A. M. Gorki, K. N. Samoilowa u. a. Im Laufe von zweieinhalb Jahren verbot die Zarenregierung die „Prawda" achtmal, aber dank der Unterstützung der Arbeiter begann sie unter neuen Namen wieder zu erscheinen („Rabotschaja Prawda" [Arbeiter-Prawda], „Sewernaja Prawda" [Nord-Prawda], „Prawda Truda" [Prawda der Arbeit], „Sa Prawdu" [Für die Prawda] u. a.) (Über die Bedeutung und die Rolle der „Prawda" siehe die „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", Moskau 1945, S. 143 bis 148, russ. [deutsche Ausgabe, Berlin 1950, S. 187—194].)

113. Der „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten" wurde Anfang Oktober 1912 geschrieben. Er fand in den Versammlungen der Arbeiter der Petersburger Großbetriebe und auf dem Kongress der Arbeiterbevollmächtigten vom 17. Oktober 1912 einmütige Annahme. J.W. Stalin leitete die Erörterung des „Wählerauftrags" in fliegenden Betriebsversammlungen. W.I. Lenin maß dem „Wählerauftrag" besonders große Bedeutung bei. Als Lenin ihn zur Drucklegung im „Sozialdemokrat" in die Druckerei schickte, schrieb er auf den Rand: „Unbedingt zurückgeben!! Nicht schmutzig machen. Aufbewahrung dieses Dokuments äußerst wichtig." Der „Wählerauftrag" wurde in Nr. 28/29 des „Sozialdemokrat" vom 5. (18.) November 1912 veröffentlicht. In einem Brief an die Redaktion der „Prawda" verlangte Lenin nachdrücklich: „Bringen Sie diesen Wählerauftrag an den Petersburger Deputierten unbedingt an auffallender Stelle in großer Schrift" (siehe „Sämtliche Werke", Bd. XXIX, S. 78, russ.).
114. Der Ausdruck „Erläuterung" kam in Umlauf im Zusammenhang mit der vom „dirigierenden" Senat praktizierten Erläuterung der Wahlgesetze in dem für die Regierung wünschenswerten Sinn. Bei der „Erläuterung" der Gesetze erklärten die Behörden willkürlich die vorgenommenen Wahlen für ungültig.
115. Die Wahl der Wahlmänner in der Arbeiterkurie des Gouvernements Petersburg fand das erste Mal auf dem Gouvernementskongress der Bevollmächtigten am 5. Oktober 1912 statt. Obgleich 21 der größten Betriebe Petersburgs des Wahlrechts beraubt waren, waren von den 6 vom Kongress gewählten Wahlmännern 4 Bolschewiki. Unter dem Druck der Massen erhielten die Arbeiter der „erläuterten" Betriebe ihr Wahlrecht zurück, Am 14. Oktober 1912 fanden in diesen Betrieben Neuwahlen der Bevollmächtigten statt, und am 17. Oktober trat der zweite Kongress der Bevollmächtigten der Arbeiterkurie des Gouvernements Petersburg zusammen. Auf diesem Kongress erfolgten auch die abermaligen Wahlen der Wahlmänner, wobei fünf Kandidaten - zwei Bolschewiki und drei Menschewiki - die absolute Mehrheit erhielten. Am anderen Tage fand eine zusätzliche Abstimmung statt, bei der als sechster Wahlmann ein Bolschewik gewählt wurde. Der Verlauf des Wahlkampfes wird ausführlich in der Korrespondenz J.W. Stalins „Die Wahlen in Petersburg" geschildert, die im „Sozialdemokrat" veröffentlicht wurde (siehe den vorliegenden Band).
116. „Lutsch" (Der Strahl) - legale Tageszeitung der Liquidatoren-Menschewiki, die von September 1912 bis Juli 1913 in Petersburg erschien. Im „Lutsch" traten die Liquidatoren offen gegen die illegale Partei auf. Die Zeitung existierte hauptsächlich aus Mitteln der Bourgeoisie.
117. Gemeint ist das Obuchow-Werk.

118. Die Proklamation „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Rußlands!“, die dem achten Jahrestag des 9. Januar 1905 gewidmet war, wurde von J.W. Stalin im Dezember 1912 geschrieben. Über die Notwendigkeit, ein solches Flugblatt herauszugeben, schrieb W.I. Lenin aus Krakau am 23. November (6. Dezember) 1912 an J.W. Stalin in Petersburg folgendes: „Lieber Freund, wegen des 9. Januar ist es äußerst wichtig, die Sache im voraus zu bedenken und vorzubereiten. Beizeiten fertig sein muss das Flugblatt mit einem Aufruf zu Meetings, eintägigem Streik und Demonstrationen (solches muss an Ort und Stelle beschlossen werden, an Ort und Stelle kann man besser entscheiden)... Die Losungen des Flugblatts müssen die drei revolutionären Losungen sein (Republik, Achtstundentag und Konfiskation der Gutsbesitzerländereien), wobei die dreihundertjährige ‚Schmach’ der Romanowdynastie besonders zu betonen ist. Besteht keine völlige und restlose Gewissheit, dass es möglich ist, in Petersburg über das Flugblatt zu verfügen, so muss es im voraus hier rechtzeitig hergestellt und hinbefördert werden“ (siehe „Sämtliche Werke“, Bd. XXIX, S.82, russ.)
119. Von August bis Oktober 1912 kamen unter den politischen Gefangenen der Zuchthäuser Kutomar und Algatschi (Nertschinsker Zwangsarbeitsstelle im Transbaikalgebiet) zum Zeichen des Protestes gegen die Gewalttaten der Gefängnisverwaltung massenhafte Hungerstreiks und Selbstmorde vor. Ein Widerhall dieser Ereignisse waren die Proteststreiks der Arbeiter und die Versammlungen der Studentenschaft in Petersburg, Moskau und Warschau.
120. Im Oktober 1912 fällte das Sewastopoler Marinegericht sein Urteil in einem Prozess gegen 142 Matrosen, die angeklagt waren, einen Aufstand in der Schwarzmeerflotte vorbereitet zu haben. 17 Angeklagte wurden zum Tode, 106 zu Zwangsarbeit verurteilt, 19 wurden freigesprochen. Als Antwort auf das Gerichtsurteil fanden in Moskau, Petersburg, Charkow, Nikolajew, Riga und anderen Städten Rußlands Massenstreiks und Protestdemonstrationen statt.
121. Ende 1911 erschienen in der Presse neue Dokumente, die eine Provokation der Regierung entlarvten: Die Anklagematerialien gegen die sozialdemokratischen Deputierten erwiesen sich restlos als das Werk der Hände der Petersburger Ochrana. Mitte November 1911 brachte die sozialdemokratische Fraktion der III. Duma in der Duma eine Anfrage wegen Revision des Prozesses der sozialdemokratischen Deputierten der II. Reichsduma ein. Die Anfrage wurde von der Duma abgelehnt. Im Zusammenhang hiermit fanden in Petersburg, Riga, Warschau und anderen Städten Rußlands vieltausendköpfige Meetings statt; es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Freilassung der verurteilten Deputierten gefordert wurde.
122. Vertreter des ZK der Partei bei der Durchführung der Wahlkampagne in Petersburg war J.W. Stalin. Der Vollzugsausschuss des Petersburger Komitees war der engere Teil des Petersburger Komitees, dem die Führung der laufenden Arbeit anvertraut war.
123. Die Liquidatoren hatten aus ihrer im September 1912 erschienenen Wahlplattform die politischen Hauptlosungen des Minimalprogramms der SDAPR ausgeschieden. Die Losung der demokratischen Republik ersetzten sie durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts „bei den Wahlen zur Reichsduma und zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung“, die Losung der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien durch die Forderung einer „Revision der Agrargesetzgebung der III. Duma“.
124. Gemeint ist die so genannte „Augustkonferenz“ der Liquidatoren, die im August 1912 in Wien stattfand. Diese Konferenz wurde als Gegengewicht gegen die Prager Konferenz der Bolschewiki einberufen.

125. Der Bolschewik „X“ war M. G. Poletajew; der Liquidator „Y“ wahrscheinlich J. Majewski (W. A. Gutowski). Die weiter unter erwähnten Petersburger Liquidatoren „Ab... und L...“ waren W. M. Abrossimow und W. Lewizki (W. O. Zederbaum).
126. Newski Golos“ (Die Newastimme) - legale Wochenzeitung der Liquidatoren-Menschewiki, die von Mai bis August 1912 in Petersburg erschien.
127. Siehe „Briefe aus dem Kaukasus“, S. 171-174 des vorliegenden Bandes.
128. In Nr. 9 des „Dnewnik Sozial-Demokrata“ (Das Tagebuch des Sozialdemokraten) kritisierte G. W. Plechanow das Auftreten des liquidatorischen georgischen Menschewiks S. Dshibladse im „Golos Sozial-Demokrata“.
129. Panislamismus - reaktionäre religiös-politische Ideologie, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Türkei des Sultans unter den türkischen Gutsbesitzern, der Bourgeoisie und der Geistlichkeit entstand und sich dann unter den besitzenden Klassen der anderen mohammedanischen Völker verbreitete. Der Panislamismus predigte die Vereinigung aller sich zum Islam (der mohammedanischen Religion) bekennenden Völker zu einem einzigen Ganzen. Mit Hilfe des Panislamismus versuchten die herrschenden Klassen der mohammedanischen Völker ihre Position zu festigen und die revolutionäre Bewegung der Werktätigen der orientalischen Völker zu erdrosseln.
130. Der Artikel „Marxismus und nationale Frage“ wurde Ende 1912 bis Anfang 1913 in Wien geschrieben; zum ersten Mal veröffentlicht wurde er mit der Unterschrift K. Stalin in Nummer 3-5 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“ (Die Aufklärung), Jahrgang 1913, unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“. Im Jahre 1914 wurde der Artikel J.W. Stalins als besondere Broschüre unter dem Titel „Nationale Frage und Marxismus“ im Verlage „Priboi“ (Die Brandung) in Petersburg herausgegeben. Die Broschüre wurde auf Verfügung des Innenministers aus allen öffentlichen Bibliotheken und öffentlichen Lesehallen entfernt. Im Jahre 1920 gab das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten die Schrift in der „Sammlung von Aufsätzen“ J.W. Stalins über die nationale Frage neu heraus (Staatsverlag in Tula). Im Jahre 1934 wurde der Artikel in das Buch: J. Stalin, „Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden“ aufgenommen. In dem Artikel „Über das nationale Programm der SDAPR“ wies Lenin auf die Ursachen hin, die der nationalen Frage damals einen wichtigen Platz anwiesen, und schrieb: „In der theoretischen marxistischen Literatur wurde diese Sachlage und wurden die Grundlagen des nationalen Programms der Sozialdemokratie in der letzten Zeit bereits beleuchtet (in erster Linie ragt hier der Artikel Stalins hervor).“ Im Februar (n. St.) 1913 schrieb Wladimir Iljitsch an A. M. Gorki: „Hier hat sich ein prächtiger Georgier an die Arbeit gemacht und schreibt für das ‚Prosweschtschenije’ einen großen Artikel, für den er sämtliche österreichische und andere Materialien zusammengetragen hat.“ Als er erfuhr, dass die Absicht bestand, den Aufsatz als Diskussionsartikel anzusehen, widersetzte sich Lenin dem energisch: „Natürlich sind wir absolut dagegen. Der Artikel ist sehr gut. Es handelt sich um eine Kampffrage, und wir werden von unserer prinzipiellen Position gegenüber dem Gesindel vom ‚Bund’ um kein Tüttelchen abweichen“ (Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts). Bald nach der Verhaftung J.W. Stalins, im März 1913, schrieb W.I. Lenin an die Redaktion des „Sozialdemokrat“: „...Bei uns sind schwere Verhaftungen erfolgt. Koba ist festgenommen... Koba hat Zeit gefunden, einen großen Artikel (für drei Nummern des ‚Prosweschtschenije’) über die nationale Frage zu schreiben. Gut! Man muss für die Wahrheit und gegen die Separatisten und Opportunisten des ‚Bund’ sowie der Liquidatoren kämpfen“ (Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts).

131. Zionismus - reaktionär-nationalistische Strömung, die ihre Anhänger unter der jüdischen Bourgeoisie, der Intelligenz und den rückständigsten Schichten der jüdischen Arbeiter hatte. Die Zionisten waren bestrebt, die jüdischen Arbeitermassen vom gemeinsamen Kampf des Proletariats zu isolieren.
132. Der Brünner Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie tagte vom 24. bis zum 29. September 1899. Der vom Parteitag in der nationalen Frage beschlossene Resolutionswortlaut wird von J.W. Stalin im folgenden Kapitel der vorliegenden Arbeit angeführt.
133. „Bei uns gibt es Gott sei Dank kein Parlament" - Worte des zaristischen Finanzministers (späteren Ministerpräsidenten) W. Kokowzew, gesprochen in der Reichsduma am 24. April 1908.
134. Siehe Kapitel II des „Manifests der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels [Berlin 1950, S. 29].
135. Der Wiener (oder Wimberger - so benannt nach dem Wiener Hotel, in dem er tagte) Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs fand vom 6. bis zum 12. Juni 1897 statt.
136. Gemeint ist der 1844 in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" veröffentlichte Aufsatz von Karl Marx „Zur Judenfrage" (siehe Marx/Engels, Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 1, Erster Halbband [S. 576 ff.]).
137. Die VIII. Konferenz des „Bund" tagte im September 1910 in Lwow.
138. G. W. Plechanow verurteilte in seinem in der Zeitung „Sa Partiju" (Für die Partei) am 2. (15.) Oktober 1912 veröffentlichten Artikel „Noch eine Spalterkonferenz" die „Augustkonferenz" der Liquidatoren und charakterisierte die Position der Bundisten und der kaukasischen Sozialdemokraten als eine Anpassung des Sozialismus an den Nationalismus. In einem Schreiben an die Redaktion der Liquidatorenzeitschrift „Nasche Sarja" trat Kossowski, ein Führer der Bundisten, mit einer Kritik an Plechanow auf.
139. Der VII. Kongress des „Bund" fand Ende August bis Anfang September (n. St.) 1906 in Lwow statt.
140. „Iskra" (Der Funke) - erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, gegründet im Jahre 1900 von W.I. Lenin (siehe J.W. Stalin, „Werke", Bd. 1, russ. [deutsche Ausgabe S. 35013511, Anmerkung 26)
141. Karl Vanek - tschechischer Sozialdemokrat, der auf offen chauvinistischer, separatistischer Position stand.
142. „Tschweni Zchowreba" (Unser Leben) - Tageszeitung der georgischen Menschewiki, die vom 1. bis zum 22. Juli 1912 in Kutais erschien.
143. Der erste Balkankrieg, der im Oktober 1912 zwischen Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro auf der einen, der Türkei auf der anderen Seite ausbrach.
144. Siehe die Beschlüsse der vierten (der „Dritten allrussischen") Konferenz der SDAPR, die vom 5. bis zum 12. November 1907 tagte, und der V. Konferenz der SDAPR (der „Allrussischen Konferenz von 1908") vom 21. bis zum 27. Dezember 1908 (3.-9. Januar 1909) (siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und der Plenartagungen des Zentralkomitees", Teil I, 6. Auflage, Moskau 1940, Seite 118, 131, russ.).
145. Jagiello, E. J. - Mitglied der Sozialistischen Partei Polens (PPS); er wurde von dem Block des „Bund" und der PPS mit den bürgerlichen Nationalisten gegen die polnischen Sozialdemokraten als Abgeordneter von Warschau in die IV. Reichsduma gewählt. Die sozialdemokratische Dumafraktion beschloss dank der Stimmenmehrheit der Liquidatoren-Menschewiki (der menschewistischen Sieben)

gegen die sechs bolschewistischen Deputierten eine Resolution über die Aufnahme Jagiellos in die sozialdemokratische Fraktion.

146. „Prosweschtschenije“ (Die Aufklärung) - bolschewistische legale Monatsschrift, die ab Dezember 1911 in Petersburg erschien. Die Zeitschrift wurde von W.I. Lenin geleitet, der in einem regelmäßigen Briefwechsel mit den in Rußland befindlichen Mitgliedern des Redaktionskollegiums (M. A. Saweljew, M. S. Olminski, A.I. Jelisarowa) stand. Während seines Aufenthalts in Petersburg gehörte J.W. Stalin zu den nächsten Mitarbeitern der Zeitschrift. Die Zeitschrift war mit der „Prawda“ eng verbunden. Im Juni 1914, am Vorabend des ersten Weltkrieges, verbot die Regierung die Zeitschrift. Im Herbst 1917 wurde noch eine Doppelnummer herausgegeben.
147. Im Dezember 1912 gaben die Arbeiterdeputierten der IV. Duma ihre Zustimmung dazu, dass ihre Namen in die Liste der Mitarbeiter des „Lutsch“ aufgenommen wurden. Gleichzeitig setzten sie ihre Mitarbeit in der „Prawda“ fort. Faktisch arbeiteten die Arbeiterdeputierten nicht am „Lutsch“ mit. Nach einem entsprechenden Hinweis des ZK erklärten sie, dass ihre Namen in der Liste der Mitarbeiter des „Lutsch“ zu streichen seien. Im Zusammenhang mit dieser Erklärung entbrannte zwischen den beiden Gruppen der sozialdemokratischen Fraktion (den bolschewistischen Sechs und den menschewistischen Sieben) ein erbitterter Kampf.
148. Gemeint ist die sozialdemokratische Fraktion in der III. Reichsduma.
149. „Shiwoje Delo“ (Lebendige Tat) - legale Wochenzeitung der Liquidatoren-Menschewiki, die von Januar bis April 1912 in Petersburg erschien.
150. Die Proklamation „Der Jahrestag des Lena-Gemetzels“ wurde von J.W. Stalin im Januar oder Februar 1913 in Krakau geschrieben. Von N. K. Krupskaja mit der Hand abgeschrieben, wurde sie auf einem Hektographen vervielfältigt, nach Rußland gesandt und in Petersburg, Kiew, Mohilew, Tiflis und anderen Städten verbreitet.
151. Die IV. Reichsduma eröffnete ihre Sitzungen am 15.November 1912.

ENDE BAND 2